

Nachmittags-Sitzung.

8¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer: Es ist folgende Resolution eingelaufen:

„Der Parteitag spricht einhellig der Fraktion seine vollste Anerkennung, seine Zustimmung und seinen ausdrücklichen Dank aus für die zur Abwehr des Budgettarifs im Reichstag angewandten Maßnahmen, im besonderen für die energische Anwendung der sogenannten Obstruktion.“ Grunwald und 20 Genossen.

Diese Resolution gehört zu dem bereits erledigten Punkt „Parlamentarische Tätigkeit“ und würde jetzt nur noch unter den sonstigen Anträgen zur Verhandlung kommen können. Ich schlage aber vor, sie jetzt gleich zu erledigen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch, — das Wort wird nicht verlangt — und so darf ich wohl annehmen, daß der Parteitag diese Resolution angenommen hat (Webel: Einstimmig angenommen hat! Sonst bitte ich um Abstimmung!)

Es ist kein Widerspruch erfolgt und ich konstatiere, daß der Parteitag einmütig diese Resolution angenommen hat. (Bravo!)

Wir kommen nunmehr zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Die Taktik der Partei.

Die ersten drei Hauptpunkte: Reichstagswahlen, Vizepräsidenten-Frage, die revisionistischen Bestrebungen sind darin zusammengefaßt. Auch die Diskussion erstreckt sich über alle drei zugleich.

Mit zur Verhandlung stehen die Anträge 89—91, 101—111, 113 B, 129 und 130 mit Amendement 140.

Die Unterstützung für diese Anträge reicht aus.

Auf Anregung Wwalds wird auch noch Antrag 17, der die nötige Unterstützung findet, mit zur Debatte gestellt.

Singer: Bemerken will ich, daß auch bei diesem Punkte, wenn der Parteitag meinem Vorschlage folgen will, die Beschränkung der Redezeit aufgehoben ist. Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Gemeldet haben sich zu diesem Punkte bisher 55 Redner. (Weiterleit.) Es hat sich eine gewisse Mißstimmung unter den Delegierten darüber geltend gemacht, daß sich die Redner, bevor noch dieser Punkt zur Verhandlung kam, in die Rednerliste haben einzeichnen lassen. (Sehr richtig!) Es ist das eine Gewohnheit aller bisherigen Parteitage. Nirgends besteht ein Zwang, sich erst dann zum Wort zu melden, wenn der Gegenstand herankommt. Es ist immer so gehandelt worden, daß die Genossen sich zu der ihnen angemessenen erscheinenden Zeit vormerken lassen.

Reus (zur Geschäftsordnung) verweist auf § 1 der Geschäftsordnung und schließt daraus, daß sich die Redner lokalweise nur in dem Augenblick zum Wort melden dürften, wo der Gegenstand auf die Tagesordnung kommt. (Zustimmung.) Sonst ist eine Bestimmung in der Geschäftsordnung darüber nötig, wieviel Wochen vorher sich die Redner einschreiben lassen dürfen. (Weiterleit.) Sonst ist keine Gerechtigkeit möglich. Wie die Schwierigkeit im Augenblick zu beseitigen ist, weiß ich nicht. Vielleicht empfiehlt es sich, eine neue Rednerliste aufzustellen. (Zustimmung und Widerspruch. Webel: Das wäre ein schönes Wetzenmen!)

Hoffmann-Berlin schließt sich der Ansicht des Vorredners an. In Zukunft müsse die bisher beliebte Praxis geändert werden. Jetzt läßt sich freilich nichts mehr ändern, denn sonst würde das Bureau von den Rednern attackiert werden. (Weiterleit.)

Singer: Daß Reus sich über unsere Praxis wundert, hätte ich kaum erwartet, da er doch mit der gleichen Praxis parlamentarischer Körperlichkeiten vertraut sein dürfte. Wir wollen die Verhandlungen nach Möglichkeit abkürzen, wir würden sie aber aufhalten, wenn jetzt die Redner herankommen und sich von neuem zum Wort melden wollten. Die geltende Geschäftsordnung enthält kein Verbot der vorherigen Wortmeldung. Wenn die Genossen darin einen Mangel sehen, können sie ihn ja künftig ändern. Sollte aber in dieser Auffassung ein Vorwurf gegen das Bureau liegen, so würde er durchaus ungerechtfertigt sein, weil wir genau so gehandelt haben, wie die früheren Parteitage. Der Parteitag hat jedoch in dieser Frage die Entscheidung. Sollte aber die Aufstellung einer neuen Rednerliste verlangt werden, dann würde ich doch empfehlen, die Verhandlungen zu vertagen, damit der Aufmarsch der Redner sich vollziehen kann. (Weiterleit.) Ich glaube aber, das richtigste wäre, die alte Liste beizubehalten. (Zustimmung.)

Gebr.-Bremen: Ich habe gehört, daß beabsichtigt wird, außer der Reihe zwei Genossen, die verschiedener Meinung sind, an erster Stelle sprechen zu lassen. Wenn der Parteitag das vorher gewußt hätte, dann hätte er der Aufhebung der Beschränkung der Redezeit für die nachfolgenden Redner nicht zugestimmt. Ich beantrage die Beschränkung der Redezeit wieder auszusprechen und damit den zuerst gefaßten Beschluß wieder aufzuheben.

Der Antrag wird abgelehnt.

Singer: Ich mache nunmehr folgenden Vorschlag: Ich glaube, es ist im Interesse der Diskussion wünschenswert, daß unbeschadet der Rednerliste zwei Genossen, von denen der eine eine Auffassung, der andre eine entgegengesetzte zu verteidigen hat, das Wort nehmen und gleichsam die Grundlage für unsere Diskussion liefern. Es sind die Genossen Webel und Wollmar. Es handelt sich nicht eigentlich dabei um die Aufstellung von Referenten, der Parteitag bindet sich also nicht. Um einer Legendenbildung vorzubeugen, stelle ich noch fest, daß die erste Wortmeldung zu diesem Punkte erst gestern nachmittag erfolgt ist.

Engler-Freiburg i. Br. regt an, Webel und Wollmar auch das Schlüsselwort zu geben.

Singer: Das wollen wir uns vorbehalten.

Der Parteitag ist mit dem Vorschlage Singers einverstanden. Webel: Parteigenossen, bevor ich in meine Rede eintrete, muß ich Ihnen mitteilen, daß die Antragsteller Ihnen eine Veränderung der von Kautsky, Singer und mir vorgeschlagenen Resolution Nr. 130 vorschlagen. Wir drei hatten, ehe wir uns verständigten, jeder eine Resolution ausgearbeitet. Wir sind vor gestern Abend spät, nachdem eine Vorstandssitzung vorausgegangen war, um 1/10 Uhr in eine Beratung eingetreten, die bis Mitternacht dauerte. Dabei hat derjenige, der die Resolution zur Reinschrift übernahm, übersehen, daß der Satz 1, der hier steht, von uns allen dreien, auch von dem Verfasser, abgelehnt worden war und man sich auf einen anderen Satz geeinigt hatte und zwar auf folgenden, den ich Ihnen hiermit vorschlage: „Der Parteitag fordert, daß die Fraktion zwar ihren Anspruch geltend macht, die Stelle des ersten Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstag durch Kandidaten aus ihrer Mitte zu besetzen, daß sie es aber ablehnt, höfliche oder sonstige Verpflichtungen zu übernehmen, die nicht durch die Reichsverfassung oder die Geschäftsordnung des Reichstages begründet sind.“

Nun ist ja mit Ihrer aller Einverständnis beschlossen worden, daß, wenn auch der offizielle Titel des jetzigen Punktes Taktik lautet, dabei doch insbesondere die Reichstagswahl, ihr Verlauf und ihre Bedeutung für die künftige Haltung der Partei beziehentlich der Fraktion mißberücksichtigt werden sollen. Dieser Beschluß rechtfertigt sich auch dadurch, daß nach den Wahlen nicht allein innerhalb der Partei, sondern auch bei den Parteigenossen des Auslandes, bei

denen ungeheuren Freude über den Ausfall der Wahlen herrschte, wie auch bei unsern Gegnern die Frage aufgeworfen wurde: was wird denn nun nach diesem weit über Erwarten großen Erfolg die Sozialdemokratie tun? In dieser Frage schon äußerte sich die Meinung, daß diese Resultate in Bezug auf die künftige Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag von solcher Bedeutung seien, daß sie wahrscheinlich eine Aenderung des ganzen Verhaltens der Fraktion beziehungsweise der Partei herbeiführen könnten. Besonders ein Blatt, das in den letzten Tagen hier viel genannt wurde, es war nicht die „Zukunft“, erörterte in einem Leitartikel nach den Wahlen durchaus objektiv die Frage, ob die Fraktion die bisherige angeblich negierende Haltung im Reichstage auch fernerhin beibehalten würde. Auch Kautsky schrieb sofort in der nächsten Nummer der „Neuen Zeit“ einen Artikel: Was nun?, in welchem ebenfalls diese Frage aufgeworfen wurde. Der Artikel enthielt für mich ganz brillante Stellen, aber am Ende desselben war ich doch nicht viel klüger, als vorher, was mir sonst sehr selten bei Kautsky'schen Artikeln passiert. Ich sagte mir: Er hat die Frage „Was nun?“ aufgeworfen, aber doch keine rechte Antwort gefunden. Aber auch namentlich die Parteipresse des Auslandes, insbesondere die Wiener „Arbeiter-Ztg.“, die ich stets mit größtem Interesse lese, hat ähnliche Gedanken diskutiert. Es wird deshalb auch meine Aufgabe sein, in erster Linie die Frage zu behandeln: welcher Art sind die Veränderungen, die durch die Wahlen des letzten Sommers herbeigeführt worden sind, und welchen Einfluß können sie auf die Haltung der Partei und speziell die Taktik der Fraktion im Reichstag ausüben? Bei den letzten Wahlen sind unsere Stimmen von rund 2 107 000 Stimmen, die wir 1898 hatten, auf circa 8 010 000 — die definitiven Zahlen liegen noch nicht vor — gestiegen. Das ist ein Stimmenzuwachs von über 900 000 oder ca. 48,7 Proz. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Bevölkerung seit 1898 um 8 Proz. sich vermehrt hat. Die Zahl der Wahlberechtigten wird sich etwas stärker vermehrt haben, da die durchschnittliche Lebensdauer des deutschen Volkes zugenommen hat. Im weiteren war die Wahlbeteiligung allgemein reger als 1898; fast alle Parteien haben mehr Stimmen auf sich vereinigt als 1898, allerdings ist der Zuwachs bei keiner Partei ähnlich groß wie bei uns. Wir hatten 1898 58 Abgeordnete; 1903 ist die Zahl auf 81 gestiegen; d. h. die Fraktion zählte 1898 14,6 Proz. aller Reichstags-Abgeordneten, 1903 20,4 Proz. Die Erfolge der Sozialdemokratie sind in der Hauptsache errungen auf Kosten der linksstehenden bürgerlichen Parteien. Wir haben ja auch eine Anzahl von Centrumskreisen erobert, ja sogar konservative Kreise, und wir würden das in erheblichem Umfang getan haben, wenn das Wahlsystem uns etwas günstiger gewesen wäre. Auf der andern Seite hatten die bürgerlich-liberalen Parteien sehr erhebliche Ausfälle, die in der Hauptsache uns zu gute kamen. Im ganzen also hat sich die Linie nicht erheblich geändert, aber die Halben- und Viertelmänner sind ausgeschieden und wir sind an die Stelle derselben getreten. Es ist also insofern eine erhebliche Aenderung zu Gunsten der Linken eingetreten, als die Zahl der Männer, die in Bezug auf Volkserfordernisse sowohl im Sinne der bürgerlichen Freiheit, wie insbesondere im Interesse der Arbeiterklasse künftighin im Reichstage zu sprechen haben, erheblich größer geworden ist, aber in Bezug auf die Entscheidung bei Abstimmungen des Reichstages, und namentlich bei wichtigen, ist so gut wie keine Aenderung zu erwarten. Auch in diesem Reichstage hat das Centrum zwei Mehrheiten zur Verfügung. Geht das Centrum mit der Rechten und den Nationalliberalen, auf die es ja in fast allen Fällen zählen kann, so hat es die Mehrheit, und macht es, was im nächsten Reichstag noch seltener als früher vorkommen wird, mit der Linken gemeinsame Sache — dabei wird es sich nie um Haupt- und Kardinalfragen handeln (Sehr richtig!) —, so giebt es eine linke Mehrheit, bei der die Entscheidung ruht.

Auf der andern Seite wird man sich infolge des Ausfalls der Wahl auf der rechten Seite weit mehr als bisher zusammenschließen. Die Angst des Bürgertums, die schon bei den engeren Wahlen zum Ausdruck gekommen ist und die meisten Anhänger der bürgerlichen Parteien veranlaßte, gegen die Sozialdemokraten zu stimmen, selbst wenn der ärgste Reaktionsär in Frage kam — diese Angst wird in Zukunft bei den Parteien des Reichstages, speziell beim Centrum, noch mehr zum Ausdruck kommen. (Sehr richtig.) Das Centrum wird nach meiner festen Ueberzeugung, und mit ihm die Parteien der Rechten, in Zukunft im Reichstage noch reaktionärer zu handeln geneigt sein als bisher. (Sehr richtig!) Darüber dürfen wir uns nicht täuschen. Es ist sehr charakteristisch, daß die „Kreuz-Zeitung“ unmittelbar unter dem Eindruck des Resultats der Hauptwahl schrieb: „Die Not der Zeit gebietet und zwingt, den Kampf zwischen Rom und Bittenberg aus dem politischen Leben auszuschalten trotz aller Bedenken.“ (Hört! hört!) Ein Kampf, der nahezu vier Jahrhunderte das Deutsche Reich gespalten hat, ein Kampf, der in seiner Totalität einen ungeheuren unheilvollen Einfluß auf die ganze geistige und kulturelle Entwicklung des Deutschen Reichs bis zu diesem Tage ausgeübt hat, dieser Kampf soll jetzt mehr und mehr zurücktreten; es soll mehr und mehr eine Geschlossenheit eintreten, aber nicht um die Rechte und Freiheiten der Nation zu fördern, sondern umgekehrt zu ihrer Unterdrückung und Zerknirschung. (Sehr richtig!) Das ist also das Resultat, das dieser Wahlkampf für die bürgerlichen, namentlich die rechtsstehenden Parteien zur Folge gehabt hat. Daß das so kommen mußte, konnte dem aufmerksamen Beobachter schon seit Jahren nicht mehr verschlossen bleiben. In vielen Richtungen ist ja gerade in dieser Beziehung der deutsche Kaiser mit seinem impulsiven Wesen eine sehr willkommene Persönlichkeit auch für uns. Wir können an seiner Haltung in hohem Grade ablesen, wie die Stimmung an den entscheidenden Stellen ist. Wir können an seiner Stellungnahme ganz genau merken, wie der Wind weht, und die Art, wie der Repräsentant des einzigen protestantischen Kaisertums in der Welt sich schon seit einer Reihe von Jahren zu dem Oberhaupt der katholischen Kirche und der höheren und niederen katholischen Geistlichkeit gestellt hat, war im höchsten Grade symptomatisch und hat gezeigt, wohin die Strömung geht: rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo! Immer rückwärts! (Sehr gut!) Das ist vielleicht auch ein nicht ganz unbedeutendes Moment bei der Tatsache, daß gerade unsere Partei in einem so bedeutenden Maße an Stimmen gewonnen hat.

Wir wissen ganz genau und haben es nie geleugnet — ist es doch keine Schande, sondern eine Ehre für uns — daß bei allen Wahlen, vielleicht mit Ausnahme der ersten Wahlen unter dem Sozialistengesetz, wo es eine Gefahr bedeutete, sozialdemokratisch zu wählen, eine erhebliche Stimmengahl auf unsere Kandidaten entfallen ist von Leuten, die sich zunächst nicht als Sozialdemokraten bekamen. Das sind die sogenannten „Mitläufer“. Die Motive, die diese Leute bewegen, sind sehr verschiedenartig, aber natürlich nicht im einzelnen festzustellen. Aber wir haben solche Mitläufer, wir dürfen zugeben, daß in dem Maße, wie die Partei in ihrer Totalität wächst, auch prozentual die Zahl der Mitläufer gewachsen ist. Auf der andern Seite steht aber fest, daß, mag die Zahl der Mitläufer bei den einzelnen Wahlen größer oder kleiner gewesen sein, die Sozialdemokratie selbst in steigendem Maße mit der Sicherheit eines Naturgesetzes an Stimmengahl gewachsen ist, daß, möchte auch der eine oder andre Mitläufer bei künftigen Wahlen abfallen, neue an seine Stelle traten und mit der Zahl der Mitläufer zugleich die Zahl der Sozialdemokraten gewachsen ist, die bei der Partei geblieben sind. (Sehr richtig!) Das ist das entscheidende und das außerordentlich erfreuliche. Wie immer die Dinge kommen mögen, so können und dürfen wir nach dieser Richtung fest auf unsere Anhängererschaft bauen. Es konnte keinem unserer Genossen, wie auch keinem dieser Mitläufer,

Anhänger und Gefinnungsgenossen, wie wir die Nichtorganisierten nennen, zweifelhaft sein, wen er wählte, als er einem Sozialdemokraten seine Stimme gab. Denn wenn unsre Kandidaten und Flugblätter veräumt haben sollten, das zu sagen, so haben unsre Gegner die Agitationsarbeit für uns übernommen, sie haben uns in einem Lichte dargestellt, so schwarz, so gefährlich, daß ich mir schon oft gesagt habe: solche Vogelgeschreien hat man aus uns gemacht, und doch haben diese Vogelgeschreien so viel Stimmen bekommen, das ist erstaunlich. Alle Abschreckungsmittel haben nichts genützt bei diesen Männern, die haben sich vielmehr gesagt: schwagt und schnupft, verleumdet nur, soviel ihr wollt, wir wählen doch einen Sozialdemokraten. (Beifall.)

Freilich dürfen wir uns auch weiter fragen: Welche verschiedenen Momente haben dazu beigetragen, die Zahl unsrer Anhänger in diesem Maße zu vermehren? Da ist kein Zweifel, daß in immer weitere Kreise des deutschen Volkes der Unwille, die Unzufriedenheit, ja die Empörung über unsre vollständig zerfahrenen inneren Zustände dringt. Die vollständige Kopflosigkeit unsrer inneren wie äußeren Politik macht immer weitere Kreise der Bevölkerung bedenklich und treibt sie der einzigen Partei, die bisher scharf, klar und zielbewußt ihren Weg gegangen ist, in die Arme. Es ist die vollständige Stagnation, wenn nicht der offene Rückschritt in der Befriedigung der notwendigsten Kulturbedürfnisse nicht allein im Reich, sondern auch in den Einzelstaaten, der zahlreiche Elemente der Sozialdemokratie zuführt; es ist die traurige Finanzwirtschaft im Staat und Reich, weiter die Plan- und Ziellosigkeit unsrer Handelspolitik. Man hat, was man immer den Agrariern von seiten der Regierung vorgeworfen hat, doch nicht den Mut gehabt, ganzagrarisch aufzutreten, aber noch viel weniger den Mut, antiagrarisch aufzutreten, und so ist eine Situation eingetreten, die in der Tat für das Wirtschaftsleben der Nation in den nächsten Jahren von den verhängnisvollsten Folgen sein muß, weil alles, was wir in dem sogenannten Obstruktionskampf, wo wir nach der Ansicht der freisinnigen, selbst der bürgerlich-demokratischen Blätter wie der „Frankfurter Zeitung“, eine so völlig unglückselige Taktik verfolgt haben sollen, vorausgesetzt haben, bis auf das Tiefste über dem i eingetreten ist. Die Regierungen haben ihren Vollarif bekommen! Jetzt sollen sie an die Arbeit gehen. Sie sind an die Arbeit gegangen, und da stellen sie sich in den Ministerien hin, und müssen sich erst, wie ein russisch-offizielles Blatt sich ausdrückt, gegenseitig beriechen (Seiterkeit), um zu erfahren, wie sie zu einander stehen. Während in der letzten Session des Reichstages unmittelbar nach Annahme des Vollarifes hier die agrarische Mehrheit verlangte, daß die Regierung die Handelsverträge unkümmert um die Wirkung kündige, und während man damals hoffte, daß der im Herbst zusammentretende Reichstag neue Handelsverträge zu beraten haben werde, ist heute die größte Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß der nächste Reichstag, mag die Session auch bis in das Frühjahr dauern, kaum einen Handelsvertrag zu beraten in die Lage kommen wird.

Es besteht eine vollständige Führerlosigkeit in der inneren und äußeren Politik, eine Willkür, ein ewiges Schwanken. Heute hinh, morgen hoh, einmal nach rechts, einmal nach links, heute vorwärts, morgen rückwärts! Ich weiß, es giebt Leute in den oberen Regionen, die jeden Morgen mit der Frage aufwachen, ob nicht selbst während der Nacht ein Pulverfaß in die Luft gegangen ist (Seiterkeit), ob nicht Entscheidungen von großer Tragweite erfolgt sind, bei denen man sie hätte fragen müssen, in Wirklichkeit aber nicht hinzugezogen hat. Weiter haben die Militär- und Flottenpolitik und die daraus hervorgegangenen kolossalen Lasten in weiten Kreisen des Volkes die höchste Unzufriedenheit hervorgerufen. Es ist ferner die Weltpolitik, in der wir uns fortgesetzt Blamagen geholt haben, wie in China, in Haiti, in Beneguela usw. Wo immer die stolze Flotte und teilweise auch die stolze Armee zu tun gehabt hat, da haben die ungeheuren Kosten den Resultaten in keiner Weise entsprochen. Alles das muß jetzt

selbst dem einfachsten Mann im Volke einleuchtet. Er hört ferner immer und immer wieder von einer neuen Militärvorlage, einer neuen Flottenvorlage, neuen Kolonialplänen. Wir wollen überall in der Welt, wo ein Nagel einzuschlagen ist, unsren Schild daranhängen. Von alledem hört der Staatsbürger. Er weiß, daß es ist, der seine Söhne für Heer und Marine zu opfern hat; er weiß, daß die Steuern erhöht werden müssen, daß das alles Kosten sind ohne irgend welchen Vorteil, und daß in dem Maße, wie das alles wächst und steigt, nicht etwa ein Zustand größerer Ruhe und Sicherheit eintritt, sondern daß im Gegenteil dieser ganze Zustand der Unruhe und Verfahrtheit erhöht wird. (Sehr gut! Sehr richtig!) Die Gefahr einer Katastrophe wächst in demselben Maße, wie alle diese Auflagen steigen. Er weiß weiter, daß die breiten Massen des Volkes in erster Linie die Kosten aller dieser Unternehmungen zu tragen haben, daß auf der andern Seite aber gerade die Massen, die diese Auflagen und diese Politik unterstützen, von den Lasten für diese Politik fast vollständig befreit sind. (Sehr richtig!) Alle diese Kosten werden auf die arbeitenden Massen abgewälzt. Das wird so bleiben trotz aller schönen Versicherungen des Centrums, daß es bei künftigen Steuern verlangen würde, daß die breiten Massen des Volkes nicht weiter herangezogen werden. Alles das ist nur Phrase, nur Schein. Und daß es beim Alten bleibt, darin gipfelt auch das Resultat des letzten Wechsels im Staatssekretariat des Reichs-Schatzamts.

Herr v. Thielmann ist gegangen und Herr v. Stengel wurde berufen, weil man sich sagte, wir brauchen einen neuen Mann, der durch seinen Einfluß und seine Stellung als eine der angesehensten Persönlichkeiten des zweitgrößten katholischen Bundesstaates Bayern in der Lage ist, den Widerstand des Centrums gegen neue indirekte Steuern zu brechen. Für mich hat aber dieser Wechsel der Persönlichkeiten, denn ein Systemwechsel ist es ja nicht, noch eine andre Bedeutung. Wenn selbst in unsren Kreisen es bis in die letzte Zeit noch Personen gab, welche glauben, sie könnten es durch ihre Taktik dahin bringen, den Widerstand der Einzelstaaten gegen den Hauptstaat und seine Forderungen wahrzurufen, daß speziell Bayern zu einer gewissen Oppositionsstellung werde scharf gemacht werden können, so sind diese Anschauungen und Hoffnungen jetzt vollständig zu nichte geworden. (Sehr gut!) Das konnte man voraussehen, aber mancher sah es nicht voraus. Indem Bayern für den Posten des Reichs-Schatzsekretärs einen seiner ersten Staatsmänner stellte, hat es zugleich in programmatifcher Weise kundgegeben, und das mögen die bahrischen Genossen in erster Linie für künftige sich merken, daß es nicht nur die bisherige Reichspolitik gebilligt hat, sondern daß es für sein Teil auch bereit ist, die Bahnen dieser Politik künftige weiter zu beschreiten und zu diesem Zwecke seine eignen Staatsmänner herzugeben. (Sehr richtig!) Das ist ein wichtiges Moment auch für gewisse Richtungen in unsrer sozialdemokratischen Bewegung. Herr v. Stengel hatte es gar nicht nötig, das zu erklären. Wer die Verhältnisse ernsthaft erwägt, der weiß auch so, daß nach der ganzen Sachlage auf absehbare Zeit und ohne eine Aenderung der ganzen Verhältnisse von Grund aus gar nicht daran zu denken ist, daß es jemals gelingen würde, die besitzenden Klassen zu Beiträgen für die Reichslasten herbeizuziehen. Das bringen wir nicht fertig, das brächte selbst das Centrum nicht fertig, wenn es auch wollte. Aber es will auch nicht. Wenn eine Partei Anlaß hätte, gegen eine Politik der direkten Besteuerung Stellung zu nehmen, dann ist es das Centrum kraft seines partikularistischen Standpunktes. So werden also von ihm schöne Resolutionen gebreckelt, viele Phrasen gemacht, und wenn dann die erste beste Steuerborlage kommt, sei es auf Bier oder auf Tabak oder auf sonst irgend etwas, ich wüßte zwar nicht, was man noch heranzuziehen wollte, man müßte denn etwa das Wasser oder die Luft besteuern (Seiterkeit), so wird das Centrum schließlich doch zu haben sein. (Sehr richtig!)

Wir haben nie geglaubt, daß wir direkte Reichssteuern durchsetzen könnten. Wir sind überhaupt vieles gezwungen zu tun, von dem wir wissen, daß wir es nicht erreichen. (Sehr wahr!) Es kommt nicht darauf an, ob man etwas gleich durchsetzen kann, sondern wir haben es zu fordern, weil es gerecht und vernünftig und somit notwendig ist. Durch die Gründe, die wir anführen, haben wir die draußen Stehenden zu überzeugen, daß diese ganze Politik, wie sie heute gehandhabt wird im Reich und in den Einzelstaaten ohne Ausnahme, mag auch hier und da ein Feigenblatt vorhanden sein, eine Klassenpolitik ist, daß Reich und Staat Klassenstaaten sind und es bleiben werden, so lange sie in der jetzigen Gestalt bestehen. (Sehr wahr!)

Und wie steht es mit den Finanzen des Reiches? Der laufende Etat konnte nur dadurch balancieren, daß eine Zuschußanleihe von 72 Millionen beschloffen wurde, eine Zuschußanleihe, die schon nach dem klaren Wortlaut der Verfassung einen Verfassungsbruch bedeutet. (Zustimmung.) Man schreckt unter der Herrschaft des Centrums nicht bloß vor Geschäftsordnungsbrüchen, sondern auch vor Verfassungsbrüchen nicht zurück (Sehr richtig!) und wer einmal einen Verfassungsbruch begangen hat, mag die Notwendigkeit dazu auch noch so groß sein. — Parteigenossen, was man einmal getan hat, das tut man auch das zweite, dritte und vierte Mal, das tut man so oft, als man glaubt, daß die Staatsräson dazu zwingt. (Sehr richtig!) Also nur auf diese Weise ist die Bilanzierung des Etats möglich gewesen. Ob die Zuschußanleihe langem wird, wollen wir abwarten, denn bereits jetzt stellt es sich heraus, daß das letzte Etatsjahr mit einem Defizit von 80 Millionen abgegeschlossen hat. Zur Deckung dieses Defizits müssen die Einzelstaaten herhalten. Ich habe vor einigen Tagen aus einer Quelle, aus der ich es nicht erwartet hätte eine solche Nachricht zu bekommen, erfahren, daß, während früher das Reich ein prompter Zahler war, während früher die Lieferanten sofort ihr Geld erhielten, dies schon in höherm Grade nicht mehr der Fall ist. (Hört! hört!) Das Reich kann oftmals nicht mehr sofort zahlen, die Kassen sind leer, das Reich muß sich von seinen Gläubigern einen längeren Kredit geben lassen. Es ist weiter Tatsache, daß namentlich infolge des Drängens des Reichstags die Invalidenpensionen erhöht werden müssen und daß das abermals wieder eine bedeutende Mehrausgabe erfordert. Die in Aussicht genommene Erhöhung der Friedenspensionen wird allein ein Mehr von 20 Millionen erfordern. In allen Ministerien, selbst in dem der Marine und der Armee, hat man sich in den letzten Jahren einschränken müssen. Dazu kommt die neue Heeresvorlage, denn wenn Gohler ging und Einem kam, dann geschah das in der Hauptsache, weil Herr v. Gohler sich sagte, ich habe keine Lust mehr, diese neue Vorlage zu vertreten, das Vergnügen überlasse ich einem andern. (Sehr wahr!) Nun, man wird mit gehörigen Forderungen kommen, davon bin ich fest überzeugt, aber der Knüttel liegt beim Hund, man kann nicht Ausgaben bewilligen, wenn man gar nicht mehr weiß, woher das Geld nehmen. Dazu kommt weiter die neue Marinevorlage, und auch da scheint einiges vorzugehen, was nicht so ganz in Ordnung ist. Wiederholt hat es verlautet, daß auch Herr v. Tirpitz amtsmüde sei und gehen wolle, weil er es nicht für möglich halte, noch mehr als bisher vom Reichstage zu erhalten. Es kommen Ausgaben für die Neubewaffnung der Armee, kurz und gut, Ausgaben, die auf Hunderte von Millionen anwachsen werden. Wenn in diesem Etat die Ausgaben für Militär, Marine, die Kosten des Friedens-Pensionsfonds, die Zinsen der Reichsschulden für Militär- und Flottenausgaben sich auf die kolossale Summe von 1020 Millionen belaufen, dann werden sie in den nächsten Jahren und bis zum Ende der Legislaturperiode sicher auf 1400 Millionen anwachsen. Man wundert sich bei den Gegnern über die Erfolge, die wir erzielt haben. Nun, die festesten Säulen des Reichs sind im Innern bereits bis zu einem gewissen Grade angegriffen, die Armee ist in der größten Unzufriedenheit, selbst

die Offiziere sind mit vielem nicht mehr einverstanden. Dabei überall neue Lasten, neue Ausgaben, und das zu einer Zeit, wo wir wahrscheinlich einer verschärften Krise entgegengehen. Denn wenn der ökonomisch-wirtschaftliche Zusammenbruch, der drüben in Amerika eingetreten ist und in den nächsten Wochen und Monaten in erhöhter Potenz eintreten muß, sich in Europa bemerkbar macht, dann sind es in erster Linie unsere Arbeiter, die die schweren Schläge zu kosten bekommen. Im vorigen Jahre haben wir noch, wenn ich nicht irre, allein für 600 bis 700 Millionen Mark Eisenwaren auf dem Weltmarkt abgesetzt, speziell in Nordamerika, und dadurch hatte die wichtigste unsrer Industrien noch Arbeitsgelegenheit. Das fängt an aufzuhören, Amerika braucht nichts mehr, und es dauert gar nicht lange, so wird Amerika auf Grund der kolossalen Entwicklung seiner eignen Produktion eine Ueberproduktion haben, seine ungeheuren Eisen- und Stahlmassen auf den Weltmarkt werfen und die Preise drücken. Dann aber haben wir eine unabhsehbare Krisis mit allen Folgen. Wenn ich in meiner vorgestrigen Rede sagte, wir gehen schweren Zeiten entgegen, so habe ich damit nicht etwa sagen wollen, daß es schwere Zeiten für die Sozialdemokratie sind, daß ich etwa glaube, die Sozialdemokratie habe Ausnahmeregelungen, Gewaltmaßregeln zu fürchten. Ach nein! Hier bin ich sehr ruhig, hier bin ich vollendeter Optimist! Wer unsere allgemeinen Verhältnisse, unsere wirtschaftlichen, unsere sozialen Zustände gehen in den nächsten Jahren schweren Erschütterungen entgegen, namentlich wenn das Regiment, das jetzt am Ruder ist, weiter dauert. Ich glaube an keine Ausnahmeregelungen, ich glaube, ganz offen gesagt, nicht einmal, daß man es wagt, das Wahlrecht zu ändern. Wenn unsere Stimmzahl sich um Zwei- bis Dreihunderttausend vermehrt hätte, dann ja. Denn das wäre ja ein Riesenschritt gewesen; aber wenn eine Partei von neun bis zehn Millionen abgegebenen Stimmen drei Millionen allein auf ihre Kandidaten vereinigt, dann muß man sich auch an den entscheidenden Stellen sehr sorgfältig fragen, ob man den Kampf mit diesen drei Millionen aufnehmen darf. (Lebhafte Zustimmung!) Und nicht allein das. In einem Augenblicke, wo man solche Gewaltmaßregeln gegen uns wagte, würden hinter uns stehen weitere Millionen, dann würden hinter uns stehen die ganzen katholischen Arbeiter, ja, alle Arbeiter überhaupt, und dann fragt es sich, ob die Herren da oben und das Centrum ein Länglein mit uns wagen wollen. Will man's wagen, wir sind bereit dazu. Und über den Ausgang des Längleins bin ich schon heute nicht im Zweifel. (Lebhafte Weisfall.)

Nun entsteht die Frage, ob wir unsere bisherige Taktik ändern sollen. Wann hat eine Partei ihre Taktik zu ändern? Denn daß eine Taktik nicht ewig ist, das versteht sich von selbst. Liebknecht hat einmal in seiner drahtischen Art gesagt: Wenn notwendig, ändere ich binnen 24 Stunden meine Taktik 24 mal. Das war sehr drahtisch, aber sehr richtig ausgebrüht. Die Taktik jeder Partei jedoch muß den Grundlagen entsprechen, auf denen die Partei aufgebaut ist, und wenn ich wirklich in 24 Stunden 24 mal meine Taktik ändern muß, dann darf sie von den 24 mal auch nicht einmal mit den Grundlagen der Partei in Widerspruch stehen. (Sehr richtig!) Das ist das Entscheidende! Nun kann man ja darüber streiten, ob wir denn in der Tat mit unseren Grundsätzen in Widerspruch geraten sind. Darüber kann nur die Partei selbst und der Erfolg der Dinge entscheiden. Nun ist aber der Erfolg für die Partei bisher ein solcher gewesen nach jeder Richtung hin, daß wir von diesem Gesichtspunkt aus auch nicht den geringsten Anlaß haben, unsere bisher siegeserprobte Taktik zu ändern. (Lebhafte Zustimmung.) Es kann weiter eine Veränderung der Taktik notwendig sein, weil sie sich als falsch oder ungenügend herausgestellt hat. Auch in dieser Richtung liegt nichts vor. Allerdings, etwas doch, wir sind gewachsen, wir haben mehr Abgeordnete und deshalb müssen wir in gewissem Sinne unsere Taktik ändern, aber nicht etwa in dem Sinne, daß wir Drosseln oder zurückhalten, nein, nachdem diese ungeheuren Wählermassen auf Grund unserer bisherigen Taktik, Kampfe

und Haltung uns durch ihre Stimmen ihr Ja und ihre Zustimmung gegeben haben, so müssen wir noch energischer, rücksichtsloser und schärfer vorgehen als bisher. (Stürmischer Beifall.) Allerdings giebt es auch in unsern Reihen Leute — und die Betreffenden sehen keineswegs auf der Seite, die wir uns gewünscht haben, die Revisionsisten zu nennen — die nach der letzten Wahl eine umfassende parlamentarische Tätigkeit in Bezug auf die Einbringung von Initiativanträgen, Gesetzgebungs-Entwürfen usw. von uns verlangen. Da muß ich denn doch mit wenigen Worten diese Missionen recht gründlich zerstreuen. Im allgemeinen ist es nicht üblich, daß Parteien große Gesetzentwürfe ausarbeiten und diese durch den Reichstag beraten lassen; denn dies ist eine Niesenarbeit. Ich weiß noch ganz genau, wie mir mal unser guter alter Liebmecht eine Suppe einbrodte mit solchem Gesetzentwurf. (Heiterkeit.) Es war im sächsischen Landtag, wir hatten das Berggesetz angegriffen und eine Aenderung verlangt. Der Minister sagte, die Regierung erkennt ein Aenderungsbedürfnis an, aber das kostet Zeit, Ueberlegungen, Erhebungen und Studien. Nun, unser Aler, ein Husar, der er immer war, reitet darauf los (Heiterkeit) und sagt: Was? In fünf Minuten mache ich das. (Große Heiterkeit.) Na, das Wort war heraus, und da sagte ich mir, jetzt sitzen wir aber drin! (Heiterkeit.) Der Minister war natürlich so klug, daß er sagte: wenn die Sozialdemokraten es so schnell machen können, so mögen sie es tun. Wir mußten es also tun, denn wir konnten uns doch nicht blamieren. (Heiterkeit.) Ich sage Euch, ich habe 14 Tage und Nächte gefessen und geschwitzt, um den Entwurf zu stande zu bringen, den wir nachher in der Fraktion zu beraten hatten. Na, er war nicht vollendet, aber es war wenigstens einer da. Ich erinnere weiter an unseren großen Arbeiterschutz-Gesetzentwurf und will Ihnen da ein Besemtnis machen. Ich gehöre ja in den Augen der Gegner und selbst eines großen Teils unserer Parteigenossen zu den Leuten, die keine praktische Betätigung wollen (Widerspruch), erst in den letzten Wochen bin ich als Prinzipienreiter bezeichnet worden, der immer nur mit feinen Phrasen kommt und stets negiert. Nun, ich gehöre mit einer kurzen Unterbrechung 30 Jahre dem Reichstage an, und es giebt keinen einzigen unter uns, der mehr Initiativanträge eingebracht und mehr Gesetzentwürfe ausgearbeitet hat als ich, der Mann der Negation. Unserm Arbeiterschutz-Gesetzentwurf wird in dem Buch von Seckler über die Arbeiterfrage ein großes Lob erteilt. Als wir den Entwurf später von neuem einbrachten, da war namentlich die Presse der Herren Raumann und Gerlach so des Lobes voll, daß sie verlangten, der Reichstag solle ihn en bloc annehmen. Ja, verehrte Herren (Redner wendet sich an die am Tische der Presse sitzenden Herren Raumann und v. Gerlach), wissen Sie denn, wer den ersten Entwurf ausgearbeitet hat? Das war ich, der Mann der Negation! (Große Heiterkeit.) Gesetzentwürfe einbringen ist gewiß ganz schön, aber es ist nicht so leicht, sie ausgearbeiten und darum haben wir allen Grund nach Möglichkeit bei der Ausarbeitung großer Gesetzentwürfe Vorsicht zu üben. Das müssen wir andern Leuten überlassen, die dafür angestellt und bezahlt werden, den Herren Geheimräten; diese haben das Material, sie haben die Sachkenntnis und die Möglichkeit, Erhebungen zu veranstalten. Wir haben bisher parlamentarisch gearbeitet, daß wir uns überarbeitet haben. Glauben Sie etwa, daß wir jetzt, wo wir 81 Mann stark sind, die Mehrheit zwingen können, unsere Initiativanträge andern vorzuziehen? Singer und ich, wir haben uns im Seniorenkongress vergeblich bemüht, den Herren klar zu machen, daß das Parlament noch zu etwas andrem da ist, als Regierungsvorlagen zu beraten. Wir haben tauben Ohren gepredigt. Ich kann Ihnen nur sagen, wir können nicht mehr Initiativanträge bringen; und wenn wir nach dem Vorschlag von Kimm in den „Monatsheften“ eine soziale Kommission einsetzen, die sich mit den Arbeiterschutzgesetzen zu beschäftigen und alle Anträge zu berücksichtigen hätte, bilden Sie sich wirklich ein, es sei dann etwas zu machen? Gewiß, das Be-

dürfnis ist in hohem Maße vorhanden, und da komme ich noch auf den entscheidenden Punkt, den leider auch wir bisher zu sehr übersehen haben. Es ist nicht allein die geschäftsordnungsmäßige Unmöglichkeit, alle diese Dinge endgültig zu erledigen neben dem anderen Beratungsstoff — dazu müßte der Reichstag das ganze Jahr zusammenbleiben — nein, das Entscheidende ist, daß die ganze Gesetzgebungs-macherei im Deutschen Reich und auch in den anderen Parlamenten der Welt eine so erbärmliche, so ungenügende und mangelhafte ist, daß wenn heute ein Gesetz fertig ist, morgen bereits alle Welt sieht, daß es abermals wieder geändert werden muß. (Sehr richtig!) Wir können keine großen, grundlegenden Gesetze mehr machen, weil es für solche Gesetze keine Mehrheit mehr giebt. Die Behauptung, die Savigny in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts aufstellte, daß unre Zeit keinen Beruf zur Gesetzgebung habe, gilt auch heute noch. Woher kommt das? Weil die Klassen-gegenstände immer schärfer geworden sind, so daß man schließlich nur halbe Gesetze macht, weil man keine ganzen mehr machen kann. Ich will das an einem Beispiel erläutern. Zu Anfang des vorigen Jahrhunderts entstand der Code Napoléon, das bürgerliche Gesetzgebungswerk Frankreichs. Der Code Napoléon war das Werk der Revolution, jener glorreichsten Zeit, welche die bürgerliche Gesellschaft seitdem nicht wieder erlebt hat. Die erlauchtsten Geister hatten an diesem Werk gearbeitet — und das wollte damals etwas heißen — und es den Bedürfnissen der bürgerlichen Gesellschaft entsprechend gestaltet. Das Werk war aus einem Guß und es besteht bis auf den heutigen Tag in Frankreich. Nun frage ich die Frohne und Stadthagen und alle, die an dem bürgerlichen Gesetzbuch in der Kommission mitgearbeitet haben: Seit drei Jahren haben wir das bürgerliche Gesetzbuch, und schon haben wir an allen Ecken und Enden Lücken, Unklarheiten, Zweideutigkeiten! Nehmen Sie die Gewerbe-Ordnung. Was ist seit 30 Jahren an der Gewerbe-Ordnung herumgestickt! 1869 war die Gewerbe-Ordnung ein gutes Werk. Dann kamen die Novellen und heute ist sie ein elendes zusammengestopptes Ding voll von Widersprüchen. Die Zeit hat also keinen Beruf mehr zur Gesetzgebung; man kann keine geschlossenen Gesetze mehr machen, weil die stets wachsenden Interessen- und Klassen-gegenstände dies unmöglich machen. (Sehr richtig.) Ich habe mich oft gefragt: Ist denn bei diesem Zustand der Dinge die parlamentarische Tätigkeit, die Mühe an Arbeit, Zeit, Geld wert? Wir leisten vielfach Brettmüllenerarbeit im Reichstag. Ich habe mich das manchmal gefragt, aber selbstverständlich, ich bin viel zu kampflustig, als daß ich dem lange nachgegangen hätte. Ich sagte mir: Das hilft nun alles nichts, das muß durchgefressen und durchgehauen werden! Man tut, was man kann, aber man täusche sich nicht über die Situation! Das will ich Ihnen nur ausführen, damit Sie nicht glauben, weil wir jetzt 81 Mann, mühten wir parlamentarische Bäume ausreizen. In einer der Schriften, die hier verteilt worden sind, ist von dem sozialdemokratischen Kongress von 1871 hier berichtet worden, daß der Reichstag beantragt worden ist. Vor die Rede, auf dem bereits der zehnhunderttag beantragt worden ist. Vor 32 Jahren! Um dieselbe Zeit trat in Eisenach die sogenannte soziale Konferenz zusammen, die sich auch für den zehnhunderttag erklärte. Ja, Rudolf Meyer hat behauptet, und wie ich glaube, bewiesen, daß Bismarck sogar damals den Auftrag gab, einen Gesetzentwurf mit dem zehnhunderttagigen Arbeitstag für arbeiten! (Hört! hört!) Der Entwurf sollte den zehnhunderttagigen Arbeitstag für die Industriearbeiter und für die Landarbeiter — was wir selbst bis heute nicht gewagt haben — regeln und zwar die Arbeitzeit für die Landarbeiter im Winter 8 Stunden, im Frühjahr und Herbst 10 Stunden, im Sommer 12 Stunden. 30 Jahre sind seitdem ins Land gegangen, und heute? Ich bin gewiß ein überzeugter Anhänger des zehnhunderttags. Es ist in diesem Sinne niemand, der mehr von seiner Notwendigkeit überzeugt wäre als ich, aber ich sage ganz offen: wenn wir heute den 10stündigen Arbeitstag bekämen, so

wären wir froh. Also keine Illusionen, auf keinem Gebiete! (Beifall und Anruhe.) Das schadet Ihnen nicht an Leib und Seele; im Gegenteil, das kann Ihnen nur nützen. — Also das ist unsre Situation. Wir werden nach wie vor in einer gewissen Stabilität bleiben und in der schärfsten Opposition. Das scheint natürlich nicht aus, daß wir Konzeptionen annehmen, wenn wir sie bekommen können und wenn es uns der Mühe wert erscheint. Wir haben uns allerdings häufig über den Wert dieser Konzeptionen gestritten. Die rechte Seite in der Fraktion — um diesen Ausdruck zu gebrauchen — war für die kleinsten Konzeptionen zu haben, wenn sie auch nach meiner Ueberzeugung ganz unbedeutend waren. Ich habe mir gesagt, was soll ich denn für diese Konzeptionen stimmen, die wir ja auch bekommen, ohne daß ich dafür stimme; was soll ich mich denn dadurch, daß ich für diese Konzeption stimme, gewissermaßen parlamentarisch kompromittieren? Wo wir aber zu der Auffassung kamen, daß es sich um eine wertvolle Konzeption handelte, da haben wir dafür gestimmt. Bei der letzten Novelle zur Unfall-Versicherung haben wir schwer gekämpft; da fielen die Siebe hagelnd und schließlich wurde die Annahme der Novelle von der Fraktion mit 14 gegen 13 Stimmen beschlossen. Nachdem wir dann so gestimmt hatten, kam Dr. Zastrow, den Duard gestern als einen der sozialen Arbeiterkongressler hingestellt hat, und schrieb in der „Frankfurter Zeitung“, das sei doch unerhört, daß sogar die Sozialdemokratie für diese erbärmliche Novelle gestimmt habe. So waren die Kämpfe in der Fraktion, und ich kann Ihnen offen sagen, daß bei der neuen Zusammensetzung der Fraktion solche Kämpfe sich nicht vermeiden, sondern vermehren werden. Das was ich vorhin als die rechte Seite der Fraktion bezeichnet habe, wird im neuen Reichstage leichter die Oberhand gewinnen können als früher, und deshalb halte ich es für notwendig, daß sich die Partei über die Situation klar wird und sozusagen der Fraktion ihre Taktik vorschreibt. (Lebhafter Beifall.) Soweit es überhaupt möglich ist. Es ist natürlich undenkbar, daß der Parteitag definitiv für alle Fragen feststellt, wie sich die Fraktion zu verhalten hat. Der Parteitag kann nur Direktiven geben, er kann die Marschroute angeben. Tut er das, so muß die Fraktion danach marschieren, sie mag wollen oder nicht. (Heine: Sehr richtig!) Das werden Sie wohl müssen, Genosse Heine, das versteht sich ganz von selbst. Es wäre auch noch schöner, wenn es anders wäre, da würde es allerdings heißen: Wer nicht pariert, fliegt hinaus. (Lebhafter Beifall.) Ich bemerke das ohne Beziehung auf irgend eine Person, rein objektiv. Wenn der Parteitag der Fraktion eine Direktive giebt, so muß die Fraktion sich danach richten. Kommt der Parteitag zu der Ueberzeugung, daß die Fraktion schwere Verstöße sich hat zu Schulden kommen lassen, so wird er selbstverständlich zunächst mit scharfen Mägen vorgehen. Nachher allerdings würde die Sache anders werden. Das ist in großen Zügen die politische und parlamentarische Situation, wie ich sie auffasse. Die Partei muß sich darüber klar werden, und der Standpunkt, den wir einnehmen, muß so klar und durchsichtig sein wie Kristall oder Glas, da darf nichts vorhanden sein, was nur entfernt dem Gegner die Möglichkeit gäbe zu sagen: also das sind die Resultate dieses gewaltigen Sieges, daß es der Sozialdemokratie geht wie bisher allen bürgerlichen Parteien: wenn sie einen gewissen Höhepunkt erreicht haben, dann fallen sie um, geben ihre Grundzüge preis und dann ist es aus mit ihnen. (Sehr richtig!). Wir sind in vielen Beziehungen die Erben der bürgerlichen Parteien geworden sind, die Erben der bürgerlichen Parteien aber nicht in dem Sinne, wie Heine in seinem Artikel in den „Monatsheften“ schrieb, daß wir den bürgerlichen Liberalismus zu „erzelen“ hätten, nein: sondern daß wir ihn zu überbieten haben. (Heine ruft: Zu „erfüllen“, habe ich geschrieben, was jener sich vorgenommen hat! Das heißt ihn überbieten!) Zu erzelen und zu erfüllen, aber das fasse ich in dem Sinne nicht auf wie Sie. (Zurufe.) Sie haben nachher das

Recht, das zu sagen. Die Parteipresse hat ja diesem Artikel leider nicht diejenige Bedeutung beigemessen, wie ich. Ich habe meine Anschauung über diese Ihre Äußerung bereits ausgesprochen. Es heißt in dem Artikel: „Immer klarer tritt ihre (der Sozialdemokratie) Aufgabe hervor, die liberalen Parteien nicht einfach abzusetzen, sondern zu erzelen.“ (Hört! hört!) Erleze ich jemand, der abgesetzt worden ist, dann heißt das: ich soll das erfüllen, was der bisher geleistet hat und nun nicht mehr leisten kann. Sie (zu Heine) sind doch Jurist, Philologe, ein Mann, der Logik studiert hat, und wir verlangen allerdings von einem Artikel, der gewissermaßen ein Programm darstellt, daß er klar ist, daß man nicht nötig hat, darüber zu streiten, was er bedeutet. (Heine ruft: Lesen Sie doch weiter!) Hier steht weiter: „... indem sie es übernimmt, die Ideen der staatsbürgerlichen und geistigen Freiheit nicht aufzulösen, sondern zu erfüllen.“ Ja, verehrter Genosse, haben wir das dem bisher nicht getan? Haben wir im Reichstage etwa bisher die Ideen der staatsbürgerlichen und geistigen Freiheit negiert? Wir haben ja das „Erfüllen“ in Ihrem Sinne bisher schon und darüber hinaus erstrebt. Aber das wird uns noch öfter bei der ganzen Debatte passieren, daß wir uns über Begriffe streiten. Sie haben es ja bereits erlebt: Bernhard hat einen Artikel geschrieben, über dessen Bedeutung kein Zweifel obwalten konnte. Er sagte aber: „Ja, das habe ich nicht sagen wollen, aber ich war nicht im Stande, mich klar auszudrücken; ich bedaure, das getan zu haben. Ich gebe auch das Wort, ich tue es nicht wieder.“ Da mußten wir als milde Richter sagen: „Wenn Du etwas getan hast, über dessen Bedeutung Du Dir nicht klar warst, muß Dir freilich verziehen werden.“ Dann kam Göhre mit dem Artikel der „Zukunft“ — den hatte er nicht gelesen. Als er durch die „Neue Zeit“ darauf aufmerksam gemacht wurde, legte er diesem Artikel keine Bedeutung bei. Als ich sein Verfahren charakterisierte, da war er ganz entsetzt, außer sich, schleuderte mir die glücklichsten Worte ins Gesicht und erklärte, er habe den Artikel nicht gelesen, er sei naiv genug — nicht dem Worte, sondern dem Sinne nach —, dem Artikel der „Neuen Zeit“ nicht die genügende Bedeutung beigelegt zu haben usw. Täuschen wir uns nicht. Man wird wieder sagen, daß man sich unklar ausgedrückt habe, daß man das, was man nach dem logischen Wortlaut hineinlegen mußte, nicht habe sagen wollen. Und zuletzt könnte es kommen wie in Hannover und später, daß man zwar nach tagelangem Streiten eine Resolution angenommen hat, aber hinterher ebenso uneinig bleibt wie vorher. (Zustimmung.) Man rede doch nicht von der Einheit und der Einigkeit in der Partei! Diese Seite hat ja gestern bereits Braun ange schlagen, wir seien ja einig in der Partei. Das ist nicht wahr, das bestreite ich auf das allerentschiedenste; nie und zu keiner Zeit waren wir uneinig als gerade jetzt, nie und zu keiner Zeit waren die Differenzen größer als jetzt! (Vielfaches Sehr richtig!) Das zu verurteilen und darüber abetmals mit Zuckersüßer hinwegzutun, das habe ich für meine Person herzlich satt! (Lebhafte Zustimmung und Handklatschen.)

Ich habe seit zwölf Jahren, seit der großen Debatte mit Vollmar in Erfurt, so viel Hinunterzuschluden gehabt und oftmals mich geärgert und bin immer wieder darauf hineingefallen, die Hand zu bieten zur Ueberbrückung der Gegensätze, bis ich mir endlich sagte: So geht's nicht mehr weiter! Jetzt müssen wir uns endlich einmal klar werden, reinen Tisch machen und uns mal gegenseitig so gründlich aussprechen, wie nur irgend möglich. (Bewegung.) Die Grundlage der ganzen neuen „revisionistischen“ Bewegung ist bekanntlich die Schrift von Bernstein, der damals zu seinem Glück in London war, denn seit er Gelegenheit hatte, nach Deutschland zu kommen, was ich ihm von Herzen gönne, — habe ich doch selbst, so weit ich konnte, dazu beigetragen — seit er sich in Deutschland praktisch betätigt hat, hat er nach meiner Ueberzeugung an Ansehen nicht gewonnen, sondern verloren (vielfaches Sehr richtig!) und fernher

nicht nur bei den Radikalen, sondern auch bei seinen Freunden, den Revisionisten, und bei diesen am allermeisten. (Sehr richtig!) Was ist dem Mann, der erst von seinen Freunden wie ein Messias jubelnd begrüßt wurde, und von dem sie ein neues Evangelium, einen neuen Glauben, eine neue Taktik erwarteten, in der letzten Zeit nicht alles gesagt worden! (Sehr richtig!) Jetzt heißt es auf einmal: Steiniget ihn, steiniget ihn! Nicht, weil er auch nur ein Wort von dem, was er gesagt hat, zurückgenommen hat, sondern weil er nach ihrer Meinung gar zu ungeschickt oder auch gar zu rüchhallos (Sehr gut!) sich ausgesprochen hat. Deshalb hat man ihn so scharf getadelt, ja sogar gesagt: „Wenn das so weiter geht, dann muß er aus der Partei hinaus!“ Das hat keiner von uns bis jetzt noch gesagt, sondern das wurde Genossen Bernstein von denjenigen zugerufen, die bis vor kurzem als seine Anhänger gegolten haben. Bernstein hat sich eben gewissermaßen als das infant terrible, als das Schreckenskind (Heiterkeit) seiner Freunde entpuppt. Weil sein Ansehen aber bereits in weiten Kreisen diskreditiert war, bestiegen legte man auch der ersten Aufforderung Bernsteins, einen Vizepräsidenten zu wählen, der selbst die durch die Praxis des Reichstags festgesetzte Verpflichtung des Hofbesuchs zu erfüllen hätte (Große Unruhe), keine allzu große Bedeutung bei. Ich war in der Tat — das kann mir Auer nach meinen Briefen bezeugen. Ich war also erbittert, daß die Frage überhaupt aufgeworfen wurde, weil ich mir sagte: Kommt Bernstein selbst von seinem eignen Standpunkt aus etwas Dümmeres, Vertebrteres machen, als daß er in einem Moment, wo in der Partei der größte Jubel über den Wahlerfolg herrscht und wo in der ganzen Partei mit Ausnahme einer verschwindenden Minorität die Ueberzeugung bestand, jetzt gelte es, diesen Sieg auszunutzen, vorwärts zu gehen, zum Angriff überzugehen, schärfer zuzugreifen, durch die Kraft der größeren Zahl die bisherigen Leistungen zu überbieten, daß er da in diesem großen Moment kam mit der Vizepräsidentenfrage (Lachen und Weisfall) und erklärte: „Auch wenn wir dabei zu Hofe gehen müssen, darf uns das nicht genieren!“ Und das in einem Moment, wo die Reden von Breslau und Essen (Stürmischer, anhaltender Weisfall) noch im Gesicht eines jeden Sozialdemokraten brennen, als hätte er eine physische Wackpfeife der aller schlimmsten Art empfangen! (Stürmische Zustimmung.) Das in einem Moment, wo sich immer mehr für jeden, der ein wenig denken kann, zeigt, was da oben sich vorbereitet, in einem Moment, wo man sich sagen muß: hier haben wir es mit einem Repräsentanten der herrschenden Macht zu tun, der so oft angekündigt hat: „In letzter Instanz ist die Armeee dazu da, um gegen den inneren Feind zu marschieren!“ (Erneute lebhafteste Zustimmung.) Glaubt Bernstein, daß alles das in deutschen Proletariatshirnen ausgelöscht ist? (Lebhafter Weisfall.) Glaubt er, daß einer von uns darüber im Zweifel sei, daß die gewaltige Macht, die dieser Mann zu Wasser und zu Lande kommandiert, eines Tages mobil gemacht wird, wenn er glaubt, es sei an der Zeit, um gegen uns geführt zu werden? Ist das Wort vergessen, das er äußerte: Auf Befehl müßt ihr auf Vater und Mutter schießen! Wer das nicht einseht, wer das nicht weiß, der soll überhaupt aufhören, Politiker zu spielen! (Stürmischer, anhaltender Weisfall.) Bernstein hatte in meiner Schätzung bereits bedeutend an Ansehen eingebüßt, und, soweit ich das von Klüßnacht aus von meiner Sternwarte (Große Heiterkeit) beobachten konnte, hat auch ein großer Teil der Parteipresse es nicht für wert gehalten, große Abwehr gegen ihn zu üben. Ich war ja empört, daß der große Moment durch dies ungeschickte Eingreifen gestört wurde. Aber eins will ich Ihnen sagen: wenn ich auch in einem größeren Teil der Parteipresse, auch in dem Teil, der sonst nicht gegen mich in taktischen Fragen Stellung zu nehmen pflegt, getadelt wurde, so habe ich doch andererseits — und ich kann Ihnen die schriftlichen Beweise dafür vorlegen —, so lange ich in der Partei tätig bin, und Sie wissen ja, es hat schwere Kämpfe gegeben seit Jahren in der Partei — so habe ich niemals aus den Kreisen der Parteigenossen so viel Zustimmungen bekommen, wie gerade

jetzt. Unsere Genossen freuen sich, wenn ein rechtes Wort zur rechten Zeit kommt. (Heiterkeit und Weisfall.) Mir ist es noch nie passiert, daß ich aus den Kreisen der Fraktion, der Partei — und bis in diese Stunde habe ich noch Briefe über Briefe bekommen — so zahlreiche Äußerungen der Zustimmung empfangen hätte, wie gerade jetzt von der Masse der Parteigenossen, auch aus der Schweiz, Oesterreich, Belgien, England. Von deutschen Genossen, nicht von den andern. Diese alle waren froh, daß nun endlich einmal sozusagen der Käse die Schelle umgehängt wurde. (Lebhafter Weisfall.) Das war die Stimmung, von der man in Berlin und speziell in unserem Centralorgan so ganz und gar nichts gesehen und gehört hat. (Lebhafte Zustimmung. Rufe: Leider!) Es ist rein zum Bewundern, aber es bleibt dabei, man hat an den entscheidenden Stellen die Führung verloren, das Verständnis verloren, man ist nicht mit der Parteiseele in Kontakt, man ist nicht im Stande, aufzufassen, was da vorgeht. Haben wir jemals in den 40 Jahren seit Bestehen der Partei einen solchen Sturm der Entrüstung erlebt, wie anlässlich dieser Frage? Im wesentlichen freilich erst, nachdem Genosse Wollmar seinerseits in die Arena trat und nicht nur das aufnahm, was Bernstein gesagt hatte, sondern es in seiner Art noch erweiterte, vertiefte und schärfer begründete. Wollmar liebt es, selten aufzutreten, namentlich in einer programmatischen Form, aber wenn er glaubt, daß die Stunde gekommen sei, einmal mit der ganzen Macht seiner Person einzutreten für eine Sache, dann tut er es in einer gewissen feierlichen Weise, es ist dann gerade so, als wollte er jetzt auf einmal eine neue Lehre verkünden. (Heiterkeit und Zustimmung.) So war es auch in München. Ich war schon der Meinung, die Geschichte sei aus und wir würden uns nur noch in der Fraktion damit beschäftigen. Ich sagte mir schon: nun kommst Du auch einmal ruhig schlafen. (Heiterkeit.) Da kam die Nachricht aus München von der Rede Wollmars. Man erinnert sich an das Auftreten Wollmars 1891; als er im Kolosseum seine Programmrede hielt, wofür er von den bürgerlichen Parteien mit Jubel begrüßt wurde. Damals wurde gesagt: Ja, das ist der einzige Mann in der Partei, der weiß, der Zeiten Puls zu fühlen. So auch jetzt. Es war speziell Herr Raumann, der hier vor mir sitzt, der ihn förmlich beschwor: „Sie sind der Mann der Situation! Steigen Sie doch hernieder vom bairischen Gebirge, stellen Sie sich an die Spitze, alles Volk wird Sie mit Jubel empfangen.“ (Große Heiterkeit.) Mit dem Jubel war es freilich anders. Ein Jubel war zwar in München vorhanden; dort ist er immer vorhanden, wenn Wollmar kommt. (Heiterkeit.) München ist das Capua der deutschen Sozialdemokratie. (Große Heiterkeit.) In München wandert keiner auf die Dauer ungestraft unter den Bierkrügen. (Erneute Heiterkeit.) In München gehen die stolzeften Parteisäulen nach einer Zeit zu Grunde. Da steht Euch diesen Karuss an (Heiterkeit), auf den jeder noch vor kurzem geschworen hätte, daß er ein ganz unverfälschter Radikaler sei. Und diese stolze Säule, nachdem sie einige Zeit in München gestanden hat, ist gebrochen und liegt zerbrochen im Haubhäuser Moos. (Große Heiterkeit.) Freilich, als ehemals Radikaler ist er anders gebrochen als ein Revisionist brechen würde, aber er ist doch gebrochen. Es ging ihm wie manchen, der nach München zog, als ein braver, prinzipientreuer, fester Genosse — ich sehe so einige hier sitzen an mehreren Tischen. (Große Heiterkeit.) Nach ein paar Jahren in München waren sie an Geist und Seele gebrochen. So sind meine Einbrüche, und wenn ich selbst nach München ziehen sollte, ich glaube, ich würde mich vor mir selber fürchten. (Stürmische Heiterkeit.) Wollmars Auftreten wurde nicht nur von der Mehrzahl der Münchener Genossen heubest und bestatigt, sondern auch von der bürgerlichen Presse fast ohne Ausnahme. (Sehr richtig!) Es ist ja allmählich in unserer Partei dahin gekommen, daß es gewisse Kreise von Leuten giebt, die eine ganze Corona bürgerlicher Journalisten als Korybanten um sich giebt, die eine ganze Corona bürgerlicher Journalisten als Korybanten um sich versammelt haben. Ich sage nicht, daß sie gerufen worden seien. Nein, diese haben sich an dieselben herangemacht, sie kamen freiwillig, um zu bejubeln,

zu beweisen. Habe ich nicht erst kürzlich gelesen: Wollmar, der ungekrönte König von Bayern! (Große Heiterkeit.) Aber die bayrische Partei will in ihrer großen Mehrheit von ihrem ungekrönten König in dieser Frage nichts wissen. (Heiterkeit.) Die Stimmung in Bayern hat mich außerordentlich erfreut. Wahreuth, man denke Wahreuth, ist vorangegangen und hat sich zuerst gegen Wollmars Rede erklärt. Das hat mich mit großer Genugthuung erfüllt. Und so war es in allen großen Städten Bayerns. Da hat es in der bürgerlichen Presse geheißt, die ganze bayrische Landtagsfraktion ist der gleichen Meinung wie Wollmar. Aber wenige Tage später erklärt unser alter 78-jähriger Parteigenosse Gabriel Löwenstein, der als Delegierter hier ist: Ich nicht! (Lebhafte Beifall.) Und Segitz erklärt ebenso prompt: Ich nicht! (Bravo!) Daß Haller gleichfalls den Wollmar'schen Standpunkt ablehnt, nun, das war nicht anders zu erwarten. (Heiterkeit.) Nur einer, Franzel Ehrhart, der Pfalzgraf am Rhein (Stürmische Heiterkeit.) hat bis heute geschwiegen (We i s t e r: Nein, er hat auch schon gesagt, daß er da nicht mitmacht.) So? Das freut mich. Ich dachte schon, auch Du (zu Ehrhart) bist verloren. (Große Heiterkeit.) Wenn man so einen Bundesgenossen gewinnt, wie Dich, dann ist das viel wert. Und diese Stimmung brach aus in der ganzen Partei (Stürmische Zustimmung!), nicht veranlaßt von oben, sondern spontan von unten herauf. Ich habe diesmal nicht angefangen, sobald Wollmar gesprochen, nahm die fast ganze Parteipresse klare präzise Stellung gegen Wollmar. Es brach an allen Ecken und Lösen. In der ganzen Partei drang von unten her ein einziger Schrei der Entrüstung empor. (Stürmischer Beifall.) Nun, auch das ist bestritten worden. Da hat z. B. Auer in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ — er schreibt ja nur noch dort, die „Neue Zeit“ scheint für ihn nicht mehr zu existieren (Hört! hört!) — in seiner bekannten weisen Weise gesagt, daß eine sehr nebensächliche Angelegenheit zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgepußt worden sei. An gehörigem Echo habe es nicht gefehlt, wobei der Umstand, daß die Anregung gerade in die Zeit der sauren Gurke fiel, wohl nicht ohne Bedeutung gewesen sei. Ich bin überzeugt, daß das seine ehrlichste Ueberzeugung ist, die ganz seinem Wesen entspricht. Wer bei keinem Mann in der Partei bedauere ich so tief wie bei Auer, daß er Vorgänge, die beweisen, daß die Parteiseele in vollster Bluth ist, so beurteilen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist nicht wahr, daß der Streit aus bedeutungslosen Ursachen entstanden ist, das ist eben so falsch, wie die andre Behauptung, daß die vorhergehenden Debatten dieses Parteitages ein Literatengezänk gewesen seien, während diese Reden doch die Partei in ihren Grundfesten erschütterten haben. (Bewegung.) Ein solches Urteil kann nur fallen, wer die eigentliche Grundlage, den prinzipiellen Boden verloren hat. (Sehr richtig!) Was bedeutet es, wie kommt es, daß Auer diesen Vorgängen die geringste Bedeutung beigelegt hat. Gewiß, darin hat er recht, die Parteikämpfe füllen bei uns in der Regel die Sommermonate aus. Diesmal aber hatten wir keine eigentlichen Hundstage. (Heiterkeit.) Daß wir gerade im Sommer diskutieren, kommt daher, weil wir alle, Parteiführer, Fraktionsmitglieder während des Herbstes, während des Winters, bis tief in den Frühling hinein parlamentarisch tätig sind, und erst während des Sommers Zeit haben, uns auf uns selbst zu besinnen, theoretisch zu arbeiten und wenn es not tut zu polemisieren. Ueber die Vizepräsidenten-Frage selbst habe ich mich bereits ausführlich in meinem Artikel in der „Neuen Zeit“ ausgesprochen. Hier habe ich mich nicht im einzelnen darüber zu äußern. Ich will die Angriffe auf meinen Artikel beantworten und habe hoffentlich auch später Gelegenheit zu antworten. Man hat gesagt, die Sache beruhe auf einer falschen Auffassung von mir: Nebel glaube an eine Verschönerung. Dieser Glaube ist vielleicht angeregt durch Briefe von mir an Auer Auer: Die habe ich gar nicht gelesen (Bewegung), ich lege immer alle Briefe während solcher Streitigkeiten zurück, es handelt sich um mehrere Briefe, die ich Dir vor 4 bis

6 Wochen durch Dich probiert geschrieben habe. (Auer: ja, ja!) Und man sagt Auer, er habe bis heute diese Briefe nicht gelesen. (Hört! hört!) Das ist mir lieb zu hören. Ich nehme mir von meiner kostbaren Zeit, um in einer so wichtigen Sache an Dich zu schreiben — er hat mir ja auch seine Ansicht geschrieben — und Du liest sie nicht! (Hört! hört!) Da ich meine Briefe nicht zum Vergnügen schreiben werde ich künftig meine Konsequenzen ziehen. — Wie das Gerücht von meinem Glauben an eine Verschönerung nun auch entstanden sein mag — eine Verschönerung braucht unter Gleichgesinnten nicht zu bestehen, Verständigung macht sich von selbst. Im dem Augenblick, wo Genosse Wollmar gesprochen hatte, sprangen seine Freunde von überall her ihm bei, und das war ganz in der Ordnung. Da kam das Eingeladene in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, weiter trat Heine für Wollmars Ansicht ein in Berlin, Sildelun in Nürnberg, Dreesbach in Mannheim, Kolb in Karlsruhe, Göhre sogar kam mit einem großen Artikel in der „Chemnitzer Volkstimme“. Damals war man nicht der Meinung, daß es sich um eine kleine, nebensächliche Frage handle. Erst als man sah, wie die Stimmung in der ganzen Partei war, merkte man, daß man eine böse Sache eingerührt habe und um eine Niederlage zu vermeiden vor dem verammelten Parteitag (Lebhafte Zustimmung!), da kam aus Fürstenthal (Heiterkeit!) — die Fürstenthaler sind gute, brave Genossen, aber, sie werden mir's vergehen, führend sind sie nicht (Sehr richtig!) — kam aus Fürstenthal die bekannte Resolution, die da sagt: ach, das ist kummres Zeug, die Vizepräsidenten-Frage ist eine ganz unbedeutende Sache. Und alsbald erhob es aus allen Ecken und Enden, aus denen es vorher gelungem hatte: Jetzt muß die Partei zur Machteinahme kommen — denn das ist der Sinn der Wollmar'schen Rede — jetzt erhob es: Es ist ja gar keine Haupt- und Staatsaktion. Man schwenkte um. (Sehr richtig!) Also erst dann, als man sah, daß Neunzehntel der Partei den Wollmar'schen Standpunkt mißbilligte, da war es auf einmal keine Frage der Machterweiterung mehr, sondern eine ganz kleine unbedeutende Formfrage, und so kamen auf einmal von allen Seiten voll merkwürdiger Uebereinstimmung Anträge, der Parteitag solle sich nicht damit beschäftigen. Ja, wenn wir hinter einer chinesischen Mauer lebten, dann wäre die Sache eine andre. Aber so ist es nicht; die ganze Welt — wir können es mit einem gewissen Stolz sagen — sieht auf uns und jede Regung in unsren Reihen wird von ganz Deutschland aufmerksam verfolgt. Auf der andren Seite werden alle diejenigen, die seit zwölf Jahren alle paar Jahre wenigstens einmal in den letzten fünf Jahren jedes Jahr ununterbrochen zu diesen Dissonanzen Veranlassung gegeben haben, von der bürgerlichen Presse, von deren Standpunkt aus ganz mit Recht, gelobt und als die großen Staatsmänner mit dem weiten Blick usw. geschildert. Man will auf diese Weise, wie ich schon einmal gesagt habe, die Partei förmlich auseinanderloben. Das ist unter Formen und in einer Weise geschehen, daß ich sagen muß, es hat mich mandmal angeekelt. (Beifall.) Gewiß, dafür können die Betreffenden nichts, sie haben es nicht veranlaßt. Aber wenn mir so etwas passierte — es kann mir ja nicht passieren, und ich freue mich dessen. So lange ich atmen und schreiben und sprechen kann, soll es nicht anders werden. (Lebhafte Beifall.) Ich will der Lobfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, beseitigen. (Stürmischer Beifall.) Also es wäre Torheit zu verlangen, daß mich die bürgerliche Presse loben sollte — aber wenn mir je solche Lobhudelei zu teil würde, wie sie einem Teil unserer Genossen gezollt wurde, so würde ich doch einmal dazwischen fahren und diesen Leuten sagen: was sehen Euch unsre Angelegenheiten an, kümmert Euch um Eure Sachen und haltet den Mund über unsre Angelegenheiten. Alle Eure Lobeserhebungen sind vergeblich und haben keinen Zweck. Das hätte gesagt werden müssen! Dort sitzt der Genosse Heine. Im Winter 1901/02 kam ich im Reichstage eines Tages zu ihm und sagte ihm: Seine, haben Sie gelesen, was

Herr v. Gerlach über Sie geschrieben hat? Nein, sagte er; worauf ich ihm sagte: dann lesen Sie es, bitte, dieser Herr v. Gerlach lobt Sie noch aus der Partei hinaus. Das ist ein gefährlicher Freund; sagen Sie Herrn v. Gerlach, er möge diese unangenehme, Ihnen notwendig widerliche Loberei nicht so offen zu Tage treten lassen! Darauf antwortete mir Heine: Sie haben recht, das will ich ihm bei erster Gelegenheit sagen. Aber bis in die letzte Zeit hat Gerlach weiter gelobt. Er hat Artikel über Heine geschrieben, von denen ich sagen muß: wenn über meine Person so etwas geschrieben würde, ich hätte mich geschüttelt. Was es nun mit diesem „Machtzuwachs“ auf sich hat, ist ja mittlerweile bis zum Ueberdruß klar geworden. Ich habe schon in meinem Artikel in der „Neuen Zeit“ die Urteile der bürgerlichen Presse erwähnt. Ich bin mit Vollmar, mit dem ich bis Ende der achtziger Jahre immer in Uebereinstimmung war und den ich immer an meiner Seite hatte, in eine Reihe von schweren Konflikten gekommen. Seit 1890/91 sind wir in einer Reihe der wichtigsten Fragen immer mehr auseinander gekommen. Aber ich kann wohl sagen, daß das unrer gegenseitigen persönlichen Achtung nicht den geringsten Eintrag getan hat. Da hat man nun gesagt: es sei die Rivalität der Führer, für zwei Alexander sei in der Partei kein Platz und bei diesen ganzen Differenzen sei Eiferucht mit im Spiel. Ich habe darauf schon wiederholt geantwortet: Für uns beide ist reichlich Platz in der Partei und für viele andre noch dazu. Die Kreise, die Vollmar verehren, sind ganz andre, als diejenigen, die mir Sympathie bezeugen. Und wenn es auch die gleichen Kreise wären, so würde ich sagen, was Goethe in Bezug auf Schiller und sich gesagt haben soll: Hört doch auf zu streiten, wer von uns beiden der Bessere und meinetwegen der Größere ist, seid froh, daß ihr uns beide habt. (Lebhafter Beifall.) Ich sage, es wäre lächerlich, wenn solche Gefühle der Eiferucht uns beherrschen sollten. So oft wir auch in der heftigsten Weise aneinandergeraten sind, zuletzt haben wir doch immer wieder in der freundschaftlichsten Weise verfehrt. Unseren persönlichen Verkehr haben diese Differenzen in keiner Weise geschadet, also bleibt uns mit diesem elenden erbärmlichen Gerede vom Leibe, das ist nicht wahr. Niemals ist mir auch nur eine Sekunde lang der Gedanke gekommen, Vollmar will Dir nicht wohl, weil Du eine große Popularität in der Partei hast, und ich denke, er hat etwas Derartiges auch nicht von mir gedacht. Das traurigste nun bei dieser ganzen Affäre ist, daß schließlich selbst die Blätter der bürgerlichen Presse, die anfangs die Revisionisten in dieser Frage unterstützt hatten, sie am meisten verhöhnten und im Stich ließen, daß diese bürgerlichen Blätter, nachdem sich gezeigt hatte, wie die Stimmung der großen Mehrheit der Partei war, es zuletzt nicht unterlassen konnten, gewissermaßen dem toten Löwen noch einen Fußtritt zu verzeihen. Das tut mir um diese Mäner leid. Ich habe schon in der „Neuen Zeit“ auf einen Artikel der „Frankfurter Zeitung“ hingewiesen, und ich habe hier eine neue Auslassung des Berliner Vertreters der „Frankfurter Zeitung“. Auch von dieser Auslassung brachte der „Vorwärts“ kein Wort. Ich will hier nebenbei bemerken: Genossen, das muß anders werden, das ist die wichtigsten Parteiblätter es nicht für der Mühe wert halten, ihre Leser von solchen Stimmungen und Urteilen zu unterrichten. (Sehr richtig!) Sollte speziell das Centralorgan in den letzten Jahren in dieser Beziehung seine Pflicht und Schuldigkeit getan und gesagt: das wird über Vollmar, Bebel, Kautsky, über die in der Partei herrschenden Strömungen gesagt. Es wäre besser gewesen. Aber man soll nicht denken: Was wird das auf die „Gedenktender“ für einen Eindruck machen, die nicht urteilen können. Nein, ich verlange, daß die Partei zur Wahrheit und Klarheit und Mannbarkeit auch in dieser Beziehung erzogen wird. (Lebhafter Beifall.) Ich wünsche, daß die Genossen über alles ausgeklärt werden, und wenn das allezeit gesehen wäre, dann wären die Dinge niemals so weit in der Partei gekommen, wie sie leider gekommen sind, dann hätten die Parteigenossen beizeiten eingegriffen und den Betreffenden

gesagt: Hört mal, das geht so nicht weiter! Wir sehen, wie das, was Ihr tut oder sagt, in der gegnerischen Presse ausbeutet wird, wie man Euch da mißversteht, das geht nicht! Sollte der „Vorwärts“ den Artikel „Parteimoral“ in seinen ausfallendsten Stellen mitgeteilt und hätte ihn der „Vorwärts“ nur mit 10 Zeilen kritisiert, dann würde die Partei bei ihren jetzigen Verhandlungen einen vollen Tag gespart haben. (Eisner ruft: Ich hatte den Artikel ja nicht gelesen!) Daraus mache ich Ihnen keinen Vorwurf; deswegen werde ich aber vorschlagen, das künftig zu ändern. Und wenn ein so fleißiger Mann wie Sie, den ich für den politischen Teil des „Vorwärts“ geradezu für unerlässlich halte, für diese Sachen keine Zeit hat, so antworte ich Ihnen: Ich wünsche überhaupt nicht, daß Sie sich hierum kümmern. Sie sind ein vorzüglicher Genosse und ein ungewöhnlich tüchtiger Journalist, aber für diese Sachen wünsche ich einen andern, denn dazu sind Sie noch ein zu junger Genosse. Sie kennen die Gesichte der Partei nicht, Sie kennen die Persönlichkeiten und die Verhältnisse nicht und so kommt es, daß Sie neben Ihnen so glänzenden und geistig hoch stehenden Artikeln über die Partei zuweilen Dinge schreiben, bei denen wir älteren Genossen einfach die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. (Eisner ruft: Das ändert sich aber doch mit jedem Tage.) Ja, Genosse Eisner, das dauert mir aber zu lange (Große Heiterkeit), da kann die Partei inzwischen unendlich viel Schaden leiden. Deswegen möchte ich, daß Sie in diesem Teile des „Vorwärts“ bespottet und auf den Teil beschränkt werden, in dem sie in großartiger Weise der Partei dienen, und ihre Aufgabe voll erfüllen können. Es ist nicht irgend welche persönliche Animosität, die mich hierbei leitet, sondern im Gegenteil Hochachtung und Hochschätzung für Ihre Person. Es ist ja selbstverständlich, daß jeder Genosse an die Stelle gesetzt werden muß, an die er nach seinen Fähigkeiten gehört. Nun hören Sie weiter: Als derselbe Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“, der anfangs alles tat, um Vollmar zu engagieren, merkte, wie die Dinge in der Partei lagen, führte er in einer Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung“ aus, „wenn man glaube, daß sich die Mehrheit, selbst wenn die Sozialdemokraten auf die gestellten Bedingungen eingingen, auf einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten einlassen würde, so sei man sehr im Irrtum. Soweit seien wir noch lange nicht, davon werde erst die Rede sein können, wenn einmal die Partei sich weiter umgewandelt habe . . . (Hört! hört!) Wenn dieser neue Geist in die Partei eingetreten sein würde, dann sei die Stunde gekommen, wo man der Frage näher treten könne! Auch den Nationalliberalen und selbst dem Centrum falle es nicht ein und könne es nicht einfallen, einen Sozialdemokraten auf den Vizepräsidentensstuhl zu setzen. Das solle jetzt nachdem dieser Streit sich zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung ausgewachsen hat, mit aller Offenheit noch einmal gesagt werden.“ Hier kommt zum Schaden noch der Hohn! Da sagt man zu uns: Wir haben euch dahin gebracht, daß ihr euch jetzt in den Haaren liegt; aber das ist ein Streit um des Kaisers Bart, wir denken gar nicht daran, euch den Vizepräsidentenposten zu gewähren; ihr habt euch wochenlang gestritten, aber alles um nichts! Kann man sich denn eine größere moralische Niederlage von den Leuten holen, die einen erst unterstützt haben? (Sehr richtig!) Machtfragen! Es soll sich um Machtzuwachs handeln: das ist ja überhaupt die Frage des Revisionismus, man will schließlich in der Regierung Macht erwerben, so denkt man hüben wie jenseits der Bogen; wenn wir mal erst einen sozialdemokratischen Geheimrat in einem Ministerium hätten, oder einen Unterstaatssekretär oder gar einen Staatssekretär! Was wäre denn dann? Nehmen wir einmal an, man nehme den tüchtigsten aus Ihren Reihen und mache etwa Vollmar zum Staatssekretär des Innern. Glauben Sie, daß er dann Gesekretwürfe machen könnte, wie er wollte. Da sieht die ganze Bourgeoisie, die heute kaum ihre eigenen Männer in der Regierung hat, und die sollte einen Sozialdemokraten hineinkommen lassen; das wäre doch nur darum denkbar, wenn

sie ganz genau wußte, daß sie dadurch die Sozialdemokratie von innen heraus zertrimmern und zu etwas anderem machen könnte, als sie jetzt ist. (Stämmischer Beifall.) Der Kaiser hat ja jene Randbemerkung gemacht: „Ja, wenn wir einen Willeram hätten!“ Ich würde, wenn man mich fragte, sagen: wir haben ja Vollmar, der bei Willeram mindestens ebenbürtig. Wenigstens läuft seine Taktik auf die Willeram's hinaus, und das ist meiner Meinung nach der große Fehler. Die Dinge gehen bei uns freilich anders, als andertwärts. Bei uns heißt es in letzter Stunde stets: biegen oder brechen, und da es nicht biegt, so bricht es. Sagen Sie einmal den Fall, man verspräche sich in den maßgebenden Kreisen Vorteile davon, man würde glauben, damit Eindruck auf die Arbeiter zu machen, wenn man einen aus unsren Reihen in die Regierung aufnehme. Glauben Sie denn daß das ohne Konzessionen abginge? Do ut des! Diesen Grundsatz der Politik kennt niemand besser als Vollmar und dafür würden wir ein Stück Macht eingeräumt erhalten, das viel unbedeutender ist, als Sie glauben. Die National-liberalen haben seit Jahr und Tag den langen Wölfer in der Regierung sitzen. Vor vierzehn Tagen las ich in dem nationalliberalen „Samoderischen Kurier“ einen Artikel, der darauf hinauslief: Verehrter Genosse, machen Sie so schnell wie möglich, daß sie aus dem Ministerium herauskommen; Sie können uns dort nichts nützen, sie kompromittieren uns nur. (Hört! hört!) So geht es sogar der nationalliberalen Partei — also nehmen wir den Fall, daß für unsre Partei etwas Ähnliches möglich wäre, dann würde man uns sagen, Wurf! wider Wurf, wir machen auch Konzessionen, aber nur seid so gut und stimmt auch für den Reichsetat! Ihr müßt jetzt das Militär-, das Marinebudget, das Kolonialbudget, die auswärtige Politik, die indirekten Steuern, die Lebensmittel-Zölle, die Liebesgaben akzeptieren, den ganzen Etat mit Haut und Haaren verschlucken, dann machen wir auch Konzessionen. Wie hieß es doch einmal in jener Rede von Heine: Kanonen gegen Volksrechte! (Heine: Also Sie bringen diese Geschichte doch wieder vor!) Etwas Raiveres als diese Rede habe ich nie gehört. Ich habe schon wiederholt gesagt, eine starke Regierung bedeutet ein schwaches Parlament. Je stärker Ihr die Regierung macht, um so mehr festigt Ihr die Regierung und setzt sie in den Stand, uns zu zwiebeln und alles zu verweigern. Man sagt, wer denkt denn überhaupt an solche Dinge. Man denkt freilich daran. Vollmar stellte in München den Satz auf: man solle den Kampf speziell auf einzelne Aufgaben und einige nahelegende Punkte konzentrieren, und er nannte als solche Punkte das Koalitions-, das Vereins- und Versammlungsrecht, die Beseitigung der Lebensmittelzölle, den Normalarbeitstag. Wie es mit den Lebensmittelzöllen aussieht, haben wir ja eben erlebt. Bisher nannte man diese Politik englische Gewerkschaftspolitik. Das ist keine prinzipielle Politik mehr, damit kommen wir in eine schiefe Position. Auf dem Frankfurter Parteitag haben wir uns über die Budgetfrage unterhalten. Die bayrischen Genossen hatten für das Budget gestimmt. Damals hielt die stärkste Rede gegen Vollmar Genosse Auer, heute würde er diese Rede allerdings wohl nicht mehr halten. (Auer: Sehr richtig!) Die Frage wurde damals infolge eines sehr ungeschickten Amendements von Stadthagen nicht klar gelöst (Stadthagen: Das Amendement war sehr gut!), na Sie sind ja unkorrigierbar! (Große Heiterkeit.); wenn Sie mal eine Ansicht haben, so lassen Sie nicht davon ab. Das Amendement war ein großer Fehler. Der Revisionismus ist besonders bei den Süddeutschen zu Hause, das ist wohl nicht allein der Einfluß von München-Capua oder von Bier und Wein, der die Leute gemüthlicher macht, sondern es sind die weniger entwickelten ökonomischen Verhältnisse in Süddeutschland schuld daran. (Sehr richtig!) Deshalb sollte man aber gerade von Süddeutschland aus nicht versuchen, dem weiter entwickelten Norddeutschland eine neue Taktik aufzuzwingen. Das ist es, was ich mit Nachdruck bekämpfe. Die Budgetfrage ist dann später in Lübeck nochmals zur Verhandlung gekommen. Die süddeutschen Abgeordneten versammelten

sich auch 1890 in Würzburg, haben aber nur die sogenannten Bernsteinianer etc., und dort kam man überein, einstighin für das Budget zu stimmen. (Hört! hört! Ehrhart ruft: Die süddeutschen Abgeordneten!) Gewiß, Abgeordnete! Ich habe nicht gesagt, daß Bernstein geladen war, aber diese Genossen nannten sich damals Bernsteinianer. Man kam dort überein, für das Budget zu stimmen, aber ein Teil der Abgeordneten war anderer Ansicht, z. B. Löwenstein und v. Haller. Gewiß steht es ja mit Bezug auf die Budgetfrage in den Einzelstaaten etwas anders als mit dem Reich, aber die Regierungen der Einzelstaaten sind doch zugleich die Regierungen, aus denen der Bundesrat zusammenge setzt ist. (Sehr richtig.) Man könnte höchstens dann für das Budget stimmen, wenn in dem betreffenden Bundesstaat das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht für alle Vertretungskörper bestände, wenn keine bürgerlichen Parteien und dort vorgezogen würden, wenn die Ersten Kammern, überall der Hemschuh des Fortschritts, beseitigt wären, wenn jeder Sozialdemokrat in jede staatliche Stellung gelangen könnte, wenn auch die Angehörigen der Armee sich nicht zu scheuen brauchten, sich zur Sozialdemokratie zu bekennen, wenn wirkliche Pressefreiheit vorhanden wäre. Wenn alle diese Bedingungen erfüllt wären, dann würde ich mir allenfalls die Frage vorlegen, ob ich das Budget bewilligen könnte. Ich würde dann aber die betreffende Regierung weiter fragen: Wie sieht Ihr denn zum Reich, wie habt Ihr Euch da verhalten? Wer hat denn das Sozialistengesetz 12 Jahre lang über uns verhängt? Es ist einstimmig vom Bundesrat angenommen worden. Wer hat 1890, als das Sozialistengesetz fiel, die Novelle zur Gewerbe-Ordnung mit der famosen kriminellen Bestrafung des Kontraktbruchs und der Verschärfung des § 168 eingebracht? Sämtliche Regierungen, die süddeutschen mit einbegriffen. Wer hat die Umfurlvorgabe, wer die Zuchthausvorlage eingebracht? Es waren sämtliche Regierungen, die süddeutschen eingeschlossen. Wie stehen denn alle diese Regierungen zu Militär-, Marine- und Kolonialfragen, zu den Fragen der indirekten Steuern auf Massenkonsumartikel, den Liebesgaben? Will man hier etwa eine Zweifels-Theorie konstruieren? Da haben wir jahrzehntelang die Nationalliberalen verhöhnt, daß sie etne solche Theorie anerkennen, und jetzt sollte sie bei uns aufleben? Das darf nicht sein, und deswegen schon muß jeder Schritt in dieser Richtung auf das entschiedenste bekämpft werden. Haben wir nicht gehört, wie Auer und Schippel in Hamburg die neue Kanonenvorlage zu rechtfertigen suchten? War es nicht Schippel, der in den „Sozialistischen Monatsheften“ in der bittersten Weise unsere Milizforderungen verhöhnt hat? Als diese Artikel in der Fraktion besprochen wurden, hat niemand von Ihrer Seite Schippel die verdiente Abfertigung zu teil werden lassen. (Hört! hört!) Ist nicht in der Fraktion von einem Genossen gesagt worden: Ja, glaubt Ihr denn, daß wir auf die Dauer das Reichs-Budget werden verweigern können? (Hört! hört! und große Bewegung.) Wie ist es möglich, daß hierüber eine solche Frage gestellt wird, eine Stellung, die die Basis unsres ganzen Kampfes bildet? (Lebhafte Beifall.) Wenn bei jeder Gelegenheit immer und immer wieder in dieser Richtung gearbeitet wird, so sage ich: Donnerwetter, wenn es so weit geht, dann ist das die alte Sozialdemokratie nicht mehr, dann werden wir zum Schöpfer der Gegner, dann ist es wirklich sehr weit gekommen. (Lebhafte Zustimmung.) Was weiter die Wahrscheinlichkeit unsrer Freunde in Bayern im vorigen Jahre anlangt, so habe ich diesen schon damals erklärt, wenn das Gesetz auf Grund Eurer Resolution angenommen wird, dann hat das Centrum auf absehbare Zeit die absolute Mehrheit in Eurer Kammer, dieselbe Partei, die wir jetzt auf Leben und Tod bekämpfen und die heute mehr denn je die kulturfeindlichste und reaktionärste ist. (Sehr wahr!) Wenn überhaupt eine Partei ihre Interessen in der bayrischen Wahlfra ge vertreten hat, so ist es das Centrum. Dies Lob muß ich hier aussprechen, meinen eignen Parteigenossen kann ich es leider nicht aussprechen. (Gut! Hört!) Weiter der Mainzer Beschluß

über die Eisenbahngemeinschaft! Wir hatten darüber in Mainz vollständig klare Bahn geschaffen. Gerade Calwer, der wahrhaftig kein Radikaler ist und sich vielfach Bollmar viel mehr nähert als mir, hatte die Resolution beantragt, wonach die Verkehrswege unter die Oberhoheit des Reiches kommen sollen. Und das ist selbstverständlich, denn wie die kapitalistische Gesellschaft in Deutschland eine einheitliche Handels- und Gewerbegesetzgebung nötig hat, so auch eine einheitliche Verkehrs- und Handelspolitik und die forderte auch der Mainzer Parteitag. Gegen diese Resolution hat man ein Pronunziamentos inszeniert und beschloffen, für die süddeutsche Eisenbahngemeinschaft Propaganda zu machen. (Hört!) Als man aber heimging, sah man, daß die Situation in den süddeutschen Staaten so verfahren war, daß man nicht einmal wagte, diesen Antrag auch nur anzugehen in einem der süddeutschen Länder. Wenn Männer von der Bedeutung Bollmars solche Fehlschlüsse und Fehltritte machen, so muß das doch an etwas anderem als am Zufall liegen, so liegt das daran, daß ihr ganzes Fühlen und Denken in Bezug auf die Partei, ihre Grundsätze und ihre Taktik gegen früher sich total geändert haben. (Wiesache Zustimmung.) Der Revisionismus zeichnet sich vor allem auch durch seine große Bescheidenheit aus. (Heiterkeit und Zustimmung.) Das ist sogar ein Hauptunterschied. Mit der geringsten Kleinigkeit ist man zufrieden, nur nicht drängeln, nur keine Aufregung, nur die Massen nicht in Mitleidenschaft ziehen. Wenn irgendwo, so hätte man in der bayrischen Wahlrechtsfrage die ganzen katholischen Arbeiter auf unsere Seite bringen können. Aber dann hätte man in öffentlichen Versammlungen dagegen protestiert, daß man das Wahlrecht vom 21. Lebensjahr an aufgeben wollte, protestiert dagegen, daß man die Aufenthaltszeit für das Wahlrecht verlängern wollte und damit 150 000 Männer, die jetzt das Wahlrecht haben, entrechtet will. Das hätte man sich in den Volksversammlungen in München, Nürnberg, Würzburg, Erlangen usw. nicht gefallen lassen, das hätte man der Fraktion gehörig gesagt, und um das zu vermeiden, dachte man: „Nur Ruhe, Ruhe! Kein Geräusch gemacht, bei Tage nicht und nicht bei der Nacht! Wir mögen hinter verschlossenen Türen, wir werden die Sache schon zu decheln wissen; nur nicht die Masse aufkriechen, das könnte uns unsere Zirkel stören!“ (Unruhe. Sehr richtig!) Das ist, ins Praktische übersetzt, ein Stück von der Parteimoral, die Bernbard in seinem Artikel ausgesprochen hat. (Sehr richtig!) Jene denken: „Je bescheidener wir sind, desto leichter siegen wir“; ich sage: „Je bescheidener wir auftreten, desto weniger kriegen wir“. (Zustimmung.) Marx sagt in seinem „Kapital“: „Kann man keine notwendige Entwicklungsphase überspringen, so kann man doch ihre Dauer abkürzen.“ D. es giebt keinen größeren Realpolitiker, als den in unseren eignen Reihen viel verkannten Marx. Man kann eine Entwicklungsphase nicht überspringen, aber abkürzen. Unsere ganze Tätigkeit geht darauf hinaus, die Entwicklungsphasen abzukürzen, um die sozialistische Gesellschaft herbeizuführen. (Lebhafte Zustimmung.) Bei den Revisionisten aber heißt es gerade umgekehrt: „Ach, nicht so rasch! nicht so drängeln! Das sind nicht die Worte, aber der Sinn: die Massen sind noch nicht reif! Wie könnt Ihr Euch einbilden, daß diese Massen imstande wären, wenn uns heute die Regierungsgewalt zufiele, sie benutzen zu können? Da antworte ich: Ach, zerbröckelt Euch doch nicht die Köpfe der andren! Was wißt Ihr denn davon, was wir für Intelligenz auf unserer Seite haben, wenn wir die Massen auf unserer Seite haben? (Sehr gut!) Was haben nicht alles unsere Parteigenossen in den Gewerkschaften, in den Krankenkassen, in den Gewerbevereinen, in den Parlamenten geleistet! Was haben speziell die Männer, die aus dem Proletariat in das Parlament gekommen sind — ich rede jetzt nicht von den Akademikern — geleistet! Wie haben diese Männer im letzten Frühjahr und Sommer ihre Stellung in der Kommission für den Rolltarif ausgefüllt! Ich sage Euch ehrlich: ich habe ja

erwartet, daß sie ihren Mann stellen würden, aber darüber, daß sie ihre Pflicht in so großartiger Weise getan haben, bin ich von Bewunderung erfüllt gewesen. (Hört! hört!) Fragt einmal die Regierungsvertreter, die Vertreter der bürgerlichen Parteien, welches jammervolle Schauspiel es war, wenn bei einzelnen Positionen höchstens mal ein Interpellant aus eigensinnigen Motiven sprach, von seinem engherzigen Standpunkt aus, während von unserer Seite die Wandert, die Zubeil, die Antrid und wie sie alle heißen, zum Teil über die schwierigsten Thematata mit vorzüglicher Sachkenntnis sprachen. So hat z. B. Antrid über eine Reihe der schwierigsten chemischen Fragen in einer Weise referiert, daß die Regierungsvertreter Mund und Augen aufsperrten. Also, was wißt denn Ihr von der Intelligenz in den Massen? Ihr habt ja gar keine Ahnung davon! (Sehr gut!) Noch in jeder großen Volksbewegung haben sich zur rechten Stunde auch die rechten Männer gefunden. Und wenn es je eine große Kulturbewegung in der Welt gegeben hat, die ihre rechten Männer und auch ihre Frauen zeigte, so ist es die der Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.) Wenn wir morgen durch irgend einen Umstand unsere Gegner von ihren Sitzen verdrängen und uns selbst hinstellen könnten, so macht Euch darüber keine Sorgen, wir würden schon wissen, was wir zu tun hätten. (Lebhafte Zustimmung.) Ach, diese kleinlichen Gesichtspunkte, diese Engherzigkeit, diese Schächternheit, dieses ewige beruhigen, temporisieren, diplomatisieren, kompromittieren! (Große Heiterkeit und Beifall.) Natürlich ist alles staatsmännliche Genie auf Seite unserer Revisionisten (Heiterkeit), alles diplomatische Geschick auf ihrer Seite. Ihr staatsmännliches Genie sieht man schon auf tausend Meter Entfernung (Heiterkeit) und ihr staatsmännliches Geschick riecht man schon auf hundert Meter. (Erneute große Heiterkeit.) Darauf sage ich Euch: diese Prinzipienreiter, die Leute, die den alten idealen, revolutionären Standpunkt der Partei heute mehr wie je vertreten, das sind keine Diplomaten, keine Staatsmänner, wollen keine sein — aber ich sage: merkt man einem an, daß er ein „Staatsmann“ ist, dann ist er schon keiner mehr. (Sehr gut! und große Heiterkeit.) Läßt jemand sich den Diplomaten anmerken und spricht er es womöglich auch noch aus, dann hört er auf, es zu sein. (Sehr richtig!) Es ist mit einem Wort das Streben der Annäherung an die bürgerliche Gesellschaft. (Lebhafte Zustimmung.) Die Vertuschung, die Ueberbrückung der Gegensätze zwischen Proletariat und bürgerlicher Gesellschaft. Das ist das Streben, das die Männer, die sich Revisionisten nennen, in der Partei haben. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist immer und ewig der alte Kampf, hier links, dort rechts, und dazwischen der Sumpf. Das sind die Elemente, die nie wissen, was sie wollen, oder besser gesagt, die nie sagen, was sie wollen. (Zustimmung.) Das sind die „Schlaumeier“, die immer erst horchen: „Wie steht's da, wie steht's hier?“ (Heiterkeit), die immer spüren, wo die Majorität ist, und dorthin gehen sie dann. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Sorte haben wir auch in unserer Partei. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Eine ganze Anzahl ist jetzt bei diesen Verhandlungen ans Licht des Tages gekommen. Man muß diese Parteigenossen denunzieren (Bura: denunzieren! ?), ja, ich sage ja, denunzieren, damit die Genossen wissen, was das für halbe Leute sind. Der Mann, der wenigstens offen seinen Standpunkt vertritt, bei dem weiß ich, woran ich bin, mit dem kann ich kämpfen, entweder er siegt oder ich, aber die faulen Elemente, die sich immer brüden und jeder klaren Entscheidung aus dem Wege gehen, die immer wieder sagen: wir sind ja alle einig, sind ja alle Brüder, das sind die aller schlimmsten! (Lebhafte Zustimmung.) Die bekämpfe ich am allermeisten. (Stürmischer Beifall!) Wenn aber hier noch ein Zweifel wäre in dieser Frage, ob diese Ansicht richtig ist, so würde ich meine beste Rechtfertigung finden in den Aeußerungen der Feinde. Die sind für mich das beste Barometer. (Lebhafte Zustimmung.) Ich frage aber: ist nicht die revisionistische Richtung von unsern Gegnern in jeder Weise

gehört und gelobt worden, hat man sie nicht moralisch, so viel man konnte, unterstützt? Die „Frankfurter Zeitung“ ist sozusagen schon als ein Organ der Revisionisten bezeichnet worden, und genau dasselbe hätte man von der Raumannschen „Hilfe“ sagen können. So sehr ich von Herrn Raumann abweiche, so sehr ich glaube, daß er keinen politischen Weitblick hat, in Bezug auf die Taktik, die er uns gegenüber anschlug, war er in der Regel sehr geschickt. (Auf: Und Erfolg hatte er doch nicht!) Gewiß, er hatte keinen Erfolg. Denn Ihr denn, Genossen, ich glaube daran, daß der Revisionismus in unserer Partei einmal Erfolg haben wird? (Stürmische Zustimmung.) Nein, Genossen, Erfolg hat er nicht, aber Schaden stiftet er in der Partei an. (Sehr richtig!) Er geripptert unsere Kräfte (Sehr wahr!), er hemmt unsere Entwicklung, er zwingt uns zur Uneinigkeit, er zwingt uns zur gegenseitigen Bekämpfung, wo doch das Gegenteil eintreten sollte. (Sehr richtig!) Eine ganze Reihe von Genossen wird irre geführt. (Sehr wahr!) Daß diese Leute ehrlich kämpfen, das bezweifle ich gar nicht, ich habe es auch selbst in Bezug auf unsere Akademiker erklärt, wie es da steht, wie mancher nur allzu bald wieder das vergißt, was er als Sozialdemokrat gelernt hat, wie viele mehr oder weniger glauben, sie seien eigentlich die geborenen Führer des Proletariats (Zustimmung), wie mehr als einer glaubt, das Proletariat müsse stolz sein, daß er ihm die Ehre erweist, ein Mandat anzunehmen. (Sehr wahr!) Das ist kein böser Wille, das ist kein absichtlicher Verrat, aber es ist ein Uebel für die Partei. Neben den Akademikern kommt dann der andre Teil unserer Revisionisten, die ehemaligen Proletarier in gehobenen Lebensstellungen (Sehr richtig), Leute, die eben jetzt einen gewissen Abschluß ihrer Lebenslage sehen. Die materialistische Geschichtsauffassung braucht ihr nur anzuwenden, und ihr habt des Rätsels Lösung. Was für alle Gegner gilt, gilt auch für uns. Und dann der Glaube, man habe eine staatsmännische Ader, man sei als diplomatisches Genie geboren. Dieser Glaube in Verbindung mit dem Verkehr mit Leuten der andren Richtung bringt es allmählich dahin, daß man auf Wege kommt, wie ich sie heute hier angedeutet habe. Dann gehören weiter natürlich auch sogenannte Proletarier dazu! Ja, das sind die Unwissenden, die Nichtunterrichteten, das sind diejenigen, die einem Manne folgen, dem sie persönlich achten und dankbar zu sein glauben. Aber wenn es einmal möglich wäre, festzustellen, wie das wirkliche Proletariat in der Partei über den Revisionismus denkt, der Revisionismus würde einen schönen stattlichen Generalstab haben, aber die Armee hinter ihm wäre eine sehr kleine. (Lebhafte Zustimmung.) Und weil nun der Revisionismus nach den letzten Wahlen — ich mache daraus kein Geheimnis, ich vertusche nichts mehr — in der Fraktion eine besondere Stärkung erfahren hat (Hört! hört!), weil ich weiß, daß die Leute ganz naturgemäß ihre Ueberzeugung in der Fraktion zur Geltung zu bringen suchen, weil ich weiß, daß das auch neue, wie es schon dagewesen ist, zu unausgesetzten Kämpfen und Reibereien der unangenehmsten und widerlichsten Art führt, da habe ich mir gesagt: Jetzt soll endlich einmal der Parteitag, jetzt soll die Repräsentation der Partei entscheiden, wie von ihrem Standpunkt aus künftig die Taktik der Fraktion festzulegen ist. (Beifall.) Ich habe schon in einer meiner ersten Erklärungen gesagt: „Ich weiß, wir gehen speziell in der Fraktion schweren Kämpfen entgegen über die Taktik, aber ich weiß auch, daß in letzter Instanz, wenn die Partei zu sprechen hat, die Fragen anders entschieden werden als in der Fraktion. (Sehr richtig!) Wir werden mehr als bisher die Partei aufrufen müssen, damit sie Entscheidungen über die Taktik der Fraktion trifft.“ Von diesem Gesichtspunkte aus haben wir Ihnen die Resolution mit der Abänderung, die ich zu Anfang vorgelesen habe, vorgelegt. Von diesem Gesichtspunkte aus bitte ich Sie, diese Resolution betrachten und beurteilen zu wollen. Und wenn Sie glauben, daß die Resolution das ausdrückt, was ausgesprochen werden muß, dann stimmen Sie ihr mit ungeheurer Mehrheit (Auf: Einstimmig!) zu, und ich bin überzeugt, wenn diese Richtschnur gegeben ist und wenn die andern

Mahregeln ergriffen sind, die notwendig sind, um künftig Klarheit, Wahrheit und Wissen über alle wichtigen Parteifragen zu verbreiten: dann bin ich überzeugt, daß die Partei ihren stolzen Siegeslauf weiter fortsetzt und daß sie in der glänzendsten Weise ihre historische Mission erfüllen wird. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Hierauf werden die Verhandlungen vertagt. Eingegangen ist ein Begrüßungs-Telegramm von Genossen aus der Heilstätte Grabowsee. Schluß nach 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag den 18. September. — Vormittags-Sitzung.

Beginn 9 Uhr 10 Minuten. Den Vorsitz führt Singer.

Eingelaufen sind zahlreiche Begrüßungen, darunter ein Gruß von der ukrainischen Sozialdemokratie Rußlands. (Bravo!)

Eine Zuschrift des Vertrauensmanns von Düsseldorf erklärt, daß die Vorkausstellungen, von denen die Mandatsprüfungskommission nach den Mitteilungen des Referenten Gruentwaldt bei der Prüfung der Düsseldorfer Mandate ausgegangen ist, falsche waren. Beigefügt ist die Protestresolution, die der Mandatsprüfungskommission bereits vorgelegen hat.

Singer bemerkt dazu: Die Mandatsprüfung ist erledigt, wir haben unsererseits keinen Anlaß, nochmals in diese Angelegenheit einzutreten. (Zustimmung.)

Eingelaufen ist weiter eine Zuschrift des Vertrauensmanns in Kassel, wonach Dreher, der gegen das Mandat des Delegierten Huhn protestiert habe, dort nicht mehr als Parteigenosse angesehen werde.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Die Debatte über die

Taktik

wird fortgesetzt. Eingelaufen sind hierzu noch die Anträge 140 (die von Bebel angekündigte Veränderung des ersten Satzes der Resolution 130); ferner als Amendement zu dieser Resolution die Anträge 141 und 142; der Antrag 139.

Entwurf 111, der von der Partei den Anlauf von Bauerngütern verlangt (Getterzeit), ist zurückerzogen.

In der wieder eröffneten Diskussion erhält das Wort

v. Bollmar: Parteigenossen! Bebel hat Ihnen in seinen geltrigen Ausführungen die innere Lage der Partei so geschildert, wie sie sich in seinem Sinne malt, und er hat damit naturgemäß einen großen äußeren Eindruck gemacht. In dem ich mich daran mache, ihm zu antworten, fühle ich, daß ich in einem gewissen Nachteil ihm gegenüber bin; nicht nur deswegen, weil ich mich an glänzender Redeergabe niemals mit ihm gemessen habe, sondern auch vor allem deswegen, weil mir eine Anzahl von Mitteln fehlen, die Bebel, wie im allgemeinen, so auch gestern in seiner Rede angewendet hat. Ich pflege mich selber an die Einbildungskraft noch an das Gefühl zu wenden, sondern ich appelliere zu überreden. Nur hat es ja mit der Art der Parteidiskussionen bei uns meist seinen Galen; man kommt bei uns sofort vom Hundertsten ins Tausendste, und gewöhnlich melbet sich bald einer, der in die einfachsten Sachen das Motiv der Leidenschaft hinein trägt, zündende Allgemeinheiten hineinwirft, sobald es dann mit der Ruhe schnell zu Ende ist. Nach meiner Erfahrung — und ich habe ja leider auch den Vorzug, namentlich einer Ihrer „Alten“ zu sein — ist aber kaum je das Kampffeld im Laufe der Debatte so schnell, so gründlich, bis zum Nichtmehrerkennen verschoben worden und die Sache so vollkommen entstellt worden

wie diesmal. Und es wird meine Aufgabe sein, die in der Blinden Hitze aus dem Zusammenhang gebrachten Glieder wieder einzurichten und die Dinge wieder an ihre rechte Stelle zu setzen.

Die Sache ist bekanntlich ausgegangen von der Vizepräsidenten-Frage. Ich habe in meiner Münchener Rede, die ja gedruckt vorliegt, bereits ausgesprochen, daß mir sowohl der Zeitpunkt als die Art, in der die Sache von Bernstein besprochen und begründet worden ist, nichts weniger als behagt hat, und wenn ich hier nicht noch deutlicher geworden bin, so hauptsächlich deshalb, weil ich nicht die Eigenschaft habe, wenn alle Leute auf einen loszuschlagen, meinerseits auch noch einen Stein auf ihn zu werfen. Nach meiner Meinung war die Anregung an sich und zu diesem Zeitpunkt eine verfehlte, eine ungeschickte. Aber darüber, daß Bernstein ein Recht dazu gehabt hat, die Sache anzuregen, darüber kann doch kein Zweifel sein! Denn wann immer ein Parteigenosse, mag er zu den Führern gehören oder nicht, glaubt, daß eine Frage für die Partei von Bedeutung ist, so steht ihm das Recht zu, innerhalb seiner Organisation oder der sozialdemokratischen Presse die Sache zur Debatte zu stellen. (Sehr richtig!) Und was mich hauptsächlich betrogen hat, auch meinerseits über die Sache zu sprechen, ist die Art gewesen, wie man Bernstein geantwortet und wie man ihn behandelt hat.

Gestern hat Debél mir gegenüber ausgeführt, man wisse ja, wie in München derartige Dinge inszeniert werden. Der Vollmar spreche ja außerordentlich selten, wenn aber einmal, dann steige er mit seinem ganzen Gewicht von den Alpen hernieder und dann gebe es etwas. Was die angebliche Inszenierung von Münchener Versammlungen betrifft, so möchte ich daran erinnern, daß in der Debatte von 1894 Debél bereits gegenüber den Münchener Parteigenossen den gleichen Vorwurf erhoben hat, allerdings in einer noch viel schrofferen Form, und daß der damalige Vertrauensmann der Münchener ihm darauf eine Antwort gegeben hat, die er sicher nicht hinter den Spiegel gesteckt hat. (Sehr gut!) und Heiterkeit.) Die Sache kommt bei Debél eigentlich so heraus, als wenn die Münchener Parteigenossen für ihre Versammlungen erst um hohe obrigkeitliche Bewilligung bei Debél oder sonst jemand nachsuchen müßten (Sehr gut!), worauf dann, wie bei dem sächsischen „Putzel“, die Sache genehmigt oder auch versagt werden könnte. (Heiterkeit.) Debél meint, wenn ich spreche, so sei es immer, als wenn ich ein neues Evangelium von mir geben wolle. (Heiterkeit.) Ich möchte Debél sagen, daß ich das Evangelien-Ausgeben, namentlich was die apokalyptischen anlangt (Große Heiterkeit), zu sehr als seine spezielle Angelegenheit betrachte (Erneute Heiterkeit), als daß ich mich da einmischen möchte. Im übrigen zeigt diese ganze Schilderung, daß, wenn Debéls dichterische Kraft einmal in Gang gekommen ist, er ganz und gar unfähig wird, die Dinge in ihrem natürlichen Vorgange zu erkennen. (Unruhe.)

Also die Versammlung fand statt. Debél wirft mir in der „Neuen Zeit“ „Aplomp“, „Abtanzlung“ und „Ceremonienmeterei“ vor, die ich ihm gegenüber angewendet hätte. Ich würde darauf nicht geantwortet haben, aber weil ich in den letzten Tagen so übermäßig viel von diesem Kapitel habe mit anhören müssen und nicht in die Gefahr kommen möchte, darauf angesehen zu werden, als ob ich ähnliche Gesinnungen hätte (Sehr gut!), — so will ich Ihnen sagen, wie ich in München die Sachen behandelt habe. Ich habe damals gesagt:

„Da kann ich denn mit der Bemerkung nicht zurückhalten, daß die Weise, wie die Debatte von mehr als einer Seite geführt worden ist, entschieden gerügt und zurückgewiesen werden muß. Wenn ein Parteigenosse seine Ansicht über irgend eine die Partei berührende Sache äußert, so setzt er sich natürlich der Kritik aus. Aber er hat Anspruch darauf, daß diese Kritik in Formen geübt wird, wie sie unter Gesinnungsgenossen und Gleichberechtigten geübt werden muß. Glaubt man, daß er unrecht habe, und daß man selber

fürger sei, so kann man, wenn man es beweisen kann, sich vielleicht ein Verdienst um die Sache erwerben. Aber man wolle mit den Mitteln der Belehrung und Ueberzeugung. So handelt man kollegial, parteigenössisch und kann — auch in viel heikleren und schwertwiegenden Dingen — zu einem fruchtbareren Ergebnis kommen. Aber denjenigen, dessen Meinung einem aus irgend einem Grunde nicht zusagt, sofort wie einen ausgemachten Ignoranten zu behandeln und gegen ihn den herrischen Ton des Schulmeisters oder Vorgesetzten anzuwenden, der persönlichen Gereiztheit so sehr die Zügel schiefen zu lassen, daß man Dinge aus seinen Artfeln herausstößt, von denen niemals auch nur ein Wort darin gestanden hat — das kann nur verbittern und ist durchaus unzulässig.“

Ich überlasse es Ihnen, zu beurteilen, wo die sachliche Beurteilung ist. Ich habe mit Absicht keinen Namen genannt; es steht allerdings etwas später in der Rede der Name Debél, aber nur in dem Zusammenhang, daß die „Neue Zeit“ Debél mit der Form der Veröffentlichung seiner Erklärung einen schlechten Dienst erwiesen habe. Im übrigen habe ich keinen Namen genannt aus dem Grunde, weil ich der Sache keinen persönlichen Anstrich zu geben wünschte.

Nun hat Debél sich unzufrieden darüber geäußert, daß von verschiedenen Seiten bei der Gelegenheit die Frage der Meinungsfreiheit berührt worden sei. Er sagt in seinem Artikel: „Mit diesem immer wiederkehrenden Geschrei, die Meinungsfreiheit sei in Gefahr, stellt man der Partei nur ein Armutzeugnis aus und stellt sie nach außen bloß.“ Ganz gewiß, das tut man, aber ich bin der Meinung, daß das nicht die tun, die sich über eine Einschränkung der Meinungsfreiheit beschwerten, sondern diejenigen, welche diese Freiheit beinträchtigen. (Sehr richtig!) Im übrigen ist es höchst merkwürdig, daß gerade Debél diesen Vorwurf erhebt, er, der kürzlich ein die ganze Welt erschütterndes Geschrei darüber gemacht hat, weil man ihm ein paar Erläuterungen im „Vorwärts“ nicht veröffentlicht hat. Das sei der Tod jeder Meinungsfreiheit (Debél: Sehr richtig!), wenn man ihm (Debél: Nicht nur mir, sondern jedem andern!) — in dieser Weise die Meinungsfreiheit beinträchtigt. Ob aber jemand die Abgabe einer schriftlichen Erklärung abgelehnt wird oder ob man über jemand, der von seinem Recht, seine Meinung zu sagen, Gebrauch macht, so wie geschehen, herfällt — das ist doch wahrlich kein so großer Unterschied. Seit Jahrzehnten wird ja bei uns bei jeder Gelegenheit bestritten, daß eine Gefahr für die Meinungsfreiheit bestehe. Ja, Genossen, wie mir das Reaktionsrecht auf dem Papier sehr wenig nützt, wenn ich in Wirklichkeit nicht Gebrauch davon machen kann, weil es überall mit Fußangeln und Wolfgruben umgeben ist, so ist auch die Meinungsfreiheit gar nichts wert, die bloß auf dem Papiere steht. Das ist keine Meinungsfreiheit, wenn sofort, sobald einer den Mund aufkaut, um etwas zu sagen, was den andern nicht gefällt, diese andern wie ein Rudel Wölfe über ihn herfallen und ihn abschnappen (Sehr richtig!) und ihn wie einen Ignoranten oder Verbrecher hinstellen. Ein so gestaltetes Recht ist ungefähr so viel wert wie das militärische Beschwerderecht. (Sehr gut!) Da heißt es auch: Du darfst Dich jederzeit beschweren, wenn Du es aber tust, dann soll Dich der Teufel holen. (Sehr gut!) Diese Beschränkung der Meinungsfreiheit wird aber gerade Bernstein gegenüber von gewissen Leuten systematisch (praktiziert und in einer Weise, die mich seit langer Zeit geradezu amüsiert (Sehr gut!) In einem Artikel eines Genossen, der nicht auf meiner Seite zu stehen pflegt und mit dem ich mich kaum zwei- oder dreimal zusammengefunden habe, ist der Satz enthalten: es gebe in der Partei Leute, die sich als Antipoden Bernsteins fühlen, alles, was Bernstein verkehrt denke, das müßten sie umgekehrt denken; „über den Diskussionsgegenstand weg, sehen sie Bernstein und springen ihm ins Gesicht“. Ein solches Vorgehen kann nur geeignet sein,

das Gefühl der Meinungsfreiheit aufzuheben, die Luft zu nehmen, weiterhin offen und frei seine Meinung zu sagen.

Das ist also der Grund, warum ich in München gesprochen habe, nachdem die Sache gegen meinen Willen und sehr zu meinem Unbehagen zur Sprache gebracht war. Ich habe gesprochen, obwohl ich genau wußte und es meinen näheren Freunden im voraus sagte, nun ist die ganze Geschichte schon verpufft.

Sodann aber fühlte ich mich auch noch zum Reden verpflichtet, nicht nur, weil meine Münchener Genossen mich dazu aufgefordert hatten, sondern vor allem auch, weil ich es war, der bereits früher die Sache in der Fraktion betrieben hat.

Ueber die Präsidentenfrage selbst will ich mich, wie die Dinge jetzt stehen, auf wenige Bemerkungen beschränken. Es ist von einigen gesagt worden: Ja, die Revisionisten, wie man das Ding so nennt, suchen jetzt plötzlich die Sache so klein darzustellen, um sich aus der läßlichen Lage, in die sie gekommen sind, herauszuziehen. Vor Tisch, wie Debel in seinem Artikel sagt, hatte man's ganz anders gelesen, da sei es als höchwichtige Aktion hingestellt worden. Da ich weiß, wie dieser Parteitag schon mehr als sein Magen eigentlich vertragen kann, mit Personalien der unangenehmsten Art beschäftigt worden ist, so will ich meinerseits aus Respekt vor ihm mich enthalten, auf die in dieser Behauptung liegende Anschuldigung eines Mangels an Mut, diejenige Antwort zu geben, die ich bisher gewohnt war, jedem zu geben, der etwas derartiges sich mir gegenüber herausgenommen hat. Ich beschränke mich vielmehr darauf, Ihnen zu beweisen, daß diese Behauptung, soweit sie mich betrifft, absolut unwahr ist. Ich habe in der ganzen Angelegenheit diese einzige, gedruckt vorliegende Münchener Rede gehalten, ich habe weder ein Wort weiter darüber in einer Zeitung geschrieben, noch ein weiteres Wort hinzugefügt, außer in der Versammlung, die unmittelbar vor diesem Parteitag zur Wahl der Delegierten stattfand, wo ich in der Diskussion sprach. Sind nun gestatten Sie mir, daß ich Ihnen ganz kurz zeige, wie ich die Sache behandelt habe, damit wir die Tatsachen feststellen. Es heißt in meiner Rede:

„Nun ist so viel gewiß, daß die Frage keine solche erster Ordnung, keine weltbewegende ist, und ich bin wahrlich der Letzte, der ihr eine übertriebene Bedeutung beilegen und unsre Teilnahme am Präsidium als unter allen Umständen wertvoll erklären möchte.“

Ich habe dann die Angelegenheit besprochen, und nachdem ich die verschiedenen Seiten beleuchtet habe, so wie ich glaubte dies tun zu müssen, fahre ich fort:

„Wie immer sich die besprochenen und andere parlamentarische Fragen gestalten mögen, so muß unsre Aufgabe unter allen Umständen die sein, mit verstärktem Eifer unermüdet alle realen Machtfaktoren auszunutzen zur fortschreitenden Ausdehnung unsres Einflusses und der Eroberung der politischen Macht.“

Und ich fügte dann weiter hinzu, daß unsre ganze parlamentarische Tätigkeit nichts Stilleres sei, sondern daß das wichtigste die Agitation und Organisation sei, damit wir eine unerschöpfliche Wurzel der Kraft in der Bevölkerung haben. Ich glaube, daß eine größere Deutlichkeit nicht möglich ist, und ich meine, daß jeder, den nicht Voreingenommenheit unfähig gemacht hat, oder der nicht etwa die Absicht hat, nicht sehen zu wollen, daraus ganz deutlich entnehmen kann, daß für mich diese Frage eine solche war, wie sie buchstäblich in den Parteiversammlungen austauschen, eine unter den vielen, die den Diskussionsgegenstand bilden, und in Bezug auf die ich es für meine Pflicht gehalten habe, meinen Wählern und Parteigenossen gegenüber die Gründe für und gegen anzuführen; denn wer meine Rede gelesen hat, der steht in der Tat, daß ich auch Gründe dagegen angeführt habe. Aber aus eben dieser Pflicht der

Objektivität habe ich es allerdings auch für notwendig gehalten, darauf hinzuweisen, daß die Frage doch auch nicht völlig bedeutungslos ist; denn ich bin der Meinung, daß jede derartige Position, auch wenn sie von Hause aus noch nicht einen besonderen Einfluß zu geben im Stande war, bei entsprechender Behandlung dazu ausgefaltet werden kann, einen Einfluß zu geben, der für unsere Machtposition im Reichstag keineswegs gleichgültig sein kann. Nun ist das ja allerdings bestritten und gesagt worden, es sei eine ganz gleichgültige Sache. Ich will eine Gegenfrage stellen: Wenn es in Wirklichkeit eine ganz gleichgültige Sache ist, warum beanspruchen wir denn alle mit einander den Vorzug des Vizepräsidenten ohne repräsentative Pflichten? (Zuruf: Weil es unser gutes Recht ist!) Ach, das ist nicht die Hauptsache, sondern es kommt auf die praktische Wirksamkeit an. Wäre die Teilnahme am Präsidium in der Tat so wertlos, ein bloßes Dekorationsstück, während die ganz außerordentlichen Schwierigkeiten der Stellung eines sozialdemokratischen Vizepräsidenten bekannt sind, so wäre doch das einzig Folgerichtige, daß wir den Anspruch, so lange wir nicht größere Macht haben, überhaupt nicht erheben. Es muß also doch an der Geschichte etwas sein. Diejenigen, die sagen, daß gar nichts daran ist, haben zu viel beweisen wollen. Aus diesen Gründen war ich der Meinung, daß man sich an repräsentativen Fragen nicht stoßen dürfe. Ich verstehe es vollkommen, daß die Gemüter in einem Teil des Reichs sich über diese Frage mehr oder minder haben erregen können. Das, was Debel gestern angeführt hat wegen der betreffenden Person und deren Versicherungen gegen uns, habe auch ich in Erwägung gezogen; aber ich habe mich daran gewöhnen müssen, im politischen Leben sehr häufig den Gesichtspunkt zurückzustellen, und ich habe diese Sache wesentlich kühler betrachtet. Ich sehe diese Frage, gerade wie es Vier in seinem Artikel getan hat, als eine untergeordnete Formalie an, die ein Prinzip in keiner Weise berührt und hin überzeugt, daß die Partei eines Tages viele und andre derartige Fragen mit andren Augen ansehen lernen wird und daß meine Worte deshalb doch nicht ganz unsonst gewesen sein werden. Inbes, es ist ganz unmöglich, darüber zu streiten, die Masse der Partei hat jetzt anders empfunden, und damit ist die Sache ohne weiteres entschieden. Dazu kommt auch noch, daß die Präsidentenfrage durch die Art und Weise, wie darüber diskutiert ist und durch die den andren Parteien weitere uns zu stellende Bedingungen förmlich wie die Feder diktiert worden sind (Sehr wahr!), ohnehin unheilbar verpaßt worden ist. Damit ist für jedes weitere Wort schade und wenn ich doch noch eine Bemerkung daran knüpfte, so deshalb, damit nicht eine weitere falsche Darstellung in Debel's Artikel als bequeme Münze in der Partei weiter gebraucht wird. Debel behauptet, daß sowohl Göhre als ich gesagt hätten, daß die Staatsform mehr nebensächlich sei und entwirft dann schnell ein blühendes Gemälde von allen den Freiheiten und Schönheiten, die wir in Deutschland haben würden, wenn „eine auch noch so blaue Republik“ vorhanden wäre. Nach seiner Darstellung wäre nämlich dann eigentlich so ziemlich alles, was im zweiten Teile des Programms steht, wenigstens von demokratischen Forderungen, erfüllt. Mich wundert nur, wie ein Vertreter der materialistischen Geschichtsauffassung dergleichen sagen kann; denn ob Kaiserreich oder blaue Republik, die jetzige Mehrheit ändert sich darum nicht, ja sie würde, wenn wir heute in Deutschland eine Republik hätten, sich gegen eine Ausdehnung der politischen Freiheit eher noch energischer wenden, wenn sie unmittelbar herrschende Macht wäre. Doch das nur nebenbei. Das Thema der Republik ist ja hochinteressant und es ist kein Mensch hier, dem das etwas Gleichgültiges wäre; aber ich glaube, es giebt auch niemand, der etwa behaupten wollte, daß dies Kapitel für uns besonders aktuell ist, und namentlich kann es nicht so nebenbei und zwischen andere Dinge eingeklemmt erledigt werden. Ich will deshalb nicht weiter darauf eingehen, sondern nur richtig stellen, was ich in Wirklichkeit in meiner Rede gesagt habe. Nachdem ich eine Reihe andrer

Gründe dafür angeführt hatte, daß Prinzipien bei der Vizepräsidentenfrage nicht in Betracht kommen,ahre ich fort:

„Und dann sind wir doch keine bürgerlichen Republikaner, deren Denken sich in der Staatsform erschöpft, sondern uns sind wichtiger noch die gesellschaftlichen Einrichtungen.“

Ich frage Sie, ob gegen diesen Wortlaut selbst der strengste Oberzensor, der Tag und Nacht mit dem Reichstag lauert (Heiterkeit), etwas einwenden kann. Das heißt doch nur: Die Entwicklung der Staatsform ist zweifellos etwas Wichtiges, denn sonst wären wir keine Demokraten, aber sie ist nicht das Primäre, denn sonst wären wir keine Sozialisten. Würde sich Bebel, bevor er Angriffe gegen mich schleudert, solche Dinge erst genauer ansehen, dann hätte ihm eine solche Entgleisung mir gegenüber nicht passieren können, um so mehr, als er in seinem Artikel genau dasselbe sagt, nur mit etwas andern Worten, und als meine Darstellung die Auffassung der Partei von ihren Anfängen an bis heute geblieben ist.

Damit will ich das Thema der Präsidentenfrage endgültig verlassen. Ich wiederhole: die Sache ist jetzt für mich erledigt, und wenn Sie Ihrer Meinung einen sachlichen Ausdruck geben, so ist das nur natürlich, und diese Episode kann dann sehr schnell abgeschlossen werden.

Nun ist aber offenbar ein derartiger, natürlicher Abschluß der Sache manchem zu nüchtern und undramatisch. Könnte doch sonst am Ende gar das Unglück passieren, daß dieser Parteitag um ein nervenanregendes Schauspiel käme (Sehr gut!) und Zeit gewürme, die durch die gewaltigen Wahlerfolge vergrößerten Aufgaben der Partei ohne die Brille der Leidenschaft und mit der notwendigen Besonnenheit zu behandeln. Und wie es im gewöhnlichen menschlichen Leben vorkommt, daß die Leute, die an periodischem Aufregungsbedürfnis leiden (Heiterkeit) um das einfachste Vorkommnis so viel Summ zu machen wissen, bis schließlich eine große Staatsaktion oder ein sogenannter Grundtag daraus wird, so ist es auch in der Partei. Wir haben Leute, die das Bedürfnis und die Kunst haben, jede beliebige Sache auf die Höhe einer erhabenen Prinzipienfrage hinaufzuheben, und denen nicht wohl ist, wenn sie die Partei in Gefahr erblicken, damit sie sie daraus retten können. (Heiterkeit.) Es ist neulich schon der Gedanke ausgesprochen worden, daß es eigentlich schade sei, daß wir noch keine Geschichte der Taktik haben. Man könnte es vielleicht noch besser die Geschichte der Versumpfung der deutschen Sozialdemokratie nennen. (Sehr gut!) Es würde außerordentlich interessant sein, daraus zu sehen, was bei uns im Lauf der Zeit alles als Verwässerung, Verbürgerlichung, Prinzipienverleugnung, Traditionsverletzung, Aufgabe des Klassenkampfstandpunktes usw. verdammt worden ist, und wie dann regelmäßig bald, nachdem ein solches Verdammungsurteil ergangen war, die Sozialdemokratie den vermeintlichen Giftbecher getrunken und sich hinterher sehr gut dabei befunden hat, worauf man denn die alte Giftdetikette kleben mag einem neuen Glase umgehängt hat. (Heiterkeit.) Da heute das zarte Parteigewissen wieder durch gleiche Schredworte geängstigt ist, so wollen Sie mir erlauben, ein paar Beispiele anzuführen aus der viel berufenen Parteitradition, die manche von uns anscheinend mit den Augen von Konservativen ansehen, nämlich als etwas, das nicht geändert werden könne und das immer so gewesen sei, wie sie es sich im Augenblick vorstellen.

Es ist neulich zwischen Bebel und dem „Vorwärts“ eine kleine Meinungsverschiedenheit ausgebrochen über die politische Stellung der Partei zu Beginn der Parteibewegung. Bebel hat in der „Neuen Zeit“ gesagt, daß der „Vorwärts“ zu dichten anfänge, wenn er behauptete, daß jemals beschlossen worden sei, unreine Partei habe sich an der praktischen Arbeit nicht zu beteiligen. Bebel muß doch aber, und zwar genauer noch als alle andern Leute, die Liebknechtsche Schrift über die parlamentarische Tätigkeit der Sozialdemokratie kennen. Es ist aller-

dings wiederholt gesagt worden, daß Liebknecht sich nicht in Uebereinstimmung mit der Partei befunden habe. Aber die Liebknechtsche Broschüre ist wiederholt herausgegeben worden und Zehntausende von Parteigenossen haben sie gelesen. Da wäre es doch offenbar Pflicht gewesen, wenn eine positive Unwahrheit in der Schrift gewesen wäre, sie zu berichtigen. Wie spricht sich nun Liebknecht in dieser Schrift aus? Er teilt mit, er habe Ende der sechziger Jahre den Vorschlag in der kleinen Fraktion gemacht, mit Protest in den Reichstag einzutreten und dann sofort das Lokal zu verlassen. (Heiterkeit.) Er sagt: „Mit dieser Ansicht blieb ich in der Minorität. Es wurde beschlossen, daß wir jede uns passend dünkende Gelegenheit benutzen könnten, um unsern regierenden und protestierenden Standpunkt geltend zu machen, daß wir uns aber von den parlamentarischen Verhandlungen fernzuhalten hätten.“ Der „Vorwärts“ hat das durchaus richtig angeführt. Und weiter heißt es: „Treten wir aus dieser negativen Haltung heraus, so giebt die Partei ihr Prinzip und damit sich selbst auf.“ Ja, Liebknecht war es damit so ernst, daß er sogar die Unterstützung des ersten Arbeiterschutz-Gesetzentwurfs von Schweizer abgelehnt hat (Fischer-Hamburg: Die Partei doch aber nicht!) und sehr unzufrieden damit war, daß bei der Beratung der Gewerbe-Ordnung, die Bebel gestern als ein gutes Werk bezeichnet hat, einige Parteigenossen „im Interesse der Arbeiter und zu propagandistischen Zwecken eine Ausnahme machen zu müssen glaubten.“ Er sagt darüber: Prinzipien sind unteilbar, sie werden entweder ganz bewahrt oder ganz geopfert. Die geringste prinzipielle Konzession ist die Aufhebung des Prinzips. Wer mit den Feinden parlamentiert, parlamentiert; wer parlamentiert, paktiert. Die Sozialdemokratie darf unter keinen Umständen und auf keinem Gebiet mit den Gegnern verhandeln. Die Beteiligung an den Parlamentsdebatten bringt nicht den geringsten Nutzen. . . . Auf der anderen Seite ist das Prinzip geopfert, der erste politische Kampf zur parlamentarischen Spiegelfechtereier herabgewürdigt — nur Verrat oder Kurzsichtigkeit kann uns das Parlamenteln zumuten.“ In einem ähnlichen Sinne hat Liebknecht auch später noch oft vom „Sumps des Parlamentarismus“ gesprochen und davor gewarnt, hineinzufestigen, indessen will ich hierauf nicht weiter eingehen!

Dagegen will ich einen andern Punkt erwähnen, den Auer in den „Sozialistischen Monatsheften“ berührt hat: ich meine die bekannte Frage der Teilnahme am Seniorenkonvent, die 1884 gespielt hat. Die älteren Parteigenossen werden sich erinnern, daß sich damals eine gewaltige Bewegung — heute würde man sagen: alles flammte auf im deutschen Lande (Heiterkeit. Zuruf: Volksseele!) erhoben hat gegen die Fraktion, als sie zum erstenmal in den Seniorenkonvent gegangen ist. Ich erinnere an den Frankfurter Protest, worüber förmlich eine Urabstimmung in der Partei stattgefunden hat. In dem Protest war die Teilnahme am Seniorenkonvent bezeichnet als tiefe Verletzung des revolutionären Prinzips und Anerkennung erbärmlicher, zu verachtender Regierungsformen; die Teilnahme habe nicht den geringsten Vorteil, sei eine des freien Mannes unwürdige Komödie. Anstatt das Land mit Gewalt von der Gewalt zu befreien, läßt man sich auf diplomatische Verhandlungen ein, die eine Ausföhrung bewirken sollen. Ganz interessant ist es, daß schon damals das Wort fiel: „Dadurch wird uns der ganze Wahlerfolg verehrt.“ (Hört! hört!) Und daran schließt sich die Drohung: „Das Proletariat wird erwachen und den Weizen vom Unkraut zu säubern wissen“. Im Verlauf einer Auseinandersetzung zwischen Bebel und Frohme hat sich herausgestellt, daß Bebel in Frankfurt war, als der Beschluß gefaßt wurde, und auch in jener Versammlung; er schreibt nämlich, daß er eben in die Versammlung gekommen sei, als die Erklärung beschlossen war. Aber, fährt er fort: Es sei nicht wahr, daß die Versammlung aus wütenden Anarchisten bestanden habe, sondern er bestätige, daß es die besten und ältesten Genossen gewesen seien, daß die Versammlung vom besten

Geiste befezt war, wenn er auch die Aeußerung der Frankfurter nicht in allen Punkten billige. Seit der Zeit haben wir uns auch an diese Sache gewöhnt. Zwar besonders viel ist bei der Beteiligung am Senorientenbent nicht herausgelommen, aber er ist immerhin als Informationsquelle nicht ohne Wert.

Nur kurz will ich erinnern an den bekannten Marx'schen Brief über unser Colhaer Einigungsprogramm, das Marx verwerflich, demoralisierend, einen Prinzipienkäscher nennt; die sozialistische Idee sei offenbar noch nicht hauttief gebrungen. Und trotzdem wurde die Partei stark dabei.

Dann kam eine Anzahl von Streitigkeiten, die mit dem Wachsen der Größe und Selbstthätigkeit der Gewerkschaften zusammenhängt. Besonders ist in dieser Richtung der Parteitag von Köln 1898 in unliebbarer Erinnerung. Es war damals die Zeit, in der die sogenannten paritätischen Arbeitsnachweise namentlich in Süddeutschland in Aufnahme kamen. Als die erste Tagung von Vertretern solcher Arbeitsnachweise stattfand, beteiligten sich außer bürgerlichen auch einige sozialdemokratische Vertreter daran. Da fuhr Webel los und erklärte: Ich mit politischen Gegnern über solche „gleichgültige Dinge“ zu unterhalten, das sei Badenstrümpfelei und führe zur Verjüngung (Heiterkeit); an die allgemeine Menschenfreundlichkeit zu appellieren, stehe in direktem Gegensatz zur Auffassung des Massenkampfes. Die Konsuln mögen wachen! (Webel: Sehr richtig!) Interessant ist nun, daß ein Jahr darauf (Webel: zwei Jahre darauf!) derselbe Webel gleichfalls an einem derartigen menschenfreundlichen Kongreß sich mit bürgerlichen Vertretern in Zürich beteiligt hat. (Heiterkeit.) Ich war auch dabei; ich hatte freilich die Badenstrümpfe schon, aber Du (zu Webel) hast sie dort erworben. (Heiterkeit.) Dann kam die Frage der Tarifgemeinschaften. Wie sind die bekämpft worden, als die erste Tarifgemeinschaft der Buchdrucker abgeschlossen wurde. Da wurde die Gewerkschaft der Buchdrucker die königlich preussische Gewerkschaft gescholten und heftig angefeindet; das sollte wiederum dem Massenkampf widersprechen, die Kampfesstärke abtumpfen zc. Und heute ist das Bestreben der Gewerkschaften allgemein dahin gerichtet, nach Möglichkeit solche Tarifgemeinschaften einzuführen, weil man eingesehen hat, daß solche Tarifgemeinschaften ein vortreffliches Instrument seien zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und um Ordnung in den gewerkschaftlichen Kampf zu bringen. Und wie oft ist sonst noch die Eifersüchtelei gegen die Gewerkschaften zu Tage getreten, weil man in ihnen Gefahren für die Partei und das revolutionäre Prinzip witterte. Und eine talentvolle Schriftstellerin bewies dann scharf, daß die Gewerkschaften nur eine sehr beschränkte, einer sozialen Ausgestaltung nicht fähige Aufgabe hätten, und im übrigen gingen die Gewerkschaften überhaupt ihrem Niedergange entgegen. Sie wissen alle, was davon eingetroffen ist, und wie wir heute die Freude haben, zu sehen, daß die gewerkschaftliche Bewegung immer größer wird, daß sie in einem größeren Aufschwunge begriffen ist als jemals zuvor, und ich wünsche nicht nur im Interesse des gewerkschaftlichen Kampfes, sondern auch der politischen Partei, daß die Thätigkeit der Gewerkschaften und ihr Einfluß immer mehr erstärke. (Beifall. Zuruf: Das wollen wir alle!) Ich habe ja nicht das Gegenteil gesagt.

Es wäre nun verlockend, auf eine Gruppe von Fragen einzugehen, die nicht in der Deffinitheit, sondern mehr in der Fraktion gespielt haben, und ich hätte um so mehr Anlaß dazu, als Webel gestern ja bereits ein Beispiel davon erwähnt hat. Ich will nur sagen: als im Reichstage die Novellen zu den Versicherungsgesetzen und zu den Arbeiterschutzgesetzen kamen, standen wir vor der Frage, ob wir insofern eine andre Stellung einnehmen wollten, daß wir uns bei der Abstimmung nicht in jedem Fall negierend verhielten, sondern abwogen, ob das schlechtere oder bessere überwog, und in letzterem Falle uns bereit erklärten, für das Gesetz zu stimmen. Darüber haben sich lebhafteste Kämpfe in der Fraktion abgepielt. Webel hat uns gestern einen Geschmack

davon gegeben. Diese Kämpfe haben aber nicht in einer, sondern in drei, vier, wenn nicht fünf verschiedenen Sitzungen stattgefunden. Denn man sah in der teilweisen Aenderung unfres bisherigen Standpunktes eine große prinzipielle Werbung. Ich weiß noch sehr wohl, wie uns von einflussreichster Seite gesagt worden ist, „es sei ganz unmöglich, eine Aenderung unfres Standpunktes vorzunehmen und den Gesetzen zuzustimmen, denn wer würde es noch wagen, drauher in den Arbeiterversammlungen sich setzen zu lassen; die ganze Schärfe der Agitation und die traditionelle Stellung der Partei würde vollkommen aufgegeben.“ Nun, die Fraktion ließ sich dadurch nicht abhalten und ist für mehrere dieser Gesetze eingetreten, und ich frage Sie: Hat die Schärfe der Agitation darunter gelitten, hat sich einer von Ihnen deswegen geschämt, in Arbeiterversammlungen aufzutreten? Ich glaube, Sie haben den Genossen recht gut begreiflich machen können, aus welchen Gründen wir dafür gestimmt haben. (Sehr gut!)

Schließlich nur noch einen einzigen, aber besonders aktuellen Punkt: ich meine den ganzen Komplex der Wahlbeteiligungsfragen. Ich habe mir unsere ganze Parteiliteratur, namentlich die periodische Presse, ganz genau daraufhin angesehen und kann Ihnen darüber ein ziemlich liebreiches Bild geben.

Was die Gemeinderatswahlen anlangt, so haben die Berliner in einem 1884 gefaßten und im Züricher „Sozialdemokrat“ veröffentlichten Beschluß gegen die Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen ausgesprochen. Es heißt dort zur Motivierung:

„Die Beteiligung an den Klassenwahlen ist gegen das Programm und fördert die Entwicklung der Arbeiterpartei in keiner Weise; man befördert vielmehr ein Sichbreitmachen des Strebertums, wodurch korrumpierend gewirkt wird.“

Und nicht lange danach haben sich die Berliner ganz ebenso wie andere Leute an den Stadtverordnetenwahlen beteiligt; ich habe vom zunehmenden Strebertum nichts bemerkt — vielleicht macht das die Entfernung (Heiterkeit) —, nichts von Korruption; keiner der Berliner wird noch behaupten, daß es dem Parteiprogramm widerspricht, und über die Förderung der Arbeiterinteressen denkt man jetzt auch wohl anders. Ich weiß nicht, ob es wahr ist, da ich die inneren preussischen Angelegenheiten so wenig kenne, wie Sie die bairischen Angelegenheiten genau kennen (Sehr gut! und Große Heiterkeit.) — aber es ist in einer Versammlung behauptet worden, daß die Berliner Stadtverordneten mit großem Stolz eine Amtskette trügen, auf welcher das Bildnis Friedrich Wilhelms III. sich befände. (Große Heiterkeit.) Ich wiederhole, ich weiß nicht, ob es wahr ist, aber es hat im „Vorwärts“ gestanden, da wird es wahrscheinlich wahr sein. (Zuruf: Es ist wahr!) Na, denkt einmal: die Badenstrümpfe sollen uns die Waden verbrennen, aber das Königsbild auf der Brust soll uns nichts schaden! (Große Heiterkeit.)

Die Frage der Landtagswahl-Beteiligung ist zum erstenmal in München aufgetaucht, woher ja bekanntlich alles Schlechte kommt. (Heiterkeit.) 1886, als wir in München vor der Wahlbeteiligung standen, erschien in einem demokratischen Hamburger Blatt die Nachricht, daß die Liberalen zu einer Verständigung mit den Sozialdemokraten bereit seien, falls die Sozialdemokraten so viel Wahlmänner aufbrächten, daß sie bei der Wahl ausschlaggebend zwischen den beiden Parteien seien. Darauf ist am 28. Oktober 1886 ein gewaltiger Artikel im „Sozialdemokrat“ erschienen, bei dem alles dafür sprach, daß er von Webel hergerührt hat. Der Artikel hofft, daß die Münchener Genossen sich niemals zu einem so schmählischen Kompromiß hergeben würden, das allen Traditionen der Partei widerspreche. — Sie sehen, mit einer rührenden Gleichmäßigkeit sind es so ziemlich immer wieder dieselben Worte: „Wir dürfen niemals Kampfgenossen anderer Parteien sein, sondern nur selbständig kämpfen. Das wäre ein Partei-

verrat, selbst wenn die Gegner uns ein Mandat anzubieten die Freiheit hätten. (Große Heiterkeit.) Wir dürfen nie ein Mandat den Gegnern verdanken, sonst ist das korrumpierend für die Genossen, lähmend für die Gewählten.“ Hier sei die schiefe Ebene, hier sei eine erbärmliche Taktik. „Genossen, seid auf Eurer Hut!“ (Hört! hört!) Nun, wir waren damals leider noch nicht ausschlaggebend und sind deshalb nicht in die Lage gekommen, diesem Artikel entgegenzuhandeln; andererseits hätten wir uns gewiß schon damals nicht abhalten lassen, es zu tun.

Nun kommt Köln 1893. Damals hat ja Bernstein bekanntlich zuerst den Vorschlag gemacht, sich an den preussischen Landtagswahlen zu beteiligen. Alles ist über den „weltfremden Ede“ hergefallen, — nur nicht so häufig wie jetzt, — und es hat geheißen, das sei Korruption, Verwässerung, Verschlebung der Zielpropaganda, Kompromißschacher usw. Bebel trat als Referent auf und bewies haarscharf: „Ein Kompromiß mit feindlichen Parteien muß notwendig zur Demoralisierung führen.“ (Auf: Das tuts auch!) Man verlange von uns ein Kompromiß im schlimmsten Sinne des Worts. Darum sei es Pflicht, sich der Wahl zu enthalten. Der alte Liebknecht jagte noch deutlicher: Kompromisse sind Verrat, in dem die Prinzipien geopfert werden; ein Pakt mit andren Parteien würde förmlich demoralisierend. Darauf ist die Wahlbeteiligung abgelehnt worden. Aber nach wenigen Jahren hat sich das Blatt gewendet. Freilich gab es immer noch Leute, die sich dagegen ausgesprochen haben, unser Freund Zubeil z. B. (Heiterkeit; Zurufe Zubeils) — können Sie denn gar net a wenig warten? wir haben ja gestern beim Bebel auch lange warten müssen! (Heiterkeit.) Also Zubeil hat gesagt, er möchte den sehen, der mit dem Beschluß gepakt, — der das Verbot der Wahlbeteiligung aufhob und Wahlvereinbarungen mit andren Parteien offen lassen wollte — agitatorisch tätig sein wolle. Bebel aber hat auf einmal gar keine Gefahr mehr gesehen — er hatte seine Stellung vollkommen geändert. Er bedauerte, daß er in Köln den Gründen für die Fortdauer der altbergebrachten Taktik der Abstinenz so starke Ausdrücke gegeben habe, die besser unterblieben wären. (Hört! hört!) Dann sagte er: „Ein Kompromiß ist nur, wenn man einen politischen Grundsatz preisgibt; solche Verträge mit politischen gegnerischen Parteien vor aller Welt aber kein Prinzipienverrat und Unterstützung mit Gegenleistung ist keine Schande.“ Der Kölner Beschluß ist darauf aufgehoben worden, wenn auch nur unvollkommen. Vor drei Jahren in Mainz ist dann die Sache gründlich abgeschlossen worden. Bebel war nun zu dem umgekehrten Schluß gekommen, daß die Wahlbeteiligung eine Pflicht sei. Es sollten auch Abmachungen mit bürgerlichen Parteien insofern gestattet sein, als sie an die Zustimmung des Parteivorstandes gebunden seien. Sie kennen ja den Beschluß. Bebel meinte, das Wort „Ruhhandel“ klinge recht landwirtschaftlich, es sei eben aus dem agrarischen Bayern hergeholt (Heiterkeit). Und dann gab er eine Definition des Begriffes Kompromiß, die eigentlich in ein deutsches Sprachlexikon gehörte: „Kompromiß ist eine Vereinbarung mit einem andren, sich gegenseitig zu unterstützen, um etwas zu erreichen, was man aus eigener Kraft nicht erreichen kann!“ Und darum — fährt er fort — „so großes Geschrei? Es handle sich ganz einfach darum, was in Bayern und Baden schon tatsächlich bereits geschehen — und worüber seinerzeit auch ein gewaltiger Lärm erhoben worden war — auf die preussischen Verhältnisse zu übertragen. Nun, seitdem haben die Parteigenossen in Preußen auf diesem Wege schon so hübsche Fortschritte gemacht, daß sie uns Bayern nahezu eifersüchtig machen können. (Heiterkeit.) Denn wir in Bayern haben wenigstens niemals an andre Wahlbündnisse gedacht als an solche, die erst mit dem zweiten Wahlgang in Kraft treten. Ich habe aber im „Vorwärts“ selbst schon die Frage aufgeworfen, besprechen und auch befürworten sehen, daß man, wenn etwas bei den preussischen Landtagswahlen herauskommen sollte, eigentlich schon vor der Urwahl, Vereinbarungen treffen und daß nach Abschluß derselben in

Wahlkreisen, in denen für die Sozialdemokratie nichts zu holen sei, ohne weiteres für die Freisinnigen eintreten müsse.

Entschuldigend Sie diese historische Auseinandersetzung, aber sie war notwendig. Sie sehen daraus, daß unsere Bewegung keineswegs etwas Unveränderliches, sondern in fortwährendem Fluß begriffen ist, daß unsere Meinungen sich sowohl über prinzipielle Fragen, als auch über die Taktik in einer fortwährenden Umbildung befinden haben. Und dieser Prozeß ist noch heute nicht zu Ende, und er wird auch nie zu Ende gehen. (Vielfaches Sehr richtig!) Denn zwischen heute und dem Endziel liegt noch so manches, wovon unsere Säkulweisheit sich nichts träumen läßt. (Aufe: Sehr wahr!) Man sollte nun denken, daß man aus dieser Entwicklung endlich hätte lernen müssen, vorsichtiger im urteilen zu sein und nicht, sobald irgendwie eine Ansicht auftaucht immer wieder in den alten Gespensterichred zu verfallen. Statt dessen aber geht, kaum daß die Partei eine große Aktion durchgeschossen, in der sich gezeigt hat, daß unsere Einheit und Kraft niemals größer war und in allen praktisch-politischen und taktischen Fragen volle Uebereinstimmung besteht, — das alte törichte Geschrei, daß die Partei in Gefahr sei, mit feigen Kräften und größerer Lungenkraft als je wieder los.

Ich sage, daß dies Geschrei niemals — wenigstens niemals seit dem Sozialistengesetz — so jeder Spur von Berechtigung vom Grund aus entbehre als gerade jetzt und daß niemals ein Prinzipienstreit unnötiger vom Zaun gebrochen worden ist als jetzt. (Zustimmung, Widerspruch.) Ich werde das beweisen und zwar beweisen vor allem mit Bebel's Worten.

Am 27. Juli habe ich meine Münchner Rede gehalten; spätestens Anfang August wird Bebel davon gehört haben. Er hat darauf in der „Stuttgarter Tagwacht“ eine Erklärung veröffentlicht, in der er über meine Rede sehr kühl urteilt und wörtlich sagt:

„Seine (Vollmars) Ausführungen über die Präsidentenfrage haben für mich gar nichts Neues enthalten, weil sie schon 1893 in gleicher Weise von ihm gemacht worden sind, ohne daß die Mehrheit der Fraktion Veranlassung nahm, sie anzunehmen.“

Ich habe sogar schon 1895 die Sache in der Fraktion behandelt; auch Auer und unser Grillenberger haben sie damals vertreten, letzterer gerade in Bezug auf die hösische Repräsentation mit einer Wendung, die sehr interessant war, sich aber für die Öffentlichkeit und gerade in Sachen nicht eignet. (Große Heiterkeit.) Wenn meine Ansicht in der Repräsentationsfrage wirklich so etwas abgrundtief Verwerfliches wäre, so hätte man doch wahrhaftig das schon 1895 und 1893 in der Fraktion aussprechen müssen. (Bebel: Ist geschehen.) Nein, man hat lediglich gesagt: darauf wollen wir uns nicht einlassen, aber von einer Unterstützung ist gar keine Rede gewesen. Wir haben uns in aller Gemütlichkeit auseinandergesetzt. (Fischer-Hamburg: Es hat aber damals auch nicht in den „Sozialistischen Monatsheften“ gestanden.) Als die Sache zuletzt abgelehnt wurde — ich gehöre nicht zu denjenigen, die schreiben, als wenn sie ein Messer stecken, wenn ihnen ihr Wille nicht geschieht (Ho! und Heiterkeit), sondern füge mich der Mehrheit, wie andre das auch tun sollen — habe ich bereits angekündigt, daß im nächsten Reichstag ich oder ein andrer sie wieder anregen werde.

Also Bebel sagt erst, die Sache ist gar nichts Neues. Einige Wochen später aber erklärt derselbe Bebel in einer plötzlichen, völlig unverständlichen Wendung: „Durch Vollmar ist die Präsidentenfrage zu einer Haupt- und Staatsaktion geworden (Bebel: In der Partei!), sie enthält ein gutes Stück, ja das Hauptstück der Frage nach einer neuen Taktik.“

Nun frage ich Sie: wie ist es denn möglich, daß eine Sache einmal etwas ganz Unbedeutendes und dann wiederum das Hauptstück einer funktelnagelneuen Taktik sein kann? Ich kenne die privaten Vorgänge nicht, die sich während der

bagzwischen liegenden Wochen abgepielt haben; wir haben in den letzten Tagen gehört, daß sie eine große Rolle in der Partei spielen. Ich muß aber sagen, da ich auch ein Seebewohner bin wie Debel (Heiterkeit), mir scheint, daß der wühlende Einfluß, den die Seelust auf die politischen Nerven ausübt, bei Debel durch einen etwas zu häufigen Briefwechsel beeinträchtigt wird. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Und dann weiter: wenn diese Frage das Hauptstück der sogenannten neuen Taktik ist, wo sind dann die übrigen Stücke? Ich habe in meiner Münchener Rede über die einzuhaltende Taktik ausgeführt, welche Aufgaben sich nach meiner Meinung aus unserer neuen Machtstellung ergeben. Nun ist ja Debel mit diesen Ausführungen insofern nicht zufrieden gewesen, als er meinte, dieser Teil sei zu kurz ausgefallen. Im übrigen aber sagt er in seiner Erklärung gegen die Fürstlichen Genossen, daß er in diesem Punkt der Taktik kein Wort gegen das von mir Vorgebrachte einzuwenden habe. Und in dem bewußten Artikel der „Neuen Zeit“ sagt er noch deutlicher: „Enthält dieser kurze Abschnitt (über die Taktik) das neue Programm, so kann ich mich zur Gefolgschaft Vollmars zählen. (Hört! hört!) Was Vollmar in seiner Rede als Aufgabe fordert, haben wir bereits reblich getan, aber es lag nicht an uns, wenn der positive Erfolg nicht auf unserer Seite war.“

Und das soll die „neue Taktik“ sein, die Haupt- und Staatsaktion der Revisionisten, die Erweiterung der Klust innerhalb der Partei, das Ende der Partei-Einheit und wie die Dinge alle lauten! Ich suche vergeblich nach einer Erklärung dafür, wie eine derartige Frage in Verbindung mit meinem Namen überhaupt aufgeworfen werden konnte. Freilich hat Debel gestern von einem „elementaren Ausdruck der Volksseele“ gesprochen, die in hellen Flammen aufgelodert sei. Das klingt ja sehr großartig, aber ich bin zu legerlich, um solche allgemeinen Wendungen ohne weiteres gläubig aufzunehmen. Als alter Parteigenosse habe ich schon eine Reihe solcher Volksseelen-Ausbrüche mitgemacht; ich habe gesehen, daß man an vielen Orten die Sache auch sehr kühl behandelt hat und weiß ferner, wie viele Leute an manchen Orten, wo es so aufloderte, eigentlich dabei gewesen sind. Und ich bin weiter der Meinung, daß Schmeichelei genau ebenso verwerflich ist, ob ich sie an einen Potentaten richte oder an das Volk (Heine: Sehr richtig!) Als solche Schmeichelei aber betrachte ich es, wenn es so dargestellt wird, als ob das Gefühl der Massen untrüglich und unfehlbar sei. Ich habe wahrlich keine geringe Meinung von der Masse und dem Volksempfinden, aber die Geschichte aller Volksbewegungen und zugleich auch die Geschichte unserer eigenen Partei lehren mich, daß dieses Volksgewissen sich täuschen oder auch getäuscht werden kann, daß das Volk mithin ebensovogut Strümmern unterworfen ist, wie der einzelne. Also mit solchen vagen Begriffen kann ich mich nicht abfinden lassen. Ich muß mich schon an saßbarere Dinge und Personen halten.

Aber auch da suche ich vergeblich nach einer annehmbaren Erklärung dafür, wie plötzlich, sozusagen aus dem Blauen, eine solche Sache entstehen konnte. Oder vielmehr: Ich würde vergeblich suchen, wenn ich vor allem Debel erst seit gestern kennen würde. Ich gehöre nicht zu den Menschen — das kann mir der größte Feind nicht vorwerfen — der eine Lust daran hat, anderen Unangenehmes zu sagen, so lange es nicht aus sachlichen Gründen absolut notwendig ist. Es ist mir deshalb sehr angenehm, daß Debel in den letzten Tagen selbst mit gewinnender Offenheit davon gesprochen hat, daß sein Temperament ihm schon manchen Streich gespielt, daß er manchen „Schwupper“ gemacht habe. Er hat dann hinzugefügt: Er beanspruche aber, daß man stets an die Ehrlichkeit seines Wollens glaube. Das hätte er gar nicht zu sagen brauchen, das ist ganz selbstverständlich. Aber das gleiche gilt auch für alle anderen. (Sehr richtig.) Wir haben eben verschiedene Temperamente,

und insofgedessen verschiedene Arten ein und dieselbe Sache zu empfinden und durchzudenken. Und ich meinerseits bin wahrlich nicht so verliebt in mein Temperament, daß ich meinte, es müßten alle ein solches haben oder daß ich es auch nur für das Beste hielt. Dazu habe ich viel zu oft — und in den letzten Tagen wieder besonders deutlich — gesehen, daß ein konzentrierter Wille, der um jeden Preis die Gemüter sich unterwerfen will, der aufgeht in einem einzigen Punkt, ganz andre Resultate erzielt, als wenn man mit ruhiger Besonnenheit und Lieberlegung an die Dinge herantritt. Aber die Sache ist nun mal so: wir haben verschiedene Temperamente, und zwar ist das sehr gut, denn das möchte eine nette Frucht werden, wenn wir alle miteinander gleich durch das Dach fahren würden! (Heiterkeit.) — ja ja, lieber Debel, wenn ich nur ein Zehntel von der Art hätte loszugehen wie Du und andre, dann hätten wir schon noch ganz andere Krachs gehabt. Wir sollen uns darum eben mit unseren Temperamenten ineinander schieben. Debel wird auch wahrlich nicht sagen können, daß seinem Temperament, wie es mit Rücksicht auf die unvergleichliche Stellung und die Verdienste nur billig ist, nicht in weitgehendem Maße Rechnung getragen wird. Aber das muß doch angefaßt der Vorsehung, die hier angerichtet worden ist, gesagt werden, und namentlich von einem Manne, der wie ich seit Jahren von Debel und andren angegriffen worden ist, und der bisher kaum einmal den Kopf gerückt, geschweige denn erwidert hat. Ich erinnere nur daran, wie Debel im Vorjahr sagte, die Situation in der bairischen Wahlrechtsfrage sei durch den bösen Geist der Staatsmännlichkeit verdorben worden und ähnliches. Ich sagte mir: Debel hat eine andre Ausdrucksweise wie andre Leute, wie es ja auch in der Musik Leute giebt, die immer gern Fortissimo spielen. (Heiterkeit.) Aber alles hat sein Ende und auch der dickste Geduldsfaden reißt einmal. Und so sage ich Dir jetzt: Man mag auf das Temperament noch soviel Rücksicht nehmen — einen Freidrief für alles und jedes kann es denn doch nicht geben. (Lebhafte Beifall eines Teils der Versammlung. Debel ruft: Verlange ich auch nicht!) Und wenn gesagt worden ist, daß die Partei nicht die Aufgabe habe, jeden beliebigen Einfall des Revisionismus zu folgen — worin ich vollständig bestimme, weil ich gar nicht weiß, was das für ein Ungetüm ist und niemals habe ich eine derartige Forderung erheben sehen — dann ist sie aber ebensowenig dazu da, der Spielball der überstiegenen Einbildungskraft und Nervosität einzelner Menschen zu sein. (Lebhafte Beifall eines Teils der Versammlung. Große Unruhe und Zischen.) In einer demokratischen Partei kann niemand eine solche Ausnahmestellung eingeräumt werden. Ein ungezügelltes, impulsives Temperament schadet nicht nur auf Fürstenthronen, sondern auch auf Parteithronen. (Beifall bei einem Teil der Versammlung. Unruhe.) Wer Dinge und Menschen lenken will, der muß vor allem verstehen, sich selbst zu beherrschen. (Zischen. Beifall bei einem Teil der Versammlung.) Und wer so empfindlich gegen die leiseste Verührung seiner Person — wie es — nicht immer, aber bisweilen — Debel ist, der sollte sich umsomehr hüten, gegen andre, die ihm gerade augenblicklich un bequem sind, mit einer Wahlosigkeit der Sprache und Mittel loszufahren, wie es in dieser Debatte geschehen ist. (Beifall bei einem Teil der Versammlung. Unruhe und Zischen.) Debels Nerven werden schon durch einen einfachen Artikel Eses berart irritiert, daß er ihm die Freude über den über alles Erwarten großen Wahlsieg bereitet! Ja, fällt denn Debel nicht einen Augenblick ein, wie seine Art zu debattieren und vorzugehen auf andre Parteigenossen wirken muß? Debel hat viel getan und tut viel für die Partei. Aber er ist doch schließlich nicht ganz allein, sondern es giebt doch auch noch andre Leute — zu denen ich mich selbst zulezt rechne —, die ihr Sein, ihr Leben, ihre Gesundheit und ihre Zeit opfern und dafür wenigstens das beanspruchen können, daß man ihnen nicht die Lust zu ihrer Arbeit vergalle und ihre politische Tätigkeit vor den Gegnern berefele. (Beifall bei einem Teil der Versammlung.) Debel sagt in seinem Artikel im Anschluß an das Kapitel über die

Republik: Nachdem wir uns, wie er glaubt, im Sozialismus schon länger nicht verstanden hätten, verstanden wir uns jetzt auch über die Demokratie nicht mehr. Das scheint wirklich so, denn sonst wäre es ganz unmöglich, daß in solchem Ton zur Partei gesprochen würde, wie es in der letzten Zeit von Bebel gesehen ist. Er urteilt über alles und jeden, über Genossen und Nichtgenossen, über Männer und Frauen, und zwar nicht nur über ihre politische Tätigkeit, sondern macht sich an, selbst über ihre persönliche Ehre zu urteilen. Er erteilt hochmütige Censuren nach allen Richtungen, wendet sich persönlich nicht nur an die Parteigenossen, sondern auch an die Gäste, er nimmt sich jeden einzelnen vor, wie gestern den „Vorwärts“-Redakteur, erteilt Verwahrungen, sagt ihm, was er antreiben wird, was er gegen ihn tun wird. Er teilt die Parteigenossen in solche erster und zweiter Güte ein (Widerspruch, Beifall), ja wohl, in die wahren und die halben oder falschen Sozialdemokraten. (Hofmann-Hamburg: Er sagt wie es ist!) Bebel hat gestern über die Akademiker gesprochen; das seien Leute, denen man es hoch anrechnen müsse, daß sie zur Partei gekommen sind, weil sie schwere Kämpfe durchzumachen hätten. Sobald aber einer von diesen Akademikern mit ihm nicht einverstanden ist, dann versteht er nichts von der Sozialdemokratie, steckt er noch im Bürgerium, womit er sogar Leute gemeint hat, die Jahrzehnte in der Partei sind. Was die Arbeiter betrifft, so haben sie den untrüglichen Klasseninstinkt und auf ihr Gefühl muß man sich verlassen. Wenn sich aber ein Arbeiter untersteht, anderer Meinung zu sein — wie man jetzt sagt: revisionistischer Meinung —, dann hat er auf einmal den untrüglichen Klasseninstinkt verloren. Die gehobene Lebenslage gewisser Arbeiter hat sie verdorben! Auch das ist ein Argument, das schon früher aufgetaucht ist und das sehr wesentlich zur Verjährung der Gegensätze in untrünen Reihen beigetragen hat. Ich erinnere daran, daß Bebel ganz dasselbe Grillenberger vorwarf; ich weiß, daß Grillenberger deswegen unverschämter mit Bebel aus dem Leben geschieden ist, weil er das nicht hat vertwinden können. Merkwürdig nur, daß sich bei anderen Leuten auch die Lebenslage gehoben hat, ohne daß sie ihren Klasseninstinkt verloren haben.

Aber Bebel begnügt sich nicht, einzelne Genossen in dieser Weise einzureihen, sondern er erlaubt sich bereits, ganze Teile des Reiches in dieser Weise zu qualifizieren. Es ist nicht lange her, daß Bebel einen Streit mit den Badenern hatte und dabei, wenn ich mich recht erinnere, den schönen Ausdruck gebrauchte: das ganze badische Ländle sei nicht mehr wert, als es in den Sack zu stecken und in den Bodensee zu schmeißen. (Bebel: Nein, das habe ich nicht gesagt.) Nun, das wird ja nachher aufgeklärt werden, ich habe es jedenfalls in der Parteipresse gelesen. (Bebel: Nein, das hat nicht in der Parteipresse gestanden! Zurück: Es war in Lübeck!) Jetzt kommt München daran, das Caput Deutschlands, wo man im Bier und Wein erkaufte, wo die politische Stimmung verdirbt oder tomt, wie er sich ausdrückte — es ist nämlich merkwürdig, daß ihm in diesen Tagen besonders Bibel-Memoriesenzenen gekommen sind (Große Heiterkeit. Bebel: Du meinst wohl, ich fange gar an, fromm zu werden?) — mit Leib und Seele zu Grunde geht. (Bebel: Ich habe gesagt: Mit Seele und Geist!) Na, der Leib geht ja doch auch am Bier zuerst zu Grunde. (Heiterkeit.) Also, Bebel führt die ganze Art der Münchener auf Bier und Wein zurück, was unzweifelhaft eine geistvolle, völkerpsychologische Auffassung ist. Sodann meint er weiter, die Sache käme daher, weil wir in wirtschaftlicher Beziehung zurückgeblieben seien. Es war mir interessant, daß Bebels Urteil hierin ziemlich mit dem von Bismard übereinstimmt, der einmal das Wort von der Fauligen Zuchtlosigkeit des Südens gebrauchte, auf welche die preussischen Junker natürlich herabzusehen. Ja, aber Bebel, es kam doch nicht jeder Mensch ein Preuße sein! (Große Heiterkeit.) Im übrigen werden ja nach Bebel selbst die Preußen, wenn sie nach München kommen, verdorben! Nun, es wird nach mir ein Originalpreuße erscheinen und Ihnen Aufschluß geben, wie es seiner Seele oder seinem Geist in München er-

gangen ist. (Große Heiterkeit.) Es hätte eigentlich nur gefehlt, daß Bebel noch gesagt hätte, er bedaure, daß München und Süddeutschland überhaupt für die Partei gewonnen worden sei. Denn wenn München einen so schlechten Einfluß ausübt, dann muß es doch offenbar wieder auf die gesamte Partei ungünstig wirken. Nun wundere ich mich eigentlich nur über eins: wenn Bebel so über uns denkt, warum hat er denn diese Charakteristik nicht im vorigen Jahr auf dem Münchener Parteitag mitgeteilt? Da war der geeignete Boden, um eine solche Strafpredigt zu halten. Ich habe nicht gesehen, daß Bebel in München ein prinzipiell saures Gesicht gemacht hätte (Große Heiterkeit); im Gegenteil, er war sehr vergnügt (Heiterkeit. Bebel ruft: war ich auch!) und er schien sich in diesem Sumpf ganz behaglich zu fühlen. Ebenso hat sich Bebel gehütet, die Weisheit über die bayerische Wahlrechtsfrage, die er gestern hier vorgetragen hat, in München zum Besten zu geben. Aber hierüber muß ich doch auch ein ernstes Wort sagen! Erinnern Sie sich, wie im vorigen Sommer Bebel wegen der Wahlrechtsgeschichte über uns herfiel, daß durch diese Sache die ganze Wucht des Kampfes für das allgemeine gleiche Wahlrecht zertrübt sei, und wie er schließlich erklärte, auf dem Münchener Parteitag werde sich das weitere finden. Das sagte nicht nur Bebel; in einer ganzen Reihe von Partei-Organen war es zu lesen, speziell in der „Leipziger Volkszeitung“, die ja immer der große Blasebalg für Gewissensfeuer ist. (Heiterkeit.) Sie hat auch damals zu hezen versucht so viel wie möglich. Kurz, wir Bayern waren schließlich ganz ängstlich geworden, was man denn eigentlich in München mit uns anfangen würde. Um so erstaunlicher war es, daß auf dem Münchener Parteitag, wie Sie wissen, kein Mensch ein Wort geschaukelt hat über die ganze Geschichte! Ich sagte Bebel noch zu Beginn des Parteitages: Werden wir nun gejoiten oder gebraten werden? Da antwortete er mir: Ich bin der Meinung, jetzt ist einmal die Sache so weit; da warten wir lieber mal ab, was weiter wird. (Bebel: Das war etwas andres!) Ich erinnere mich noch, daß Du zuzügest, Du wüßtest nicht, ob nicht vielleicht ein anderer sprechen wollte, Du aber hättest seine Veranlassung dazu. Nun, ich meine in der Tat, wenn etwas über die Wahlrechtsfrage zu sagen war, so mußte damals gesprochen werden — da war der Parteitag vorbereitet auf diese Frage. Aber man schüwie. Jetzt plötzlich aber wirkt Bebel diese Frage auf, über die ich allein eine Stunde sprechen möchte, wenn ich den richtigen Sachverhalt darlegen wollte. Nun bin ich ja selbstverständlich überzeugt, daß Bebel die bayerischen Dinge bis in die kleinste Spezialität sehr genau kennt, sehr viel besser als wir Bayern selbst. Darüber habe ich gar keinen Zweifel, darf ihn nicht haben. (Heiterkeit.) Aber das muß ich ihm doch sagen, daß er mit seiner gestrigen Anspannung unrem Wirken in Bayern sicher einen außerordentlich großen Dienst erwiesen hat, und daß durch sein Urteil die Zahl jener Aussprüche, welche ein Hauptarjenal unserer Gegner gegen uns bilden (Sehr richtig!) sich um einen fetten Brocken vermehrt hat! (Sehr richtig!) Die Münchener werden ihm dafür sicher ganz besonders dankbar sein, schon deshalb, weil sie von Haus aus für ein absprechendes, hochmütiges und herrschsüchtiges Wesen ein ganz besonderes Faible haben (Sehr gut!). Aber lassen wir das Episodische beiseite. Ich frage Sie: in welchem Ton ist von Bebel zur ganzen Partei gesprochen worden? „Ich werde nicht dulden“, „Ich werde den Kopf waschen“, „Ich hoffe meinen Freunden und meinen Feinden noch manche schwere Stunde zu bereiten“, „Ich habe die Massen hinter mir.“ „Ich werde Abrechnung halten.“ Ich, ich, ich — ist das die Sprache eines Gleichen zu Gleichen oder nicht vielmehr die Sprache eines Diktators? (Große Unruhe, lebhafter Beifall, heftiger Widerspruch und Hissen.) So hat der Lordprotector Cromwell zum langen Parlament gesprochen. (Große Unruhe.) Das mußte einmal gesagt werden. (Zuruf: Es war höchste Zeit!)

für **Webel** hin und nicht auch für mich? (Sehr gut!) Aus derselben Rede möchte ich noch eine andre Stelle anführen. Der Kanzler hat damals ein sehr merkwürdiges sozialpolitisches Programm zum besten gegeben, indem er dem Sinne nach sagte: Weil die verschiedenen Gesellschaftsklassen ungern Opfer zu Gunsten anderer Gesellschaftsklassen bringen, so ist es Pflicht des Staates und der Monarchie, ausgleichend einzugreifen! Die Arbeiter sollten nicht Dinge verlangen, welche die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt beeinträchtigen oder die Gesellschaftsordnung erschüttern. Die Unternehmer aber müßten kräftig mitwirken, damit die Klassenunterschiede mehr und mehr zusammenschumpfen und die ärmeren Klassen immer wohlhabender werden. Das sei der soziale Aufschwung! Und was sagte **Webel** in seiner Antwort zu diesen Ausführungen? „Ein schönes Programm, Herr Kanzler, und wenn der Kanzler seinen Einfluß benutzen will, um dies Programm zu verwirklichen, so wird er an uns Sozialdemokraten seine besten und treuesten Bundesgenossen finden.“ (Hört! hört! **Webel**: Ich weiß doch, was ich gesagt habe!) Ich weiß es auch. Wenn so etwas im Laufe des parlamentarischen Lebens passiert, der soll nicht an die Reden anderer mit dem Kopfkopf herangehen! (Sehr wahr!) Hätte ich das gesagt, dann möchte ich mal fragen, wie dann der Teufel losgegangen wäre! (Sehr richtig!) Dann hätten wir ganz andre Diskussionen bekommen, dann wäre der Klassenkampfstandpunkt nicht abgestumpft, sondern schon verraten gewesen! (Sehr wahr!)

Webel liebt leider in seiner Polemik auch das Mittel, das Lob der Gegner einem auf sein Konto zu schreiben. Er sagt zwar, wie er es auch gestern getan hat, ich und andre seien daran freilich ganz unschuldig, aber er verliebt doch das Lob und ruft dadurch einen gewissen Eindruck hervor. Es wäre besser, **Webel** wäre seinerseits gegen Lob und gegen Tadel der Gegner so abgestumpft, wie ich es bin, und würde nicht Äußerungen so gleichgültiger Art, wie er sie aus der „Frankfurter Zeitung“ vorgelesen hat, eine so außerordentliche Bedeutung beimessen. Er hat gestern gesagt: wie kommt es denn, daß gerade **Wollmar** und seine Freunde in der gegnerischen Presse gelobt werden, ich werde nicht gelobt! (**Webel**: So habe ich das nicht gesagt.) Nun, wer z. B. jemals Wählerversammlungen bei uns in Bayern beigewohnt hat, der wird wissen, daß **Webel** für unsre Gegner der Mustersozialdemokrat ist (Zustimmung), der immer gelobt wird als der ehrliche und aufrichtige Mann, während man uns nicht genug herunterreißen kann. Im übrigen fehlt es **Webel** auch sonst nicht an Lob und ich möchte ihm nur zwei Zeilen aus einem Lobe der allerletzten Zeit vorführen. Vor etwa acht Tagen hat im Berliner „Tag“ ein Artikel über den Parteitag gestanden, der ein großer Lobeshymnus auf **Webel** war, „dessen wider Fanatismus den Böbel und den Vestheten gleich entzücken muß, der nicht einer Revolution von Unbankbaren zum Opfer fallen darf, die sein Arm in die Höhe gehoben hat.“ (Hört! hört!) **Webel** ruft: Das ist ein Lob? Darüber ist gar nicht zu reden. (**Webel**: Ein Skandal ist es.) Wir wäre es nicht im Traume eingefallen, dergleichen anzuführen, wenn **Webel** nicht von uns verlangt hätte, daß wir gegen solches Lob wie ein Donnerwetter dreinsahren und es uns verbitten sollten; ich habe nicht gesehen, daß **Webel** es getan hätte. Im übrigen wäre es, wenn **Webel** das Lob in der gegnerischen Presse so verabscheut, besser, wenn er und wir alle protestierten gegen den widerwärtigen Hygaminismus in der eignen Parteipresse. Lesen Sie nur einmal den skandalösen Artikel in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“: **Webels** Tag. (**Webel**: Sehr richtig! Den habe ich aufs schärfste verurteilt!) Aber Du hast es hier nicht gesagt. (**Webel**: Das kann ich nachholen; ich habe es zu verschiedenen meiner Freunde gesagt.)

Webel begründet sein Vorgehen damit, daß die Partei geschädigt werde. O ja, auch ich sehe eine Schädigung der Partei! Oder kann es etwas ärgeres geben, als wenn man den drei Millionen sozialdemokratischer Wähler, die uns

soeben ohne Unterschied der Personen ihre Stimme gegeben haben, weil sie uns im gemeinsamen Kampfe einig gesehen haben, — kann es, sage ich, etwas schlimmeres geben, als wenn man diesen drei Millionen plötzlich zuruft, daß wir bisher ein gegenseitiges Komödienpiel getrieben haben, das nun zu Ende gehen müsse? (Zustimmung und Widerspruch.) Vielleicht hat **Webel** einen andren Sinn damit verknüpft, aber er hat ja andren gesagt, wenn man einen Artikel schreibe, so müsse man sich alles genau überlegen, damit kein Mißverständnis darüber entstehen könne. Welche Vorstellung müssen die Wähler gewinnen von einer Partei, auf die sie ihr ganzes Vertrauen gesetzt haben und von der sie die Erlösung aus wirtschaftlicher, sozialer und politischer Unterdrückung erhoffen und deren Führer ihnen dann in einer häßlichen Frage gezeigt werden! Denn sie kennen natürlich nicht das Temperament **Webels**, sie wissen nicht, daß er manchmal im Zorn etwas sagt und im innersten bedauert, wovon sein Herz nichts weiß. Oder von wem, wo und warum ist ein derartiges Komödienpiel verübt worden? Ich kann ja den Reichstagsverhandlungen leider nicht so viel beizuwohnen, wie ich möchte, weil ich im Landtag bin, aber das muß ich sagen: ich habe von solchem Komödienpiel niemals etwas gesehen, und möchte hoffen, daß auch andre nicht etwa fühlen, daß sie ein derartiges Komödienpiel ihrerseits getrieben haben. Denn wenn das Wort überhaupt einen Sinn hätte, die sich seit langem mit dem Plan der sein, daß es Leute giebt in der Partei, die sich seit langem mit dem Plan tragen, durch die Unschädlichmachung von Kollegen, die ihnen unadequat sind, ihre Alleinherrschaft zu proklamieren, die aber so lange nichts davon beraten haben, als sie meinten, daß die Gelegenheit nicht günstig sei (Sehr gut!), sondern vielmehr so getan haben, als ob wir alle Brüder sind, um dann plötzlich im gegebenen Moment die Masse abzuwerfen und über uns herfallen. Ich sage nicht, daß das in Wirklichkeit so sei. Aber was kann man sich draußen im Lande anders für eine Vorstellung von dem Wort machen? Und weil dem so ist, protestiere ich auf das allerentschiedenste gegen diesen Ausdruck und sage, daß er ein Schaden ist — natürlich gegen den Willen **Webels** — wie er seit lange schwerer der Partei nicht zugefügt ist. (Zustimmung und Widerspruch.) Und wenn es eine Gefahr in der Partei gibt so besteht sie lediglich darin, wenn Leute glauben, ihre eigne Ansicht um jeden Preis durchsetzen zu müssen, wenn sie eigenständig auf ihren Willen beharren, wenn sie freisündlich sind, wenn sie sich mit einem Wort autoritär benehmen. Und eine andere Gefahr sehe ich in gewissen Drohungen mit der Gewalt, die immer noch nicht völlig ausgestorben sind, und die um so tödlicher sind, wenn sie zu einer Zeit fallen, wo man der Schärpmachern einen ganz besondern Gefallen damit tut — ich meine jenen blöden Artikel „Auf des Schwertes Schneide“ aus der Zeit des Ostrittationsfeldzuges.

So sehr ich mich nun gegen **Webel** wenden möchte, betrachte ich doch bei der ganzen Geschichte nicht ihn, sondern **Kautsky** als die Hauptperson, vor allem weil er den Vorteil für sich hat, konsequenter zu sein. **Kautsky** ist der Fanatiker der Theorie, der Partei gewordene deutsche Professor (Heiterkeit), der lieber die Welt und womöglich die Partei zu Grunde gehen läßt, als daß er aus seinem schönen Lehrgebäude auch nur einen Spahn herausziehen läßt (Zustimmung und Widerspruch). Auf: Das ist ja Unsin! Damit überzeugen Sie mich nicht. Ich aber werde Beweise liefern.

Kautsky hat uns oft gezeigt, was er von der Denk- und Meinungsfreiheit in der Partei denkt. Er hat einmal in dem jamaosen Artikel gegen **Bernstein**: „Der Rückzug der Beinhundert“ gesagt: „Dieselben Forderungen, die wir an den Staat in Bezug auf Denkfreiheit und dergleichen stellen, auch an die Partei richten zu wollen, ist lächerlich.“ (Hört! hört!) Die „Neue Zeit“, sagte er — es war in Lübeck — ist nicht dazu da, um die verschiedenen in der Partei vorhandenen Meinungen und Gedankenrichtungen sich geistig messen zu lassen,

sondern sie hat die Einseitigkeit der Partei zu verfechten. Die „Einseitigkeit“ der Partei, das heißt die Alleinherrschaft seiner Meinung. (Sehr richtig! Lebhafter Widerspruch. Kautsky ruft: Davon steht nichts drin. Fortgesetzte Unterbrechungen.) Ich werde ruhig abwarten, bis Sie zeigen, daß wenigstens hier noch ein klein wenig Meinungsfreiheit ist. Ich denke, wenn Ihr Gebel angehört habt, dann habt Ihr auch die verdammte Pflicht, mich anzuhören. (Lebhafter Zustimmung.) Denn andernfalls sähe es so aus, als ob Ihr terrorisieren wöllt. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Singer: Ich habe wiederholt gebeten, die Bursche zu unterlassen, weil ich ganz genau weiß, daß daraus nachher erregte Scenen sich ergeben. Im übrigen möchte ich betonen, daß die Mahnung nach beiden Seiten hin recht nötig ist. (Zustimmung.)

v. Bollmar (fortfahrend): Also die Einseitigkeit der Partei, das heißt, seine eigne wissenschaftliche als allein berechtigt aufgefaßte Meinung! Darum dreht es sich. Kautsky hat ausdrücklich einmal das Wort gebraucht, daß die neue Methode — das ist dasselbe, was man jetzt Revisionismus nennt und was alle Jahre anders heißt — eine „Auflehnung“ sei. Diese niederzuerwerfen, die reine Glaubenseinheit in der Partei herzustellen, — darauf ist seit Jahren der Sinn Kautskys gerichtet und er hat schon wiederholt bei Parteitagungen gemeint, jetzt sei es soweit. Bisher allerdings vergeblich. Nun glaubt er, die Gelegenheit günstig. Er hält die Stimmung der Partei gegen Ede, den ewigen Unruhefister, für genügend verärgert und glaubt nun die Gelegenheit günstig, nachdem er Bernstein früher schon für seine Person nicht mehr als Genossen erklärt hat, (Widerspruch), dies Urteil vom Parteitag bestätigen zu lassen: jetzt oder nie. Er hat schon früher privatim gesagt, daß es Leute giebt, die so verworfen sind, daß sie Bernstein, seinem wissenschaftlichen Widersacher, nicht ohne weiteres in allem verdammten, daß sie manches von ihm — für richtig oder doch für beherzigenswert halten, während sie sich in vielem anderen nicht einverstanden erklären, — denn der Witzige muß doch ein Ende gemacht werden, als habe man Bernstein zugehört, als sei er, wie gestern Gebel sagte, wie ein neuer Messias angesehen worden. (Gebel: Von Dir nicht, dazu bist Du zu kalt!) Das freut mich, aber warum spricht Ihr denn immer von den Revisionisten, Ihr wollt doch auch mich darunter verstehen. (Gebel: Gewiß, Du bist das Haupt.) So, nun ich habe im ganzen zweimal über Bernstein gesprochen: einmal auf dem Hannoverischen Parteitag, und zweitens in einer Versammlung in München nach Lübeck, und wer sich jener Reden erinnert, der wird genau wissen, daß es mir gar nicht einfallen ist, Bernstein zuzujubeln, sondern daß ich sehr viel an seinen Ausschauungen auszusetzen hatte. Wohl aber habe ich mich auf das entschiedenste dagegen verwahrt, daß man ihm so an die Läden fährt. Also ich sage, Kautsky und diejenigen, die ihm gleich denken, glaubten, man könne die „Revisionisten“ gleich mit Bernstein zusammen in einem Prozeß abtun. Kautsky hat sich lange bemüht, eine Formel zu finden, durch welche die Verbrechen des Revisionismus umschrieben und präzisiert werden könnten. Er hat in drei Artikeln — zwei in der „Neuen Zeit“ und einen in einer Beilage der „Leipziger Volkszeitung“ — dies Verbrechen folgendermaßen charakterisiert: „Die neue Taktik besteht also darin, daß sie die Sozialdemokratie zum Mitglied einer Majorität machen will“, d. h. also, wir wollen eine Anlehnung an bürgerliche Parteien“. An einer anderen Stelle: „Die Revisionisten sagen, daß die Partei sich bequemen müsse, sich mit benachteiligten Parteien zu vereinigen, um mit ihnen zusammen eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden.“ Und weiter: „Die Revisionisten haben die Einbildung, die liberale Bourgeoisie werde uns die Kämpfe für die primitivsten Rechte des Proletariats abnehmen, indem sie in einem großen Aufschwunge zum Siege gelange.“ Das sei ein Aufgeben des Klassenkampfes — quod erat demonstrandum.“ Sowohl Parteigenossen, das wäre es in der Tat und es hat mich ge freut, daß endlich

diese Formel so rein gefunden worden ist, weil man damit doch endlich aus den Allgemeinheiten heraus und zu etwas Greifbarem kommt. Nun frage ich Sie und bitte um eine Antwort darauf: Wo und von wem ist irgend einer dieser Grundsätze in Deutschland und für Deutschland befristet worden? In meiner Münchener Rede habe ich über die bürgerliche Linke gesagt: „Praktisch ist die Lage heute die, daß für den bürgerlichen Liberalismus mit diesen Wahlen die letzte Möglichkeit auf Zurückgewinnung des verlorenen Einflusses vorüber ist. (Hört! hört!) Das soll nicht heißen, daß für die wirklich freigesetzten Elemente des Bürgertums, soweit dieselben nicht bereits in das Lager der Sozialdemokratie übergegangen sind oder noch weiter übergehen, gar keine Aufgaben mehr vorhanden wären. Und uns Sozialdemokraten könnte es nur freuen, wenn jene (die wirklich freigesetzten Elemente des Bürgertums) sich aufrufen und wenigstens im Kampfe gegen die Reaktion auf politischem und geistigem Gebiete mit uns wett-eifern würden; aber im übrigen müßten sie sich klarmachen, daß die Dinge sich in Deutschland offenbar ähnlich wie in Belgien abspielen würden und daß der Vorkampf der Opposition fortan der Sozialdemokratie gehört, an deren Seite und unter deren Führung die Linksliberalen zu handeln haben würden.“ Das ist das einzige, was ich über diese Frage jemals geäußert habe. Und ich wiederhole die Forderung, daß man, wenn man uns einen politischen Tendenzprozeß schlimmster Art machen will, (Sehr richtig! und große Unruhe), uns dann doch wenigstens einige Beweise bringt.

Ebenso unglaublich wie das, was Kautsky nach dieser Richtung geleistet hat, sind die Ideen, die er über das fernere Vorgehen innerhalb der Partei geäußert hat, früher schon und jetzt noch. Zuletzt hat er sich dahin geäußert, die Kritik müsse für eine Zeit eingestellt werden, das Anzweifeln der augenblicklich herrschenden Meinung, der Taktik müsse aufhören. (Große Unruhe. Hört! hört!) Das „Anzweifeln!“ — wirklich dies Wort! Ich habe es mir gemerkt, weil es mich an die Religionsstunde in der Jugend erinnert hat. (Zuruf: Ist das wörtlich? Große Unruhe.) „Das Anzweifeln muß zurückgestellt werden!“ Suche Dir selber die Stelle heraus! (Gebel: Aha! Zuruf: „Zurückgestellt“ steht da!) Also, die Meinungsfreiheit soll nicht verboten, sondern verlagert (Sehr gut!) eine Zeitlang eingestellt werden! (Zuruf: Zurückgestellt!) Das ist, so weit ich deutsch verstehe, dasselbe! Ja, das können Sie beim Papst und in der Kirche auch haben. (Vielfache Unruhe: Sehr gut! und Unruhe.) Da ist auch die Bibelkritik nur eingestellt, bis der Papst selbst ihre Berechtigung anerkennt und eine Kommission einsetzt, die die Sache untersucht; dann kann auch kritisiert werden, bis die neue Lehremeinung festgesetzt wird.

Nein, Parteigenossen! Das Recht der Meinungsfreiheit, der Kritik existiert entweder ganz, ohne Vorbehalt oder gar nicht. (Sehr richtig!) Sonst gehts wie beim heutigen Staat, bei dem die Denkfreiheit und Lehrfreiheit auf dem Papier steht, aber in der Praxis mit Anstand gelibt werden muß, damit kein öffentliches Aergernis erregt wird! (Unruhe.) Nein, so haben wir nicht gemettet und es ist einfach beschämend, daß eine solche Ansicht in Bezug auf die Sozialdemokratie nicht nur ausgesprochen, sondern auch nur gedacht werden konnte. (Sehr richtig!) Denn wenn es eine Wesensgrundlage, eine Lebenswurzel der Sozialdemokratie giebt, so ist es die absolute Freiheit des Denkens, des Forschens, der Untersuchung der Grundsätze, der Ziele wie der Taktik! Wer da auch nur die geringste Einschränkung machen will, der will die Partei aus einer großen Kulturbewegung zu einer Sekte machen! (Sehr gut!) Gewiß würde eine Bewegung von der Größe der sozialdemokratischen auch dann noch eine Zeitlang äußerlich sehr imposant dastehen, ja vielleicht in den Augen der Gegner noch imposanter sein, weil sie von einer völligen, uniformen Einseitigkeit der Meinung wäre. Aber die notwendige Folge wäre die Verwässerung der Partei

(Sehr richtig!), die Absperrung jedes frischen Luftzuges und dadurch der weiteren Entwicklungsmöglichkeit. Dann müßte man aber auch vor allem aus unserem Namen das Wort „demokratisch“ streichen (Webel: Jawohl, wenn es dahin käme!) und darauf verzichten, selbständige, freie, mit warmem Blut begabte Menschen zu gewinnen und zu behalten. (Webel: Du siehst selbstgeschaffene Geispenster!)

Singer (unterbrechend): Ich bitte, die Zwiegespräche zu unterlassen! (Zuruf: Saq's Webel!)

Bollmar (fortfahrend): Denn das sage ich Ihnen: wenn man mir einen Maulkorb zumutet, dann ist es mir ziemlich gleichgültig, ob es ein polizeilicher, ein kirchlicher oder ein sogenannter demokratischer Maulkorb ist. (Weisfall und Rischen.) Das wäre mir wahrlich der Mühe wert, mein Leben einzufügen. (Webel: Leben einzufügen? Wo?!). Nun, opferst Du etwa nicht Dein Leben der Partei, stellst Du Dein Leben nicht in den Dienst der Partei? (Webel: Davon rede ich ja gar nicht!) Und glaubst Du, das tut andre nicht auch? — Also ich sage: das wäre mir wahrlich wert, das ganze Sein einzufügen und zu kämpfen, alte Autoritäten umzustürzen, bloß um einen neuen Götzen an ihre Stelle zu setzen! Dazu könnten sich keine bewußten Sozialdemokraten, sondern nur Fanatiker bereit finden! (Webel: Sehr richtig!) Wo aber eine solche Gefahr auch nur entfernt ausstrahlt, muß sie genau bezeichnet werden!

Damit komme ich zu der Resolution. Ueber den ersten Punkt habe ich nichts zu sagen. In dem Augenblick, wo die Partei entschieden hat — was sie ohnehin bereits getan hat — ist die Sache erledigt.

Nun kommen die Sätze über die „revisionsistischen Bestrebungen“. Was heißt das? Mit solchen bagen Begriffen vermag ich nichts anzufangen. Was mich betrifft, so habe ich mich sicherlich weder jemals als einen Bernsteinianer noch einen Bebelianer bezeichnet, ja nicht einmal einen Marxisten genannt; ich habe keine Neigung und Talent zu solchem „Sitten“ und „Anerken“ — mir genügt vollkommen, daß ich Sozialdemokrat bin. (Sehr gut!) Ich halte also diesen Ausdruck für eine Verleumdung, wie überhaupt die ganzen Sätze ein Popanz sind, die sich der Verfasser zurecht gemacht hat, um auf ihn schlagen zu können. Die revisionsistischen Bestrebungen sollen darauf hingehen, unsere bisherige bewährte und siegeskrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unsrer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt. Wann und wo haben ich oder einer meiner Freunde jemals eine derartige Forderung vertreten? Niemals und nirgends, und was mich betrifft, so ist gerade in meiner Münchener Rede auf das allerdeutlichste von der Eroberung der politischen Gewalt durch die Sozialdemokratie die Rede.

Dann kommt Satz drei: „Die Folge einer derartigen Taktik wäre“ usw. Ja freilich: wenn die konstruierten Bestrebungen vorhanden sind und wirksam wären, so wäre die Folge natürlich eine schlechte. Nur daß sie eben in Wirklichkeit nicht vorhanden sind.

Und endlich Absatz vier: „Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegenätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.“ Das ist schon ein Mißbrauch gegenüber jenen Äußerungen, die ich Ihnen aus Kautskyschen Schriften vortragen habe. Aber ich frage hier wieder: Wer hat diese Forderung erhoben? Ich weiß niemand.

Parteigenossen, ich halte hiernach die drei Absätze über den Revisionismus für außerordentlich verfehlt, weil ich niemand weiß — jedenfalls bin ich's nicht —, der jemals etwas von dem hier behaupteten vertreten hätte, und weil ich deshalb einen „Revisionismus“, auf den diese Schilderung paßte, überhaupt nicht kenne. (Sehr richtig!) Wenn ich ein Aesthetiker wäre, so müßte ich deshalb von dieser Resolution wegen ihrer Schönheitsfehler sagen: „Absolut unannehmbar“, aber im praktischen

politischen Leben urteile ich nicht nach ästhetischen Grundsätzen, sondern nach andern Gesichtspunkten. Und da sage ich nur: Zwar halte ich das ganze für falsch, aber eben darum trifft es mich auch nicht. Und wenn es nun einer großen Menge der Parteigenossen eine Beruhigung gewähren kann, Grundsätze, die ich als existent gegenwärtig gar nicht kenne, von denen die Verfasser aber annehmen, daß sie vielleicht irgendwann einmal zum Vorschein kommen könnten und denen sie darum schon im vornherein „einen Nigeln vorzuschieben“ gedenken, — so würde ich diese Ansicht und will ihr nicht entgegen sein. (Hört! hört!) Ich glaube, nach den Grundsätzen der parlamentarischen Interpretation wird niemand etwas gegen einen solchen Standpunkt einwenden können.

Im letzten Satz gefällt mir allerdings die Resolution gar nicht. Die Verfasser scheinen so außerordentlich geschäftig gewesen zu sein, Begriffsbestimmungen für den Revisionismus, die sich überhaupt nicht finden lassen, zu finden, daß ihnen da, wo für die Partei das wichtigste Stück gekommen ist, die Kraft ausgegangen ist. Denn anders kann ich mir es nicht vorstellen, daß der ganze Absatz derart wortreich, aber inhaltsarm geblieben ist. Mir, dem bösen „Gemäßigten“ (Heiterkeit), ist dieser Absatz durchaus nicht radikal genug. (Sehr gut! Heiterkeit.) Besonders stört mich, daß, nachdem man einen großen prinzipiellen Anlauf genommen, man über die hochwichtigen sozialpolitischen Fragen weiter nichts zu sagen weiß, als daß wir „die Interessierten der Arbeiterklasse“ zu vertreten haben, das klaffende Wort, das zu denken ist, und das wir unter dem Sozialistengesetz angewendet haben, wenn wir die Auflösung einer Versammlung befürchtet haben. Webel tat eben erkaunt darüber, daß ich auf einmal radikal sei. (Webel: Ganz mißverstanden! Du wärest ja dann nur, was Du früher warst!) Nun, im Französischen giebt es ein Sprüchwort: „On est toujours le réactionnaire de quelqu'un.“ Das heißt: Es giebt immer einen Menschen, der über einen hinausgeht, der noch konservativer oder auch noch radikaler ist, und keiner soll sich einbilden, daß er innerhalb einer Partei auf der äußersten Rechten oder auf der äußersten Linken steht. So kann man sich in Bezug auf verschiedene Dinge bald auf diese, bald auf jene Seite stellen. Wie ich denn in der Tat keine einzige Gelegenheit zu nehmen wüßte, wo im Reichstage in der praktischen Politik die sogenannten Revisionisten auf der einen Seite, die „Radikalen“ auf der andern Seite gestanden hätten (Hört! hört!), sondern stets war eine Mischung vorhanden. Webel wird mir bestätigen, daß mehr als einmal er und ich einer Meinung gewesen sind und zusammen gegangen sind, bald gegen links, bald gegen rechts. (Vielfache Rufe: Hört! hört!) Da können Sie sehen, daß der Revisionismus nichts als Popanz ist.

Merkwürdig ist auch, wenn man jemandem wie Kautsky, der nicht müde wird andre als Opportunisten anzugreifen, plötzlich selbst auf den Pfaden des Hyperopportunisten begegnet. In einem seiner letzten Artikel in der „Neuen Zeit“ widerrät er, für eine Neueinteilung der Reichstags-Wahlkreise einzutreten, weil sonst das Wahlrecht in Gefahr kommen könnte. (Hört! hört!) Wir stellen uns allen Wahlversammlungen das jezige Unrecht der Wahlkreiseinteilung als eine Schande hin und haben die Aenderung dieser Einteilung im Reichstage immer und immer wieder beantragt; ja wir würden jetzt geradezu unser Recht aufgeben, wenn wir, wo wir im Reichstage unsere neue Macht zeigen wollen, auf einmal diese Forderung ganz in die Tasche stecken wollten. (Webel ruft: auf einmal diese Forderung ganz in die Tasche stecken wollten.) — Gut, aber Kautsky hat selbsterklärend kann davon gar keine Rede sein.) — Gut, aber Kautsky hat es vorgeschlagen. (Webel: Ich stimme Dir bei.) Und es ist doch bezeichnend, daß Leute, die hinter jeder Äußerung von uns ein Abschwächen der Gegensätze sehen, uns angeichts unsrer neuen Nachstellung solche Vorschläge machen. (Sehr gut!)

Ich bin am Ende. Wenn Sie ein Urteil aussprechen wollen über ein Ding, das Ihnen nicht gefällt, das Sie Revisionismus nennen, dessen Begriff

844

Fünfter Verhandlungstag. — Vormittags-Sitzung.

Sie nach meiner Meinung völlig unzutreffend bestimmen, und über Grundzüge, die Ihnen verberbtlich erscheinen und die ich ebenfalls für verberbtlich halten würde, falls sie existieren würden, so ist das eine Sache für sich, die mit der Annahme der Resolution sachlich erledigt ist.

Anderer natürlich wäre es, wenn es Ihnen um persönliche Zwecke zu tun sein sollte. Ich unterstelle nicht mit einem einzigen Worte den Verfassern der Resolution — ich gebe Ihnen mein Wort darauf — daß sie derartige Zwecke verfolgen. Vergleichen geht nicht aus der Resolution hervor und darf auch infolge dessen nicht hineininterpretiert werden. Wohl aber ist in den letzten Tagen, von dem ersten Moment meines Eintretens in diesen Saal an, mir von verschiedenen Seiten gesagt worden: es bestehe irgendwo die Absicht, eine solche Fassung zu finden, daß sie bestimmten Personen unannehmbar würde. (Hört! Hört! Große Unruhe und lebhaftes Zurufe.) Eine ganze Reihe von Genossen hat das direkt gehört und uns gesagt. Um so besser, wenn es nicht richtig ist! Denn wenn es richtig wäre, so wäre es ganz offenbar, daß es sich in dieser ganzen Frage um keinerlei sachliche Entscheidung handelte, sondern um den Versuch, bestimmte Personen, die einem un bequem sind, hinauszudrängen. (Sehr richtig! Unruhe.) Wer das wollte, der müßte darnach auch gleich den Mut haben, die Konsequenzen zu ziehen und Namen zu nennen. Er müßte bestimmte Personen anklagen und sie vor die Wahl stellen, sich zu unterwerfen oder das Lokal zu verlassen. Das wäre die richtigste Konsequenz. Dann müßte man im deutlichen Lande, worum es denen, die etwa solche Absichten haben sollten, zu tun ist. Dann wären die Nebel zerrissen und dem Parteitag gezeigt, an welchem Abgrund er steht!

Indessen vermag ich, wie gesagt, in der Resolution eine solche Absicht nicht zu entdecken und habe deshalb nichts mehr weiter hinzuzusetzen, sondern komme zum Schluß.

Parteilgenossen! Ich bestreite nicht, daß da und dort Anlaß zu einer gewissen Unzufriedenheit vorhanden sein mag. Ich bin z. B. der Meinung, daß ein großer Teil der Unzufriedenheit daher rührt, daß Genossen, die man früher kaum gekannt hat, sozusagen über Nacht in Ehrensitze gekommen sind; eine Ansicht, die ich bei aller Achtung vor den betreffenden Personen vollkommen teilen kann, weil die Genossen sich mit Recht sagen: bevor einer die Offizierskapauletten bekommt, soll er den gewöhnlichen Truppendienst durchmachen. (Zustimmung.) Freilich kann entgegengehalten werden: Ja, warum stellt ihr denn solche Leute als Kandidaten auf? (Vielsache Zustimmung.) So hat einer unserer ältesten Wahlkreise eine solche Auffstellung vorgenommen. In meiner Weltabgeschiedenheit oben in den bairischen Bergen habe ich mir das auch ganz gut vorstellen können, namentlich als ich die Berliner Versammlungsreden gelesen habe. Ich sagte mir: es sind da eine Anzahl von Unzufriedenheiten vorhanden, und das hat sich allmählich gespannt, bis es zu einem Ausbruch kam. Und wo dann die dümmste Stelle ist, da bricht der Kessel durch. Jetzt erscheint es vielen wegen Dingen, die früher als einzelne gar nicht so schlimm erschienen waren, als ob die Partei in Gefahr wäre. Nachdem wir uns nun ausgesprochen haben werden, sollte der Parteitag zu der Ueberzeugung kommen, daß dem nicht so ist, daß die Dinge aufgebauht worden sind. Ich leugne nicht, daß von beiden Seiten, auch von mir, Fehler gemacht worden sein können — ich bin gar nicht so, daß ich unter allen Umständen recht haben will. (Wehe! Willst Du mir das sagen?) Ach wo, davon bin ich weit entfernt! (Große Heiterkeit.)

Also ich will sagen, daß, wenn die Resolution angenommen wird, alles getan ist, was zur Beruhigung und Klärung gewünscht werden konnte, und daß der Zweck damit erfüllt ist. Ich glaube weiter, daß der Parteitag — im Gegensatz zu dem, was gestern Weibel ausgeführt hat — finden wird, daß zu keiner Zeit in der Partei weniger Anlaß zu einem wirklichen prinzipiellen Streit gewesen ist,

als gerade jetzt, daß vielmehr die Einheit und Einheitslichkeit in der Partei in Wahrheit nicht geringer, sondern größer geworden ist als früher. (Zustimmung und Widerspruch.) Die Partei wird erlernen, daß angeichts der Aufgaben, die jetzt in höherem Maße als je an uns heranreten, es höchste Zeit ist, diesem ibrüchten Drubergezant Einhalt zu tun (Sehr wahr!), denn wir haben eine Aufgabe vor uns, die alle unsere Kräfte verlangt, für die jede Kraft an ihrer Stelle das richtige wirken kann, so wie es in der Bibel heißt, daß man Gott auf die verschiedenste Weise dienen kann. Man muß in Industrie-Orten anders handeln, als in häuerlichen Bezirken, im Süden anders als im Norden, aber überall können wir unsere Kräfte redlich gebrauchen und haben uns nur zu bestreben, daß wir einander nicht zueinander, sondern zusammenwirken. Ich meine, der Parteitag wird nach dieser unerquidlichen, aber notwendig gewordenen Aussprache die richtige Entscheidung zu finden wissen, indem er jeden etwa noch auftauchenden Versuch anstatt auf sachliche Weise auf persönliche, verlegende oder vergeraltigende Weise etwas unternehmen zu wollen energisch zurückweist und die Fühler von links und rechts auf ihre Posten zurückweist, auf den Posten vor den Feind zum gemeinsamen Kampf! (Lebhafte Beifall.)

Singer teilt mit, daß noch ein Amendement zur Resolution 130 (Antrag 148) eingelaufen sei.

Es liegt der Antrag vor, die Redezeit nunmehr auf 10 Minuten festzusetzen. Reuber-Solingen spricht für diesen Antrag. Wir haben das pro und contra ausführlich gehört. Es muß allen Genossen die Möglichkeit geschaffen werden, hier auszusprechen, wie ihre Wahlkreise denken. Das ist nur durch Beschränkung der Redezeit möglich.

Kolb-Karlsruhe wendet sich gegen den Antrag. Es fehlte gerade noch, daß uns jetzt die Möglichkeit beschränkt würde, frei auszusprechen, was wir denken, nachdem man uns so lange Zeit vorgeworfen hat, wir hielten damit zurück. Von den vier Tagen, die der Parteitag zusammen ist, hat Weibel bisher allein für sich anderthalb Tage in Anspruch genommen. Wir bleiben da und setzen uns auseinander. Es scheint die Meinung vorhanden zu sein, der Parteitag sei bloß für die Berliner Parteilgenossen da. (Lebhafte Widerspruch. Rufe: Wir sind ja gegen den Antrag!) (Große Unruhe.)

Singer: Der Parteitag ist um sich selber da. (Bravo!)

Der Antrag auf Bechränkten Redezeit wird abgelehnt.

Singer bittet wiederholt um Ruhe, die fortwährenden Störungen aus den Reihen der Mitglieder des Parteitages verhindern ein weiteres Verhandeln.

Lebebour (zur Geschäftsordnung): Angeichts des eben gefassten Beschlusses kann es nicht zweifelhaft sein, daß wir in dieser Woche nicht fertig werden. Es ist notwendig, jetzt sofort uns darüber schlüssig zu werden, ob wir unsere Verhandlungen in der nächsten Woche fortsetzen wollen, damit die Delegierten ihre Dispositionen treffen können. Ich stelle den Antrag, zu beschließen, die Verhandlungen nach Ablauf dieser Woche am Montag fortzusetzen. Wenn wir sie schließen wollen, darüber können wir uns am Montag schlüssig werden. Genosse Kolb irrt, wenn er annimmt, daß die Berliner Genossen für die Bechränkten Redezeit gewesen sind. —

Singer: Aber die Sache ist ja erledigt, der Antrag ist abgelehnt.

Lebebour: Wir wünschen eine gründliche Aussprache, und die wird nicht einmal bis Sonnabendabend erledigt sein.

Singer: Jetzt ist der unpassendste Moment, darüber zu beschließen, ob wir auch noch am Montag sitzen sollen. Lassen Sie uns doch ruhig weiterarbeiten. Rauben Sie uns doch nicht jetzt die Zeit mit unnötigen Anträgen.

Stücken-Altenburg bittet den Antrag Lebebour abzulehnen. Bereits am Dienstag fragten die Genossen: Wer hat sich denn zum Punkte „Taktik“ gemeldet? und wenn man sie fragte: Sollen wir Sie einzeichnen? dann antworteten die

meisten: Nein wir wollen erst warten, bis sich dieser oder jener vor uns gemeldet hat. (Geisterleit.) Nun haben sich die Kleinen Geister zuerst eingeschrieben und die Großen kamen hinterher. (Stürmische Geisterleit.)

Singer: Einen solchen Unterschieb kennen wir nicht. (Erneute Geisterleit.)

Stücken: Ich nehme den Ausdruck zurück.

Der Antrag Ledebour wird abgelehnt.

Die Mittagspause tritt ein. — 12 $\frac{3}{4}$ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Beginn 8 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

In der wieder eröffneten Diskussion über Punkt 4 erhält das Wort Kolb-Karlstraße: In der heute hier verteilten Nummer der „Leipziger Volkszeitung“ ist ein Artikel zu lesen mit der Überschrift: „Parteimoral“. Hierin heißt es:

„Bisher hat man als die beliebtesten geistigen Waffen der Revisionisten die gegenseitige Lobhudelei und Beweihräucherung kennen gelernt. Jetzt scheint das Arsenal des Revisionismus durch einige neue Stücke bereichert werden zu sollen: die Demagogik und die Ehrabschneideri. Bisher hatte man sich damit begnügt, sich selbst mit Lobeshymnen auf seine eigne höhere Einsicht zu feiern und die gegnerische Richtung als starre Dogmatiker und fanatische Marzifisten zu verhöhnen; jetzt geht man dazu über, den guten Glauben der Anderzgestimmten und ihre Motive zu verdächtigen und sie durch „Enttäuschungen“ aus ihrer Vergangenheit mundtot zu machen.“

Und an anderer Stelle heißt es:

„Der Schwerpunkt der bisherigen Verhandlungen des Parteitages liegt nicht in dem „Fall Mehring“, sondern in der Parteimoral, die von einzelnen Vertretern des Revisionismus betätigt worden ist. Hier kann nicht durch Parteitagsbeschlüsse und Resolutionen Wandel geschaffen werden; hier kann nur eine öffentliche Kennzeichnung des frivolen Treibens vereinzelter Parteiverderber helfen, das das gesamte Parteileben zu korrumpieren droht.“

Der Artikel ist unterzeichnet G. S. — Gustav Jaech. Wer ist dieser

Gustav Jaech? Ist er berufen, in dieser Weise vorzugehen . . .

Singer: Ich will nicht untersuchen, ob der Redner mit seiner Vermutung über den Verfasser recht hat. Genannt ist er jedenfalls nicht, und wir haben keinen Anlaß, uns weiter damit zu befassen.

Kolb: Dann will ich von diesem Artikel absehen. Aber ich weiß, daß Gustav Jaech wiederholt in Artikeln auf das schärfste Stellung genommen hat zu den Parteigenossen, die als sogenannte Revisionisten gelten; er ist das ganze Jahr auf der Patrouille, um zu fahnden, wem mangelhafte Prinzipienfestigkeit nachzusagen ist. Nun, Gustav Jaech war bei uns in Baden Redakteur und er war Revisionist. Dann ging er nach Stuttgart und arbeitete an einem bürgerlichen Blatt mit, in dem er fortgesetzt den „revisionistischen“ Standpunkt verfochten hat, ja er ging noch weiter: er verleugnete prinzipielle Forderungen der Partei. In einer Erklärung in der „Leipziger Volkszeitung“ hat Jaech behauptet, daß der „Karlstrüher Volksfreund“ verschiedene Artikel von ihm abgedruckt und ihn wiederholt aufgefordert habe zur Mitarbeit. Ich konstatiere, daß das nicht wahr ist. Ich habe nur einen Artikel von Jaech veröffentlicht. Wie Jaech aber schon in Leipzig war, hat er mir noch einen Artikel für die Budgetbewilligung angeboten. (Hört! hört!) Ich habe verschiedentlich moniert, daß er den Artikel nicht schickte, aber dann nicht mehr moniert, weil ich sah, wie Jaech in Leipzig schnell seine Ansicht änderte. Noch am 2. März 1901 hat der Mann direkt gegen die Partei geschrieben; ich führe dies nur an, um zu zeigen, wie wenig diese Leute berufen sind, jetzt den Bionswächter zu spielen. Das geschah in Stuttgart, wo zur Zeit der Kohnnot im Gemeinderat von unsern Genossen der Antrag

gestellt wurde, der Gemeinderat möge an die armen Leute Coals zu billigen Preise abgeben. Jaech war dagegen und schrieb, wenn heute der Stuttgarter Gemeinderat eine sozialdemokratische Mehrheit bekäme, so würde entweder alles beim alten bleiben oder es würden auf Kosten der Allgemeinheit kostspielige Experimente gemacht werden. Dasselbe gelte, wenn die Sozialdemokratie im ganzen die Macht bekäme. Entweder es bliebe dann wie vorher, oder es müßte mit beispielloser Verschwendung von Kraft und Mitteln eine neue Organisation des Produktions- und Verteilungsprozesses geschaffen werden, wobei es mehr als fraglich sei, ob der Organismus solch eine Neuordnung überhaupt vertragen kann. (Hört! hört!) Es sei eine politische Kinderkrankheit in Deutschland, von den öffentlichen Institutionen die Lösung von Aufgaben zu verlangen, welche der Natur der Sache nach der privaten Initiative vorbehalten sein sollten. (Hört! hört!) Als Jaech das schrieb, war er Parteimitglied, und kurze Zeit darauf kam er an die „Leipziger Volkszeitung“, um den Kampf gegen die Revisionisten aufzunehmen. (Zuruf: Feine Familie!)

Nun zur Sache! Seit Wochen ist ja für diesen Parteitag die entscheidende Abrechnung angekündigt worden. Ich bestreite aber ganz entschieden, daß in der Partei überhaupt solche Revisionisten vorhanden sind, wie man sie sich hier vorstellt. Der ganze Streit ist nichts anderes als ein Streit um die Frage, ob umgelegte Eier ausgebreitet werden dürfen. Es handelt sich um nichts als eine theoretische Raßbalgerei, die für die gegenwärtige praktische Arbeit gar keine große Bedeutung hat. Wie wenig Klarheit über den Begriff des Revisionismus besteht, beweist ja die Resolution. Welche Verwirrung da herrscht, habe ich noch vor einigen Tagen gesehen. Ich hatte da zu einem badischen Genossen gesagt, er solle doch nicht so radikal tun, er hätte ja eben erst bei den Hienburger Gemeindevahlen ein Kompromiß abgeschlossen. Der Genosse war darüber sehr enttäuscht, er warf mir vor, ich hätte die Unwahrheit gesagt. Die Sache liegt so: In Offenburg hatten vor den Gemeindevahlen die Sozialdemokraten mit den Demokraten und Nationalliberalen ein Kompromiß geschlossen. Infolge dieses Kompromisses kamen 15 Genossen in das Stadtvorordneten-Kollegium und zwei unserer Genossen in den Gemeinderat. Die drei Parteien hatten gleichlautende Listen für die Wahl aufgestellt. Ich konnte also wohl behaupten, daß ein Kompromiß abgeschlossen worden sei. Zu allen Zeiten hat es in der Partei Revisionisten gegeben, d. h. Leute, die über einzelne theoretische und manchmal auch taktische Fragen eine besondere Auffassung hatten. Nur hat der Streit bisher nie solche Formen angenommen wie jetzt. Je größer die Partei wird, desto mehr werden auch diese Diskussionen in die Erscheinung treten, die Hauptfrage ist nur, daß man nicht in jeder Meinungsverschiedenheit einen Prinzipienverrat wittert.

Nun zur Vizepräsidenten-Frage! Es hat geheißen, diejenigen, die im Sinne Bernsteins sich ausgesprochen hätten, hätten auf einmal gebremst, als sie sahen, daß es in der Partei lichterloh brannte. (Sehr richtig.) Nein, das ist nicht wahr. Ich habe von Anfang an die Frage als außerordentlich unwichtig bezeichnet. Um was es sich für mich handelte, das war die Art, wie man glaubte, die Ablehnung der Bernsteinschen Forderungen begründen zu müssen. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit an den Artikel des „Vorwärts“ über die Taktik. Ich habe den Eindruck, als steckte hinter diesem Artikel ein Stück Bosheit. Es wird darin geschildert, wie auch in früheren Jahren immer derselbe Spektakel erhoben wurde, wie heute, wenn es sich um eine Aenderung der Taktik handelte. Was z. B. in der Berliner Resolution über die Beteiligung an den Gemeindevahlen gesagt ist, das ist genau dasselbe, was heute gegen die Vizepräsidenten-Frage vorgebracht wird. Die Vizepräsidenten-Frage ist an sich eine sehr untergeordnete. Wenn man erklärt, daß man den Posten belegen will, dann darf man nicht um die Formen einen solchen Spektakel anfangen. Wir haben uns bisher niemals

an der Form gestochen und werden das hoffentlich auch in Zukunft nicht tun. Man wird gesagt, es sei ein großer Unterschied, ob die Form gesetzlich vorgeschrieben sei, oder ob wir uns freiwillig fügen. Ich behaupte, wir fügen uns gar nicht freiwillig. Denn ob das Gesetz uns etwas vorschreibt oder die Mehrheit, das kommt in der Praxis auf dasselbe heraus. Ein Zwang ist es unter allen Umständen. Das giebt sogar Karbus in seinem neuesten Artikel zu.

Was nun die Frage der Taktik betrifft, so reduziert sie sich auf die Formel: wie und auf welche Weise erringen wir die politische Macht. Es ist ja nicht nur eine Erscheinung in der deutschen Partei, sondern eine internationale Erscheinung. In allen Ländern haben wir die Revisionisten und Antirevisionisten. Es besteht eine verschiedene Auffassung über den Gang der Entwicklung. Für das, was wir im Augenblick zu tun haben, aber hat dieser Streit nicht den Wert, daß wir uns in jedem Jahre auf den Parteitag damit unsere Zeit wegnehmen. Kautsky hat in einem Artikel nach der Wahl die Frage aufgeworfen: Was nun? Ich habe mich vergeblich gefragt, wo denn die Antwort auf diese Frage ist. Das was Kautsky auseinanderseht, ist rein theoretisch, aber für das, was jetzt im Reichstage zu tun ist, hat er keine Antwort gegeben. Er sagt, ob die Regierung einlenkt oder nicht, ist ganz gleichgültig, wir werden unter allen Umständen siegen. Ja, um diese Antwort zu geben, brauchte man den Artikel nicht zu schreiben. Es ist charakteristisch für die Auffassung von Kautsky, daß er uns eine derartige negative Antwort giebt. Ich habe auf den Artikel erwidert und nun sagt Kautsky, ich hätte einmal klargelegt, was die Revisionisten wollen. Um aber zu solcher Behauptung zu kommen, hat er einen Sakomoralie vornehmen und das Gegenteil von dem herauslesen müssen, was ich geschrieben habe. Ich habe nicht geschrieben, daß wir eine neue Taktik brauchen, sondern daß wir auf dem Boden der bisherigen Taktik stehen. In letzter Linie ist der Streit ein Streit um die Frage, ob wir die kautskysche Zusammenbruchstheorie oder die Entwicklungstheorie von Bernstein akzeptieren wollen. In der Praxis kommt das nicht in Betracht, in der Praxis haben wir uns immer auf den Boden der Entwicklungstheorie gestellt. Ich habe mit Interesse die revisionistische Rede von Wahlrecht gelesen, die dieser vor einigen Monaten in Leipzig gehalten hat, aber auffallenderweise hat man nie etwas davon gehört, daß der Mitbegründer der Partei auch ein Revisionist sein soll. Vielleicht hat die „Leipziger Volkszeitung“ nur darum keine Konsequenzen gezogen, weil man sich sagte: Ach, der wird uns nicht gefährlich, der geht ja doch wieder nach Amerika! Der Revisionismus ist ein Gespenst, das in Wirklichkeit noch niemals existiert hat, es ist dasselbe wie der richtersche Zukunftsstaat, der erst konstruiert werden mußte, um dann auf den angeblichen sozialistischen Zukunftsstaat loszuhaben zu können. Die sogenannten Revisionisten stehen auf dem Standpunkt, daß das Ziel unserer Bestrebungen das Resultat einer organischen Entwicklung sein wird, daß wir alle Kräfte anstrengen müssen, um Einfluß zu gewinnen und nach und nach ans Ziel zu kommen. Kautsky steht auf demselben Standpunkt, er meint aber, was wir erreichen wollen, kann nur dadurch erreicht werden, daß der kapitalistische Staat zusammenbricht, er meint, es muß zu einem Zusammenbruch kommen. Wir dagegen sagen, es braucht nicht dazu zu kommen. (Lebhafte Zurufe: Da haben wir es ja!) Ja gewiß, darum broht sich der ganze Streit. (Auf: Na also!) Haben nicht alle unsere Führer erklärt, wir wollen auf gesetzlichem Wege das Ziel erreichen? Janner und immer wieder betonen wir das. Aber dann müssen wir auch den Mut haben, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Wir dürfen nicht sagen, es muß zum Zusammenbruch kommen, denn wenn es zum Zusammenbruch kommen muß, dann muß auch der Augenblick kommen, wo die Gewalt entscheidet und nicht das Gesetz. Im Gegensatz zu Kautsky stehe ich auf dem Standpunkte, daß wir schon lange mitten in der sozialen Revolution stehen, daß sie sich vor unseren Augen vollzieht und daß es unsere Aufgabe ist, diese soziale Revolution zu beschleunigen. Wer recht hat, das

wird die Zukunft lehren. Jedenfalls wünscht wohl jeder von uns, daß wir auf gesetzlichem Wege unser Ziel erreichen können. Kautsky sagt, wir können die politische Macht nicht erschleichen, sondern wir müssen sie erobern. (Lebhafte Sehr richtig!) Ich siehe ganz auf demselben Standpunkt, wir müssen sie erobern, es kommt nur darauf an, was man unter dem Wort „erobern“ versteht. (Rufe: Aha!) Wenn es einmal dahin kommt, daß einer unserer Genossen in die Regierung berufen wird, dann ist das kein Erschleichen der politischen Macht, sondern dann haben wir den Posten erobert, denn wir bekommen ihn nicht, wenn die Gesellschaft nicht gezwungen ist, ihn uns zu geben. Wir bekommen von der herrschenden Gesellschaft überhaupt nichts freiwillig, wir müssen alles erobern, auch was wir bisher erhalten haben, das haben wir erobert. Es handelt sich nur um einen Streit um Begriffe. Liebknecht hat in einem nach seinem Tode vom „Vorwärts“ veröffentlichten Fragment zwei Eventualitäten bezeichnet, unter denen wir die Posten besetzen können.

Er sagt, entweder erfolgt ein Sturz durch irgend einen Krieg, wo der ganze Vantrott der herrschenden Gesellschaft elementar in die Erscheinung tritt, dann werden wir wahrscheinlich die ganze politische Macht bekommen. Oder aber, sagt er, die herrschende Gesellschaft sieht ein, daß sie sich auf einem sehr gefährlichen Wege befindet, sie lenkt ein, und dann wird einer der untrigen in die Regierung berufen und speziell mit der Regelung der Arbeiterverhältnisse betraut werden müssen. Wenn Liebknecht das schreiben durfte, dann darf es ein anderer wohl auch noch. Es schadet wahrhaftig der Partei nicht, wenn man über derartige Fragen diskutiert, es kann ihr nur nutzen, denn dadurch wird Klärung verbreitet. Praktisch ist die Frage gegenwärtig von keiner Bedeutung, aber sie wird mit der Zeit von Bedeutung werden, denn wir stehen doch alle auf dem Standpunkt, daß wir mit unserer fortgesetzt gesteigerten Macht etwas erreichen. Wenn wir fortgesetzt die Eigentumsformen durch unsere Tätigkeit verändern, so wird nach Marx mit der Zeit auch nach und nach der politische und soziale Ueberbau der Gesellschaft sich ändern. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, das hier eingebrachte Amendement abzulehnen, denn wir wollen doch keine Resolution annehmen, die für die Gegenwart ohne jede Bedeutung ist. Wie die Dinge in Zukunft sich gestalten werden, wissen wir ja nicht. Haben wir es denn nötig, jetzt schon festzulegen, daß wir niemals innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft an der Exekutivgewalt uns beteiligen werden? Darüber sind wir doch nicht kompetent, zu beschließen, was die machen, die mal, in 40 oder 50 Jahren in unserem Sinne arbeiten. (Sehr richtig!) Ist es richtig, daß der Zusammenbruch kommen muß, dann ist unsere bisherige bewußte Taktik nicht die richtige. Wenn der Zusammenbruch kommen muß, dann arbeiten wir auf den Zusammenbruch hin, und nicht auf den sukzessiven Aufbau der sozialistischen Gesellschaft; dann muß das gegenwärtige niedergegriffen werden, um etwas aufzubauen und dann hätte Genosse Friedeberg mit seiner Empfehlung des Generalstreiks recht. (Sehr richtig! Rufe: Hat er auch!) Das ist die Konsequenz der Theorie von Kautsky. Der Revisionismus ist gar nichts anderes, als unsere bisherige bewährte Taktik. Dafür ist ja die Resolution der allerbeste Beweis. Nachdem man jahrelang gegen den Revisionismus gekämpft hat, mußte man einen künstlichen Revisionismus konstruieren und diesen bekämpfen. Keiner von uns will eine Revision der Grundsätze der Partei, im Gegenteil, wir wissen, daß diese Grundsätze wahr und echt sind, wir wollen auf dem Boden dieser Grundsätze weiter kämpfen.

Gestern nachmittag hat der Agitator der sozialdemokratischen Partei gesprochen und heute morgen der Politiker. (Lautes Gelächter.) Der Agitator, der schon so glänzende Erfolge erzielt hat, gestern war er kein glänzender Agitator, gestern hat er eine Rede gehalten, an der wir jahrelang zu knarren haben werden. (Lebhafte Widerspruch, Gelächter, Zustimmung.) Gestern hat

er den Gegnern eine Masse Knüppel geliefert, die sie uns bei jeder Gelegenheit zwischen die Beine werfen werden. (Sehr richtig! Aufse: Bernstein etwa nicht?) Er hat sich darüber beschwert, daß die Führer der Revisionisten sich nicht dagegen bewahren, wenn sie von Gegnern gelobt werden. Das ist ganz nebensächlich, denn dies Lob wird uns in der Agitation nie vorgehalten, wohl aber bei jeder Gelegenheit Zitate von Webel und Kautsky. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Webel hat dann wieder auf die Süddeutschen eingezwungen und gemeint, da unten sei alles versumpft, die Kerle trinken zu viel Bier und Wein, die kommen gar nicht dazu, nüchtern zu denken, sie sind sozialdemokratische Spießbürger. (Webel: Das habe ich nicht gesagt.) Nein, aber es mußte so ausgefaßt werden. (Zubeil: Ihr könnt auch mehr vertragen!) Ja wohl, Genosse Webel, Sie haben uns daran gewöhnt, sehr viel Herunterzuschlucken. (Große Heiterkeit.) Der Vorwurf gegen die Süddeutschen war angezielt unserer Erfolge nicht berechtigt. In Berlin oder in Industrieorten zu agitieren, ist keine große Kunst, aber in Gegenden, wo die ökonomischen Verhältnisse noch nicht weit vorgeschritten sind, da ist das etwas andres. Wenn wir in Süddeutschland trotzdem solche Erfolge haben, dann soll man doch nicht immer die Norddeutschen als die Musterknaben hinstellen. (Auf: Tut ja niemand!) Gerade wir in Baden haben unsre Pflicht und Schuldigkeit getan. Die „Schwäbische Tagwacht“, die sich ja immer an Webels Rockschöße hängt, um auf die Revisionisten loszuhaufen zu können, hat uns den Vorwurf der Verflachung gemacht. Darauf haben wir nachgewiesen, daß in Baden der prozentuale Zuwachs unserer Stimmen größer war als im Durchschnitt des Reichs, und speziell im Verbreitungsbezirk des „Volksfreund“ war er noch größer. Wir fragten, ob etwa der Sieg in Karlsruhe wo diese Revisionisten unter den ungünstigsten Umständen den Bassemann niedergeschlagen haben, Verflachung ist. Da erwiderte dann die „Tagwacht“, das sei ein glänzender Sieg, aber er sei errungen trotz des „Volksfreund“. Webel hat in Bezug auf unberechtigte Vorwürfe mehr als einmal gesündigt. In Lübeck sagte er, die Badenser gehörten in einen Sack und in den Wadensee. (Webel: Wollen Sie mir die Stelle zeigen!) Es ist im Protokoll gestrichen. (Webel: Es ist nicht gesagt worden!) Ich werde im Karlsruheer „Volksfreund“ nachsehen; der große Bericht hatte es ursprünglich, aber es ist gestrichen. (Webel: Ich streiche nie so etwas!) Webel hat damals auch gesagt, er werde nach Baden kommen und dann würden wir unser blaues blaues Wunder erleben. Nun, er kam, aber das blaue Wunder blieb aus. Die Verhandlungen verliefen ganz ruhig. In München erklärte Webel bei Gelegenheit eines von uns gestellten Antrages geheimnisvoll, er wisse von den Badensern noch ganz andres, ich ging zu ihm und hat ihn um Aufklärung. Er sagte, ich sei damit nicht gemeint. Darauf forderte der Karlsruheer Wahlverein Webel wiederholt auf, zu sagen, was er bei dieser Aeußerung im Auge gehabt habe. Er weigerte sich und erwiderte ichliehlich ganz ängstlich, was uns denn eigentlich einfallt, er lehne eine Antwort ab! Webel sprach gestern auch von den Arbeiter-Revisionisten, die in gehobene Lebenslage gekommen sind. Webel weiß offenbar nicht, welche Folgen das hat. Diese Arbeiter-Revisionisten und überhaupt die Arbeiter-Angestellten haben sehr schwer mit dem Reibe vieler Genossen zu kämpfen. Wenn nun der erste Führer der Partei in dieser Weise von diesen Genossen spricht, so ist es für jeden proletarischen Reichshammel — und es giebt deren eine Masse —, leicht gemacht, gegen diese Genossen zu hetzen. Derartige Dinge sollte man doch endlich unterlassen. Damit wird einfach Stimmung gemacht. Es ist auch, glaube ich, nicht richtig, daß die Revisionisten die Fühlung mit dem Volke verloren hätten. Ich habe im Gegenteil beinahe den Eindruck gewonnen, daß Webel die Fühlung mit den Massen verloren hat. (Großes Gelächter. Zuruf: Neueste Revision!) Damit stellt man die Fühlung mit dem Volke noch lange nicht her, daß man in Versammlungen spricht, in denen immer Tausende sind, sondern damit, daß man jeden Tag unter ihnen steht in

den Gewerkschaften und Genossenschaften, wo man die Arbeiter in ihren Vorträgen und Fehlern kennen lernt. Dann erscheinen die Arbeiter nicht so ideal, wie Webel sie hinstellt. (Wachsende Unruhe.) Hören Sie doch bitte auch zu wenn andere reden, und nicht nur wenn Webel redet. (Zuruf: Wenn Sie vernünftig andere! Von einigen Berliner Genossen wurden bei allen Rednern, die nicht ihrer Ansicht sind, Störungen hervorgerufen. Das Auftreten von Webel hat nicht nur bei den Revisionisten, sondern auch bei andren Genossen Bedenken erregt. Was Vollmar darüber sagte, war notwendig. „Wir wollen!“ nicht: „Ich will“ soll es heißen bei uns. Wie soll nun Göhre jetzt wieder gegen die Gegner kämpfen, nachdem Webel von ihm behauptet hat: Du bist moralisch tief gesunken! (Große Unruhe!) Welche Wirkung muß es hervorrufen, wenn die Gegner lesen, was Webel gestern über die Redakteure des „Vorwärts“ gesagt hat! Ich weiß nicht, welche Gestalt die Resolution erhalten wird. Für das Amendement kann ich unter keinen Umständen stimmen. Aber für die ursprüngliche Resolution könnte ich stimmen. (Hoffmann = Berlin: Dann muß sie geändert werden!) Ist denn der Parteitag nur für die Berliner da? (Große Unruhe und Zwischenrufe.) Seien Sie doch ruhig; wir haben Sie auch nicht unterbrochen! In der bisherigen Weise kann die Debatte nicht weiter gehen. (Sehr richtig! Große Unruhe.) Daß wir in allen grundlegenden Fragen und in allen Fragen, die für den Gegenwartskampf in Betracht kommen, einig sein müssen, ist klar. Diese Einigkeit ist aber tatsächlich erfunden. Im übrigen tun wir besser, unsere Kräfte zu sammeln, damit wir den Kampf auf allen Gebieten mit Erfolg weiter führen können. (Beifall bei einem Teil der Versammlung. Zwischen.)

Städten-Altenburg: Die Vertreter des Revisionismus tun immer so, als ob eigentlich gar keine Differenzen vorhanden wären. Aber gerade die Rebe von Kolb hat bewiesen, daß doch schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Das zeigen seine Ausführungen gegen die Zusammenbruchstheorie, und ich weiß nicht recht, wie bei diesen Gegenständen eine Heberbrückung gefunden werden könnte. Kolb sagt, er könne für die Resolution stimmen. Meines Erachtens würde er aber dann von seinem bisherigen Standpunkt abweichen. (Webel: Sehr richtig!) Kolb sprach im Gegensatz zu Webel von dem „Staatsmann“. (Webel: Von dem Politiker, von dem Staatsmann nicht, vorsichtigerweise.) Vollmar ist ein Redner, der sehr zu fesseln versteht, wenn er aber dann auf eine bedenkliche Stelle kommt, wie heute auf die Vizepräsidenten-Frage, dann ist er sehr schön darum herumzugehen, und hinterher heißt es dann: Wir sind ja ganz einig. Bei den Bayern hat Vollmar allerdings einen sehr großen Einfluß und auch ich verehere ihn hoch, obgleich ich von der bayerischen Taktik durchaus nicht begeistert bin. Wenn aber Webel damit so unzufrieden ist, dann sollte er nur mal bei seiner nächsten Reise nach der Rühnacher „Sternwarte“ in München aussteigen (Webel: Das kann ich mal tun!), dann wird er denselben Beifall finden wie Vollmar. (Heiterkeit. Zuruf: Ein Beweis, wie einig wir sind!) Und wenn er sich fürchtet, so kann er ja einen zuverlässigen Mann mitnehmen. (Heiterkeit.) Auch früher haben wir uns bekämpft, aber nicht mitnehmen. Wir haben eben eine sehr große Zahl Akademiker in der Partei, spitzfindig. Wir haben eben eine sehr große Zahl Akademiker in der Partei, die zur Sozialdemokratie kommen, um sich zu retten. Wenn die Leute still hielten und zunächst mal lernen wollten, so wäre es ja gut. Aber diese Leute wollen zunächst mal beweisen, daß der und der Programmpunkt falsch sei; die bürgerliche Presse nimmt natürlich davon Notiz und auf dem nächsten Parteitag haben sie die Debatte. Auf dem Parteitag refüsiert der Betreffende dann einigermaßen, die Einigkeit ist hergestellt, aber der Genosse ist dann ein gemachter Mann, und auf das erste Mandat, das frei wird, glaubt er Anspruch zu haben. Das geht nicht; wer zu uns kommt, der soll nicht die Präntion haben, gleich an die Spitze zu treten, sondern er soll als gemeiner Soldat eintreten. (Sehr richtig!) Ich erinnere an Schoenlant; mit dem habe ich selbst Flugblätter

herumgetragen. Heute sollte man das mal einem neu zu uns kommenden Akademiker zumuten! Wir verlangen das ja auch nicht. Wir müssen natürlich Ausnahmen machen, z. B. mit allen Akademikern, die von der Zeit des Sozialistengesetzes her zu uns gehören, wo es noch keine Vorbeeren bei uns zu erobern gab. Vor den Akademikern aber, die jetzt das große Wort bei uns führen und die Partei rebidieren wollen, habe ich keine Achtung. Man kann den Artikel Bernsteins über die Vizepräsidenten-Frage nicht mit der Bemerkung abtun, daß es sich hier um eine Dummheit handle. Ich meine, es muß mit Bernstein einmal ein ganz ernstes Wort geredet werden. Wenn es nicht anders geht, so muß die Lübecker Resolution so verschärft werden, daß ein Ausgleich unmöglich wird. Wenn die Revisionsisten sagen: Wir müssen die Gegenätze verleitern und uns gewissermaßen den Nationalsozialisten seligen Andenkens nähern, — so sage ich: Wir haben die Aufgabe, den Klassenkampf weiter zu predigen. Natürlich bei den Reichstagswahlen sind wir einig; es wäre auch noch schöner, wenn wir uns selbst da raufen. Das ist der schwierigste Kampf, der uns dadurch erzwängt, daß man die Genossen auf falsche Bahnen zu drängen sucht. Es ist von einer Spaltung gesprochen worden. Es könnte doch höchstens der eine oder andere Revisionsist sagen: Ich mache nicht mehr mit. Wenn sie sich dann noch spalten wollen, so haben wir nichts dagegen.

Bei der Wahlagitator war ein Redner, ein Akademiker, sogar so ängstlich, daß er das Wort „Sozialdemokrat“ absichtlich vermied und von dem Kandidaten immer nur als von dem Sozialisten und dem Demokraten sprach. (Heiterkeit.) Mich hat das natürlich geärgert, und ich habe zu dem Kandidaten gesagt: Du bist ein Fei, wenn Du Dir das gefallen läßt, wenn Du nicht schreibst: ich bin Sozialdemokrat. Der Sozialist und Demokrat ist übrigens durchgefallen. (Heiterkeit.) Es ist unausbleiblich, daß sich die Differenzen immer mehr vermehren. Bernstein kommt und sagt, es sei nicht so schlimm, wenn unser Kandidat für den Vizepräsidentenposten die Verpflichtung übernimmt, zu Hofe zu gehen. Ich stehe nun nicht auf dem Standpunkt, daß man jedem Fürsten in weitem Bogen aus dem Wege gehen müsse. Es kommt darauf an, wie die momentanen Verhältnisse sind. Die Leistung des Eides in Bayern und Sachsen kann nicht als Vergleich herangezogen werden. Als Bueb sich weigerte, im elsässischen Landesauschuß den Eid zu leisten und deshalb nicht zugelassen wurde, da war unsere Presse einig darin, das als Dummheit zu bezeichnen. Aber jetzt kommt zu der Gattung des Salonsozialisten eine Art Hofssozialisten (Sehr richtig!), eine Gruppe, die höfische Bedingungen erfüllen will, damit wir einen Sitz einbüßten, der wir obendrein gar nicht bekommen. (Lebhafte Zustimmung.) Wer der sozialdemokratische Vizepräsident sein soll, diese Frage ist bereits gelöst. Wir haben ja beim Münchener Parteitag gesehen, ein welch' gewandter Vorsitzender Wollmar ist. (Heiterkeit.) Aber können wir von einem Sozialdemokraten verlangen, daß er an eine Stelle geht, wo man von uns als Kneben, als nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen, gesprochen hat? Man hat als Sozialdemokrat doch seine Partei-Ehre. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube, kein einziger würde hingehen. Was wollte der, der hinginge, tun, wenn ihm auf die Schulter geklopft und zu ihm gesagt würde: Ich erwarte, nachdem die Partei so groß geworden ist, daß Sie nun auf den Weg der sogenannten Ordnung kommt? Soll er mit der Antwort Johann Jacobys dienen? In der Haut möchte ich nicht stecken. (Quard: Ach! ach!) Ich glaube, auch Quard nicht.

Die Sozialdemokraten im Lande waren geradezu empört, daß solche Fragen erörtert werden. Wibel hat die Münchener als eine Art Sammelherde hingestellt, die dem Wollmar folgt, wohin er geht. So liegen die Dinge denn doch nicht. Wenn Wibel nach München kommt, würden seine Ausführungen dort denselben Beifall finden wie überall. (Sehr richtig!) Und haben sich die andern bayerischen Städte, Jülich, Hof, Nürnberg, Augsburg, nicht gegen den Wollmarschen

Vorschlag erklärt? Ehrhart hat zwar noch nicht gesprochen, aber Meißt sagt von ihm, daß er sich auch dagegen erklärt habe. (Ehrhart: Ist ja gar nicht wahr, daß ich so etwas erklärt habe!) Na, macht das untereinander ab. Wollmar ist in Bayern keineswegs der Alleinherrscher. Die Fraktion besteht aus 11 Mann. Seine Kollegen müßten gegen ihn auftreten, und sie würden zweifellos mit ihm fertig werden.

Schuld an diesen Vorkommnissen trägt auch der „Vorwärts“. Er sollte das führende Organ sein, das uns die Richtschnur giebt. In Wirklichkeit ist er nur eine große Schüssel, aus der jeder nimmt, was ihm paßt. (Sehr gut!) Da ist mir ein Artikel als unverwendbar zurückgeschickt. Ich schickte den Artikel der Berliner „Volks-Zeitung“ ein. Die druckte ihn ab und nun schnitt ihn der „Vorwärts“ aus und veröffentlichte ihn mit der Bemerkung: Wie wir der Berliner „Volks-Zeitung“ entnehmen. Wenn das so gemacht wird, dann kann man es den Berliner Genossen nicht übel nehmen, wenn sie sagen, da schreiben wir für den „Vorwärts“ nicht. Der „Vorwärts“ ist ein Konglomerat der verschiedenartigsten Ansichten. Aus ihm kann sich der Durchschnitts-Parteigenosse kein Bild machen. In Sachsen soll jetzt eine Volksbewegung vor Zutritt des Landtages entstehen. In Bayern war das gleiche zu leisten. Wer wir haben nicht gehört, daß eine solche Bewegung geplant ist. Von der Meinungsfreiheit war viel die Rede, aber auch diese Freiheit hat eine gewisse Grenze. Soll die Freiheit der Meinungen so weit gehen, daß das Haus abbrennt, wo diese Meinungen sich streiten? Es wird eine gewisse Grenze gezogen werden müssen. Wir sind ja Gegner der zügellosen Freiheit, wir wollen die Freiheit des Einzelnen nur insoweit, als sie nicht die Rechte des andern beeinträchtigt. Den Begriff der Freiheit werden wir einmal näher definieren müssen. Unsere Partei wird immer proletarisch-revolutionär sein und die Genossen haben es immer in der Hand, dafür zu sorgen, daß die Leitung der Partei nicht in die Hände einer handvoll akademisch gebildeter Parteigenossen kommt, die keine Fühlung mit dem Volke haben. (Lebhafte Beifall.)

Ein Antrag, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken, wird wiederholt und von Stoeberl-Bromberg begründet.

Mollenhuth erwidert: Man täuscht sich, wenn man glaubt, daß bereits alle Anschauungen in der Debatte zu Tage getreten sind. Die Auffassung, die ich in der Präsidentenfrage vertrat, ist zum Beispiel eine andre als die von Wibel und Wollmar. In zehn Minuten kann ich meine abweichende Anschauung nicht begründen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Meißt: In gehobener Stimmung haben wir den Münchener Parteitag verlassen und sind in den Wahlkampf gezogen, um in ihm neue Vorbeeren zu den alten zu holen. Der Wahlkampf kam und die Auseinandersetzungen mit den politischen Gegnern haben uns in Anspruch genommen. In meinem Wahlkreise haben mir meine Gegner die Genossen Bernstein und Wollmar serviert. (Heiterkeit.) Ich erklärte dem betreffenden Herrn Schulmeister, wenn Bernstein und Wollmar an meiner Stelle wären, würden sie jetzt bestimmt darauf hinweisen, daß sie auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms stehen. (Bravo!) Wollmars Äußerungen heute lassen keinen Zweifel darüber, daß er voll und ganz auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms steht, und Bernstein wird ganz bestimmt daselbe tun. Nach den Äußerungen Wollmars könnte es so scheinen, als ob die ganze Revision ein künstlicher Popanz wäre, der man sich nur geschaffen habe, um darauf loszuschlagen. Ich bin anderer Ansicht. Ich bin der Meinung, daß der Revisionismus seit einer Reihe von Jahren unsere Taktik zu beeinflussen suchte. (Sehr richtig!) Nach dem großen Siege schlug es wie ein Blitz ein und entbrannte der Kampf in den eignen Reihen. Bernstein wollte mal seinen Namen über die ganze Welt hinausgetragen haben. Es scheint

so, als wenn bei gewissen Leuten das Bedürfnis besteht, daß ihr Name von aller Welt im Munde geführt wird. Da entstand eine Erbitterung im Lande unter den proletarisch denkenden und fühlenden Wählern. Sie mögen mit noch so viel Spitzfindigkeit operieren, es wird Ihnen nicht gelingen, diese Tatsache aus der Welt zu schaffen. Die Genossen im Lande haben darüber ihre bestimmte Ansicht. Sie wollen das Gefühlleben in der Partei nicht genügend in Rechnung ziehen. Vollmar sagte, er wolle nicht an das Gefühl appellieren, aber auch die Rücksicht auf das Gefühlleben der Masse ist notwendig in der Politik. (Bravo!) Was gegen das Gefühl ist, was als unvereinbar mit ihm erkannt wird, dagegen reagiert die Masse. Bernstein hat es für notwendig gehalten, seine Meinung zu unterstützen durch allerhand Behauptungen. So hat er entdeckt, daß die Reichsverfassung republikanisch sei. (Geisterzeit.) Er hat bedauert, daß wir auf Kosten der Linken unsere Position verläßt hätten. (Bernstein: O nein!) Doch war es so. Haben wir zu bedauern, die haben, die Partei-Politiker verschwinden und ganze Männer an deren Stelle treten? Nein, einen jeden muß es freuen, daß die Wahlen hier eine Venderung gebracht haben. Es liegt in den Intentionen des Revisionismus, fortwährend Zweckmäßigkeitsgründe anzuführen. Aber diese ewige Rechnungsträgererei wird uns schließlich so weit bringen, daß wir die Reberenz nach oben machen und erklären, wir sind Sr. Majestät allergetreueste Opposition. Woll und ganz müssen wir unser Programm hochhalten in Bezug auf unsere Stellung zum allgemeinen Wahlrecht und im Reichstag diese Anschauung vertreten. Ich teile nicht Kautskys Standpunkt: die sozialdemokratische Fraktion hat sich nicht vor einem Konflikt zu fürchten. (Sehr richtig.) Wenn man immer ängstlich abwägt, ob wir nicht in Kollisionen geraten, dann liquidieren wir als Kampfpartei. (Bravo!) Es ist ein müßiges Gerede, darüber zu streiten, wie die bürgerliche Gesellschaft abgelöst werden wird, ob sie nach den Präntionen der Revisionisten von innen heraus ausgehöhlt werden soll oder ob es geschehen wird in der Weise, daß der Klassenkampf bis zu Ende geführt wird. In der Volksseele muß das Element des Kampfes lebendig bleiben! Nicht uns zu Liebe wird die Geschichte anders verlaufen als bisher. Wir stellen uns auf den gesetzlichen Boden, die herrschenden Mächte aber wollen das allgemeine Wahlrecht beseitigen. Vergebens wird ihr Bestreben sein. Man kann einem Volk ein Recht vorenthalten Jahrzehntlang, aber man kann ihm nicht ein Recht nehmen, ohne daß es zur Katastrophe kommt. (Zuruf: Sachsen!) Vergessen Sie nicht, daß die sächsischen Genossen noch immer das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag hatten, um ihrem Mißmut Luft zu machen, und das haben sie getan. (Bravo!) Bei dem ganzen Parlamentarismus ist nichts Positives zu holen, er ist uns nur Mittel zum Zweck. Selbstzweck kann er erst sein, wenn er auf der Basis der Demokratie aufgebaut ist. Nach meiner Überzeugung giebt es keine ungebundene Meinungs-freiheit, am allerwenigsten im politischen Kampfe, der um festen Rahmen einer Partei geführt werden muß. Es liegt darin eine gewisse Gebundenheit, aber diese Gebundenheit müssen wir anerkennen. Bernstein hätte die Angelegenheit ruhig der Fraktion überlassen sollen. Vollmar hat auf die Präntionen Debels hingewiesen, auf sein: Ich will es. Ja er hat ihn mit Cromwell verglichen. Wenn Debél von dieser Stelle aus spricht, spricht er aus Millionen von Arbeiterherzen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bin der letzte, der in Phantasmie erstarrt, aber ich bin auch derjenige, der es für notwendig hält, einen Führer zu haben, der über das Programm wacht, daß es auch hochgehalten wird. So lange dieser Führer die Massen hinter sich hat, wie Debél, ist er nicht Diktator, sondern derjenige, der da wieder giebt, was das Gros der Genossen im ganzen Lande als Überzeugung empfindet. (Lebhafte Zustimmung.) Auch Kautsky ist Prinzipienwächter genannt worden. Aber an der Stelle, an der er steht, ist es seine Pflicht und Schuldigkeit, über unsern Prinzip zu wachen. (Sehr richtig!) Am Abend des 25. Juni stand ich in Ronsdorf auf historischer Stätte,

wo Lassalle das Wort sprach: „Ich höre schon im Geiste den dumpfen Schritt der Arbeiterbataillone“, es sind nicht mehr Bataillone, nicht Regimenter, sondern Armeekorps, die mit revolutionärer Gefinnung erfüllt bleiben müssen, und als die Nachricht von unserem Siege kam, da durchbraute ein Jubelruf den Saal des Rheinischen Hofes, daß ich dachte, das Dach des Saales müsse hochgehoben werden. Fünf Minuten vergingen, ehe es mir möglich war, meine Ansprache zu halten. Da sagte ich mir: Das da unten sind diejenigen, die unermüdetlich Opfer an Zeit und Geld für die Partei bringen, die unermüdetlich durch Wind und Wetter gegangen sind, die Flugblätter zu verbreiten. Und was ist diese Freude, die die Volksseele erfüllt? Es ist der Glaube an den Sieg, der Glaube, daß die Sozialdemokratie ihren Wort halten wird, daß wir getreu unserem Prinzip weiter arbeiten werden, und daß wir denjenigen Elementen, die uns abzurufen versuchen von unser altbewährten Taktik, eventuell den Stuhl vor die Tür jegen! (Stürmischer Beifall.)

Rosenstein: Parteigenossen! In dem Verhandlungsbericht von vorgestern ist von mir gesagt, ich hätte diese Verhandlungen als „theoretische Kleinigkeiten“ bezeichnet. Das ist natürlich falsch; ich sprach von theoretischen Streitigkeiten, denen ich die ernsteste Bedeutung beimesse. Denn es ist erhebend, daß wir nach dem teils schieflichen, teils fleinlichen Erörterungen der ersten Tage, die uns — eine Art sozialdemokratischer „Woche“ — das Couper und den Morgenlaffe unserer Führer gezeigt haben, wieder dabei sind, unsere Grund-auffassungen und taktischen Aufgaben zu erörtern. Die Art freilich, in der diese Diskussion eingeleitet wurde, war nicht erfreulich. Man hat Bernstein Sensations-lust vorgeworfen. Bernstein und Sensation! Und auch den ihm erteilten Rat, das Schreiben einzustellen, muß ich zurückweisen. Ich habe noch keine seiner Schriften aus der Hand gelegt, ohne viel Belehrung geschöpft zu haben. Und auch auf Seiten der Anhänger Bernsteins gab es häßliche Dinge, die Debél mit Recht gekennzeichnet hat; namentlich das Schauspiel der Verleugnung, das sich in Nürnberg abspielte, war abstoßend. Die vorliegende Resolution und das Amendement, das ich mit unterzeichnet habe, bezwecken keine persönliche Pränkung: eine solche Entscheidung über die Grundfragen ist eine Pflicht theoretischer Ehrlichkeit der Partei. Gewiß hat die Meinungsfreiheit, als deren Gegner man Kautsky hinstellte, innerhalb einer Partei, die auf freiwilligem Zusammenschluß auf Grund gemeinsamer Anschauungen und Ziele beruht, engere Grenzen als im Staate, der auf Zufall und Zwang beruht. Innerhalb dieser Grenzen freilich muß Freiheit herrschen, ohne daß gleich von Spaltung geredet wird. Ich bedauere sehr, daß Stadthagen in einer Weise, die man kaum mehr als verantwortliche ansehen kann, von der Spaltung geredet hat. Wie kommt er dazu, Genossen den Stuhl vor die Tür zu jegen, deren Verdienste er nicht aufwiegt? Und die anderthalb Männer haben mehr Anhang in der Partei, als er und auch Debél glauben.

Um was handelt es sich denn bei diesen Streitfragen? Man hat sicher nicht ganz erfolgreich das Wesen des Revisionismus zu definieren gesucht. Aber man weiß, daß etwas da ist: eine Richtung, die von unserer Parteitaktik einmal nach der, einmal nach jener Seite abzuweichen sucht. Da haben wir jetzt den Vizepräsidenten-Vorschlag, den ich nicht noch einmal totschlagen will; da war die Budgetfrage, da haben wir in Frankreich den Ministerialismus, dessen Vertreter nun ja bei der Verteidigung der Revanche-Idee angelangt ist. Wir lehnen alle diese Bestrebungen ab, die geeignet sind, unsere Schroff ablehnende Stellung gegenüber dem herrschenden System zu erschüttern. Man führt gegen die revolutionäre Taktik die materialistische Geschichtsauffassung, die Notwendigkeit der langsamen, „naturgemäßen“, organischen Entwicklung ins Feld. Nun, zunächst ist der Mensch kein blindes Naturwesen; er vermag seine Entwicklung wesentlich zu beeinflussen. Die Geschichte wird allerdings von den Menschen „gemacht“; nicht nach Willkür

und Belieben, sondern innerhalb der geschichtlich gegebenen Grenzen — aber der Wille der Menschen ist hier von großer Bedeutung. Paßt er sich an die bestehenden Verhältnisse an, so wird er nicht die innere Kraft haben, die zur durchgreifenden Umgestaltung erforderlich ist. Aber es ist überhaupt falsch, natürliche Entwicklung und langsame Entwicklung zu identifizieren. Wenn das Blatt langsam am Baume wächst, so sind doch die Zeugung, wie die Geburt und eine ganze Reihe anderer Naturvorgänge plötzliche Akte, und handelt es sich denn um etwas anderes bei der Berechnung unseres absolutistischen Staatswesens, als um die Anpassung einer längst überlebten politischen Form an den heute erreichten Stand unserer wirtschaftlichen und geistigen Kultur, also um die normalste und „organischste“ Entwicklung, die man sich denken kann? Gewiß, die sozialistische Gesellschaft kann nicht aus einem revolutionären Akt hervorgehen. Eine Revolution kann zerstören, Formen zerbrechen; völlig Neues schaffen kann nur die plannmäßig beeinflusste Entwicklung. Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist Herstellung einer Regierungsgewalt, die mit Bewußtsein auf die sozialistische Gesellschaft hinarbeitet. Diese Gesellschaft im vollen Umfange zu schaffen, wird dann das Werk einer Umgestaltung der wirtschaftlichen und der Erziehungs-Organisation sein, die Jahrzehnte, vielleicht Generationen erfordert. Aber unsere sogenannten Revisionisten fürchten sich vor der Gefahr eines plötzlichen Sieges. Sie glauben nicht an unsere Macht. Wie groß diese in Wirklichkeit ist, läßt sich nicht im voraus sagen. Aber wer dachte im Dezember 1917, daß im folgenden März das Volk die Macht in Händen haben werde? Freilich hat es von dieser Macht keinen Gebrauch zu machen gewußt, weil ihm die Schulung fehlte, und weil im deutschen Bürgerum eine Partei maßgebend war, die es nicht wagte, die Staatsgewalt zu übernehmen: Die Gothaer, die Vorfahren der späteren Nationalliberalen! Und ich fürchte, wir haben diese Gothaer, die vor der Macht zurückweichen, in unserer eignen Mitte! Sie glauben nicht an die Reife der Arbeiterklasse. Nur, Webel hat schon hingewiesen auf die ungeheuren Schätze an Kraft, die noch in der Arbeiterklasse schlummern. Wohl mag sein Vergleich mit der französischen Revolution nicht ganz zutreffen, da diese die erste öffentliche Betätigung der Volksmassen darstellte, während wir bereits ein wirtschaftliches und politisches Leben der Arbeiterklasse haben. Trotzdem wird mit dem Aufhören der wirtschaftlichen Abhängigkeit und des Drucks noch ein starker Zuwachs an Kräften zu erwarten sein, und wie groß sind denn die Leistungen unserer heutigen Staatsmännchen? Sollten uns wirklich die Intelligenzen fehlen, um solche Größe, wie die Herren v. Koller und ihresgleichen zu erreichen? (Zustimmung.) Freilich sagt man, die heutigen Geheimräte und Hilfsarbeiter würden uns fehlen (Webel: Die arbeits auch für uns!), aber ich finde, daß in unseren gewerkschaftlichen und sonstigen Organisationen so viel Intelligenz geschult wird, daß auch diese Schwierigkeiten bald überwunden sein werden. Wir müssen innerhalb der heutigen Gesellschaft das Gewerkschaftswesen, dessen Bedeutung ja heute allgemein bei uns außer Zweifel steht, und das Genossenschaftswesen, dessen Wert für die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter und ihre organisatorische Schulung durch die Resolution von Hannover ausdrücklich betont wird, nach Kräften fördern und für Bildungs- und Kulturarbeit aller Art eintreten. Aber die Entscheidung bringt das alles nicht. Ich trat jüngst der Theorie entgegen, die mit Hilfe des Generalstreiks eine unmittelbare Einführung des Sozialismus erwartet. (Friedberg: Ist ja gar nicht der Fall.) Nun, ich habe es so aufgesagt — aber wir müssen uns klar werden, wie wir uns zur heutigen Staatsmacht auf die Dauer stellen. So ist auch die Bewegung, die eine Behandlung der Militärfrage verlangt, zu verteidigen. Wenn die sächsischen Gewalthaber nicht die Ueberzeugung gehabt hätten, daß ihre persönliche Sicherheit trotz allem unangefastet bleiben würde, würden sie es dann auch gewagt haben, das Wahlrecht zu zerstören? Und wenn man uns das Reichstags-Wahlrecht nimmt? Ich erinnere an Webels

Wort von 1888, daß unter russischen Umständen er auch die russische Taktik empfehlen werde! (Zustimmung Webels.) Die Sozialdemokratie hat die Arbeiterklasse zu einer Gesetzmäßigkeit ergogen, von der die Behörden lernen könnten. (Zustimmung.) Sorgen wir, daß diese Gesetzmäßigkeit nicht übermäßig sei und selbst dem Verfassungsbruch gegenüber bestehen bleibe! Also, wir brauchen eine grundsätzliche Entscheidung. Dann aber brauchen wir eine Vereinigung zu *gemeinsamer Arbeit*, bei der die Gemeinsamkeit der Grundsätze wieder zur Geltung kommt. Zunächst eine Revision unseres Programms, die Webel schon vor zwei Jahren als notwendig bezeichnete. Es giebt niemand mehr, der unser heutiges Programm in jedem Punkte anerkennt, auch Kautsky nicht. Ein Programm gilt es zu schaffen, das alle anerkennen und das alle einigt. Freilich müßte eine persönliche Beratung vorausgehen und eine Ergänzung des praktischen Teils, etwa nach Art des neuen schweizerischen Programmtextes, erfolgen. Ferner bedürfen wir der Ausarbeitung programmatischer Gesetzentwürfe, wie sie von mehreren Seiten gefordert wird. Ich weiß wohl, daß unsere Faktion es nicht in der Hand hat, diese Entwürfe alle zur Verhandlung zu bringen. Aber es giebt nichts, was propagandistischer zu wirken geeignet wäre, als solche Entwürfe, die ja nicht in allen Einzelheiten ausgeführt sein müßten, und die, mit Motiven versehen und massenhaft verbreitet, ein vorzügliches Agitationsmittel, besser als alle reine kritischen Erörterungen, abgeben würden. Ich hoffe, daß wir über die Gegenätze hinweg zu gemeinsamer praktischer Arbeit kommen werden. Von einer Spaltung kann keine Rede sein. Beide Teile gehören zusammen wie siamesische Zwillinge, die man nicht trennen kann. Es sollte einmal ein Erb gemacht werden mit der gegenseitigen Verhehlung, die auf beiden Seiten getrieben wird, mit diesem Berliner Literatenflatsch, den Duard schon zutreffend gekennzeichnet hat. Früher freute man sich, auf einen Parteitag zu kommen — heute halten beide Teile Fraktionsitzungen ab, und wer sich keinem anschließen, wird darauf angesehen und von beiden beargwöhnt. Den Kampf mit dem Gegner führe ich gerne recht schroff, nicht aber den mit Genossen. Webel wird mit seinem Wort vom Sumps, der zwischen den Parteien steht, nicht an mich gedacht haben. (Webel: Nein.) Wer es so gut versteht, beide Teile vor den Kopf zu stoßen (Heiterkeit), ist wohl von solchem Verachte frei. Aber ich kann ihm sagen, daß es den meisten Parteigenossen so geht, daß sie sich keinem Flügel unbedingt ergeben. Wenn ich mit ihm im wesentlichen übereinstimme, so habe ich auch von der andern Seite gelernt und kann mich namentlich dem, was Wollmar von persönlichen Regiment sagte, nur anschließen. Es war auch viel von Akademikern die Rede. In Scandinavien, wo Akademiker in der Bewegung keine Rolle spielen, steht diese im wesentlichen auf dem Boden unserer Revisionisten. Gewiß soll man jeden prüfen, der zu uns kommt. Aber es ist oberflächlich, in solcher Art die Dinge erklären zu wollen. Gerade die Akademiker neigen leicht zu besonderem Stabilitätsvertrauen, da ihnen die praktische Erfahrung oft abgeht. Können dann die ersten Schwierigkeiten, so erfolgt leicht der Umschwung zum Hyperopportunismus. Mich haben gerade die Erfahrungen an einigen Hauptstücken des Opportunismus von beratenden Retungen so ziemlich kuriert. Arbeiten wir gemeinsam, arbeiten wir praktisch, aber unter steter Beachtung unserer Grundsätze! Dann wird es uns gelingen, den Klassenstaat zu zerbrechen. (Lebhafter Beifall.)

Einger: teilt mit, daß das Amendement 148 nicht von Scheib und 40 Genossen, wie irrtümlich gedruckt, sondern von Wurm und 40 Genossen eingebracht sei.

Ein Antrag, die gewöhnliche Beschränkung der Redezeit von jetzt an einzutreten zu lassen, wird nicht genügend unterstützt.

Tamm-München: Ich hoffe, daß die Parteitagsberatungen über das Ergebnis der Reichstagswahlen uns recht fruchtbare Debatten bringen werden, daß dagegen nach Lübeck die Debatten, die uns jetzt wieder beschäftigt haben, nicht wieder kommen würden. Es hat nicht sollen sein. Wir beschäftigen uns

auf unfren Parteitagen vielfach mit geringfügigen Fragen, die infolge einer allgemeinen Nervosität plötzlich zu Haupt- und Staatsaktionen gemacht werden. Wenn auch die Sozialdemokratie meiner Meinung nach noch mehr solche Debatten aushalten kann, so kommt doch dabei sehr wenig heraus. (Sehr richtig!) Ragenstein hat ganz richtig von dem „Undefinierbaren“ gesprochen, das überall so herumhüpfet und das sich durch ein Mißtrauen geltend macht, wie ich es selten auf Parteitagen gefunden habe. (Sehr richtig!) Besonders mir ist es passiert, daß man mir mit einem gewissen Bedauern die Hand drückte: „Also auch Du bist bei den Revisionisten? Der damals revolutionäre Timm, auch der! Der ist auch nach Capua gezogen und dort vollständig verzeucht.“ (Heiterkeit.) Ich will hier auf ein Stück aus meinem Entwicklungsgange eingehen, weil ich glaube, daß das den Partei-Interessen förderlich sein kann. (Ach! Dho!) Es soll das keine Familiengeschichte sein. (Heiterkeit.) Ich bin 1898 mit einem großen Mißtrauen nach München gegangen. Noch in den letzten Zeiten, während deren ich in Berlin war, hat man mir gesagt, und ich war mir dieser Mission auch bewußt, daß man in München einen harten Standpunkt haben würde, da sei König Völmär, dieser Diktator (Heiterkeit), der alles verzeuge (Erneute Heiterkeit) und dem gegenüber eine kräftige Opposition unmöglich sei. Ich habe mir damals vorgenommen, das Feld, auf dem ich in Zukunft wirken sollte, erst einmal zu sondieren. Ich habe dann außerordentlich arbeiten müssen und nebenbei den stillen Beobachter in der ganzen Bewegung gespielt. Ich habe aber halb erfahren, daß die Dinge nicht so liegen, wie man sie konstruiert; ich habe gesehen, daß man auch Völmär unter Umständen kräftig die Wahrheit sagt. Was so nach außen hin über die königlich bayerische Sozialdemokratie gesagt wird, das sind Hirngespinnste. In München wird nicht weniger entschieden gekämpft als anderswo. Bebel sagte über Parvus: Freilich, als ehemals Stabiler ist er anders gebrochen, als ein Revisionist brechen würde, aber er ist doch gebrochen. Es ging ihm wie manchem, der nach München zog als ein braver, prinzipientreuer, fester Genosse. Ich sehe so einige hier sitzen an den Tischen, nach ein paar Jahren in München waren sie an Geist und Seele tot? Darin liegt ein hartes Urteil. Mit diesen „andern“ bin ich mit gemeint. Was ist denn gesehen, das dies Wort rechtfertigte? Ich werde zu den Revisionisten, zu den „Undefinierbaren“ geworfen. Ich habe mich in freier Weise zu den verschiedensten Fragen ausgesprochen. Ich habe im vorigen Jahre die bayerische Wahlberechtigungsfrage vertreten und verteidigt. Ich bin durch das Vertrauen der Genossen in Süddeutschland zweiter Vorsitzender des Gauvorstandes in Südbayern geworden und habe mich als solcher natürlich mit den einzelnen Parteifragen aufs eingehendste beschäftigt. Auch in der Wahlrechtskaffee waren wir uns eingehend unter den Parteigenossen klar geworden. Im vorigen Jahre wurde die Wahlrechtsfrage von Bebel als Gegenstand genommen, um die deutschen Parteigenossen gegen Süddeutschland aufzuregen. Bebel ging damals in kräftigen Worten gegen uns vor. Wir waren alle darauf gefaßt, daß Bebel bei seinem Temperament es sich nicht nehmen lassen würde, diese Frage anzuschneiden. Für jeden andern wäre es ja politisch eine Blamage gewesen, wenn er ganz Deutschland in Aufruhr gesetzt hätte, weil etwas gesehen sei, was als „revisionistisch“ absolut nicht gebilligt werden könne, und dann an der Stelle, wo die Sache geschlichtet werden sollte, einfach nichts sagt. Wir hatten keine Veranlassung, uns eher zu rechtfertigen, als bis ein Ankläger auftrat. In diesem Jahr wiederholt sich das Gleiche in einer Weise, die uns wieder zeigt, wie Bebel seine Politik macht. Ich meine den Streitfall mit dem „Vorwärts“, der auch so aufgerührt worden ist und dann ausgegangen ist wie das Hornberger Schießen. Nur mit dem Unterschied, daß er dem Parteitag einen Teil seiner kostbaren Zeit weggenommen hat. Bebel hat nach unten hin die Arbeiter nachgerufen, Nachschub zu geben auf die Leute, die erst neu in die Partei hineinkommen. Ich halte es

aber auch einmal für notwendig, zu sagen, daß das auch nicht so fortgehen kann, daß Bebel wegen der untergeordneten Dinge in ganz Deutschland Stimmung macht, worauf hinterher die Dinge so gehen wie hier. Bebel sagt immer: die Masse soll entscheiden, aber es hätte einmal einer von uns aufstehen und sagen sollen: ich sehe mich über die Partei-Instanzen hinweg, an die ich mich beschwerdeführend zu wenden hätte, — dem wäre gehörig die Wahrheit gezeigt worden. (Sehr richtig!) Aber es giebt nicht zwei Klassen von Genossen; mögen sie große oder kleine Geister sein, wir sind eine demokratische Partei, und wir haben uns den Partei-Institutionen schon deshalb zu unterstellen, weil wir den Massen ein gutes Beispiel geben sollen. (Sehr richtig!) Aber Bebel nimmt natürlich eine Ausnahmestellung ein, und gegenüber seinem Vorgehen wird nichts gesagt. Wenn Bebel das demokratische Prinzip gewahrt hätte, so hätten wir die Preisfrage auf diesem Parteitag nicht gehabt, so wäre sie erledigt worden wie jede andre Frage. So werden auch andre Begriffe konstruiert. Ich frage Sie: Was ist vorgegangen? Bernstein hat die Vizepräsidentenfrage angeregt, eine Frage, die man meines Erachtens mit kühliger Ruhe hätte behandeln müssen. (Sehr richtig!) Man hätte sich nicht darüber aufregen sollen. Wir haben heute gehört, daß diese Frage schon 1898 eine Rolle gespielt hat. Ich habe die Sache in einem Artikel der „Sozialistischen Monatshefte“ außerordentlich kühl behandelt. Es ist Sache der Fraktion, in dieser Beziehung Vorurteile und Nachteile abzuwägen. Wie es jetzt steht, spielt die Frage zunächst nur eine theoretische Rolle. Welche Rolle sie später spielen wird (Bebel: Aha!), das können wir ruhig der Entwicklung überlassen. Es ist eine ähnliche Frage wie früher die Beteiligung im Sentorenkonvent. Wer sachlich jetzt diese Fragen behandelt, wird verdächtigt, bürgerliche Bestrebungen zu verfolgen. Was sollen alle diese Redereien nach außen hin für einen Eindruck machen, da man doch ganz genau weiß, daß auch andre an bürgerlichen Veranstaltungen teilgenommen haben. (Unruhe.) Ich frage Bebel, der seinen proletarischen Standpunkt hier so nach unten hin den Massen gegenüber vertreten hat, ob er jetzt noch in der Lage ist, ein parlamentarischer Diner bei dem Grafen Wallesheim mit zu machen! (Bebel: Ich war nie bei einem Diner! Große Unruhe.) Also ein Abend! Es ist mir ganz gleich, was es ist; eine Privatveranstaltung, die auch nicht zu den Verpflichtungen gehört. Es muß das mit gesagt werden. (Große Unruhe. Zurufe: Sie haben sich das nicht richtig sagen lassen!) Ich frage weiter, ob Mollenhuth für die Zukunft noch an Veranstaltungen teilnehmen kann wie jenen, die die Reichskommission für Arbeiterstatistik unter Teilnahme des Unterstaatssekretärs Lohmann und des verstorbenen 12 000 Mark-Mannes Woedike veranstaltet hat? Ich frage Bebel, ob er sich späterhin noch von dem Nationalliberalen Siegle einladen lassen und zu ihm gehen wird? (Große Unruhe. Zuruf: Altheimergeschichten. Sehr richtig!) Es sind aber doch Geschichten, bei der die Beteiligten durch die Politik nicht verpflichtet werden, während auf der andern Seite die Vizepräsidenten-Frage für die Arbeiter eine wichtige politische Frage sein kann. (Auf: Nein, nein!) Ich habe dies sagen müssen, weil mit demagogischen Mitteln von Bebel gegen uns gearbeitet worden ist. Als 1894 in Frankfurt die Gehaltsfrage angeschnitten wurde und ich die Inanspruchnahme vertrat, daß ein Gehalt von 3000 Mk. die Normalgrenze darstellen sollte, hat sich Bebel entschieden dagegen geäußert. Gestern aber hat er an die niedrigsten Instanzen der Arbeiter appelliert (Großer Lärm, Dhorufe. Auf: Sehr richtig!) gegen die Gewerkschaftsführer und die sonstigen Parteigenossen. (Zuruf: Das Wort Gewerkschaftsführer ist gar nicht gefallen!) Bebel hat davon gesprochen, daß Proletarier in gehobener Lebensstellung, Leute, die einen gewissen Abschluß ihrer Lebenslage erreicht haben, unter Umständen dem Proletariat ebenso gefährlich werden können wie die Akademiker. (Laute Zurufe.) Ich habe das so aufgefaßt, daß die Angestellten der Gewerkschaftsbewegung und

sonstige Angestellte zweifellos darunter gemeint sein sollen. Was hätte sonst damit gemeint sein sollen? (Sehr richtig!) Bebel erklärte 1894 Legien gegenüber: „Mephisto, ich kenne Dich!“ Heute stellt derselbe Bebel, der ja auch in eine gehobene Lebenslage hineingekommen ist, sich hin und appelliert an die niedrigsten Instanzen der Massen. (Erneute Unruhe.) Bebel hat gesagt, der Revisionismus gelände sich durch Bescheidenheit aus. Andererseits hat auch er sich für eine praktische Politik ausgesprochen. Aber über das Maß der praktischen Politik sind die Meinungen schon so weit auseinandergegangen, daß man darauf den Begriff Revisionismus nicht anwenden kann. Was ist Revisionismus? Der radikale Parvus tritt für die Vizepräsidentenschaft ein, andre sind mehr oder weniger Gegner der Gewerkschaften. Bebel ist für Neutralität der Gewerkschaften, ein Standpunkt, den andre als Versumpfung bezeichnen, der „Leipziger Volkszeitung“ blieb es ja vorbehalten, anlässlich des Gewerkschaftskongresses von organischer Verfestung zu sprechen. (Hört! hört!) Die Ansichten wechseln eben im Laufe der Jahre. Man kann heute überhaupt nicht mehr feststellen, wie die einzelnen zu dieser oder jener Frage stehen. Ich gehöre nicht zu denen, die auf dem Gebiet der praktischen Politik sehr bescheiden sind. Ich habe bereits in den „Sozialistischen Monatsheften“ ausgeführt: Wir wissen, daß die Sozialdemokratie auf eine Entwicklung hinarbeitet, die sich mit Notwendigkeit vollziehen wird; wir schöpfen unsere werbende Kraft mit aus der felsenfesten Zubereitung des Sieges unserer Partei. Allein die Hauptkraft der Sozialdemokratie wurzelt in der Erfüllung von Gegenwartsaufgaben. Das habe ich ausgeführt, und das ist derselbe Standpunkt, den Bebel auf dem Erfurter Parteitag sehr entschieden vertreten hat. Er wandte sich gegen die Jungen und betonte, daß wir uns auf dem Gebiet der praktischen Arbeit weiter betätigen müssen. Und so haben wir auch gegenwärtig unsere Stellung aufzufassen. Ich schöpfe als praktische Lehre aus den Wahlkämpfen die, daß unsere Fraktion sich in gewisser Beziehung einzuschränken hat, daß die vielen unnötigen Reden bei kleinen Anlässen — womit ich die Kämpfe um den Zolltarif nicht meine — eingeschränkt und auf der andern Seite in den Volksmassen eine viel größere Wirksamkeit entfaltet wird. Wenn Sie die Ausbreitung der sozialistischen Bewegung wollen, dann muß mehr in den proletarischen Massen gewirkt werden, und deshalb habe ich Ihnen einen Vorschlag unterbreitet, der nicht von mir ausgeht — es sind die Forderungen, die Zubeil auf der Generalversammlung von Teltow-Beeskow vertreten hat und die dort einstimmig zur Annahme gelangt sind. Es wird nur gesagt, mit derartigen Forderungen werden wir wenig erreichen, und Bebel wies auf die Schwierigkeit der Ausarbeitung von Vorgesentwürfen hin. Nun, unsere Bewegung ist so geworden, daß wir verlangen können, daß unsere Fraktion aus den praktischen Verhältnissen heraus schöpft und ihre Anregungen zu Vorschlägen verdichtet und diese in den Massen vertritt. Das würde wesentlich zur Ausbreitung unserer Ideen in den Massen beitragen. Das ist bedeutend besser, als wenn wir uns immer barben, wir stehen an der Weltentwende, denn das trifft durchaus nicht zu. Wir haben uns nicht auf das Prophezeien zu verlassen, sondern praktisch zu arbeiten im Interesse der Massen. Von diesem Gedanken gehen meine Vorschläge aus, und wenn diese in entsprechender Weise propagiert werden, werden wir sehr gut dabei fahren. Sehr geeignet wäre es z. B., einmal die Frage der direkten Besteuerung eingehend zu erörtern und das, was wir wollen, zu propagieren, damit wir neue Anhänger für uns gewinnen. Wir sind in den letzten Jahren viel zu laß und lahm gewesen. Auch die ganze Demonstrationsbewegung bei den Zollkämpfen kam viel zu spät, es lag kein einheitlicher Zug darin, und auch bei den Wahlen haben wir namentlich im katholischen Rheinland unsere Forderungen nicht genügend propagiert. Wir könnten hier vom Centrum hebeittendes lernen, das Centrum hat sich dort vorzügliche Organisationen geschaffen, die

direkt in den Volksmassen arbeiten. Auf diese Weise kann man den proletarischen Kampf nach unten hin wesentlich verschärfen. Das sind doch aber nicht revisionistische Anschauungen, sondern die radikalsten Forderungen, die man stellen kann. Ich kann doch nicht gezwungen werden, etwas zu glauben, was meinem Gefühl zuwider läuft. Wir alle haben die Hoffnung, daß wir siegen werden, aber wenn man nun nicht glaubt, daß wir an der Weltentwende stehen, so darf man doch nicht aus dem Grunde als Revisionist bezeichnet werden. Im wesentlichen kommt es nur darauf an, daß man auf dem Boden der praktischen Forderungen der Partei steht. Unsere wissenschaftlich gebildeten Leute sollten es begrüßen, wenn ein reges Streben aus der Arbeiterklasse kommt, um sich selbständig ein Urteil zu bilden. Da soll man nicht gleich mit Regerrichterei kommen. (Sehr richtig!) Hat man sich denn früher darüber aufgeregt, wenn in der „Volkstribüne“ Arbeiter aufgefordert wurden, über das Parteiprogramm zu diskutieren? Da ist niemand aufgetreten, um vor bedenklchen Strömungen zu warnen. Ich habe einen hohen Respekt vor der Wissenschaft, ich bilde mir nicht ein, alles zu beherrschen. Es entstehen sehr oft Zweifel über diese oder jene Frage, aber solche Zweifel tauchen nicht nur unter den Arbeitern, sondern auch unter den wissenschaftlich Gebildeten auf. Ist das ein Fehler? Wenn eine Lehre sich überlebt hat, so möge man darüber diskutieren, aber bis dahin rege man sich nicht über das eine oder das andre so sehr auf. Ich halte Kautsky für ungeheuer einseitig. Karl Marx war anders, er nahm sich früher mit den Arbeitern, er war in gewissem Sinne sehr praktisch, aber Kautsky sitzt in Friedenau fest, ein Stubengelehrter, ein Parteigelehrter, und wenn irgend einer an einer von ihm aufgestellten These rüttelt, dann ist es bedenklich in der Partei, dann heißt es: so geht es nicht weiter! Dadurch schaden gerade diejenigen, die an der Spitze stehen, das gilt auch für Bebel. In gewissem Sinne ist es zurechtend, daß Bebel nicht die richtige Volksstimmung stellt. Auf Grund seiner Autorität und seiner Semitraille hat er sich eine solche Stellung erkungen, daß er überall, wohin er kommt, begeistert aufgenommen wird. Er spricht vor großen Versammlungen, die Massen stimmen ihm fortgesetzt zu. Nur so ist es verständlich, daß, wenn einmal jemand an irgend einer Sache Kritik übt, Bebel sofort glaubt, die Einheit sei in die Brüche gegangen. Auf Grund des Milieus, in dem er sich bewegt, bekommt er eine ganz falsche Auffassung. Jetzt ist ja deswegen keine Gefahr vorhanden; denn Bebel ist wenigstens ein genialer Diktator. Aber an seine Stelle könnte einmal ein sehr bedenklicher Zustand sein. Ich bin der Ueberzeugung: daß wenn es so weiter geht, wir allerdings zu einer Spaltung kommen können. (Unruhe und Wohl-Muse.) Ich will keine Spaltung; ich kriegte sie auch nicht fertig (Sehr richtig! Unruhe.) Ich habe gar nicht das Bestreben, und wenn ich das hätte, dann würde ich dafür sein, daß man mich zuerst hinausjähmeißt. (Lebhafte Zustimmung.) Aber man muß doch auch weiter denken, wohin das führen soll, wenn es so weiter geht. Wenn gar keine sachlichen Gründe für eine Spaltung vorliegen, dann müssen andre Gründe dahinter stehen. Im allgemeinen werden vorliegen, dann müssen andre Gründe dahinter hören, daß Bernstein das Hauptübel sei, mit dem man nicht weiter arbeiten könne. Andre sagen — ich scheue mich nicht, das aufzurollen —, Auer sei der allerbedenklichste; es sei nötig, ihn durch einen andren zu ersetzen. (Große Unruhe. Lebhafter Widerspruch und zahlreiche Zurufe: Wer sagt das?) Das ist mir erzählt worden. (Lebhafter Widerspruch. Andauernde Unruhe. Zurufe: Das ist nicht wahr! Lüge! Lüge! Richard Andauernde Unruhe. Zurufe: Das ist nicht wahr! Lüge! Lüge! Richard Auer springt vor und ruft: Bleiben Sie bei Ihrer Behauptung; es ist ja wahr! Genosse Adolf Hoffmann und Käterow, Sie sollten den Mut haben, es zu sagen; Sie sind doch nicht zu feige dazu! Große Bewegung.) Ja, Genossen, ich muß doch den Gründen nachspüren, worauf denn diese ganze Aufregung zurückzuführen ist. Da darf man der Sache kein Mäntelchen umhängen.

Wenn diese Strömungen nicht vorhanden sind, dann ist es ja gut, dann kann das ja dokumentiert werden. Ich erinnere daran, daß in München bei der Debatte über die „Sozialistischen Monatshefte“ über Auer der Zwischenruf fiel: „Der hat die längste Zeit in den „Monatsheften“ geschrieben.“ Das hat damals ein gewisses Aufsehen erregt. Wenn keine wirklichen Gegensätze vorhanden sind, dann müssen künstliche vorhanden sein. Das kann die Partei nur schädigen. Wir sind eine große Partei geworden, wir haben eine Reihe von Organisationen, die hinter uns stehen. Da ist es unsere Aufgabe, diese verschiedenen Strömungen zusammenzuhalten. Und hier appelliere ich auch an die Arbeiter selbst. Wenn dieses ganze Gezänk einen Vorteil gehabt hat, dann ist es der, daß die Arbeiter wieder einmal einsehen mußten, daß sie nicht an Autoritäten zu glauben haben. Der Autoritätsglaube muß durch diese Debatte bei den Arbeitern mehr und mehr sinken. Und das ist gut so. Wir müssen uns auf unsere demokratischen Grundsätze besinnen und wenn wir auch gentiale Führer zu schätzen wissen, so müssen wir sie doch in die demokratischen Reihen verweisen. Ich war mir bewußt, daß ich in meiner Rede eine Reihe von Kleinigkeiten würde anführen müssen. Aber dieser ganzen Debatte liegen Kleinigkeiten zu Grunde. Ich halte es für sehr bedenklich, daß Kautsky jetzt anfängt, vor einer Agitation für die Venderung der Wahlkreiseinteilung zu warnen. Das ist durchaus falsch, wir müssen auch in dieser Frage aggressiv vorgehen und dem Gegner zeigen, wir fürchten Euch nicht; wir sind Euch gewachsen und stellen unsern Mann. In wissenschaftlichen Fragen bin ich sehr tolerant, wenn aber in praktischen Fragen Uneinigkeit entstehen sollte, so würde ich das für viel bedenklicher halten. Was Stücker darüber sagte, daß Bebel nach München kommen solle, klang mir so, als läge darin eine Verleumdung für die Münchener. So wie er vielleicht denkt, liegen die Dinge nicht. Auch die Münchener haben ihr gesundes Urteil. Künftig wird es sich vielleicht so machen lassen, daß bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Bebel und Vollmar eine Aussprache erfolgt; dann wird sich manches vermeiden lassen. So kann es auf dem Parteitage nicht weiter gehen, sonst werden schließlich die Arbeiter unwillig werden und sagen: Wenn Ihr Euch nur zankt, dann bleibt doch lieber zu Hause und spart das Geld. Wir müssen mehr zusammenhalten. Das Lob der Gegner braucht uns da nicht zu stören. Auch Bebel ist schon von Gegnern gelobt worden, zum Beispiel vom „Berliner Tageblatt“ wegen seiner Haltung zu den Gewerkschaften. Ob uns die Gegner loben oder tadeln, kann uns ganz gleich sein. Ueber das kleine Gezänk werden wir aber hoffentlich bald hinwegkommen. (Beifall und Zischen.)

Auer: Ehe ich auf mein eigentliches Thema eingehe, möchte ich ein paar persönliche Angelegenheiten erledigen. Während seiner gestrigen Rede sprach Bebel davon, daß gewisse Gerüchte wohl daraus entstanden seien, daß er in einem Briefe an mich das und jenes gesagt oder angeordnet hätte. Ich konnte nicht genau verfolgen, was er sagte, und rief dazwischen: den Brief habe ich noch gar nicht gelesen. Daraus ist nun hier und da die Schlussfolgerung gezogen worden, als wenn das Verhältnis zwischen Bebel und mir bereits ein solches wäre, das man mit dem Worte „gegenseitige Hochachtung“ nicht mehr bezeichnen könnte. Dieser Auffassung möchte ich entgegenreten. Zwischen Bebel und mir findet ganz naturgemäß seit Jahren ein Briefwechsel statt. Tausende von Briefen laufen jahraus jahrein beim Parteivorstand ein, von denen ich eine große Anzahl zu lesen und zu erledigen habe. Von jeder ein Mensch, der sich auch gern einmischt, wenn es gilt, die Meinungen gegenseitig auszutauschen, habe ich nun die Erfahrung gemacht, daß es für meinen körperlichen Zustand und besonders für meine Nerven — leider Gottes, habe ich solche — und auch für den Verkehr mit meinen Genossen sehr gut sei, wenn der Briefwechsel einen gewissen Grad erreicht hat, wo ich mir sagen muß, mit dem Austausch schrift-

licher Meinungen kommen wir nicht mehr zu Stande, diese Briefe zunächst zurückzulegen und zu warten, bis die Wogen sich wieder geglättet haben. Denn ich weiß, wenn ich das nicht tue, sondern antworte, so wird die Stimmung immer gereizter und ein Erfolg kommt dabei doch nicht heraus, und den Eindruck hatte ich bei dem letzten Briefe des Genossen Bebel. Ich sagte mir, mit Schreiben werden wir nicht mehr einig, aber in acht Tagen treffen wir uns ja in Dresden, und wie es uns bisher gelungen ist, bei mündlicher Aussprache uns immer zu verständigen und zu einem Ausgleich zu kommen, so wird das auch diesmal der Fall sein. Ich nahm von dem Inhalt des Briefes, soweit er geschäftliche Angelegenheiten betrifft, Kenntnis und sagte mir dann: na, über die Streitpunkte, das machen wir später aus. Genossen, die Siebzigste ist ja jetzt bereits überstiegen, sie ist langsam schon im Abflauen begriffen, wenn ich auch nicht sagen will, daß die Sache schon ihre befriedigende Erledigung gefunden habe.

Dann über einen zweiten Gegenstand persönlicher Art ein kurzes Wort. Er betrifft ebenfalls einen Vorwurf von Bebel, den er schon im vorigen Jahre in München gegen mich gerichtet hat. Er sagt, man sieht ja, daß an dem alten Auer auch kein guter Faden mehr ist. Denn die Gegner loben ihn und er weiß das Lob nicht entriestlich zurück. Ich könnte darauf antworten: Ach Gott, man wird so häufig schlecht gemacht im Leben, wenn man nun wirklich mal gelobt wird, kann man das auch hinnehmen. (Weiterkeit.) Das wäre eine Erklärung, mit der sich auch Bebel schließlich zufrieden geben könnte. Aber so stehen die Dinge gar nicht. Ich werde ja sehr selten gelobt; es kommt vor, aber man merkt doch die Absicht und man wird nicht bestimmt. Wenn Pfarrer Raumann in der „Hilfe“ mich als den Wollenschieber (Zuruf: den Weichensteller!) oder als den Weichensteller der Partei hingestellt hat und gesagt hat: Auer, ja, das ist noch ein Kerl, und dergleichen: Ja, halten Sie mich denn für so kindisch, daß mir das in den Kopf gestiegen wäre und ich mir nur sagte: Donnerwetter, Auer, was bist du für ein Kerl, selbst der Pfarrer Raumann sieht in dir den Weichensteller der Partei! So kleinlich bin ich nicht, und ich habe auch zu meinen Parteigenossen das Vertrauen, daß sie wohl wissen, welche Zwecke mit solchen Kokereien verknüpft sind, und daß sie darüber zur Tagesordnung übergehen werden. Ich wüßte auch nicht, daß Genosse Bebel jedes Lob mit Entriestung zurückweist. Ich erinnere Bebel an die ersten Zeiten unserer Bewegung. Damals war es die Praxis der gegnerischen Presse gegenüber dem radikalen, umstürzlerischen, internationalen Verschwörer Liebknecht den bürgerlich angehauchten kleinen Drechslermeister Bebel als Respektsperson herauszufreichen. (Weiterkeit.) Ja, mit Bebel da war zu reden —; gewiß, er ist ein Fanatiker, ein Draufgänger, aber mit ihm konnte man fertig werden. Ich wüßte nicht, daß Bebel es gegenüber diesen Lobeserhebungen, die damals zu demselben Zweck wie heute ausgesprochen wurden, auch nur ein einziges Mal der Mühe wert gefunden hätte, zu erklären: Dieser internationale Umstürzler Liebknecht ist absolut nichts anderes als ich; ich bin grade so radikal wie er. Bebel ging darüber hinweg und er mag versichert sein: dieselben Gründe, die ihn damals bestimmten, sind auch für mich maßgebend gewesen. Ich wollte Pfarrer Raumann nicht das Vergnügen machen, daß er mich aus der Höhle herauslockte.

Nun zur Sache! Die Auseinandersetzungen, die hier stattgefunden haben über die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern, haben zu unliebsamen Erörterungen über verschiedene Perioden im Leben eines hochangesehenen Schriftstellers geführt. Wir haben erlebt, daß Kautsky hierhergetreten ist und ausführte, daß Genosse Mehring sich hochbedient gemacht hat um die Partei. Das ist eine Auffassung, Mehring ist nicht streitig. Ich schätze die Tätigkeit Mehrings hoch, auch heute über die ich nicht streite. Ich schätze die Tätigkeit Mehrings hoch, auch heute noch. Außer Kautsky ist auch Bebel, der über den Genossen Mehring ungefähr so denken dürfte wie ich, mit aller Verbe, soweit er es für notwendig hielt.

allerdings unter sehr einschränkenden kritischen Vorbehalten für den Genossen Mehring eingetreten.

Nicht aus dieser Tatsache allein, sondern vielleicht auch aus der Schlusswendung in der Erklärung Mehrings, daß für alles, was er schriftstellerisch für die Partei geleistet habe, der Vorstand mit die Verantwortung trägt, hat sich ein Gerücht gebildet, das bereits in die Presse übergegangen ist und das auch mir persönlich gegenüber von Genossen zum Ausdruck gebracht worden ist, nämlich die Vermutung, daß der Genosse Mehring den Parteivorstand in der Hand haben müsse, daß er im Besitz und in Kenntnis von Dingen sei, die den Vorstand zwingen, seine schützende Hand über ihn zu halten oder, wie ein Blatt sich ausdrückte, ihn mit dem Schilde zu decken. Ueber mein Urteil über Mehring will ich nicht erst lange reden. Ich habe allerdings mit zu denjenigen gehört, die die Fähigkeiten Mehrings, nachdem sein Uebertritt zur Partei möglich geworden war, der Partei dienstbar machen wollten. Was ich nicht will und nicht gewollt habe, ist, daß Mehring eine geradezu leitende Stellung in der Partei einnimmt, wie sie sich nach und nach durch seinen Einfluß auf die „Neue Zeit“ und eine unsrer größten Tageszeitungen herausgebildet hat. Davon aber abgesehen, erkläre ich hiermit, daß weder Mehring, noch sonst irgend jemand im Besitz von Geheimnissen oder sonst von Dingen sei, deren der Vorstand sich zu schämen hätte (Weisfall), und die nicht in jeder Stunde vor aller Öffentlichkeit verhandelt werden könnten. (Weisfall.) Es giebt nichts, was wir nicht beantworten könnten. Dafür lege ich die Hand ins Feuer. Alle diesbezüglichen Gerüchte sind irrtümlich. Die Genossen können ruhig sein. Es ist nicht möglich, daß uns jemand zwingt durch gewisse Androhungen, etwa schweigen zu müssen. Das mußte ausgesprochen werden, denn solche schleichenden Gerüchte verbreiten sich immer weiter und schließlich heißt es dann, es muß doch etwas daran sein. Es ist aber nichts daran. (Weisfall.)

Bei der jetzigen Debatte ist wieder die alte Frage besprochen worden, ob man positiv vorgehen oder sich auf die Negative, d. h. den alten Standpunkt beschränken soll, daß im Parlament nur zum Fenster hinausgeredet werden soll. Die Tatsachen haben in dieser Beziehung längst entschieden. Wenn heute noch einer läme und uns vorschläge, die 81 Abgeordneten sollten nur Beobachtungsposten in den Reichstag schicken und die übrigen 75 statt dessen im Lande herumreisen und agitieren, ein Vorschlag, an den sich die älteren unter uns noch sehr gut erinnern werden, so würde man ihn auslachen. Wir haben uns entwickelt, unsre Taktik hat sich geändert. Nicht weil wir geschiedter geworden sind, das ist nicht gut möglich (Weiterkeit), sondern weil wir durch die Verhältnisse gezwungen waren, diesen Dingen gegenüber eine andre Stellung einzunehmen. Wenn uns nun jetzt eine gesetzgeberische Tätigkeit zugemutet wird, wie es unter Führung meines alten Freundes Jubel in Tellow-Beeslow beschlossen worden ist (Weibel: Das ist der Antrag Zimm), daß wir nicht nur, der Himmel weiß, wie viele Gesetze machen, sondern auch noch sehr umfangreiche Motive dazu schreiben sollen, so ist das eben wieder eine Uebertreibung. Erst sollten im Reichstage nur Reden zum Fenster hinaus gehalten werden, jetzt sollen wir geradezu packweise Gesetze schaffen und auch noch diese Bände von Motive dazu schreiben. Der Mittelweg bleibt auch da der beste. Und wenn ich in einem Punkte mit Weibel einverstanden bin, so mit seinen Ausführungen über die Schwierigkeiten der praktischen Gesetzgebung. Das hört sich so hübsch an, wenn gesagt wird, das und das Gesetz müsse ausgearbeitet werden, aber seien Sie versichert, die Gesetzmacherei will auch gelernt sein, und „geborene“ Gesetzmacher haben wir unter uns noch nicht entdeckt. Kritiker, gewiß, die haben wir. Und ich sage Ihnen auch: Ich bin allerdings der Meinung, daß Gesetze zu machen die Aufgabe der Geheimräte ist, und daß es unsre Aufgabe ist,

nachher daran Kritik zu üben und eventuell durch positive Vorschläge Verbesserungen herbeizuführen.

Wenn Weibel darauf hinweist, daß er von jeher positiv und praktisch in die Gesetzgebung eingegriffen hat, so kann ich das nur in vollem Umfang bestätigen. Darüber, daß man die gesetzgeberische Tätigkeit in Anspruch nehmen soll, sind wir schon lange nicht mehr im Streit, der Streit entsteht nur immer durch die Meinungsverschiedenheiten darüber, was zur Zeit notwendig ist. Das ist ja nun Weibel in derselben glücklichen Lage wie ich und jeder von uns. Was wir selbst tun, das ist notwendig, das ist gut, das muß sein, aber was der andre tut, da sagt man immer: Na, na! (Weiterkeit.) Daraus sind schon so viel Streitereien entstanden, aber das ist doch kein Auseinandergehen in prinzipiellen Fragen, sondern es ist das dem Menschen eigne Wesen, daß er das eigne Werk für gut hält, während er an dem Werk anderer Menschen gar zu leicht Mängel entdeckt. Weibel hat uns selbst gesagt, auch die Frage, ob man Konzessionen akzeptieren dürfe, sei nicht von grundsätzlicher Bedeutung, es läme nur darauf an, ob die Konzession groß genug oder ob sie zu klein sei. Darüber haben wir uns schon recht gründlich bei den verschiedensten Gelegenheiten gestritten. Wenn dabei nun der eine oder andre die Gewohnheit entwickelt, zu tun, als ob er im Besitz der einzig richtigen Kenntnis sei, daß er im Besitz der letzten Wahrheit sei, was er tut, das ist wohlgetan — nun ja, das ist auch eine menschliche Schwäche, hat aber mit unsrer taktischen Fragen gar nichts zu tun. (Sehr richtig!) Weiter stimme ich vollkommen Weibel zu, daß die Partei nie und zu keiner Zeit einiger gewesen ist als jetzt. Das ist meine feste Ueberzeugung. Noch niemals waren grundsätzliche Verschiedenheiten unter uns weniger vorhanden als jetzt, und ich gestehe aufrichtig, daß bis in die neueste Zeit ich allerdings der Meinung war, daß wir das 25 jährige Jubiläum des Inkrafttretens des Sozialistengesetzes und das Wahlergebnis des 18. Juni anders feiern müßten als dadurch, daß wir uns tagelang gegenseitig in den schärfsten Formen angreifen. (Weisfall.) Es ist immer so. Man denkt: Na, heuer werden wir uns recht gemächlich mit einander unterhalten, heuer liegt absolut nichts vor, man freut sich. Ich bin ja vor etwa 30 Jahren hier aus Dresden hinausgeworfen worden, polizeilich abgeschoben (Weiterkeit), weil ich ein bestraftes Individuum war, und ich hatte so die Empfindung: es ist doch eigentlich eine kleine Genugthuung, daß du nun nach 30 Jahren an dieselbe Stelle wieder zurückkommst und mit teilnehmen kannst an einer großen Feilerversammlung derselben Partei, in deren Dienst man dich vor 30 Jahren ausgewiesen hat. Es ist anders gekommen. Von Feilerversammlung habe ich bis jetzt in unsrer Verhandlungen nichts gemerkt, vielleicht kommt es aber noch, denn es scheint ja, daß die Bogen sich glätten. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß wirkliche prinzipielle Gegensätze in der Partei nicht vorhanden sind. Temperamentsunterschiede sind vorhanden; es mag auch sein, daß die eine oder andre ungeschickte Aeußerung gefallen ist. Ja, wer hat denn in seinem Leben noch keine ungeschickte Aeußerung getan? Das ist doch kein Anlaß, daß wir deshalb uns belämpfen, angreifen und herunterreißen, teilweise mit Ausdrücken, die, nachdem sie gefallen sind, von den Betreffenden selbst wohl als zu weitgehend betrachtet wurden. Besonders Weibel war es — bei aller Freundschaft für ihn und unsrer langjährigen Kampfgemeinschaft muß ich das aussprechen — besonders Weibel war es, der den harten Ton zuerst angeschlagen und der durch seine Erklärungen und durch seine Artikel die Meinung in weiten Kreisen in und außerhalb der Partei erregt hat, als wären Dinge vorhanden, die ein gemeinschaftliches Weiterarbeiten überhaupt nicht mehr ermöglichen. Sie alle haben ihn ja gesehen. Sie wissen, welche Macht in ihm als Redner steckt. Als er hier erklärte, seit zwölf Jahren schlude er alle möglichen und unmöglichen Dinge hinunter (Weiterkeit), jetzt sei er voll zum Klagen, jetzt müsse er losgehen, koste es, was es wolle, da habe ich mir gesagt

Zum Weibel noch mal, was ist dem guten August in den Weib gefahren? (Heiterkeit.) Er hat erzählt, daß ihm eine Laus über die Leber gelaufen ist; das mag ein sehr unangenehmes Gefühl sein (Große Heiterkeit), aber dafür können wir doch nichts. (Erneute Heiterkeit.) Ich habe gefragt: was ist denn geschehen? Seit zwölf Jahren ist das Sozialistengesetz aufgehoben. Wir haben 90, 93, 98 und jetzt in diesem Jahre den geradezu großartigen Erfolg gehabt, die Partei hat sich in einer Weise entwickelt, daß sie geradezu als mustergiltig von der Sozialdemokratie der gesamten Welt angesehen wird, wir haben Angriffe auf uns — ich erinnere an die Zuchthausvorlage — glänzend abgeschlagen, trotz unserer geringen Zahl haben wir im Reichstag bei Kulturfragen, wie bei der lex Heinke, die Führung an uns gerissen, wir haben die Interessen des Volkes in einer Weise wahrgenommen, daß über drei Millionen bei der letzten Wahl ihre Stimme für uns abgegeben haben, und alles dies soll nichts sein? Alles dies sollte nicht dafür entschädigen, daß wir so manches haben hinunterschluden müssen? Aber es ist ja eine menschliche Eigenschaft, man muß schluden, sonst kann man nicht leben. (Heiterkeit.) Und glauben Sie denn, daß nur der eine geschludt hat? Ach nein! Gewiß sind Dinge passiert im Laufe der Jahre, die bald dem einen, bald dem andern nicht gepaßt haben. Je mehr wir werden, je größer die Zahl derer ist, die zur Wahrnehmung der Arbeiterinteressen an verantwortungsvolle Posten gestellt werden, desto selbstverständlicher ist es doch, daß unter dieser immer größer und größer werdenden Zahl auch Personen sind, mit denen man nicht immer einverstanden ist. Ich wüßte nicht, wie es ermöglicht werden sollte, daß sich unter uns nicht verschiedene Temperamente geltend machten. Wenn die Personen und Temperamente unbequem werden, nun, dann ist es unsre Sache, zu sagen: Lieber Freund, bis hierher und nicht weiter! Damit bin ich einverstanden. Aber zu sagen, daß man so viel habe schluden müssen, daß man es gar nicht mehr aushalte, das halte ich für eine recht starke Übertreibung. (Lebhafte Zustimmung.) Nur wurde aber im Anschluß daran gesagt: „Ja, aber dieser Bernstein!“ Der neue Messias wurde er genannt, wie ja überhaupt biblische Bilder und Wendungen in dieser Debatte vielfach angewendet wurden. Der Geburt und dem Geschlecht nach könnte er ja ein Messias sein (Stürmische Heiterkeit), aber wenn ihm der Beruf zu irgend etwas fehlt, ist es der zu einem Messias. Ede Bernstein ist ein alter treuer Kampfgenosse, mit dem ich zu allen Zeiten und auch heut noch Schulter an Schulter stehe, aber an menschlichen Gebrechen fehlt es ihm wahrlich auch nicht. Eins seiner größten Gebrechen ist, mit einer Tapprigkeit, die geradezu wunderbar ist, immer daneben zu hauen. (Große Heiterkeit.) Wenn Bernstein wirklich der Messias und Führer der Revisionisten ist, dann können Sie ruhig schlafen (Heiterkeit), er sorgt schon dafür, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. (Erneute Heiterkeit.) Nun sagte Weibel, er halte es für seine Pflicht, wieder einmal vor die Massen zu treten und als Konsul dafür zu sorgen, daß das Wohl des Staates — in diesem Falle der Sozialdemokratie — keinen Schaden erleide. Er meinte, er wolle der Sache die Schelle umhängen, damit man weiß, woran man ist. Ich halte es nicht für nötig, daß die Konsuln unter das Volk treten und es warnen. Wir haben einen Wahlkampf hinter uns, auf den wir stolz sein können. Wir haben diesen Kampf gekämpft Schulter an Schulter (Zustimmung), Revisionisten und Radikale haben sich gegenseitig unterstützt. Als der Kampf erstoch, da kamte man von diesen angeblichen Gegenjagen nichts (Lebhafte Zustimmung), da waren sie gänzlich verschwunden, und speziell Weibel, dessen wunderbare Energie und Fähigkeit wir ja alle anstaunen und deren wir uns freuen, hat unbekümmert um Revisionisten und Radikale überall gewirkt und in glänzender Weise gewirkt.

Was ist denn geschehen, daß das Vaterland nun auf einmal in Gefahr sein soll und daß eine derartige Aufregung in unsre Kreise hineingetragen wird? Ich habe den Wahlkampf nicht mitgeführt, weil mein Gesundheitszustand das

nicht erlaubte. Aber mit meinem Fühlen und Denken, mit meinem Herzen und Verstand war ich dabei, und als am Abend des Wahltages von allen Seiten in München, wo ich damals war, die Siegesnachrichten eintrafen, da habe ich mich gefreut wie nur einer, und es tatsächlich für unmöglich gehalten, daß uns wenige Wochen später zugerufen werden kann: Wir müssen der Sache die Schelle anhängen, wir müssen das Volk aufrufen, damit es wach bleibt gegen diejenigen, die es von den bisherigen bewährten Grundfällen abbringen wollen. Nein, Genossen, ich begreife nicht, zu welchem Zweck alle diese Aufregung? Man hat unter andern auch von Millerandismus, Zaurèsismus und wie diese Namen alle heißen, gesprochen. Das viele Drimbamborium, das da gemacht wird, um sich für die französischen Genossen die Köpfe zu zerbrechen, verstehe ich nicht. Ich war mit auf dem Internationalen Kongreß in Paris, ich habe im Namen der deutschen Delegation sprechen müssen. Und zu was habe ich gesprochen? Zur Resolution Kautsky in der Ministertage. Kautsky und andere hatten die Resolution gemacht, von mir ist nicht eine Silbe darin, ich gehe an so gefährliche Unternehmungen nicht heran (Heiterkeit), wenn ich weiß, daß Genossen da sind, die es besser verstehen. Ich sprach unter dem Beifall der sämtlichen Delegierten und Kautskys, der der Vater der Resolution ist und der mir erst den Leitfaden an die Hand gegeben hatte für meine Rede. Kautsky freute sich, daß der alte Auer sich auch diesmal wieder so gut durchgedreht hatte. Es war unter den Delegierten in Paris nicht ein einziger, der eine Stellung eingenommen hat in dieser Frage, wie sie nachher aus Gründen, die ich hier nicht erörtern will, sich herausgebildet hat, so daß man jetzt schon tatsächlich als ein sehr zweifelhafter Genosse betrachtet wird, wenn man nicht in der Ministertage Millerands eine Schandtat sondergleichen und in Zaurès einen Mann erblickt, der infolge seiner revisionistischen Neigungen die Partei vom Massenbewußtsein hinweg und ins bürgerliche Lager hinüberführen will. Ja, das hätte man damals in Paris sagen sollen. Dann hätte ich wahrscheinlich nicht geredet und dann brauchte jetzt auch nicht der Vorwurf erhoben zu werden. Wenn aber Kautsky damals in der Frage anderer Meinung war wie heute, dann darf er doch den Leuten keinen Vorwurf machen, die heute noch so denken wie er damals. (Sehr gut!) Es ist das Wort gefallen, daß sich Symptome bedenklicher Art in der Partei geltend machen. Ich weiß nicht, worin diese Symptome bestehen. In der Diskussion ist bisher nur eins davon angeführt, nämlich die Revisionisten in der Fraktion sollten durch die letzte Wahl bedeutend gestärkt sein und es soll die Gefahr nahe liegen, daß jetzt das Grotchen vom Jugendpfade abweichen könnte. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob einer unter uns ist, der den neugewählten Abgeordneten schon ins Herz geschaut hat. Man kann doch nicht so schamlos behaupten, daß die Revisionisten im Verhältnis stärker in der neuen Fraktion vorhanden sind, als in der alten. Diese Behauptung, wenn sie ein Wechsel wäre, würde ich nicht unterschreiben. Warten wir es ruhig ab. Das können wir ruhig abwarten. Wir werden ja sehen, wie die Dinge sich entwickeln, und ich glaube deshalb, daß auch dies Symptom kein Anlaß sein konnte zu den Szenen, die wir erlebt haben.

Aber nun zur Sache selber. Woran erkennt man denn den sogenannten „Revisionisten“? Wie sieht denn ein solches Exemplar aus? (Heiterkeit.) Zeigen Sie mir doch bitte einmal ein. Ich habe noch keinen gesehen, und aus den verschiedenen Urteilen und Angaben über die sogenannten Revisionisten ließ sich bis in die neueste Zeit auch nicht genau erkennen, was das Merkmal eines Revisionisten ist. Wer und was ist ein Revisionist? Das ist die Preisfrage. (Heiterkeit.) Und ehe wir weiter gehen, ehe wir die einschneidendsten Beschlüsse fassen — ich will vom Stuhl vor die Tür setzen noch nicht reden — ist es Pflicht, darüber klar zu werden: Was haben wir von Parteitwegen unter den Revisionisten zu verstehen?

Eine Zeitlang hat es auf mich den Eindruck gemacht, als ob unter den Revisionisten jeder zu verstehen sei, der gegen den einen oder den anderen Punkt unseres Erfurter Programms leise Zweifel äußerte. Es schien eine Zeit lang so, als wenn die Kritik das Merkmal eines Revisionisten sei. Nun haben wir aber hier die kühnen Erklärungen über die Beschränkung der Kritik und Meinungs-freiheit gehört, daß diese Annahme nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Was ist nun noch übrig geblieben? Zwei Dinge habe ich herauszufinden vermocht aus allen den vielen Artikeln und Neben als besondere Merkmale der Revisionisten. Einmal wird ihnen vorgeworfen die Aufgabe, die Verleugnung des Klassenkampfcharakters, und zweitens die Ueberbrückung des Gegenfases zu den bürgerlichen Parteien, die Angliederung der Sozialdemokratie an den linken Flügel der bürgerlichen Demokratie. Alles andre, was bisher geredet worden ist, von allem Persönlichen ganz abgesehen, kommt nicht in Betracht. Wer es besser weiß, mag es aussprechen. Ich konnte nur diese beiden Punkte herausfassen. Wenn das aber wahr ist, daß man die Angliederung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei an die bürgerlichen Parteien herbeiführen, daß man die Selbständigkeit der Partei opfern und sie zum Gliede der bürgerlichen Linken machen will, erkläre ich offen heraus: wer solcher Bestrebungen sich schuldig gemacht hat und überführt ist, der hat allerdings die Absicht, offenen Parteiverrat zu begehen. (Sehnsüchtige Zustimmung.) Ich bin auch als Revisionist bezeichnet worden, ich erhebe aber Protest gegen derartige Unterstellungen. (Wiesaches Sehr richtig!) Wer von mir behauptet, daß ich Revisionist in dem Sinne bin, wie es sich nach und nach herausfacht aus allen den Diskussionen, wer mir dies nachsagt, der verleumbet mich in elendester Weise. (O Ihre ruft: Der verleumbet uns alle!) Ich habe kein Recht, für andre zu sprechen, ich spreche nur für mich. Auf das Gerücht, daß da gewissermaßen in der Fraktion eine besondere Organisation vorhanden wäre, gehe ich nicht ein.

Wer aber mir gegenüber behauptet, ich gäbe das Massenbewußtsein auf als notwendigste Grundlage für unsere Bewegung, als Basis, auf der wir stehen und auf der allein wir unsere Erfolge erzielen können, der kennt mich entweder nicht oder, wenn er mich kennt, so verleumbet er mich. Nun erit gar der Anschluß an die bürgerliche Linke! Das sagt sich so, und gewiß sind wir in unserem Parteileben auch schon einmal mit Elementen der bürgerlichen Linken zusammengegangen; das ist z. B. 1887 vorgekommen bei den Wahlen, nach der Auflösung, wo tatsächlich vereinbart worden ist, sich den gegnerischen Bestands zu sichern usw. Das sind Dinge, die in Ausnahmefällen passieren können und die sich aus der Situation ergeben, und es wäre ein schlechter Parteiführer, der unter den gegebenen Verhältnissen nicht die notwendigen Mittel brauchte. Aber eine Angliederung! Ich will nicht davon reden, an wen wir uns denn angliedern sollen. (Heiterkeit.) Ich will auch nicht raten, sich mit Herrn Raumann zu verständigen und ihm zu sagen, er möge uns in einem Jahre mitteilen, wie es ihm bei der von ihm vollzogenen Angliederung gegangen ist. (Heiterkeit — Sehr richtig!) Ich glaube, wir würden da ein abschreckendes Beispiel erleben. Es ist aber auch nichts von alledem wahr, es heißt unsere ganze Bewegung vollständig verkennen, wenn man glaubt, daß wir uns mit den bürgerlichen Parteien in irgend einer Weise verbinden könnten. Unsere Stärke liegt im Massenbewußtsein und in der Klasse, aus der wir unsere Anhänger rekrutieren. (Zustimmung. Aulse: Sehr richtig!) Das wurde mir in drastischer Weise klar, als ich als junger Parteigenosse nach Hamburg kam. Was war dort bei den Wahlen das wirksamste Mittel, um Stimmen für uns zu gewinnen? Es war die Frage: Au segg mal, büst du nich oof 'n Arbeiter? — Ja. — Denn müßt oof een Arbeiterkandidaten wählen. — Ueber die Begriffe: Ebernes Lohngesetz, Mehrwert-Theorie usw., die ja ihre große Bedeutung haben, ist viel schwerer zu reden; die einfache Rede vom Arbeiterkandidaten geht dem Arbeiter viel mehr zu Herzen. Das Wort „Arbeiter-

Kandidat“ haben wir in jenen Jahren in Süddeutschland noch gar nicht gekannt, ich habe es erst in Hamburg kennen gelernt. Da ging es mir so nach und nach auf, was es heißt: „Massenbewußtsein“, was es heißt, die stärkste, zahlreichste Klasse im Staatswesen zu verbinden, zu vereinigen und für das, was sie an materiellen Nachmitteln nicht hat, an moralischen Nachmitteln in die Waagschale zu werfen. Deshalb erkläre ich nochmals: wer behauptet, daß uns, den sogenannten Revisionisten, und speziell mir das Massenbewußtsein abhanden gekommen sei und daß ich die Neigung habe, mich den bürgerlichen Parteien anzuschließen und mit linkem Flügel zu spielen, der hält mich wirklich für dümmere, als ich bin. (Sehr gut!)

Nachdem nun aber feststeht, was als Revisionist bezeichnet wird und was ihn als solchen kennzeichnet, kommen wir allerdings zu der Frage: Wer ist denn eigentlich nun unter uns Revisionist? Für mich lehne ich es ab. Die übrigen Genossen, die bisher gesprochen haben und dieser Sache beschuldigt wurden, lehnen es ebenfalls ab. Eine offizielle Proskriptionsliste ergibt noch nicht, ich kenne sie nicht, aber Namen sind allerdings schon genannt worden in der Parteipresse. Sie begreifen, daß das unangenehm ist, selbst als einer von denen bezeichnet zu werden, denen die Schellen angehängt werden sollen, die hinaus müssen aus unserer Partei, weil sie darin den Frieden stören. Das ist mir passiert. (Unruhe.) Unser Königsberger Partei-Organ hat die Frage aufgeworfen: „Wie wollen wir aus diesem Zustande herauskommen, so kann es nicht weiter gehen“, und hat vorgeschlagen, man solle durch Urabstimmung entscheiden, wer von diesen Personen in der Partei bleiben kann und wer nicht. Ich will über die Urabstimmung nicht reden, sie ist bei unserer Organisation gar nicht möglich. Aber wie diese Dinge doch draußen in der Provinz wirken, dafür nur ein Beispiel: Dem Dortmunder Partei-Organ, das die Arbeiterinteressen rücksichtslos und, wie ich auch sagen kann, geschickt vertritt, ging der Vorschlag des Königsberger Blattes doch gegen die Schnur und es warf die Frage auf, die ich jetzt auch mit aufwerfe: Wer sind denn eigentlich die Revisionisten? Ehe wir sie hinauswerfen, müssen wir sie doch kennen. Das Organ sagt dann: „Sollen David, Feine und Bollmar als Opfer fallen oder auch ihre Anhänger Dreesbach, Kolb, die Genossen von der Breslauer Redaktion oder schließlich alle, die mit den sogenannten Revisionisten sympathisieren? Denn auch Auer rechnet sich zu den Revisionisten. Welch ein Gedanke aber ist es, gegen einen Veteranen wie Auer mit einem Ausschlußantrag vorzugehen!“ Ich bin der Redaktion ja sehr dankbar für die gute Meinung, die sie da ausspricht, aber es wird in der Partei die Frage, wer hinausgeworfen werden soll, diskutiert. Da sind David, Feine und Bollmar — Bernstein ist noch gar nicht dabei, ebenfalls Schüppel und andre, die ebenfalls nach ihren verschiedenen Artikeln in Betracht kämen. Ich weiß überhaupt nicht, wo die Grenze gemacht werden soll, besonders wenn unter den neuen Abgeordneten die Mehrzahl ebenfalls revisionistisch sein soll. Das sind doch schließlich Dinge, welche wirklich diejenigen, die in dieser Beziehung den Vorlauf führen, zu der Frage veranlassen sollte: geht das nicht zu weit?

Parteigenossen, man hat uns gesagt: „Es muß Farbe bekannt werden!“ Ja, zum Teufel auch, gewiß muß Farbe bekannt werden! Aber haben wir denn nicht Farbe bekannt erst im letzten Wahlkampf? War es denn richtig daß wir „vertuscht“ und „Komödie“ gespielt haben in dem Augenblick, wo die Partei die Fahne entfaltet hat und wir alle in den Kampf gezogen sind? Wer das behaupten kann, der muß sich in dem Moment, wo er so etwas behauptet, doch seiner Worte und ihrer Tragweite nicht voll bemußt gewesen sein. (Sehr richtig! und Unruhe.) Mit welchem Recht darf man solche Vorwürfe erheben? Seit 35 Jahren gehöre ich jetzt schon halb der Partei an, eine ganze Reihe von Kämpfen habe ich in ihr mitgemacht, immer war ich mit dabei, wenn es möglich war, wo es galt, für die Partei und ihre Interessen einzutreten. Ich habe mich

nie gescheit, Sozialdemokrat zu sein und als solcher bezeichnet zu werden. Unser Programm ist veröffentlicht worden, Tausende von Reden sind gehalten worden, Tausende von Zeitungen gehen jeden Tag hinaus, im Reichstage und in fast allen Parlamenten der Einzelstaaten haben wir unsere Vertreter. Wollen wir diesen Genossen vorwerfen, daß sie bisher nicht Farbe bekannnt haben? (Sehr gut!) Der Gedanke, daß so etwas möglich wäre, daß jemand ernsthaft den Vorwurf erheben könnte, die Partei habe bis jetzt Komödie gespielt, dieser Gedanke ist mir einfach unfassbar, den Gedanken muß ich zurückweisen, und ich glaube auch nicht, daß einer unter uns ist, der ihn ernsthaft aufrecht erhalten kann. (Bravo!) Wenn Komödie gespielt worden ist, dann müssen doch auch Komödianten vorhanden sein, dann nenne man doch diese Komödianten und sage, bei welcher Gelegenheit sie Komödie gespielt haben. Wenn die Partei bis jetzt nicht Farbe bekannnt hat, woran liegt es denn? Dann müssen doch diejenigen, die sich uns gegenüber hier in diesem Saale mit Zug und Recht als Führer der Partei bezeichnet haben, die diese Komödie aufgeführt haben. Ich bestreite, daß so etwas vorgekommen ist. Ich weise den Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurück und sage deshalb: wenn das geschehen ist, heraus mit der Sprache und nicht allgemeine Behauptungen, dann verlange ich Namen und Tatsachen! (Vielsache Zustimmung.) Nun ist es ja richtig, daß unter uns verschiedene Leute, verschiedene Temperamente sind, daß verschiedene Geschicklichkeit bei den einzelnen vorhanden ist. Es ist auch gewiß richtig, daß der eine oder andre vielleicht nicht so absolut zuverlässig ist als wir wünschen, daß wir es alle sein sollen. Wenn nun wirklich diese Meinung vorhanden ist, wenn man glaubt, daß die Konfusen wieder einmal wachen müssen für das Wohl des Landes, dann verlange ich im Partei-Interesse, daß dieses Wachen, diese Warnung, diese Kontrolle ausgeübt wird zur angebrachten Zeit. (Zustimmung.) Und wenn ich gegen die Injanzierung der ganzen Geschichte, die uns hier beschäftigt, mit vollem Rechte einen Vorwurf erheben kann, so ist es der, daß man diese ganze Sache zur denkbar ungeschicktesten und ungeeignetsten Zeit in Anregung gebracht hat. (Weisfall.) Wenn wir der Fraktion nicht mehr trauen dürfen, wenn wir glauben, daß in derselben unsichere Kantontisten sind, war es da nicht an der Zeit vor der Wahl, in der Fraktion selber, in dem Kreis der Beteiligten, hinzutreten und zu sagen: „Hört einmal, Kinder, so und so sieht es unter uns, wir wollen einmal Musterung halten. Das wäre am Platze gewesen, und wenn man auch mir gesagt hätte: „Nieber Nazi, Du bist ein ganz prächtiger Kerl, aber Du tätest uns einen Gefallen, wenn Du die Tür von draußen zumachtest“, ich gebe Ihnen mein Wort, es hätte mir weh getan, aber wenn es mir nicht bloß von einzelnen Personen, sondern von den maßgebenden Kreisen gesagt worden wäre, ich hätte wahrhaftig nicht danach geizigt, wieder ein Mandat zu bekommen. Ich kenne die Annehmlichkeiten des Reichstages; seit 27 Jahren bin ich mit Unterbrechungen Mitglied, und selbst die Aussicht, demnächst Diäten zu bekommen (Große Heiterkeit), hätte mich nicht betrogen, mich an das Mandat anzuklammern. So wie ich von mir Ihnen diese Versicherung gebe, so hätten, glaube ich, alle gehandelt, die in Betracht kommen. Ein Vergnügen ist es wahrhaftig nicht, Reichstags-Abgeordneter zu sein. (Sehr richtig!) Und das, was für die alten Abgeordneten, gilt doch auch für die Kandidaten, für den neuen revisionistischen Zuwachs. Wenn deshalb irgend ein Fehler gemacht worden ist — möglich; ich weiß es nicht, daß der eine oder andre besser nicht mehr an verantwortungsvollster Stelle stände (Unruhe), das ist die persönliche Ueberzeugung des einzelnen, und das Recht, sie auszusprechen, räume ich jedem ein, — so kommt doch diese Warnung nicht zu der Zeit, wo sie am Platze gewesen wäre bei gegebenem Anlaß, sondern bei möglichst ungeschickter Gelegenheit. Das ist es, was ich für falsch halte. (Sehr richtig!) Es kommt hier noch ein andres in Betracht. Wir sind eine demokratische Partei, und es ist hier viel

geredet worden von den Beziehungen zur Volksseele, zur Masse. Man hat uns ins Gesicht geschleudert, daß wir diese Beziehungen zur Volksseele wahrcheinlich insolge unsrer gehobenen Lebensstellung verloren haben. (Große Unruhe.) Das mag sein, wie es will, aber das eine will ich sagen: Da man weder die Massen, noch die Personen zur rechten Zeit gewarnt hat, so bedeutet es ein Miskachten der Volksseele und des Massengeistes, diese Masse ungewarnt ins Treffen zu schicken, auf die Schänge zu rufen, so die Tausende und Hunderttausende für die einzelnen Personen sich abmühen und sie wählen zu lassen, nachher aber gewissermaßen zu sagen: Da habt Ihr Euch aber vollständig vergriffen, der Kerl taugt nichts. (Weisfall.) Das nenne ich in vollem Umfange ein Wortes einen Mangel an Respekt vor dem Volksgeist. (Sehr richtig!) Ich, der angebliche Revisionist, der Churiter und was ich sonst noch alles für angenehme Eigenschaften habe (Heiterkeit), ich würde so etwas nicht tun, ich hänge mich vor der Volksstimme, ich sehe in ihr das für mich Entscheidende und Maßgebende.

Daß „Revisionisten“ unter uns sind, das wissen wir. Und was ist in dieser Beziehung möglich? Der sklimme Mensch, Wolfgang Heine, er ist am Sitze der Parteileitung, am Sitze der deutschen politischen Intelligenz (Heiterkeit), im großen Berlin gewählt worden mit vielen Tausenden von Stimmen! Es hätte doch nahe gelegen, eine solche Wahl zu verhindern, wenn sie wirklich so gefährlich gewesen wäre. (Sehr richtig!)

Vollmar hat schon durch eine Reihe von Zitaten nachgewiesen, wie im Laufe der Zeit zu verschiedenen Fragen eine verschiedene Stellung eingenommen worden ist, wie man manches, was man ursprünglich als ganz unmöglich und unzulässig betrachtet hat, nachher getan hat und zum Wohle der Partei getan hat. Er hat bei der Gelegenheit auch von den preussischen Landtagswahlen geredet. Auch ich möchte, um Ihnen zu zeigen, wohin man kommt, wenn man allzusehr den Schlagworten folgt, ein Beispiel aus der ältesten Zeit unsrer Parteigeschichte und eines aus neuerer Zeit anführen. Als 1874/75 die ersten Anregungen kamen, um die Vereinigung der beiden alten Fraktionen, der Eisenacher und der Lassalleaner, herbeizuführen, da waren unter uns sehr einflussreiche Genossen, die glaubten, daß diese Vereinigung ein Schritt sein würde. Bebel, der damals nicht in unserer Mitte sein konnte, sondern eine neumonakliche Gefängnisstrafe in Jwidau abzuhüßen hatte, gehörte zu denen, die gegen diese Vereinigung mit den Lassalleanern sehr schwere Bedenken trugen. Er schrieb uns einen Kassiber — offiziell durfte er wohl nicht schreiben aus dem Gefängnis — nach Hamburg, wo ich schon dem Parteiauschuß angehörte, einen achtzehn Seiten langen Brief. Der Brief enthielt ein förmliches Programm und zwar ein sehr detailliertes Programm und weiter die Bemerkung, daß, wenn wir dies Programm nicht als Grundlage zu den Verhandlungen mit den Lassalleanern nähmen und nicht alle seine wesentlichen Punkte anerkannten, dann könne er die Vereinigung nicht mitmachen, und wenn seine neun Monate am wären, so würde er die Fahne gegen diese Vereinigung erheben. (Bebel ruft: Hast Du den Brief da? Unruhe.) (Bebel: Ich möchte ihn einsehen.) Im Parteiauschuß war es Geib, der sagte: Na, so gefährlich ist es nicht. Liebknecht war ein entschiedener Vertreter der Vereinigung und wir Jungen stimmten natürlich zu. Wenige Monate, nachdem dieser Brief aus dem Gefängnis geschrieben war und der Vereinigungslongreß stattfand, war der eifrigste Wortkämpfer der Vereinigung Bebel. Als er aus dem Gefängnis heraus war, als er sah, wie die Dinge wirklich lagen, ging er in seinem Eifer sogar so weit, daß er außer den Lassalleanern vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein und den Eisenachern noch andre Gruppen mit in die Vereinigung einbezogen wissen wollte. Das ist kein Vorwurf, aber es zeigt, daß alles auf die Umstände ankommt, unter denen man eine Sache ansieht. Bebel sah abgeschlossen im dritten Jahre, erst auf der Festung, dann im Gefängnis. Auch er ist der menschlichen Schwäche unterworfen. Aber nicht er allein. Marx und Engels

schrieben damals einen Zirkulationsbrief nach Deutschland, der für Weiß, Mich, Bracke, Liebtnecht und andre bestimmt war, einen Brief, in dem sie direkten Einspruch gegen die Vereinigung erhoben unter dem Motiv, daß, was der Finesse und der Schlaueit des Dr. v. Schweiger nicht gelungen sei, nämlich die deutsche Arbeiterbewegung dem Berliner Marktplatz dienstbar zu machen, jetzt den — ich will das Prädicat, das dabei stand, nicht anführen — Genossen Hafencleber und Hasselmann zu gelingen scheine. Sie erklärten uns, sie erhoben Einspruch gegen die Vereinbarung, wenn wir auf diesen Einspruch nicht Rücksicht nähmen, so sähen sie sich um ihrer internationalen Stellung in der Arbeiterbewegung willen genötigt, öffentlich zu erklären, daß sie mit der Vereinigung nicht einverstanden seien. Später haben auch Marx und Engels eingesehen, daß sie sich geirrt hatten. Das zweite Beispiel sind die Differenzen in Bezug auf die preussischen Landtagswahlen. Was für schlimme Dinge glaubte man nicht von der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen für die Partei befürchten zu müssen. Es erschien damals eine Broschüre, deren Verfasser ich gleich nennen werde. An der betreffenden Stelle, an die ich denke, ist zunächst von der Dampfsubvention die Rede, bei der es sich nach der Ansicht des Verfassers nicht um eine neue Taktik handelte. Diejenigen, die an den Kämpfen über diese Frage teilgenommen haben, wissen übrigens, daß die Dinge doch etwas anders standen und daß die „alte Taktik“ damals sehr in Gefahr war. Die Gefahr war damals schon dieselbe wie heute, nur die Personen haben gewechselt. Damals focht zur Rechten Wollmar, zur Linken Bernstein und das Bestkind Webel stand in der Mitte gegen uns. (Weiterkeit.) Also die Personen sind andre, die Schlagworte aber genau dieselben wie damals. Die Broschüre fährt dann fort: „Bei dem jetzigen Streit aber handelt es sich um eine vollständige Aenderung der alten Taktik in der Partei, um eine Aenderung der Taktik, die eine Aenderung des Wesens der Partei bedeuten würde. Es handelt sich um die Weibehaltung oder Preisgabe des Klassenkampfstandpunktes (Hört! hört!), der uns von allen bürgerlichen Parteien trennt. Wir stehen hier vor dem entscheidenden Schritt, vor der Frage: sollen wir die alte sozialdemokratische Partei bleiben oder sollen wir den Rubikon des Klassenkampfes überbrücken und der linken Flügel der bürgerlichen Demokratie werden.“ (Hört! hört!) So stand es noch vor wenigen Jahren um die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Die Aufgabe der alten Taktik, des Klassenkampfstandpunktes, die Ueberbrückung des Rubikons und die Angliederung an die bürgerliche Linke sollten in Frage stehen; es sind das also alles dieselben Einwürfe, die auch heute wieder gemacht werden. Und wer hat diese Broschüre geschrieben? Es ist der alte Liebtnecht, der sie damals im Auftrag des VI. Berliner Wahlkreises geschrieben hat. Und dieselben Genossen, die diese Broschüre veranlaßten, an ihrer Spitze Zubeil, kämpfen jetzt für die Beteiligung an den Landtagswahlen. (Zubeil: Weil wir müssen!) Wenn die Dinge so ständen, wie es hier geschildert ist, wenn es sich um die Aufgabe des Klassenkampfstandpunktes und um die Angliederung an die bürgerliche Linke handelte, dann dürften Sie sich jetzt nicht an den Wahlen beteiligen. Ich führe dies Beispiel nur an, um ihnen zu zeigen, wohin man mit derartigen Prophegetungen kommt, mit der Auffstellung derartiger Grundsätze, die mit immerer Notwendigkeit nicht aufrecht erhalten werden können, weil sie vom Gang der Zeit und der Entwicklung über den Haufen geworfen werden. Ich will jetzt schließen. Das eine aber möchte ich doch noch sagen: Denken Sie, was Sie wollen von uns, aber den Vorwurf, daß ich das Klassenbewußtsein aufgeben, daß ich die Partei an die bürgerliche Linke verraten wolle, weise ich mit Entrüstung als elende Verleumdung zurück! (Lebhafter Beifall und Hände klatschen.)

Der Parteitag beschließt, sich zu vertagen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Wolff Hoffmann - Berlin: Als Genosse Timm in seiner Rede an einer Stelle ausführte, daß man mit dem Gedanken umgehe, Auer nicht mehr in den Vorstand zu wählen, trat Richard Fischer in erregter Weise vor und rief etwas in die Versammlung hinein, was unten nicht verstanden wurde. Ich hörte: „Streiten Sie doch nicht“ und etwas hinterher, was in dem Stund, der in diesem Augenblick herrschte, verloren ging. Nachher ist mir dann von einigen Genossen mitgeteilt worden — und Fischer hat es bestätigt — daß Fischer gesagt habe: „Läterow und Hoffmann, streiten Sie doch nicht!“ Es ist damit also ausgesprochen, daß wir beide gegen die Wahl der Genossen Auer etwas unternommen haben sollen. Es war bisher nicht üblich, Privatgespräche (Ala l-Rufe, Unruhe.) in irgend welcher Form belauschen zu lassen und weiter zu tragen. Ich hatte es aber für ganz selbstverständlich und für unsere Pflicht, daß, wenn wir auf dem Parteitag zusammenkommen und da die Neuwahl des Vorstandes vorzunehmen haben, daß wir uns auch über die Personenfrage zu unterhalten haben, das versteht sich ganz von selbst und ist unser gutes Recht, das ich mir nicht nehmen lasse. Ich habe also in Privatgesprächen mit Delegierten erklärt: Wenn die Sache wirklich so liegt, wie Webel gestern sagte und Auer es heute bestätigt hat, daß dann die Frage allerdings nicht so einfach sei. Auer hat vorhin bestätigt, daß er Briefe, die von Webel an ihn geschickt wurden, nicht gelesen hat. Wir sind der Meinung, daß man darüber nicht so leicht hinweggehen kann.

Singer fordert den Redner auf, im Rahmen einer persönlichen Bemerkung zu bleiben.

Hoffmann (fortfahrend): Ich habe also gesagt: Unter diesen Umständen muß man doch bedenken, ob die Zusammensetzung des Vorstandes so bleiben kann. Es wird behauptet, daß wir in Berlin bereits darüber gesprochen hätten, das trifft nicht zu. Die Berliner Delegierten haben erst heute eine Sitzung gehabt, in der festgestellt wurde, daß bisher über diese Frage nicht verhandelt worden ist. Es haben lediglich persönliche Gespräche stattgefunden und da habe ich erklärt, wenn Auer nochmals so gegen Webel vorgeht zum Gaudium der ganzen Welt und der bürgerlichen Presse wie in Hannover, dann könnte es ihm leicht passieren, daß der Parteitag anders darüber denkt. Das habe ich gesagt und das vertritt ich auch.

Webel: Zu der Angelegenheit, die der Genosse Hoffmann eben besprochen hat, habe ich vorläufig nichts zu bemerken. Ich habe uns Wort gebeten, weil im Laufe der Debatte wiederholt davon die Rede war, daß ich auf dem Lübecker Parteitag öffentlich erklärt haben soll, wenn man das ganze Badener Bändle in einen Sad stecke und in den Bodensee würfe, so wäre nichts verloren. Als ich das gegenüber dem Genossen Wolf bestritt, da sagte er, ich hätte es im Protokoll gestrichen. Ich antwortete ihm darauf, derartige Äußerungen streiche ich überhaupt nicht. Das ist ja auch klar. Solche Äußerungen werden naturgemäß sehr bemerkt, und sie zu streichen, wäre eine Dummheit. Es wurde dann der Zwischenruf gemacht, die Äußerung habe in dem Guttmannschen Bericht gestanden. Genosse Guttmann kam daraufhin zu mir und sagte mir, das sei nicht wahr, worauf ich ihm erwiderte: selbstverständlich — das konnte nicht drinstehen, weil ich es nicht gesagt habe. Gleichwohl ist es gefallen, aber privatim. Ich habe auf dem Lübecker Parteitage zu einem Genossen, mit dem ich über die Badenschen Zustände sprach, gesagt: „Na weißt Du, wenn man Guch Badenser von Mannheim bis Konstantz nehmen und in den Bodensee stecken würde, so würde das für die Partei kein großes Unglück sein.“ Der Genosse lächelte darauf und ich lächelte mit.

Stücklen: Genosse Timm sagte, ich hätte den Münchenern politisches Verständnis abgesprochen. Ich habe im Gegenteil gesagt, die Münchener sind keine Hammelherde, die ohne weiteres Wollmar nachläuft.

Richard Fischer - Berlin: Was die Erklärung Kolbs in Bezug auf das Protokoll betrifft . . .

Singer: Das gehört nicht in den Rahmen einer persönlichen Bemerkung.

Fischer (fortfahrend): Schön, dann werde ich das lassen. Nun zu **Adolf Hoffmann!** Würde es sich um ein Privatgespräch handeln über die Frage der Vorstandswahl, so wäre ich der letzte gewesen, der darüber ein Wort verloren hätte. Wie kam die Sache? Als Timm vorhin sagte, es seien Bestrebungen im Gange, um Auer herauszubringen, erhob sich dagegen Widerspruch und es fiel das Wort Lüge. Da bin ich vorgegangen und habe Timm zugerufen: Bleiben Sie bei Ihrer Behauptung! Es ist wahr! Und als das wieder bestritten wurde, da habe ich gerufen: Hoffmann und Täterow werden doch nicht so feige sein, das zu bestreiten! (Unruhe.) Nun, als die Delegierten in Berlin zusammen waren und noch niemand wissen konnte, was hier vorgeht, da hat **Adolf Hoffmann** schon gesagt: Wir werden mal sehen, ob wir in Dresden diesmal nicht im Ernst durchsetzen, was wir in Lübeck probiert haben! (Hört! hört! Bewegung. **Stadthagen** ruft: Das ist unwahr! Große Unruhe.) Wenn Sie sagen, das ist unwahr, so ist das noch kein Beweis. (**Stadthagen:** Haben Sie denn Beweise?) Wenn ich etwas behauptete, so ist es wahr. Darauf können Sie sich verlassen. (**Stadthagen:** Es ist doch unwahr!) Was Sie bestreiten, geht mich gar nichts an. Es sind Parteigenossen zu mir gekommen und haben gesagt, was ist denn los? Die Berliner gehen ja hier herum, um gegen Auer zu agitieren. (Hört! hört! Große Bewegung.) Darauf ging ich zu **Werner**, dem Vertrauensmann meines Wahlkreises, und fragte ihn, ob das wahr sei, denn ich habe es für unmöglich gehalten, daß die Berliner sich dazu hergeben, jemanden hinter seinem Rücken heimlich abzumuscheln. **Werner** sagte mir, daß das nicht wahr sei. Darauf ging ich zu dem, der mir die Mitteilung gemacht hatte und teilte ihm das mit, was **Werner** gesagt hatte. Er erwiderte mir, es hätten sich einzelne Berliner damit beschäftigt. Täterow zum Beispiel sei zu ihm gekommen und habe gesagt, man könne Auer nicht mehr brauchen, auch **Mollenbuhr** und **Bömelburg** kämen nicht in Frage, denn die seien schon zu hoch, es müßte einer aus dem Volke sein. (Hört! hört! Große Unruhe.) Ich hätte auch jetzt noch nichts gesagt, wenn man nicht diese Bestrebungen zu deden gesucht hätte mit der Behauptung, **Webel** und **Singer** seien damit einverstanden. (Lebhafte Bewegung. Hört! hört!) Ich ging darauf zu **Singer** und der hat mir erklärt, es sei selbstverständlich eine Gemeinheit, ihm so etwas zuzumuten. (Bravo!) Und nun frage ich, ob Sie das noch bestreiten wollen. (Rufe: Das ist einfach unwahr. Langanhaltende Unruhe.)

Singer: Wir kommen wieder in eine Erregung und Stimmung hinein, in der Verhandlungen nicht möglich sind. Ich bitte, daß die persönlichen Bemerkungen ruhig angehört werden. Die Genossen, deren Namen hier genannt sind, müssen uns doch das sagen, was sie zu sagen haben. (Sehr richtig!)

Adolf Hoffmann: Ich stelle hier vor den Berliner Delegierten, vor den Mitgliedern des Parteivorstandes **Wengels** und **Eberhardt**, fest, daß ich am Abend, wo die Berliner Delegierten zusammenkamen — die einzige Sitzung, die sie überhaupt zum Parteitag gehabt haben — in einer Fraktionsitzung im Rathaus gewesen bin. Das werden mir **Singer** und **Stadthagen** bestätigen. Zu der Delegiertenversammlung kam ich ziemlich am Schluß, als zur Wahl des Vorstandes, der Revisionen usw. bereits Stellung genommen war. Ich bin also gar nicht dabei gewesen. Das ist die erste Unrichtigkeit. Die zweite Unrichtigkeit ist, wenn uns Agitation hinter dem Rücken der Personen vorgeworfen wird. Gewiß, ich habe mit **Täterow** gesprochen. Er fragte: Wer? Ich sagte: Ja, ich weiß auch nicht, wen wir vorschlagen sollen, das muß überlegt werden, da müssen wir zusammen-

kommen. Man hat von einem derartigen Privatgespräch etwas aufgefangen und will Stimmung machen.

Täterow: Ich habe an der Zusammenkunft in Berlin nicht teilgenommen, es kann also keine Rede davon sein, daß so etwas unter den Delegierten vorgekommen ist. Im Gegenteil, ich habe für Auer von jeher eine ziemlich hohe Achtung gehabt . . .

Singer: Sie können im Rahmen einer persönlichen Bemerkung sich nur gegen das wenden, was **Fischer** gegen Sie gesagt hat.

Täterow (fortfahrend): Es muß mir doch gestattet sein gegenüber den Angriffen **Fischer's**. Ich bestreite nicht, daß ich mit Delegierten darüber gesprochen habe, aber ich habe keineswegs behauptet, daß **Webel** oder sonst jemand das wünscht. Ich wünschte gar nicht, wie ich dazu käme. Ich habe auch nicht gegen Auer gesprochen, sondern ich habe seine Tätigkeit anerkannt, und in Hannover, als Auer einige Stimmen weniger bekam, gehörte ich sogar zu denjenigen, die die Sache gegen Auer nicht mitmachten. Wir sind zusammen gewesen und da ist unter anderem auch die Frage angeregt worden — das wird mir **Stadthagen** bezeugen können — und da haben wir gesagt: Bevor nicht Auer Stellung genommen hat, kann überhaupt über die Sache nicht gesprochen werden. Gerade ich war es, der das gesagt hat. Das Recht, darüber zu sprechen, wird man mir doch nicht verwehren wollen. Das Gegenteil wäre heuchelei.

Singer: Da **Fischer-Berlin** meinen Namen genannt hat, so sehe auch ich mich zu einer persönlichen Bemerkung veranlaßt. **Fischer** hat erklärt, es wäre ihm mitgeteilt worden, daß **Täterow** und **Hoffmann** davon gesprochen hätten, daß auch ich gesagt haben soll — (**Fischer** ruft: Ich habe nicht gesagt, daß **Täterow** und **Hoffmann** davon gesprochen haben!) — also der Genosse **Fischer** hat gesagt, daß ich, gleichgültig wem gegenüber, die Meinung geäußert hätte, es wäre mir angenehm und wünschenswert, daß Auer aus dem Parteivorstand herauskäme. Wer es auch sei, der eine derartige angebliche Äußerung von mir wiedergegeben haben sollte, der hat gelogen. (Lebhafter Beifall.) Es ist mir nie in den Sinn gekommen, irgend einem Menschen gegenüber direkt oder indirekt einen solchen Wunsch zu äußern. (Bravo!) Ich glaube, daß ich nicht nötig habe, in pathetischer Weise diese Versicherung zu verstärken, sondern daß es für alle diejenigen, zu seiner Kenntnis freiten. Es ist ganz gleichgültig, ob **Hoffmann** im Anfang der Sitzung da war oder erst gegen Schluß, es ist ganz gleichgültig, ob er es zu A oder B gesagt hat, die Tatsache steht fest, daß er nicht, wie er behauptet, erst durch den Zwischenruf Auer's, er habe die **Webelschen** Briefe nicht gelesen, zu seiner Stellungnahme veranlaßt ist. Man versuche doch nicht, aus meinen Behauptungen anderes zu machen, als was ich gesagt habe. Ich sage nichts, was ich nicht beweisen kann. (Widerspruch.) Ich wiederhole, daß ich nicht von den Berliner Delegierten gesprochen, sondern vorher ausdrücklich erklärt habe: Ich bin zu **Werner** gegangen, der hat mir erklärt, daß die Berliner Delegation nichts derartigen beschlossen habe, und diese Erklärung **Werner's** habe ich sofort meinem Gewährsmann mitgeteilt. Wenn man die Sache hier bestreiten will, so bemerke ich ferner, daß **Stübben**, **Grünberg**, **Ragenstein** und andre selbst diese Äußerungen gehört haben und zu mir gekommen sind.

Riepman-Verlin: Ich kann diese Sache, die ein gewisses Obium auf Verlin wirft, mit einigen Worten richtigstellen. Wie fast alljährlich, kamen die Berliner Delegierten vor ihrer Abreise zusammen, um die schwebenden Fragen zu besprechen und zu beraten, wenn sie als Kontrolleur vorschlagen sollten und wenn als Beisitzer für den Vorstand. Ich habe diese Vorschläge dem Genossen Auer im Namen der Berliner Delegierten zugesandt und eine Bestätigung dieses Briefes habe ich in Händen. In der ganzen Sitzung ist mit keinem Wort von Auer die Rede gewesen. Jede andre Behauptung ist eine unwahre. (Sehr richtig!) Ich weiß das am besten, denn ich habe den Vorstoß geführt. Läterow war überhaupt nicht zugegen, Hoffmann kam erst zum Schluß und die Diskussion betraf nicht den Genossen Auer, sondern die Frage der Revision. Wir kamen heute wieder zusammen und auch heute war von Auer keine Rede. Von bindenden Beschlüssen hat man abgesehen. (Zuruf: bindenden?) Es ist von einer Seite der Vorschlag gemacht, in Erwägung zu ziehen, ob man Auer wiederwählen solle, aber es wurde sofort von verschiedenen Seiten erklärt, wir können uns nicht binden, und fast alle erklärten, daß sie Auer wiederwählen. Hätte Fischer mich gefragt, dann wäre beim Parteitage diese Diskussion erspart geblieben.

Stadthagen: Ich kann nur vollinhaltlich bestätigen, was Riepman gesagt hat. Ich füge noch hinzu: Als wir heute aus ganz andrem Anlaß zusammenkamen, wurde von einer Seite Klage darüber geführt, daß angeblich Fischer von Kneipe zu Kneipe gehe und die Mär verbreite: die Berliner wollen nicht Auer, sondern Antrich wählen. (Hört! hört! Große Unruhe.) Es wurde gefragt, ob irgend jemand zu dieser Lüge Veranlassung gegeben habe, und freiwilbig wurde beauftragt, Fischer mitzuteilen, daß das Ganze Unwahrheit sei. Das ist ihm mitgeteilt worden, aber trotzdem hat er die Unwahrheit aufrecht erhalten. (Aufe: Sehr richtig! Richard Fischer: Ist nicht wahr!) Bitte, Sie haben gesagt, daß die Berliner Delegierten einen solchen Beschluß gefaßt hätten. Wir haben Fischer gebeten, die weitere Verbreitung solcher Unwahrheiten zu unterlassen. Sie haben aber gesehen, daß er genau das Gegenteil tut. (Große Unruhe.)

Bebel: Heute Vormittag, als ich in den Sitzungssaal trat, teilte mir Victor Adler in lebhafter Entrüstung mit: Du glaubst gar nicht, was auf diesem Parteitage für ungläubliche Gerüchte und Schwärzereien umherschwirren. (Sehr richtig!) Ich habe doch schon vieles erlebt, aber so was noch nicht. — Ich erwiderte ihm: Das begreife ich; davon habe ich auch schon gehört. Die Leute sind hüben und drüben sehr erregt und so erklärt es sich denn, daß, wenn einmal ein Wort fällt, sich das sofort weiter verbreitet und mit jeder weiteren Mitteilung an andre schlimmer wird. Nun hat sich Fischer auf Stücken, Kagenstein und Grünberg berufen. Ich glaube, er hätte mit leichter Mühe noch Hundert finden können, die ähnliches gesagt haben, weil ähnliches überall herumschwirrt. (Sehr richtig!) Das Gerücht, wobei auch ich eine Rolle spiele, ist mir bereits am Mittwoch früh mitgeteilt worden und zwar durch Wallfisch. Dieser trat in sehr lebhafter Erregung an mich heran und sagte: Hören Sie, Bebel, wissen Sie schon, daß man Auer absagen will? Und er gab seiner lebhaftesten Entrüstung Ausdruck. Ich sagte: Gehört habe ich von diesen Sachen, aber daß man ihn absagen will, ist ja Unsinn. Ich habe nur gehört, Auer wolle eine große Rede halten, er habe viel Exzerpte gemacht, und es wurde mir sogar darüber allerlei zum Teil geradzum Unsinnes mitgeteilt, und wenn er dann in ähnlicher Weise vorgehen würde, wie in Hannover, dann würde er einen gehörigen Dornzettel bekommen. (Sehr richtig.) Und da habe ich gesagt: Kinder, laßt mich aus dem Spiel, ich will mit der ganzen Geschichte nichts zu tun haben.

Hoffmann: Nach den Ausführungen von Bebel habe ich kaum noch etwas hinzuzufügen: Es ist festgestellt, daß in Berlin nicht darüber gesprochen worden ist, und was hier darüber gesprochen ist, ist auch festgestellt. Ich habe ja öffentlich erklärt, daß, wie die Situation liegt, ich persönlich der Meinung war,

daß ein Zusammenarbeiten zwischen Bebel und Auer nicht möglich sei, und da mir die Partei über der Person steht, hielt ich es in meinem Fall für meine Pflicht und mein Recht, so zu handeln.

Richard Fischer-Verlin: Ich will gegenüber Stadthagen nur bemerken: ich habe nicht behauptet, daß eine Konferenz der Berliner Delegierten den Beschluß gefaßt habe. Wenn Stadthagen von einem Kneipenlaufen meinerseits sprach, so hat er die Unwahrheit gesagt — gleichviel, ob er oder ein anderer sie erfunden hat. Die Ausführungen Bebels könnten vielleicht zu der Vermutung Anlaß geben, als ob ich Adler diese Mitteilungen gemacht hätte. (Bebel: Nein, nein!) So, dann ist dieser Punkt erledigt. Im übrigen kam ich nur wiederholen: So, dann ist dieser Punkt erledigt. Im übrigen kam ich nur wiederholen: was ich sonst erklärt habe, bezieht sich nicht auf Vorgänge in Verlin, sondern auf das, was in diesem Saale vorgegangen ist. Und für alles, was ich darüber behauptet habe, habe ich Gewährsmänner. (Unruhe.) Bestritten sind diese Bemerkungen zuletzt nur von Stadthagen, was bekanntlich keine Bestreitung ist. (Große Unruhe und Zwischenrufe.)

Stadthagen (Große Unruhe und Schluß!): Es ist nicht meine Schuld, daß ich noch einmal reden muß. Es ist uns heute nachmittag mitgeteilt worden, daß Fischer von Kneipe zu Kneipe gehe und das Gerücht über Auer verbreite. Darauf ist er ersucht worden, das zu unterlassen, weil das Gerücht nicht wahr sei. Ein wahrheitsliebender Mann hätte diesen Umstand mitgeteilt und den Parteitag nicht mit solchen Insanien aufgehalten. (Lachen und große Unruhe.)

Auer: Kinder, laßt doch genug sein des grausamen Spiels — das hält ja kein Viech aus. (Bewegung. Andauernde große Unruhe.)

Richard Fischer-Verlin: Ich bin bereit hier vor jeder Kommission und vor jedem Genossen zu beweisen, daß Stadthagen die Unwahrheit gesprochen hat, mit dem, was er zuletzt sagte. (Bewegung und Unruhe. Stadthagen ruft: Unerhört!)

Vorsitzender Singer verliest folgende

Erklärung.

Wie ich im Parteitage bereits erklärt habe, handelt es sich bei den gegen mich erhobenen Anklagen, soweit sie sich nicht auf meine um mehr als 20 Jahre zurückliegenden Angriffe gegen die Partei beziehen, durchweg um Anschuldigungen, die früher von bürgerlichen Gegnern gegen mich erhoben und von mir längst widerlegt worden sind. Auf einen Zwischenruf (Brief über Schönland) fügte ich hinzu, daß es sich auch bei diesem Punkt um eine von mir längst klar gestellte Angelegenheit handle, worüber ich, nachdem ich mir das urkundliche Material beschafft habe, einkunten folgendes erklären will:

Ueber die Differenzen, die im Jahre 1892 zwischen Schönland und mir bestanden haben, kann und will ich mich öffentlich nicht äußern, da Schönland tot ist und seine Auffassung nicht mehr der meinigen entgegengesetzt kann. Ich will aber feststellen, daß, als ich zu Garden der Herausgeber der „Zukunft“, noch auch Kimmell zahn kriegten, Garden weder Herausgeber der „Zukunft“, noch auch Gegner der Partei war, vielmehr als angehender Sozialdemokrat mit Schönland verkehrt hatte und mit mir befreundete. Jene Aeußerung bezeugt worden ist, und ganz andren Charakter, als ihr vor dem Parteitage beigelegt worden ist, und Schönland hat in ihr, als ich mich mit ihm über unsre damaligen Differenzen auseinandersetzte, niemals etwas andres gesehen, als den Ausdruck eines bestigen, aber nach Lage der Dinge begreiflichen Aergers. Diese Auseinandersetzung erfolgte bereits im Jahre 1895 oder spätestens 1896, was ich im Augenblick nicht genau feststellen kann. Als dann im Jahre 1899 Herr Garden mit meiner verletzenden Aeußerung über Schönland in der „Zukunft“ vom 4. März 1899 hervortrat, habe ich sofort erklärt in dem Anhang zu der am 16. desselben Monats ausgegebenen zweiten Auflage meiner Broschüre gegen Garden:

Seiber gelang es ihm (nämlich Herrn Harden), durch eine Reihe taktischer Angaben, mir den Glauben beizubringen, daß mein Kollege vom „Vorwärts“ (nämlich Schönlant) einen Verrat an mir begangen habe; es ist das einzige Mal, wo Herr Harden das Ziel seines edlen Strebens erreicht hat, und so aufrichtig mich die Latsche heute noch betrübt, so ist es mir wenigstens ein Trost, daß ich gegen keinen bürgerlichen Schriftsteller ungerecht geworden bin und der Fall sozusagen in der Familie geblieben ist. Ich revidierte ihn, sobald ich hinter Herrn Harden gekommen war, und fand, daß dieser Wiedermann mich geküßelt hatte. Ich erneuerte die freundlichen Beziehungen zu meinem Kollegen und habe auf seinen Wunsch schon seit Jahren gelegentlich Artikel für das Provinzblatt geschrieben, das er gegenwärtig leitet. Im vergangenen Sommer schrieb er mir, er sei stark überarbeitet und bäte mich um regelmäßige Unterstützung. Ich antwortete ihm: Von Herzen gern, aber Sie wissen, daß ich mich früher einmal von Harden gegen Sie habe aufhezen lassen; kommt dieser Drabe dahinter, daß wir gemeinsam arbeiten, so ist das für seine Elandalsucht ein gesundes Fressen. Mein Kollege hatte eine günstigere Meinung von Harden, und da er auf seinem Wunsch bestand, so habe ich von Mitte August vorigen Jahres bis Mitte Januar dieses Jahres eine Reihe von Artikeln für sein Blatt geschrieben.

Diese Darstellung ist bei Lebzeiten Schönlants erschienen, er hat sie nicht nur gelesen, sondern hat meine Broschüre auch in der „Leipziger Volkszeitung“ angezeigt, die erste Auflage in der Nummer 45 vom 23. Februar 1899, die zweite dann in Nummer 68 vom 17. März mit den Worten:

„Die zweite Auflage dieser Schrift ist um einen Anhang vermehrt, in dem Mehring das, was Harden in Nr. 23 der „Zukunft“ zu seiner Verteidigung gegen Mehrings Angriffe vorbringt, kritisch zerstückelt.“

In eben diesem Anhange findet sich die vorhin zitierte Stelle, die Schönlant aber getannt hat, ohne ihr zu widersprechen, wie er sich denn auch gleichzeitig zu dritten Personen, die ihn über die Sachen befragten, in dem Sinne ausgelassen hat, es handele sich um eine alte, seit langen Jahren zwischen ihm und mir ausgeglichene Differenz.

Von diesen mündlichen Äußerungen Schönlants mochte der Redner, der die Sache im Parteitag vorgebracht hat, nichts wissen; wohl aber war ihm der nur zwanzig weitgedruckte Seiten umfassende Anhang zur zweiten Auflage meiner Broschüre gegen Harden bekannt, da er ihn an einer andren Stelle seiner Rede erwähnt.

Leipzig, 18. September.

Franz Mehring.

Singer: Ich habe dem Parteitag noch eine Mitteilung zu machen, die seine Aufmerksamkeit erregen wird. Es ist mir mitgeteilt worden, daß nach Beobachtung einiger Delegierten Geheimagenten hier im Saale antwesend sind. Es sollen namentlich aus Leipzig solche Leute hier sein. Die betreffenden Leute werden vermutlich im Zuschauerraum sein, wir sind bei der Deffentlichkeit unserer Verhandlungen nicht gewöhnt, die Zuschauer nach der Legitimation zu fragen. Ich sehe deshalb von irgend welchen Maßnahmen ab, aber warnen möchte ich die Parteigenossen vor dem Verkehr mit fremden Leuten (sehr richtig!), das wird sehr nützlich sein, denn das Geschäft solcher Leute besteht darin, das, was sie privatim zu hören bekommen, zu einer großen Affäre aufzubauschen. Also hier ist Vorsicht am Plage.

Nach Verlesung einiger Glückwunsch-Telegramme wird die Sitzung um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr geschlossen.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend den 19. September. — Vormittags-Sitzung.

9 $\frac{1}{2}$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Eingelassen sind zahlreiche Begrüßungen.

Singer: Genosse Vorwärts-Charlottenburg bittet in einem längeren Brief, aus dem ich nur die entsprechenden Stellen verlesen will, dem Parteitag mitzuteilen, daß er sich der Erklärung von Bernhard, Göhre, Braun und Heine, in der Folge keine Artikel in der „Zukunft“ mehr erscheinen zu lassen, für seine Person nicht anschließe. (Hört! hört!) Er sagt: „Der Grund, weshalb ich für den erwähnten Artikel gerade die „Zukunft“ als Ort der Veröffentlichung wählte, bestand nicht, wie Genosse Bebel annimmt, in der besonderen Höhe des zu erwartenden Honorars, sondern in der Empörung über den unberechtigten Bevormundungsversuch, den ich in der am 3. März 1903 veröffentlichten Erklärung des Parteivorstandes erblickte, die nach meiner Empfindung weder der Würde der freien Schriftsteller, noch derjenigen der Partei entspricht, woran auch dadurch nichts geändert werden kann, daß der Parteitag sich der Meinungsäußerung des Parteivorstandes angeschlossen hat.“ (Hört! hört!)

Singer (fortfahrend): Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, müssen wir uns über die weiteren Dispositionen klar werden. Mit dem vorliegenden Punkt der Tagesordnung müssen wir heute unter allen Umständen zu Ende kommen. (Zuruf: Schon Vormittag.) Geschließt es Vormittag, um so besser. Ich habe Fürsorge getroffen, daß das Lokal uns morgen und Montag zur Verfügung steht. Die polizeilichen Anmelbungen sind erfolgt. Ich schlage also vor, für den Fall, den ich als sicher annehme, daß wir heute nicht zu Ende kommen, morgen weiter zu tagen und wenn es nötig ist, auch Montag. Im Anschluß an den Parteitag soll dann die Preußen-Konferenz stattfinden.

Lehmann-Mannheim: Ueber Montag hinaus kann der Parteitag doch nicht tagen. Ich möchte vorschlagen, daß wir heute eine Abend Sitzung abhalten.

Singer: Davon, daß wir über Montag hinaus tagen, war keine Rede. Werden wir heute fertig, nun gut. Das liegt ja in der Hand des Parteitages. Ich will nur unsere Geschäftsliste skizzieren und einen Beschluß herbeiführen, daß wir unsere Verhandlungen erst beendigen, bevor die Preußen-Konferenz stattfindet. Es liegt ja ganz in der Hand des Parteitages, seine Geschäfte so zu erledigen, wie er es für gut hält. Ich bin nur das Instrument des Parteitages.

Weiter bitte ich die Vorschlagsliste für die Wahlen des Vorstandes und der Kontrolleure mit Rücksicht darauf, daß die Druckerei morgen nicht arbeitet, innerhalb zwei Stunden auf dem Bureau niederzulegen. Endlich handelt es sich noch um die Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag. Es liegen hierzu zahlreiche Anträge vor, doch erledigt sich die Frage am einfachsten dadurch, daß jeder auf seinem Stimmzettel den von ihm gewünschten Ort schreibt. Wir können uns eine Diskussion darüber ersparen, denn die Diskussion besteht ja gewöhnlich nur darin, daß ein Vertreter der Anträge hier auftritt und sagt, es würde seinem Orte eine Ehre und Freude sein, den nächsten Parteitag begrüßen zu können. (Heiterkeit.) Wenn die Genossen sich privatim über den Ort verständigen, dann können wir nach meinen Vorschlägen verfahren. Dadurch würden dann die Anträge 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 123, 124, 125 und 135 erledigt sein.

Rittler-Heilbronn: Es scheint also die Absicht zu bestehen, Punkt 9 der Tagesordnung überhaupt nicht zu verhandeln. Verhält es sich so?

Singer: Wir sind immer so verfahren, daß Vorschlagslisten eingereicht sind und daß dann die Wahl erfolgt. Ich weiß nicht, ob die Genossen in diesem Jahre eine Diskussion wünschen. Früher fand über die Personen niemals eine

Debatte statt. Selbstverständlich ist der Parteitag souverän. Mein Vorschlag entsprach der bisherigen Gepflogenheit.

Kittler: Dann beantrage ich, den Punkt 9 diesmal zur Verhandlung zu stellen. Die Diskussion wird ja nicht lange dauern. Veranlaßt werde ich dazu durch das, was wir gestern gehört haben, was so hinter den Kulissen vor sich geht.

Leutert - Apolda: Ich bitte den Antrag Kittler abzulehnen. (Zustimmung.) Wir haben gestern abend schon gerade genug gesehen, wie weit wir mit solchen Debatten kommen.

Der Antrag Kittler wird abgelehnt.

Der Parteitag erklärt sich mit dem Vorschlage von Singer einverstanden.

Hierauf tritt der Parteitag in die Tagesordnung ein:

Fortsetzung der Beratung über die Taktik.

In der fortgesetzten Diskussion erhält zunächst das Wort

Kautsky: Zunächst einige persönliche Bemerkungen. Vollmar hat gestern geglaubt, das „Große Mißverständnis“ ernst nehmen und mich als den großen Parteipapst hinstellen zu müssen, der jeden Kezer braten lassen will, der es wagt, Kautskys Ansicht zu bezweifeln. Als Beweis hat er ein paar Bitate angeführt, die ich aber in keiner Weise als von mir geschrieben anerkennen kann. Sie sind dadurch zu stande gekommen, daß Vollmar ein Wort von mir genommen und ein andres von sich selbst zugelegt hat. (Hört! hört!) Ich soll gesagt haben: Das Anzweifeln solle verboten werden. Ich habe „anzweifeln“ geschrieben; „verbieten“ hat er hinzugefügt. (Hört! hört!) Damit aber die Genossen wissen, wie ich über die Meinungsfreiheit denke, will ich Ihnen eine Stelle aus meinem Artikel in der „Neuen Zeit“ vorlesen, von der ich annehme, daß sie Vollmar zu Grunde lag. Es heißt da: „Freilich Meinungsverschiedenheiten wird und muß es unter uns immer geben (Hört! hört!), und sie müssen dem Charakter unserer Partei entsprechend öffentlich ausgesprochen werden, aber die Meinungsverschiedenheiten dürfen nicht überhandnehmen. Wir haben für längere Zeit mehr als genug davon gehabt und können für ein paar Jahre unsere Selbstkritik reduzieren, namentlich, wenn es eine solche ist, bei der nichts herauskommt.“ (Sehr richtig!) Also von einem Verbot habe ich nicht gesprochen; ich wünsche nur, daß die Selbstkritik reduziert werde. Vollmar berief sich ferner auf meinen Artikel „Der Rückzug der Zehntausend“. Ich habe da ausgeführt, daß wir allerdings vom Staate Denkfreiheit fordern müssen, aber in der Partei müsse Einheitslichkeit herrschen. „Einheitslichkeit“ ist aber nichts andres als die Ansicht Kautskys, sagt Vollmar; damit verlangt Kautsky, daß alle Genossen seiner Ansicht sein sollen! Was habe ich nun in dem Artikel gesagt? Ich habe erörtert, daß das Problem der Denkfreiheit für Staat und Partei ganz verschieden ist. In den Staat werden wir hineingeboren, ob wir wollen oder nicht, er besteht aus Anhängern der verschiedensten Klassen und Parteien, von denen der Staat keine benachteiligten oder bevorzugten darf. Etwas andres ist eine Partei. Eine Partei ist ein Zusammenschluß von Gleichgesinnten, die dasselbe Ziel mit denselben Mitteln anstreben wollen. Verlangen, daß in einer Partei jede Richtung gebildet werden solle, heißt verlangen, daß die Sozialdemokratie offen stehen solle auch für Liberale, Konservative, Ultramontane. (Sehr richtig!) Nun hat Vollmar einen andren Satz von mir zitiert: „Die neue Methode ist aber nichts als Auflehnung gegen die Einheitslichkeit der Partei.“ Die neue Methode, — das ist in Frankreich die Bezeichnung für das, was bei uns Revisionismus genannt wird. Vollmar legt diesen Satz so aus: Einheitslichkeit der Partei ist die Ansicht von Kautsky, und Kautsky verurteilt die neue Methode deswegen, weil sie eine Auflehnung bedeutet gegen seine Ansicht. Was habe ich gemeint? Ich habe geschrieben, daß die neue Methode deswegen sich gegen die Einheitslichkeit der Partei auflehnt, weil

sie auflösend wirkt. „Das zeigt sich dort, wo sie, wenn auch nur auf kurze Zeit, in praktische Wirksamkeit tritt. Die Auflösung der Parteizentralen ist freilich nicht ihr Zweck — ihre Zwecke sind sicher die besten — wohl aber ihre Wirkung. In Frankreich wurde zunächst der sozialistische Minister außerhalb der Kontrolle der Partei gestellt. Dann kam der Kongreß von Lyon, der es ablehnte, eine Kontrolle über die Tätigkeit der Abgeordneten auszuüben. Damit wurde die Desorganisation auch in die Partei selbst hineingetragen. . . Jeder Abgeordnete sollte nur seinem Wahlkreis verantwortlich sein. Das ist nichts weiter als der reine Anarchismus, adaptiert den Bedürfnissen der Mandatsjäger.“ (Sehr richtig!) Das ist das, was ich unter Auflehnung gegen die Partei verstand und ich glaube, unter den Anwesenden wird es keinen geben, der nicht eine solche Auflehnung entschieden verurteilt. Andre Auflehnungen aber habe ich nicht angegriffen. Es muß mich also wundern, daß ein Mann wie Vollmar der von sich behauptet, daß er seine Worte genau abwäge, dazu kam, aus diesen meinen Worten einen Angriff auf die Denkfreiheit der Partei zu konstruieren. Vollmar hat sich dann aber auch genötigt gesehen, auf Gerüchte Bezug zu nehmen, die hier im Saale herumlaufen. Daß Gerüchte im Umlauf sind, ist bei einem so erregten Parteitag selbstverständlich. Es ist nur merkwürdig, daß diese Gerüchte von revisionistischer Seite in die Debatte hineingetragen und als eine höchst ernsthafteste Sache betrachtet werden. (Lebhafte Zustimmung. Stadthagen ruft: Es sind Verleumdungen! Seine: Der Käse die Schelle umhängen! Große Unruhe.) Ich kann doch nicht annehmen, daß es gerade die Käseität dieser Genossen ist, die sie veranlaßt, diese Gerüchte ernst zu nehmen. Es liegt näher, zu glauben, daß ein sehr starkes Raffinement dazu gehört. Diese Gerüchte sollen unter andern dahin gehen, wir hätten die Absicht gehabt, eine Fassung zu finden, die es einzelnen Genossen unmöglich machen würde, der Resolution zuzustimmen. Wir sollen die Absicht gehabt haben, auf diesem Wege diese Genossen aus der Partei hinauszudrängen. Wie lächerlich dieses Gerücht ist, beweist ja schon der Text unserer Resolution. Oder glauben Sie, daß es uns unmöglich gewesen wäre, die Resolution in dem Sinne zu fassen, daß wir diesen angeblichen Zweck erreicht hätten? Wenn wir das gewollt hätten, dann wäre es uns leicht gewesen, die Resolution zu redigieren. Unsere Aufgabe war eine ganz andre. Nicht einzelne Personen wollten wir treffen, sondern dem Parteitag Gelegenheit geben, sich gegen eine bestimmte sachliche Richtung auszusprechen. (Sehr richtig!) Das aber ist unser Recht und das lassen wir uns nicht nehmen. (Sehr richtig!)

Nun zum Thema selbst: Bei der Fassung der Resolution gingen wir von der Erwägung aus, daß es in der Partei zwei Tendenzen giebt, die einander entschieden widerstreben, in stetem Gegensatz zu einander sind. Das ist von Vollmar und Auer bestritten worden, aber wenn diese Genossen recht hätten, wenn hier wirklich nur persönliche Differenzen in der Diskussion zum Ausdruck kommen würden, dann würde der Parteitag dadurch aufs tiefste degradiert sein. Wir haben auf diesem Parteitage so erregte Szenen erlebt, wie nie zuvor. Wenn das nichts ist, als der Ausfluß persönlicher Hasses, dann ist dieser Parteitag dazu verurteilt, eine der niederdrückendsten und deprimierendsten Erinnerungen für uns zu bilden. (Lebhafte Zustimmung. Zuruf: Stimmt!)

Ich hoffe, daß dieser Parteitag dadurch gehoben werden wird, daß diese Leidenschaft nicht persönlicher Haß ist, sondern der leidenschaftliche Wunsch, dem Proletariat zu helfen, das Proletariat zu befreien. Weil wir alle diesen Wunsch haben, aber Differenzen haben über den Weg, der zum Ziele führt, deswegen sind wir so leidenschaftlich gegen einander gefahren und darum wird dieser Parteitag nicht den niederdrückenden Einbruch hinterlassen, den er sonst machen würde. Wenn Vollmar bestrittet, daß wirklich diese zwei Tendenzen bestehen, so muß ich gestehen, daß Kautsky in diesem Punkte tiefer gesehen hat. Er hat vollständig richtig den großen Gegensatz ausgesprochen, der hier besteht, wenn er ihn

auch etwas schief formuliert hat. Er hat gesagt, es sei der Gegensatz zwischen der Zusammenbruchstheorie und der Evolutionstheorie. Das ist etwas vage. Aber dieser Gegensatz hat einen richtigen Kern. Unsere bisherige Taktik ging dahin, daß wir immer rücksichtslos vorwärts drängten, daß wir dadurch die Gegensätze zu den herrschenden Klassen immer mehr erweiterten, die herrschenden Klassen immer mehr gegen uns erbitterten, daß wir mit jedem Zuwachs an Macht den Besitzenden immer mehr Furcht einflößten, daß sich die Konflikte immer mehr zuspitzten, so daß wir schließlich Zuständen entgegenbrängten, wo es eine große Entscheidung gilt, in der wir dann gezwungen sind, den Gegner niederzuwerfen und ihm die Macht abzunehmen. Das war unsere bisherige Taktik. Es giebt aber eine Reihe von Genossen, denen vor solchen Zuständen graut, die solche Konflikte zu mildern und darum heranzukommen suchen. Wenn wir darum herumkommen könnten, wenn es einen andern Weg gäbe, so würde es uns sicher allen recht sein. Niemand sucht den Konflikt um seiner selbst willen. Jeder sucht ihn nur als Mittel zum Zweck. Sind aber diese Konflikte in der Natur der Sachen begründet, dann ist es Torheit, nach einem Weg zu suchen, um sie herumzukommen. Evidenter dagegen diese Tendenz, die Gegensätze zuzuspitzen, nicht, dann könnte man allerdings annehmen, daß es unsere Schuld ist, wenn wir Konflikte entgegengehen, daß wir sie durch eine andre Taktik vermeiden könnten. Von der Theorie, ob die sozialen Gegensätze die Tendenz haben, sich zuzuspitzen oder nicht, hängt es ab, welche Taktik die richtige ist. Sie sehen, Genossen, die Fragen der Theorie sind nicht gleichgültig, sondern sie gehören aus engster mit der Taktik zusammen. Jede Taktik beruht auf einer andern Theorie. Wenn die Marxistische Theorie falsch ist, dann hat die neue Taktik recht. Diese Taktik muß also ausgehen von einer Revision der Grundsätze, auf denen unsere Partei beruht. Sie hat angefangen mit der Forderung, diese Grundsätze zu revidieren und aus diesem Grunde den Namen Revisionismus bekommen. Zuerst sprach man von Bernsteinerei, wir haben es aber dann vorgezogen, der Sache einen weniger persönlichen Anstrich zu geben.

Bevor ich zu der Resolution selbst übergehe, muß ich zunächst an die Geschichte einer andern Resolution erinnern. Wir hatten bereits in Hannover einmal Gelegenheit, über den Gegensatz zwischen, ich will einmal sagen Marxismus und Revisionismus zu diskutieren und zu entscheiden. Damals ereignete sich das sonderbare Schauspiel, daß, nachdem wir Monate lang auf das entschiedenste gestritten, schließlich beide Richtungen sich einmütig in einer Resolution vereinigten. Die Revisionisten hatten unser Programm auf das entschiedenste angegriffen. In dieser Resolution aber stand der Satz, daß die Partei nicht die mindeste Ursache habe, an dem Programm, der Taktik oder dem Namen der Partei irgend etwas zu ändern. Im Laufe der Verhandlungen beantragte Stolten an Stelle von Programm zu setzen „Grundsätze und Grundforderungen“, darauf konnte es doch an. Die Resolution würde dadurch für jene Genossen annehmbar, die zwar die Grundsätze des Programms anerkennen, aber ihre Fassung anders wünschen. Debel erklärte sich mit dieser Aenderung einverstanden, weil er sich sagte, daß man am Buchstaben des Programms ja natürlich nicht zu kleben brauche. Er ging dabei selbstverständlich von der Voraussetzung aus, daß unter diesen Grundsätzen und Grundforderungen diejenigen zu verstehen seien, die hier im Programm niedergelegt waren. Anders legten die Revisionisten die Worte aus. Sie hielten es nach dem Parteitag für notwendig, ihre Abstimmung zu motivieren. Es geschah das in den „Sozialistischen Monatsheften“ in dem Artikel: „Warum konnten die Bernsteinianer für die Resolution Debel stimmen?“ In diesem Artikel heißt es unter anderem: die Revisionisten hätten deswegen dafür stimmen können, weil an Stelle des Wortes Programm, die Worte Grundsätze und Grundforderungen gesetzt worden seien. Damit sei bewiesen, daß das Programm unakzeptabel sei, daß die Konzentrationstheorie, die Krisentheorie und alle diese Vorstellungen, die

im Eingang des Erfurter Programms entweder direkt ausgesprochen oder doch daraus als Konsequenzen abzuleiten sind, falsch seien. Der naive Glaube an die unerschöpfbare Mächtigkeit dieser Sätze sei in Hannover auf das tödlichste getroffen worden. Dieses sehr zu begrüßende Resultat der Stürme des Parteitages hätte doch auch von Debel nicht unbemerkt bleiben können, daher seine Bereitwilligkeit, auf den Antrag Stolten einzugehen. Also die Bernsteinianer haben für diese Resolution gestimmt, weil in ihr an Stelle des Wortes „Programm“ das Wort „Grundsätze“ gesetzt worden ist. Als sie diese Erklärung veröffentlichten, hatten sie offenbar vergessen, daß Bernstein einen Brief an den Parteitag gerichtet hatte, worin er seine Zustimmung zur Resolution in ihrer ursprünglichen Fassung ausdrückt. (Hört! hört!) Wir sehen, unter unseren Revisionisten giebt es Leute, die bereit sind, für eine Resolution zu stimmen, wenn sie sie dahin auslegen können, daß das Programm damit aufgehoben wird, und es giebt wieder andre unter ihnen, die bereit sind, für dieselbe Resolution zu stimmen, weil sie sie dahin auslegen, daß das Programm damit bestehen bleibt! (Hört! hört!) Das ist eine sehr sonderbare Auffassung. (Sehr wahr!) Bernstein sagt in seinem Briefe, daß er mit der Resolution einverstanden sei, wenn er das übliche Körnlein Salz hinzuffüge. Ein merkwürdiges Körnlein Salz, das weiß in schwarz und schwarz in weiß verwandelt. (Sehr gut! Bernstein: Ach!) Das ist wohl derselbe Trank, mit dem im Leibe man zwar nicht Helene in jedem Weibe, wohl aber in Deutschland eine Republik sieht. (Lebhafte Heiterkeit und Bravo!) Damit bei der uns heute beschäftigenden Resolution nicht wieder derartige falsche Auffassungen vorkommen können, möchte ich sie näher erläutern, und damit diejenigen auf gewisse Punkte festlegen, die für die Resolution stimmen. (Sehr gut!)

Hedner verliest den zweiten Absatz der Resolution 190. Um diesen Satz näher zu erläutern, muß ich anknüpfen an das oben Gesagte über revisionistische und marxistische Auffassung über die Eroberung der politischen Gewalt. Wir haben gesehen, daß die Revisionisten diejenige Richtung darstellen, die da willkürlich, daß Konflikte aus dem Wege gegangen wird und das Proletariat vorwärts zu bringen hofft möglichst auf friedlichem und gezieltem Wege. (Seine Wünsche Sie das nicht?) Gewiß wünschen wir das auch (Sehr richtig!), aber die Ansichten über die Möglichkeit sind verschieden! (Sehr gut!) Die Geschichte richtet sich nicht nach unsren frommen Wünschen. (Auf: Müssen Sie denn immer prophezeien!) Auf welchem Gebiete stehen uns nun die größten Konflikte bevor? Auf dem Gebiete der Staatsgewalt. Sie ist die Organisation, mit der die herrschenden Klassen die besitzlosen Klassen niederhalten. Die Gewerkschaften sind sicherlich notwendig, aber sollten sie einmal so weit kommen, daß sie der Bourgeoisie gefährlich werden, dann können Sie sicher sein, daß man ihnen mit Hilfe der Staatsgewalt großen Abbruch tun wird. (Sehr richtig!) Denken Sie nur an England. Dann der Municipalsozialismus! Gewiß, wir können ein Stück in den Gemeinden weiter kommen, aber nur in eingegrenzten Grenzen, weil jeder weitere Fortschritt sofort von der Staatsgewalt verhindert würde. Und ebenso steht es mit dem Wahlrecht. Wenn die herrschenden Klassen in Gefahr kommen und ernsthaft im Besitz der Staatsgewalt bedroht würden, dann würden sie die Gesetze so ändern, daß jeder weitere Fortschritt aufgehoben wird. (Lebhafte Zustimmung.) Der Besitz der Staatsgewalt ist entscheidend. Erst im Besitze der Staatsgewalt haben wir die sichere Grundlage, um den Sozialismus durchzuführen. Deshalb hängen sich die besitzenden Klassen an die Staatsgewalt. Nun sagt Kolb: Wir müssen die Bourgeoisie zwingen, mit uns die Staatsgewalt zu teilen! Zwingen kann ich nur den, über den ich Herr geworden bin! (Sehr richtig!) Wenn wir aber die Macht haben, die Bourgeoisie zu zwingen, dann brauchen wir die Macht nicht mehr mit ihr zu teilen! (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir die Macht teilen wollen, dann müssen wir die Bourgeoisie oder einen Teil von

ihre überzeugen, daß es ihr Vorteil ist. Nun, über diese Notwendigkeit brauche ich kein Wort mehr zu verlieren. Wer anderer Meinung ist, der ist ein Justiziar, ein Phantast, und wenn er sich auch noch so sehr einbildet, Realpolitiker zu sein. (Lebhafte Weisfall.) Für die revisionistische Taktik, die die großen Konflikte umgehen und die Bourgeoisie nicht niederwerfen, sondern ihre Macht von innen auszuheilen will, ist das unbedingte Erfordernis, daß einem Teil der Bourgeoisie die Ueberzeugung beigebracht werden muß, es liege in ihrem Interesse, einen Teil der Staatsgewalt abzutreten an die Sozialdemokratie. Das ist nur möglich durch ein Entgegenkommen an die Bourgeoisie. Unsere Resolution verurteilt aber eine Taktik, die an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge setzen will.

Einige Zitate werden daselbe beweisen. Der praktische Ausgangspunkt für den Revisionismus ist nicht bei uns zu finden; dazu ist Deutschland zu rückständig. Der Ausgangspunkt des Revisionismus ist in Frankreich — Zaurès und Millerand — und in England — der Fabianismus — zu finden. Um die deutschen Revisionisten zu begreifen, muß man nach diesen Ländern gehen; erst dann faßt man den logischen Zusammenhang. Wir müssen an den Fall Millerand anknüpfen. Es ist bemerkenswert, daß alle deutschen Revisionisten sich für Millerand ausgesprochen haben. Nun hat mir Auer einen Widerspruch nachweisen wollen und hat gesagt, in Paris sei ich selbst für Millerand eingetreten. Er, Auer, habe meine Resolution verteidigt, und ich hätte Auer meine volle Zustimmung zu seiner Rede ausgesprochen. Ich glaube, daß Auers Gedächtnis trügt. Meine Anerkennung kann sich nur auf die formelle Geschicklichkeit der Auerschen Rede bezogen haben, die großartig war, aber nicht auf ihren Inhalt, denn der hat mich sehr verärgert, weil die Rede um den Kernpunkt der Dinge herumgegangen ist. Allerdings habe ich für meine Resolution nach einer Fassung gesucht, die sich prinzipiell gegen Millerand wandte, sein Verhalten aber hinstellte als Fehler, nicht als Verbrechen. Ich wollte den grundsätzlichen Standpunkt wahren und doch die Einigkeit unter den Franzosen anbahnen. (Auf: Das ist Opportunismus!) Das letzte Bestreben ist gescheitert. Nun, das ist auch schon andern passiert. Was sage ich nun in der Pariser Resolution? Ausdrücklich folgendes: „Die Eroberung der Regierungsgewalt kann dort, wo sie zentralisiert ist, nicht stückweise erfolgen.“ Es heißt dann weiter: „Der Eintritt eines einzelnen Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium ist nicht als der normale Beginn der Eroberung der politischen Macht zu betrachten, sondern kann stets nur ein vorübergehender und ausnahmsweiser Nothbehelf in einer Zwangslage sein.“

Damit wende ich mich gegen die von den Revisionisten vertretene Anschauung, daß wir nur auf dem Wege der Eroberung eines Ministeriums nach dem andern zur politischen Macht gelangen und so ohne Revolution die politische Macht stückweise erobern können. Von diesen beiden Sätzen nun hat Auer in seiner Pariser Rede nicht gesprochen, er hat sogar gerade das Gegenteil gesagt. Ich habe in der Resolution den Eintritt eines Sozialdemokraten in ein bürgerliches Ministerium als einen Ausnahmefall hingestellt. Auer aber hat in Paris gesagt: „Gewiß, ein Fall Millerand hat bei uns noch nicht gespielt; soweit sind wir noch nicht, aber ich hoffe, daß wir möglichst bald auch so weit sein werden.“ (Hört! hört!) Glauben Sie, daß ich Auer meine Zustimmung zu diesem Satze ausgesprochen habe? (Webel: Sicher nicht!) Das ist einer der springenden Punkte in seiner Rede gewesen. (Sehr wahr!) Meine Ansicht über den Fall Millerand habe ich schon vor der Pariser Resolution ausgesprochen, ich habe denselben Standpunkt eingenommen wie jetzt, ich habe mich in dieser Frage durchaus nicht geändert. Nun sagt man, der Fall Millerand gilt nur für Frankreich. Selbstverständlich, in Deutschland sind wir noch nicht so weit, wie Auer gesagt hat. Wir wissen auch, daß der Gedanke einer großen bürgerlichen

Stufen nicht mehr realisierbar ist. Die letzten Wahlen haben diesen Gedanken begraben, er ist unlängst selig im Herrn Pfarrer Kaumann entschlafen. Aber der Gedanke spielt noch immer fort. Anders kann ich mir den Satz in der Vollmar'schen Rede nicht erklären, daß, wenn ein gerechter Verteilungsmobus und ein wahrhaft konstitutionelles parlamentarisches Regime vorhanden wäre, ohne uns schon heute keine Regierung zu bilden sein würde. Nun, wir würden dann statt 81 Abgeordnete 125 haben, also noch immer nicht ein Drittel der Mitglieder des Reichstags. Wie kann man sagen, daß ohne ein Drittel der Abgeordneten keine Regierung zu bilden sei! Das wäre nur dann möglich, wenn, was Vollmar für selbstverständlich hält, die Sozialdemokratie, sobald wir einmal ein parlamentarisches Regime haben, mit Freisinnigen und National-Liberalen zusammen eine Regierung bildet. Macht man keine solche Voraussetzung, so hat dieser Satz überhaupt keinen Sinn.

Nun haben Vollmar und Auer den Wunsch ausgesprochen, wir möchten bald auch in Deutschland einen Fall Millerand erleben. Aber wie ist der Eintritt eines Sozialdemokraten in ein bürgerliches Ministerium zu erlangen? Nur auf demselben Wege wie in Frankreich, dadurch, daß Sozialdemokraten zusammen mit bürgerlichen Parteien eine Regierungsmehrheit bilden. Und das ist auch der Weg, den verschiedene unserer Genossen uns raten einzuschlagen und den ich auch aus den Schriften von Bernstein herauslese. Ich muß hier auf Bernstein zu sprechen kommen. Vollmar hat es so hingestellt, als wenn ich bereit wäre, sofort Bernstein an die Gurgel zu springen, sobald er nur den Mund aufmacht, als ob ich von solchem Haß gegen ihn erfüllt wäre, daß ich kein Wort von ihm hören kann, ohne in die höchste Ekstase zu geraten. Ich habe höchst ungern gegen Bernstein gesprochen und immer nur gezwungen gegen ihn das Wort ergriffen. (Sehr richtig!) Erinnern Sie sich an den Anfang der Diskussion! Bernstein hatte schon ein halbes Jahr seine Ansichten entwickelt, ohne daß ich erwiderte, erst nach seiner Erklärung an den Stuttgarter Parteitag, als weiteres Schweigen Feigheit gewesen wäre, habe ich das Wort ergriffen. (Sehr richtig!) Auch jetzt, wo Bernstein mit seinem Vorschlag in der Vizepräsidentenfrage kam, habe ich zwei Monate geschwiegen, und das wirft man mir vor, daß ich jede Gelegenheit ergreife, um gegen Bernstein zu schreiben? Ich habe erst geschrieben, als die Sache solche Dimensionen angenommen hatte, daß ich nicht mehr schweigen durfte, ohne in den Verdacht der Feigheit zu kommen. (Sehr richtig!) Wenn ich jemals Groll gegen Bernstein gehabt habe, so ist dieser Groll längst verschwunden, seit ich sehe, wie er von seinen eignen revisionistischen Genossen behandelt wird, so daß man eigentlich Mitleid mit ihm haben muß. (Lebhafte Zustimmung.) Nein, wenn ich mich öfter gegen ihn wende, so weil er die Gewohnheit hat, aus der Schule des Revisionismus zu plaudern (Sehr wahr!), also aus demselben Grunde, aus dem der Knabe Ede angefangen hat, den Revisionisten furchtlich zu werden.

In seinen Voraussetzungen weist Bernstein darauf hin, daß selbst unter den Gegnern die Zahl derjenigen im Wachsen sei, die bereit seien, den Veränderungen in den Produktions- und Vertriebsverhältnissen und der Klassenentwicklung auch im politischen Rechte Rechnung zu tragen. Die Zahl derer, die das einsehen, meint er, sei im Wachsen. (Hört! hört!) Ihr Einfluß würde ein viel größerer sein, als er heute ist, wenn die Sozialdemokratie den Mut fände, sich von einer Phrasologie zu emanzipieren, die tatsächlich überlebt ist, und das scheinen zu wollen, was sie heute in Wirklichkeit ist eine demokratische sozialistische Reformpartei.“ (Lebhaftes: Hört! hört!)

Glauben Sie wirklich, daß es irgend eine bürgerliche Partei giebt, die sich durch unsere Worte ins Wodshorn jagen läßt? Große Worte, hinter denen nichts steht, schrecken niemand, die machen denjenigen nur lächerlich, der sie gebraucht. (Sehr wahr!) Nicht unsere Worte, sondern unsere Taten, unsere Macht, unsere

Wille, diese Macht in einer bestimmten Richtung zu gebrauchen, sind es, die die Bourgeoisie uns zu Gegnern macht. Und nur, wenn wir diesen unsern Willen, nicht aber, wenn wir unsere Phraseologie ändern, werden wir die Gegnerschaft in der Bourgeoisie gegen uns mildern. Bernstein meint weiter:

„Je mehr die Sozialdemokratie sich entschließt, das Scheinere zu wollen was sie ist, umso mehr werden auch ihre Aussichten wachsen, politische Reformen durchzuführen. Die Furcht ist gewiß ein großer Faktor in der Politik, aber man täuscht sich, wenn man glaubt, daß die Erregung von Furcht alles vermag. Nicht als die Chartistenbewegung sich am revolutionärsten geberdete, erlangten die englischen Arbeiter das Stimmrecht, sondern als die revolutionären Schlagworte verhallt waren und sie sich mit dem radikalen Bürgertum zur Erkämpfung von Reformen verbündeten. Und wer mir entgegenhält, daß ähnliches in Deutschland unmöglich sei, den ersuche ich nachzulesen, wie noch vor fünfzehn und zwanzig Jahren die liberale Presse über Gewerkschaftskämpfe und Arbeitergesetzgebung schrieb, und die Vertreter dieser Parteien im Reichstage sprachen und stimmten, wo darauf bezügliche Fragen zu entscheiden waren. Er wird dann vielleicht zugeben, daß die politische Reaktion durchaus nicht die bezeichnendste Erscheinung im bürgerlichen Deutschland ist.“ (Hört! hört!)

Hier wird doch mit dürren Worten empfohlen, mit dem radikalen Bürgertum Reformen zu erkämpfen. (Sehr wahr!) Diese historische Darstellung ist jedoch falsch. Der Zehnstundentag in England wurde damals erkämpft, als die Chartisten sich revolutionär geberdeten, und nicht als die Arbeiter sich mit dem Bürgertum zur Erkämpfung von Reformen verbündeten. (Sehr richtig!) Und den ersten Schritt zur Erlangung des allgemeinen Stimmrechts haben die englischen Arbeiter ebenfalls erkämpft und es nicht durch Vereinigung mit den bürgerlichen Parteien erworben. (Sehr wahr!) Es war der Kampf des Jahres 1867, in den Karl Marx so kräftig eingriff, und in dem die Internationale eine so große Rolle spielte. Erst später wurde eine weitere Erweiterung des Stimmrechts den Arbeitern gegeben, allerdings erst, nachdem sie sich mit dem Bürgertum zur Erkämpfung von Reformen verbunden und nachdem sie aufgehört hatten, irgend ein selbständiges Glied der englischen Politik zu bilden, nachdem sie mit Haut und Haaren sich dem englischen Liberalismus ergeben hatten. Will Bernstein von uns die gleiche Politik verlangen? Doch sicher nicht! Dann aber ist kein ganzes historisches Beispiel hinfällig.

Bernstein wendet sich weiter in einem Artikel der „Sozialistischen Monatshefte „Paris und Mainz“ gegen meine Pariser Resolution, er zeigt einen viel weiteren Blick als Jaurès und Auer, die für meine Resolution stimmten (Sehr richtig!); er war dagegen, er hat erklärt, daß diese Resolution den Unmöglichkeitsfall viel mehr giebt, als sie ihnen nimmt, und von diesem Standpunkt aus polemisiert er mit vollem Recht gegen die Resolution. Er führt als Beweis dafür, wie das Proletariat die politische Macht erobern kann, England an:

„In England bezeichnet das Jahr 1886 den ersten Eintritt eines Arbeiters in das Ministerium dieses Weltreichs. Allerdings kann man einwenden, eines nichtsozialistischen Arbeiters. Aber es handelt sich hier um die Vertretung der Klasse, und was man sonst Broadhurst vorwerfen kann, jedenfalls war er der anerkannte Repräsentant der organisierten Arbeiter seines Landes, und es geschah mit ihrer Zustimmung, daß er den Posten annahm. Ebenso Burt im Jahre 1892 kurz, gerade in den vorgeschrittensten Ländern sehen wir faktisch in der einen oder andern Form sich das vollziehen, was die Resolution als „nicht normaler“ Beginn der Eroberung der politischen Macht bezeichnet. Die Wirklichkeit ist in der unglücklichen Lage, „nicht normal“ zu sein.“

Also die Fälle Burt und Broadhurst erscheinen Bernstein als der normale Anfang der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat! (Bernstein: Rein!) Das steht doch darin. (Webel: Das steht ganz klar darin!)

Nun muß man aber die Herren Burt und Broadhurst kennen, sie gehören zu derselben Sorte von Politikern, die Marx schon zur Zeit des Haager Kongresses als Lumpenkerle gebrandmarkt hatte, mit denen die englischen Arbeiter aufträmen müßten. Das sind jene Arbeiter, die sich der liberalen Bourgeoisie mit Haut und Haaren verkauft haben (Sehr richtig!), das sind Geschäftspolitiker. (Sehr wahr!) Und durch diese soll die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat vollzogen werden? Das glaubt doch von Ihnen kein Mensch. Dahin also führt das Streben, die politische Macht stückweise zu erobern, indem man die Regierungsgewalt allmählich aushöhlt, statt sie wie eine Festung im Sturm zu nehmen. (Auf: Im Sturm!) Ja wohl, im Sturm! Man muß sie auch belagern, aber der Sturm bildet den Abschluß der Belagerung.

Wenn aber dem so ist, warum haben wir dann in unserer Resolution nicht einfach erklärt, daß wir eine Politik beurteilen, die die stückweise Eroberung der politischen Macht erstrebt? Die Resolution wäre dann klarer gewesen, aber man hätte uns entgegengehalten, daß wir einen Fall im Auge haben, um den es sich in Deutschland noch gar nicht handelt. In Deutschland handelt es sich noch nicht darum, daß irgend jemand in ein Ministerium eintritt, nicht etwa weil die Revisionisten grundsätzlich dagegen sind, sondern weil unsere Gegner nicht wollen. (Sehr richtig!) In Deutschland bleibt der Revisionismus in seinen Anfängen stecken, er reicht über die vorbereitenden Stadien nicht hinaus, und dieses vorbereitende Stadium ist naturnotwendig ein Entgegenkommen gegen die bestehende Ordnung. Jeder, der logisch denkt und die stückweise Eroberung der politischen Macht anstrebt, würde sich in unverantwortlicher Weise festlegen, wenn er für diesen Passus der Resolution stimmen würde. Nun sagen die Genossen: Wir wollen ja gar nicht der bestehenden Macht entgegenkommen. Aber auf das Wollen kommt es nicht an, die Dinge haben ihre Logik, und wenn es Leute giebt, die nicht logisch denken, so hindert das uns doch nicht, die Logik der Tatsachen zu sehen und unsere Schlüsse daraus zu ziehen. (Sehr richtig!) Das ist ja auch der Jammer des deutschen Revisionismus, daß er nie mit einem bestimmten Programm hervorkommt. (Auf: Wir haben das Programm der Partei!) Der Revisionismus, der in Frankreich und England bestimmte Formen angenommen hat, bleibt in Deutschland, wo ihm die Verhältnisse nicht günstig sind, immer in Anläufen stecken. Er will bei uns immer neue Bahnen einschlagen, dabei aber im alten Geleise bleiben. Wie oft ist nicht gesagt worden, wir müssen das Programm revidieren. (Auf: Das hat Webel auch gesagt!) Ja aber nicht den Inhalt! Und wenn es darauf ankommt, zu revidieren, dann erklären die Revisionisten, wir müssen im alten Geleise bleiben. Was passiert aber, wenn irgend jemand neue Bahnen einschlagen will und im alten Geleise bleibt? Er entgleist. (Lebhafte Zustimmung.) Nicht als bestimmte Richtung, sondern als eine ununterbrochene Reihe von Entgleisungen tritt der deutsche Revisionismus auf. (Sehr wahr!) Das ist durchaus logisch, denn die Entgleisung ist die klassische Form eines Vorgangs, bei dem das Ziel nichts ist, die Bewegung alles. (Stürmischer Beifall.)

Nun zum zweiten Satz der Resolution! Wir haben gesehen, wie der Revisionismus gezwungen wird, eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu suchen, er kann sonst seine Ziele überhaupt nicht erreichen. Nun stehen aber die Revisionisten auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung und sie müssen den Klassenkampf anerkennen. Unsere Gegner erkennen ja sogar heute schon an, daß Klassengegensätze existieren, dazu braucht man nicht Sozialdemokrat zu sein. Wenn man aber den Klassengegensatz anerkennt und gleichzeitig eine Anlehnung an bürgerliche Parteien sucht, so kann man das nur dadurch erreichen, daß man nicht eine Verschärfung der Klassengegensätze in der heutigen Gesellschaft sieht, sondern eine Milderung, daß man alle jene Erscheinungen in den Vordergrund schiebt, die den Anschein erwecken, als vollziehe sich eine

Milderung der Massengegenstände, dagegen alle jene Erscheinungen ignoriert, die auf eine Verschärfung hindeuten. Auch hier muß ich mich wieder auf Bernstein berufen, so ungern ich es tue. Er sagt in seiner Erklärung an den Stuttgarter Parteitag, daß die Zahl der Kapitalisten sich vermehre, indem die Arbeiter Sparlaßensbücher erwerben. (Geisterzeit. Bernstein ruft: Das habe ich nicht gesagt!) oder vielmehr Aktienbesitzer werden! (Webel: Die englische Pfund-Aktie!) In seiner Vorrede zu den „Voraussetzungen“ sagt Bernstein wörtlich: „Aber und andre haben daran Anstoß genommen, daß ich mit der Entwicklung demokratischer Einrichtungen eine Milderung der Klassenkämpfe in Aussicht stellte, und meinen, da sähe ich die Verhältnisse lediglich durch die englische Brille. Letzteres ist durchaus nicht der Fall. Selbst angenommen, daß der Satz: „das entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten das Bild der eignen Zukunft“, neuerdings seine Geltung eingebüßt hätte und alle Unterschiede zwischen der schwedischen und der englischen Entwicklung, die ja auch mir nicht ganz unbekannt sind, voll berücksichtigt, so stützt meine Ansicht sich auf Erscheinungen auf dem Festlande, die man in der Hitze des Kampfes allenfalls zeitweise übersehen, die man aber nicht dauernd verkennen kann. Ueberall in vorgeführten Ländern sehen wir den Klassenkampf mildere Formen annehmen — (Bernstein: Formen!) ja, natürlich“, und er fährt dann fort —: „und es wäre ein wenig hoffnungsvoller Ausblick in die Zukunft, wenn es anders wäre.“

Nun sehen Sie die Erscheinungen der letzten Jahre an! Wo haben die Massengegenstände mildere Formen angenommen? Erinnern Sie sich an die milden Formen des Obstruktionsfeldzuges und des Wahlkampfes. (Auf: Löbtauer Urteil!) Auch in England hat sich die Gegnerschaft gegen die Gewerkschaften zusehends verschärft (Sehr wahr!) und Genosse Wiltshire hat uns gezeigt, wie auch in dem demokratischen Amerika die Bourgeoisie anfängt, ihre ganze politische Macht zu benutzen, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen, wie auch dort die Massengegenstände sich zuspitzen und der Klassenkampf nicht mildere, sondern stärkere Formen annimmt. (Lebhafte Zustimmung. Webel ruft: Auch in der Schweiz.) Ja, auch in der Schweiz, wo Militär aufgeboten wird, um die Arbeiter niederzuwerfen. (Hört! hört!) Ebenso in Frankreich unter dem sozialistischen Minister. Wer auf dem Standpunkt der Revisionisten steht, der kann diesen Satz unserer Resolution nicht unterschreiben, wenn er nicht das berühmte Körnchen Salz genossen hat. (Sehr richtig!) Ohne dieses Körnchen Salz richtet sich dieser Satz entschieden gegen die revisionistischen Bestrebungen, und wer diesen Satz unterschreibt, der giebt damit zu, daß er diese Anschauungen von Bernstein nicht mehr als richtig anerkennt. (Sehr wahr.) Tun Sie das, so ist uns das sehr angenehm. Wir wünschen durchaus nicht im Unfrieden mit unsren Genossen zu leben.

Ein weiterer Punkt in unserer Resolution lautet:

„Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, entsprechend den Grundfragen unres Programms dazu benützt, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle aufs kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltpolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist.“

Hier möchte ich das Wort „Kolonialpolitik“ unterstreichen. (Auf: Aber recht scharf!) Denn dies Wort spielt im Revisionismus eine große Rolle und nicht nur das Wort, sondern auch die Sache! Wenn die revisionistischen Genossen sich den bürgerlichen Parteien nähern, wenn sie Hand in Hand mit ihnen gehen wollen, so wollen sie das natürlich nicht tun unter Preisgabe eines proletarischen

Interesses, sie sind ebenso eifrige Vertreter der proletarischen Interessen wie wir. Das wollen wir keinen Augenblick bestreiten, und deshalb hat man auch nicht das Recht, uns vorzuwerfen, daß wir Ehrabschneiderei treiben, wenn wir dem Revisionismus die in unserer Resolution bezeichneten Tendenzen zuschieben. Nein, ich meine nicht, daß es eine Schande ist, Revisionist zu sein, es ist nur ein Pech, ein Pech für die Person und für die Partei. (Lebhafte Zustimmung.) Also, die proletarischen Interessen wollen von den revisionistischen Genossen ebenso gewahrt werden, wie von uns, aber sie verbünden sich mit den bürgerlichen Parteien auf Kosten eines Dritten, und dies Dritte liegt sehr nahe in Form der Kolonien. Man sagt dem Proletarier: Laßt uns hinausziehen in die weite Welt! Plündern wir die primitiven Völkerschaften und teilen wir die Leute, dann wird für uns beide mehr abfallen als heute! Und so spielt die Kolonialpolitik als Interessenharmonie zwischen Bourgeoisie und Proletariat überall dort eine große Rolle, wo dieser Revisionismus zu Ende gebracht wird und nicht in seinen Anfängen stecken bleibt. Ich erinnere auch da wieder an England, wo die Fabier auf Seite der kolonialen Eroberungspolitik stehen, an Frankreich, wo Sozialisten für den Chinafeldzug eingetreten sind. Und nun auf Deutschland zurückzukommen, muß ich wieder etwas von Bernstein vorlesen — nicht etwa, daß er der einzige wäre, der diese Anschauungen vertritt, es sind noch andre da, aber die huldigen dem Grundsatz: So was tut man, aber man sagt es nicht! (Sehr wahr!) Bernstein sagt in seinem Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“: „Der Sozialismus und die Kolonialfrage“:

„Ohne koloniales Vordringen unsrer Wirtschaft würde das Elend, das wir heute in Europa noch vor uns sehen und auszurotten bestrebt sind, unendlich viel größer, die Aussicht auf seine Ausrottung bedeutend geringer sein, als dies jetzt der Fall ist.“ — Sie sehen, den Proletariern wird da der Mund wässrig gemacht. — „Selbst gegen das Schuldkonto der Kolonialgreuel gehalten, fällt der Vorteil, den die Kolonien gebracht haben, immer noch sehr tief in die Bagatelle.“ . . . Die Sozialdemokratie ist in der Lage, die neueren Kolonialprojekte ganz unbefangen auf ihren sachlichen Wert prüfen zu können. In Ländern, die nicht schon kolonial überlastet sind, gebietet ihr keine wirtschaftliche Rücksicht, solchen Kolonialvor schlägen Widerstand entgegenzusetzen, die sich wirklich als erfolgversprechend erweisen.“

Das ist die grundsätzliche Billigung der Kolonialpolitik. Bernstein führt weiter aus, daß es ganz unzulässig sei, wenn man auf der einen Seite darauf hinweise, der Drang nach kolonialer Expansion entspringe mit Naturnotwendigkeit aus dem Wesen des Kapitalismus und andererseits diese Expansion bekämpfe; gegen das, was notwendig sei, könne man nicht auftreten, man müsse es mitmachen. Ich bin anderer Meinung. Hier kann man eine Parallele ziehen zwischen der kolonialen Expansion und den Bestrebungen des Kapitalismus, das Kleinhandwerk zu ruinieren. Daß der Kapitalismus das Kleinhandwerk ruiniert, ist eine Naturnotwendigkeit, aber folgt daraus für uns etwa die Pflicht, bei diesem Expropriationsprozeß des Kleinhandwerks mitzutun? Nein, das müssen wir dem Kapitalismus allein überlassen, und darauf berufen wir uns ja auch immer in unsren Agitationsreden. Dieselbe Haltung müssen wir gegenüber der Kolonialpolitik einnehmen. Gewiß, die Ausdehnung des Kapitalismus in den Kolonien ist notwendig, und es wäre kindisch, ihn daran hindern zu wollen, aber die Herren Kapitalisten sollen, wenn sie außerhalb Deutschlands gehen, dies auf eigene Kosten und Gefahr tun (Sehr gut!), sie sollen nach Venezuela, China, Südafrika gehen, wohin sie wollen, aber sie sollen nicht verlangen, daß das deutsche Volk auch nur die Knochen eines einzigen Grenadiers dafür opfert, daß die Bourgeoisie bei ihren Kolonialabenteuern auf die Kosten kommt. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben alle Ursache, gegen die Kolonialpolitik aufzutreten. Nun aber sehen wir hier dasselbe, was ich schon oben gesagt habe: der Revisionismus will neue

Bahnen einschlagen, aber dabei immer im alten Geleise bleiben. Es hat mich gekümmert, daß Bernstein mir vorhin nicht zurief: Weiter lesen! Denn nach dem Einerseits kommt auch das Andererseits. Er sagt: einerseits müssen wir natürlich für Kolonien sein, aber andererseits können wir die Kolonialpolitik nicht unterstützen, wenn sie von einer Regierung betrieben wird, der wir kein Vertrauen entgegenbringen. Das halte ich durchaus nicht für selbstverständlich. Ist die Kolonialpolitik im Interesse des Proletariats notwendig, dann verlieren wir jeden Rückhalt unter den Massen, wenn wir ihnen sagen würden: Die Kolonialpolitik ist für euch erforderlich, die Regierung vertritt hier eure Interessen; weil wir aber Gegner der Regierung sind, wollen wir sie daran hindern. Das ist Bernsteins Standpunkt. (Bernstein: O nein!) Wer auf diesem Standpunkt steht, der kann sich nicht festlegen auf einen grundsätzlichen Kampf gegen die Kolonialpolitik.

Ich bitte Sie alle, die Resolution genau durchzulesen; ich richte nicht das Ersuchen an Sie, möglichst einstimmig dafür zu stimmen, ich bitte nur diejenigen, dafür zu stimmen, die ohne das Körnchen Salz und ohne jeden Rückhalt mit gutem Gewissen sich für alles festlegen können, was darin enthalten ist. (Lebhafte Beifall.) Allerdings wünsche ich, daß die Resolution eine möglichst große Stimmengahl erhält. Denn je mehr es sich herausstellt, daß die Massen dieselbe Politik vertreten, wie wir, desto mehr haben wir Aussicht auf Frieden in der Partei, desto mehr haben wir Aussicht, daß den revisionistischen Genossen selbst die Revisionerei leid tut, weil sie sehen, daß dabei nichts herauskommt. Wenn wir eine recht große Stimmengahl auf die Resolution vereinigen, so werden wir das 40. Geburtsjahr der deutschen Sozialdemokratie auf das würdigste begehen. Es war damals vor vierzig Jahren die unsterbliche Tat Lassalles, daß er das Proletariat von der Bourgeoisie losriß und ihm zum Bewußtsein brachte, daß alle bürgerlichen Parteien ohne Unterschied dem Proletariat feindlich gegenüberstehen und daß wir sie alle in gleichem Maße als unsere Leidenden zu bekämpfen haben. (Lebhafte Beifall.) Die Resolution bekräftigt diese große und unsterbliche Wahrheit, die uns damals Lassalle vermittelte, und die seitdem jedes Ereignis in unrem politischem Leben aufs neue bekräftigt hat.

Aber wenn wir die Resolution annehmen, feiern wir noch ein andres Ereignis. Ich erinnere Sie an die Junischlacht vor 55 Jahren. Diese Schlacht war das erste große historische Ereignis, welches das Proletariat in Masse von der Bourgeoisie losriß. Wir feiern dieses Jahr eine andre Junischlacht, eine Junischlacht, nicht minder glorreich als die des Jahres 1848, allerdings eine nicht so blutige, eine gefleckte Schlacht, aber eine Schlacht von derselben historischen Bedeutung, die ebenso wie die des Jahres 1848 den Abgrund erweitert hat, der das Proletariat von der bürgerlichen Gesellschaft trennt. Ich möchte, daß Sie durch Annahme der Resolution das bekräftigen, um der ganzen bürgerlichen Welt zum Bewußtsein zu bringen, daß es ein Hühen, ein Drühen nur giebt. (Stürmischer Beifall, Handklatschen.)

Singer macht darauf aufmerksam, daß die Vorschlagsliste geschlossen ist und in Druck gegeben wird.

Eduard Bernstein: Parteigenossen! Ich glaube, wir können alle dem Genossen Kautsky dankbar dafür sein, daß er die Diskussion über den Revisionismus und die revisionistische Taktik auf das prinzipielle Gebiet hinübergetragen hat. (Vielfache Rufe: Sehr richtig!) Niemand kann diesen Dank lebhafter empfinden als ich selbst. Denn ohne, daß ich damit irgend einem von denjenigen, die man Revisionisten nennt, zu nahe treten möchte, weil sie erklärt haben, für diese Resolution zu stimmen, muß ich doch erklären: nicht erst von diesem Augenblick, sondern von Anfang an war ich entschlossen, dagegen zu sprechen. Ich nehme keinen Anstand Ihnen von vornherein zu erklären, ich bin Revisionist (Bravo!), ja wenn Sie noch etwas mehr wollen, ich bin sogar Bernsteinianer! (Große Heiterkeit.)

Was ist der Revisionismus? Ich habe das Wort nicht zuerst geschmeidet. Es war Schönknecht, der es 1894 in Frankfurt aussprach, daß eine Revision der sozialistischen Begriffe nottue. Ich habe nie von einer Revision des Sozialismus gesprochen, sondern eine Reihe Fragen behandelt unter dem Titel: Probleme des Sozialismus. Was sieht der Revisionismus nun an? Wenn alle diejenigen Leute, die früher oder jetzt eine von der Ansicht der großen Mehrheit der Parteigenossen abweichende Anschauung in praktischen oder theoretischen Fragen gehabt haben, generell Revisionisten genannt werden, so bekommt man eine große Schaar zusammen, in der ganz verschiedenartige Anschauungen vertreten sind. Die kritischen Geister sind überall viel schwerer zusammen zu bekommen, als die dogmatischen Geister. In der Reformationszeit hielt die katholische Kirche fest zusammen, während die protestantische in eine Anzahl kleiner Bewegungen zerplitterte, was zeitweise ihre Schwäche ausmachte. So kann es kein Wunder sein, wenn die sogenannten Hauptrevisionisten in verschiedenen Punkten auseinander gehen. Ich habe mir nie eine Illusion darüber gemacht, ich habe mir nie eingebildet, daß ich als Theoretiker in diesen Fragen mit Vollmar, Auer oder Feine einzig sein würde. Schon von Anfang an habe ich erklärt: Das sind selbstständige Politiker, Männer der Praxis, die ihre eigene Erfahrung; sie sind nicht für mich verantwortlich, ich bin nicht für sie verantwortlich. Und so ist es, wenn sie sich in einer Frage gegen mich aussprechen, so ist das eine Desabouierung, noch kein Fußtritt, den ich von ihnen empfangen habe. Ich erkenne so wenig eine revisionistische Partei in der Partei, die ich bei verschiedenen Gelegenheiten gezeigt habe, daß mir die Partei näher stehen als andre Parteigenossen. Auer ist mir ein alter Kampfbruder, aber Vollmar steht mir nicht näher als die Partei. Als ich in diesem Sommer in die Schweiz fuhr, habe ich mich mit Auer und Vollmar näher als mit den anderen Parteigenossen. Ich habe hier nicht um persönliche Beziehungen, und es ist falsch, zu glauben, daß die revisionistische Richtung vorhanden wäre, die gegen die offizielle Richtung opponierte. (Sehr richtig!) Nur eine Anzahl Leute sind von der Partei im offiziellen wissenschaftlichen Organ der Partei, der „Zukunft“, die in ihren Anschauungen heterodog, entgegengesetzte Anschauungen vertreten. Ich erkenne eine Kriegserklärung an, wie jetzt die von Bebel, die ich nicht billige, sondern nur billige, daß wir uns zusammenfinden, schon um das Recht zu haben, die Wahrheit zu sagen. (Sehr richtig!) Dann, wenn das vorüber ist, wenn die Partei ihren eigenen Wege und wirkt im Rahmen der Partei, (Sehr richtig!)

Nachdem die Aufgabe der Revision auf dem Gebiete der Theorie und Praxis. Und zwar verdankt die Theorie der praktischen Arbeit, als die Bewegung der Theorie verdankt. (Sehr richtig!) Die Revisionisten zweifeln das Programm an. Nein, das ist nicht der Fall. Die Revisionisten zweifeln eines zunächst absolut nicht an, das ist der Zweifel an dem Programm, alle seine politischen und wirtschaftlichen Forderungen, die wir nachweisen können, der diese Forderungen anzweifeln, ich, daß von Gefahren, die der Partei von unserer Arbeit drohen, ist. Auch die beiden letzten Abträge des theoretischen Programms zweifle ich nicht an. Was einer Revision beschränkt ist, und zum Teil auch der sechste Absatz dieses Teiles, das ist die Frage, wie sie mir zufällt als theoretischen Revision der Praxis anlangt, so kann sie sich nur aus der Praxis ergeben. Zweifel können sich also nur darüber erheben, ob die von Ihnen vorausgesagte wirtschaftliche und politische Forderungen, die wir an der Spitze des Programms die praktischen Forderungen der Demo-

Kräfte in Reich, Staat und Gemeinde formuliert. Rautsky wird mir bestätigen, daß ich, als das Programm ausgearbeitet wurde, die Aufgabe hatte, gerade diesen Teil in der „Neuen Zeit“ zu erörtern, und ich kann sagen, daß einige Punkte dieses Teiles von mir in das Programm gebracht worden sind. In dieser Hinsicht habe ich meine Anschauungen nicht revidiert, sondern allezeit mit äußerster Entschiedenheit vertreten. Gegenüber den scharfen persönlichen Angriffen, die gegen mich gerichtet worden sind, muß ich bei dieser Gelegenheit auf einige persönliche Dinge eingehen. Wir hatten ja in der letzten Zeit nach den bekannten Reden wiederholt Gelegenheit, Stellung gegenüber dem Reichsoberhaupt zu nehmen und den Standpunkt unserer Partei in den großen Verfassungsfragen des Reiches klarzulegen. Wenn ich wirklich ein so gefährlicher Revisionist bin, habe ich denn etwa versucht, mich diesen Erörterungen so viel als möglich zu entziehen? Nichts weniger als das. Nach der Kaiserrede von Breslau habe ich in einer großen Breslauer Versammlung, es war gerade die Zeit der Zolltarifverhandlungen, auf diese Rede geantwortet, und die Breslauer Genossen werden mir bestätigen, daß ich in dieser Rede den geringsten Zweifel über die Stellung der Sozialdemokratie zur Revision des Reiches gelassen habe. Ich glaube nicht, daß die Breslauer Genossen diese Rede irgendwie enttäuscht waren, und es handelt sich bei der Revisionistischen Revisionisten doch gegenwärtig vor allen Dingen um die Revisionisten.

Um dieselbe Zeit war ich einer der Redner der Sozialdemokratischen Fraktion bereit erklärte, in Berlin über den Gegenstand der Revision zu sprechen, da habe ich auch entschiedenste unsere prinzipiellen Standpunkte klar ausgesprochen. Auf diese Rede habe ich in diesen Tagen bemerkt, daß es nicht viele Leute gibt, die sich bei den Reichstagswahlen in gleicher Weise mit mir auseinandersetzen bemüht war, wie die meisten, wahrscheinlich alle von den Sozialdemokraten. Bei der Wahl wochenlang Tag für Tag Versammlungen abgehalten, und dabei haben wir alle getan. Ich sage ja, daß es alle getan haben, wir haben keinen Tag Unterbrechung gegönnt, bis ich am Wahltage am 1. März in die Wahlkabine geschöpft war, daß ich meinen Wählern nicht nur meine Stimme, sondern auch danke Euch. Drei Tage vor der Wahl wurde ich in Göttingen durch die Sozialdemokraten interpelliert wegen meiner Stellung zur Endzielsetzung der Sozialdemokraten zur Monarchie. Auf die beiden ersten Fragen antwortete ich sehr gut. Auf die Frage über unsere Stellung zur Monarchie antwortete er aber nicht antworten, weil diese Frage sehr problematisch ist, und ich habe nicht getan, als eine bequeme Deckung für mich benutzen zu wollen, sondern ganz ruhig geantwortet, daß wir die Endzielsetzung der Sozialdemokraten nicht für die entscheidende Frage der Sozialdemokratie halten, wir suchen die Sozialdemokratie in Staat und Gesellschaft in allen Einrichtungen zu verwirklichen, was das selbe ist, zu republikanisieren, daß uns die Frage der Endzielsetzung eine verhältnismäßig untergeordnete zu sein scheint, und daß wir die Sozialdemokratie ganz selbstverständlich als eine demokratische Partei betrachten, die das Selbstbestimmungsrecht und der Selbstverwaltung der Bevölkerung hat, und infolgedessen keine monarchische Partei sein können. Wenn man die Sozialdemokratie gemacht habe, den Vizepräsidenten-Posten in Anspruch zu nehmen, und auch auf die Gebräuche des Reichstages einzulassen, so kann geschlossen werden, daß ich irgendwie unsere Endzielsetzung haben abgeschworen hätte.

Ich bestreite ganz entschieden, daß die Vizepräsidenten-Posten meine theoretischen Redereien irgend etwas zu tun hat. Ich bestreite auch so dar, als wenn ich immer spiritisierend dasäße und über die Sozialdemokratie irgendwo unser Programm revidieren sollte. Das ist nicht der Fall, weil mein Vorschlag zur Vizepräsidenten-Frage entsprang keinem theoretischen Standpunkt, sondern war das Resultat praktischer Erfahrungen. Wenn jemals ein Sozialdemokrat diese aus

Erfahrungen des Kampfes hervorgegangen, die ich in diesem Winter im Reichstage gesammelt habe. Sie mögen darüber denken, wie Sie wollen, aber ich bin zu diesem Vorschlage gekommen aus den Kämpfen bei den Zolltarif-Verhandlungen heraus. Erinnern Sie sich doch an jene parlamentarischen Kämpfe und das, was wir den Umsturz im Reichstage genannt haben. Und verheimlichen wir uns nicht, daß das, was wir damals im Reichstage erlitten haben, eine Niederlage war; eine Niederlage, die uns beigebracht wurde durch Verneugung brutaler Gewalt (Behel: Es war ein moralischer Sieg!) Selbstverständlich ein moralischer Sieg, aber faktisch doch eine Niederlage. Wenn Rautsky aus solchen Vorkommnissen wie beim Zolltarif schließt, daß die Formen des politischen Kampfes nicht milder sondern scharfer geworden seien, dann ist das doch wirklich eine ganz eigentümliche Art der Behandlung der Frage über die Entwicklung der Klassengegensätze. Es handelt sich doch nicht darum, daß wir Kämpfe im Parlament, bei den Wahlen usw. zu führen haben, sondern darum, ob wir auf die Straße zu steigen und die Kämpfe blutig auszufechten haben oder ob wir heute mit andren Mitteln kämpfen. Daß sich die Gegensätze je nachdem zuspitzen, habe ich gar nicht geleugnet. Ich habe mich also damals bei den Zolltarif-Verhandlungen dem Eindrucke nicht entziehen können, daß wir eine schwere Niederlage erlitten. Wir haben sie erlitten nach einem Kampfe, auf den die Sozialdemokratie meiner Ansicht nach stolz sein kann. Die schließliche Niederlage aber hat bei mir einen ähnlichen tiefen Eindruck gemacht, wie damals die Tatsache, daß man hier in Sachen den Arbeitern ihr Wahlrecht nahm und daß nichts darauf erfolgte. Ich hatte übrigens nicht allein diesen Eindruck, sondern ich habe damals vielfach mit Genossen gesprochen, bei denen die Sache ganz ähnlich lag, und die sich auch angefaßt dieser Tatsache die Frage vorlegten, ob es nicht doch ein Fehler war, daß wir seinerzeit auf den Vizepräsidenten verzichtet haben. (Lebehour: Wer hat denn das gesagt?) Ich brauche da keine Namen zu nennen! (Lebehour: Dann verdächtigen Sie bitte nicht!) Ach, Genosse Lebehour, mit Ihnen spreche ich ja überhaupt nur sehr wenig! (Lebehour: Und ich mit Ihnen gar nicht!) Das mögen Sie halten, wie Sie wollen! Und nicht nur im Reichstage, sondern auch außerhalb hat man diese Frage erörtert, und es war ja gerade der sabitale Parvus, der in der allerjüngsten Weise die Ansicht aussprach, daß es ein Fehler war, um jener Formalitäten willen den Vizepräsidenten-Posten auszuscheiden. Er hat nun allerdings sich die größte Mühe gegeben, zu beweisen, daß er aus revolutionären Gründen und nicht aus opportunistischen Gründen zu der Ansicht kam, und hat in seinem hier verteilten Artikel die häßlichsten Angriffe gegen mich geschrieben. Als ich den Artikel las, da sagte ich mir: Du armer Parvus, das nützt dir alles nichts, du mußt jetzt auch gehängt werden, so gut wie ich! Du kriegst vielleicht einen andren Galgen, einen revolutionären Galgen, während ich einen opportunistischen Galgen bekomme, aber hängen mußt du auch! (Peiterleit.) Es ist wirklich so gekommen. Behel hat in seiner Rede Parvus ungefähr daselbe zugerufen wie mir, er ist mit mir in den opportunistischen Sumpf hineingeschleubert worden. — Wenn ich übrigens nicht sehr irre, so hat die „Leipziger Volkszeitung“ vor den Wahlen ganz ähnliche Äußerungen von Parvus abgedruckt, dann ist es ja darüber entrichtet zu sein. (Zuruf.) Ja gewiß, wenn Parvus etwas sagt, dann ist es ja bei Euch etwas andres! Wir haben ja nun nach der parlamentarischen Niederlage einen ungeheuren Sieg bei den Wahlen im ganzen Lande errungen, der uns für das Vorherige doppelt und dreifach entschädigte, aber ich frage Euch: Wo habt Ihr denn die Garantie, daß sich die Dinge immer so vollziehen werden, daß solche parlamentarischen Ueberumpelungen jedes Mal gerade vor den Wahlen sind? Denkt doch nur daran, was gleich nach der Wahl in der Luft schwebte und möglicherweise sehr bald ins Wert gesetzt werden kann, sobald diejenigen, die die Sache bestreben, den Moment für günstig halten! Es ist weiter gesagt worden, mein Artikel ist eine kolossale Ungeheuerlichkeit, eine Lappigkeit gewesen und bes-

gleichem. Ja, wem gegenüber soll der Artikel taktisch falsch gewesen sein? Gegenüber den Gegnern oder den eignen Genossen gegenüber? Was die letzteren betrifft, so will ich eines zugeben. Wenn ich gewußt hätte, was ich erst nachträglich erfahren habe, weil ich eben mit den Bollmar, Auer, Feine trotz aller Freundschaft nicht in so intimer Verkehr stehe, wie es immer behauptet wird, also, wenn ich gewußt hätte, daß schon ernsthafte Gegenläufe über diese Frage in der Fraktion bestanden hätten, dann hätte ich die Frage nicht öffentlich aufgeworfen. Ich wußte aber nicht, daß ich damit sozusagen alte Wunden aufriß, sondern ich behandelte die Frage rein sachlich als einen der Punkte, der sich etwa als Folgerung aus dem Wahlsiege ergäbe. Wir wissen nicht, was in der Zukunft Schoke schlummert. Kautsky selbst hat eben mit großem Pathos verkündet, daß die herrschenden Klassen die demokratischen Rechte zu beseitigen versuchen werden, sobald sie sie ihren Interessen für gefährlich halten, und er folgerte daraus, daß wir uns in Bezug auf das Wahlrecht defensiv verhalten sollen. Diese Anschauung ist vielleicht nicht unrichtig; aber sie ist Opportunismus (Sehr richtig) und nichts anderes! Ich erinnere Sie an ein Wort des Grafen Bülow aus dem letzten Winter. Graf Bülow führte da aus, wenn die Diätenfrage auf die Tagesordnung gestellt würde, dann hätten wir keine Sicherheit, daß nicht andre Elemente, die in anderer Weise das Wahlrecht ändern wollen, ebenfalls mit Forderungen kommen. Das ist ein Gesichtspunkt, den wir im Auge zu behalten haben. Webel allerdings sieht die Sache sehr zoffig an, wobei er wieder einmal den großen sozialen Krach vor Augen hat. Aber das Eintreten dieses Krachs ist doch immerhin noch eine zweifelhafte Sache. (Stadtthagen: Dho!) Nun, wir wollen einmal abwarten! Was Webel von der amerikanischen Eisenindustrie erzählte, läßt auch eine andre Auffassung zu. Wir haben in Amerika die Erscheinung, daß die industrielle Produktion bereits sehr erheblich unter dem Einflusse der großen Kräfte steht, die je nachdem in der Lage sind, die Produktion ohne weiteres einzuzukürzen, und deren Leiter sehr gut wissen, daß das amerikanische Eisen an allgemeinen angeht, der hohen Preisen so billig nicht nach Europa geschafft werden kann, daß es bei uns mit dem deutschen Eisen wirklich konkurrieren kann. Kurz, es ist noch sehr zweifelhaft, ob die großen amerikanischen Eisenwerke dazu übergehen werden, uns Deutschen das Roheisen sozusagen zum Geschenk zu machen, und wenn sie es täten, so ist es weiter fraglich, ob das wirklich die verheerenden Wirkungen auf unsere Industrien haben würde, wie Webel glaubte. Es handelt sich da lediglich um Vermutungen, auf die man keine Politik aufbauen kann.

Nehmen wir nun aber einmal an, daß wirklich ein Versuch gemacht würde, uns das jetzige Wahlrecht zu nehmen und ein reaktionäres Wahlrecht an die Stelle zu setzen. Webel sagt: „Die Herren mögen nur kommen, wir werden schon tanzen.“ Aber wie liegt denn die Sache? Als im vorigen Frühjahr unsere belgischen Genossen einen politischen Streit für das allgemeine Wahlrecht gemacht hatten und unterlegen waren, da sind am Morgen nach der Niederlage in deutschen Parteiblättern Artikel erschienen, in denen eine Kritik an dem Vorgehen der belgischen Genossen geübt wurde, die nach meiner Ansicht, wenn jedes Wort richtig gewesen wäre, ganz gut Zeit gehabt hätte auf Wochen und Monate hinaus. Man kritisiert nicht eine Bruderpartei am Morgen nach der Niederlage. Es wurde gesagt, da haben wir wieder einmal den Beweis, daß der politische Streit keine Waffe ist. Da nun war ich es, der an die obige Ergeopportunity, der in einigen Berliner Versammlungen ausführte: „Ist das denn eine Sicherheit in der Hand, daß man niemals versuchen wird, auch das Wahlrecht zu nehmen? Und wenn ein solcher Versuch gemacht wird, kann man ihn dann durch reine Versammlungsproteste zum Scheitern bringen? Nein, dann muß man zu anderen Formen der Demonstration greifen, die eine andere Sprache sprechen. Wir haben gar keinen Grund, von vornherein und absolut den

politischen Streit zu vertwerfen. Wir haben vielmehr alle Ursache, ihn zu studieren. (Friedeberg: Sehr richtig.) Es wurden mir gerade von sehr radikalen Genossen Vorwürfe gemacht, ich hätte wie ein agent provocateur gesprochen; und als ich erwiderte, ich hätte doch nur aufgefordert, die Frage zu studieren, da antwortete mir ein für erzradikal geltender Genosse: Sie wollen die Leute unglücklich machen. Wenn diese Anschauungen berechtigt sind, dann liegt doch aller Grund vor, diejenigen Bürgerchaften zu schaffen, die in unserer Macht liegen, uns gegen eine Ueberrumpelung im Parlament wenigstens zu schützen. Aus diesem Grunde hat sich bei mir die Ueberzeugung festgesetzt, daß wir auf den Posten des Vizepräsidenten Anspruch erheben müssen und uns dabei durch Formalitäten nicht abschrecken lassen dürfen.

Nun ist darüber ein Streit entstanden, ob die Stellung des Vizepräsidenten von irgendwelchem praktischen Wert ist. Es tut mir sehr leid, daß Webel im Augenblick nicht im Saal ist. (Zuruf: Doch, er ist da! — Webel sitzt mit Kugelmann im Hintergrund des Saales. — Zuruf: Er ist in Capua! Große Heiterkeit!) Dann möchte ich eine Anfrage an den Genossen Webel richten. Darüber, ob der Posten des Vizepräsidenten praktischen Wert hat, kann man ja verschiedener Meinung sein. Das ist lediglich eine Tatsächlichkeitsfrage. Nehmen wir aber einmal an, daß wirklich dieser Posten uns einen nennenswerten Einfluß in der Vertretung des Reichstages und bei der Ordnung der Geschäfte gäbe, daß er eine gewisse Garantie böte gegen Ueberrumpelungen, daß er also tatsächlich von praktischem Wert wäre. Würdest Du, Genosse Webel, Dich dann durch diese paar Formalitäten abschrecken lassen? (Webel lacht und rufft: Ich kann ja gar nicht antworten. Das leidet der Vorsitzende nicht. — Große Heiterkeit.) Ja, Genosse Webel, es ist ja Dein Recht, Dich der Abstimmung zu enthalten, aber man sieht doch daraus, daß die Frage nicht eine derartige ist, die man kurzer Hand mit Nein beantworten kann. Wenn dem aber so ist, warum dann die große Entrüstung darüber, daß ich die Frage aufgeworfen habe? Ihr kommt mir entgegen, der Posten hat keinen Wert, aber zu einem Entrüstungssturm in der Partei lag keine Veranlassung vor. Auf die Frage, ob der Posten uns Nutzen bringen könnte, will ich mich nicht lange einlassen, aber einen gewissen Einfluß giebt diese Stellung doch zweifellos. Erinnern Sie sich an die Situation beim Zollkampf! Damals hatten wir neben Ballestrin einen konservativen und einen nationalliberalen Präsidenten, Büsing. Dieser hat sowohl gegen den Antrag Kardorff wie gegen den ganzen Zolltarif gestimmt und sich beim Antrag Kämpfe ein Sozialdemokrat zur Seite gestanden, der durch seine Persönlichkeit die Sache gehabt hätte, einem solchen schwankenden Manne das Rückgrat zu steifen (Gelächter), die Möglichkeit kam doch einmal vorliegen, das eine Mal mitglied's, (Gelächter), die Möglichkeit kam doch einmal vorliegen, die Diktatur des das andre Mal kann's glücken, — dann wäre unter Umständen die Diktatur des ersten Präsidenten sehr erschwert. Außerdem handelt es sich im politischen Leben bei wichtigen Entscheidungen sehr oft um wenige Tage, ja manchmal selbst um Stunden. (Webel: Um Minuten!) Das gilt namentlich dann, wenn in den Reihen der Mehrheit Unentschlossenheit und Verwirrung herrscht. Das ist ja das Geheimnis des Erfolges so vieler Volksbewegungen, daß in den Reihen der herrschenden Klassen Unentschlossenheit eintrat. Kautsky hat heute wieder von der Proletariat und von der steigenden Verfolgungssucht der Bourgeoisie. Es ist nach meiner Ansicht einer der Hauptfehler des Genossen Kautsky, daß er immer mit ganz stillen, versteinernten Begriffen operiert. (Webel: Na, na!) Ja wohl, und wenn man sie festhält, so ist seine Debatte von ephemerer Logik und es giebt kein Entweichen. (Webel: Das ist alles andere falsch und dann bin ich allerdings unheilbarer Konfusionsrat. (Große Heiterkeit; Rufe: Sehr richtig.) Ist denn aber die Voraussetzung Kautsky's richtig? Sind wirklich die herrschenden Klassen gegenüber dem Pro-

tariat diese Einheit, stehen wirklich alle Schichten der Besitzenden der Sozialdemokratie gleichmäßig gegenüber? (Zuruf: Ja wohl!) Dann haben Sie sich ja selbst ins Gesicht geschlagen beim letzten Wahlkampf, wo wir doch einen Unterschied gemacht haben zwischen den Gegnern. Seht Euch einmal ehrlich die Entwicklung an. Große Industrien schließen sich in Deutschland unter der Herrschaft von Kartellen zusammen, um andere Industrien und die Arbeiterklasse terrorisieren zu können. Gegen diese Kartelle besteht schon heute eine große Opposition, auch in diesem Punkte sind die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Klassen außerordentlich tiefgreifend. Es wird da immer mehr heißen, wie steht die Arbeiterpartei zu diesen Fragen? Und in entscheidenden Momenten ist es wohl denkbar, daß die bürgerlichen Parteien gerade durch eine dieser Fragen gespalten sind. Wodurch haben die Arbeiter in den Gewerkschaften bei Lohnkämpfen einen großen Teil ihrer Siege erzielt? Weil es oft eine Unmöglichkeit ist, die Unternehmer zusammenzubringen, weil der allgemeine Ausschluß der Arbeiter durch das ganze Land auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten ist. Ein Teil der Unternehmer sehen ein, daß sie es gegen die Arbeiter auf die Dauer gar nicht aushalten und daß sie untereinander verschiedene Interessen haben. Ich könnte das mit konkreten Beispielen beweisen. Immer mehr wächst die Zahl derjenigen auch unter den Besitzenden, die aus sehr materiellen Gründen ein Interesse daran haben, mit den Arbeitern gut zu stehen. In meinem ersten Vortrag, den ich nach meiner Rückkehr aus England in Berlin hielt, habe ich schon davon gesprochen und erwähnt, wie zuerst viele der Rudiker, bei denen die Arbeiter verkehren, allmählich die Ideen der Sozialdemokratie in sich aufnahmen. (Gelächter.) Lassen Sie nur, in jener Versammlung wurde nicht gelacht, sondern mir zugestimmt. Und das gilt nicht nur von den Rudikern, sondern trifft auch allmählich für die großen Brauereien zu. (Gelächter und Unruhe; Zuruf: Ungeheuerlich.) Aber so erinnern Sie sich doch, wie noch vor kurzem, nachdem der „Vorwärts“ die Geschäfte mit dem Feldzug gegen das Wahlrecht veröffentlicht hatte, aus eigenem Antriebe eine ganze Reihe von Brauereien sich meldeten, um zu erklären, daß sie davon nichts wissen wollen. (Zuruf: Um ein Geschäft zu machen!) Ja, selbstverständlich; daß sie aus idealen Gründen nicht dazu kommen, ist klar. Aber sie haben ein Interesse, sich mit der Arbeiterklasse gut zu stellen. Es ist ja auch ganz selbstverständlich, je mehr die Arbeiterklasse anwächst, um so größer wird die Bedeutung der Arbeiter als Konsumenten, und um so größer ist das Interesse gewisser Unternehmer, das Konsumtionskraft der Arbeiter sich hebt. Das können Sie doch nicht leugnen. Und die Folge ist nicht nur, daß diese Leute den Bestrebungen der Arbeiter wohlwollend gegenüberstehen, sondern daß sie sie zuweilen auch tatkräftig unterstützen. Das wird sich mit der Zeit immer mehr steigern.

Dann haben wir unter den bürgerlichen Parteien den Gegensatz zwischen Freihändlern und Schutzöllnern, zwischen den großen Handelsstädten und den Agrariern. Eben deshalb, weil die Interessen der besitzenden Klassen so gegensätzliche sind und weil es vorkommt, daß die eine Klasse gegenüber den anderen Klassen unter Umständen auch die Macht der Sozialdemokratie auszuspielen wünscht, kommt die Einigung der Reaktion so außerordentlich schwer zustande.

Es ist daher nicht richtig, in diesen Dingen mit solchen einseitlichen Begriffen, wie Bourgeoisie, Reaktion, zu operieren. Wir müssen uns klar werden, daß die herrschenden Schichten verschiedene Interessen haben und daß wir jene Verschiedenheit der Interessen unter Umständen uns dienstbar machen können. Ich habe in meinem Artikel u. a. auch ausgeführt, daß der Reichstag dem Reichsoberhaupt bei uns anders gegenübersteht, als in vielen anderen Monarchien, und ich habe gesagt, daß in diesem speziellen Punkte die deutsche Reichsverfassung sich der Republik mehr nähert, als andre. Kaatsky hat daraus gemacht, ich hätte Deutschland für eine Republik erklärt. Das ist mir natürlich nicht eingefallen. Es ist mir schon früher aufgefallen, daß, wenn bei uns sich ein Streit erhebt, mit

einem Male alles vergessen wird, was in unserer Parteiliteratur früher von den verschiedensten Seiten behauptet wurde. — Es sind in Berlin zwei sozialistische Ausgaben der Reichs-Verfassung erschienen. In der ersten finden wir bei den erklärenden Bemerkungen den ausdrücklichen Hinweis, daß das Wort „Deutscher Kaiser“ nur ein Name sei und daß es deshalb logischer sei, wenn man statt des Namens die Sache bezeichnen will, nicht von dem Kaiser, sondern von dem „König von Preußen“ zu sprechen. In der zweiten Ausgabe aber, die in der Buchhandlung „Vorwärts“ erschienen ist, finden wir in der Vorrede folgende Bemerkung: „Alle diese dem Kaiser beigelegten Befugnisse lassen erkennen, daß er nicht eigentlich ein Monarch des Deutschen Reiches ist, sondern ihm nur die vollziehende Gewalt zusteht.“ Das ist genau dasjenige, was ich ausgeführt habe, nur mit andren Worten. Man kann darüber streiten, aber eine Revision irgend welcher bisherigen Anschauung liegt darin nicht! Nur ist weiter gesagt worden und zwar in einer Resolution der Berliner Genossen, daß mein Vorschlag auf einer „maßlosen Ueberschätzung des Parlamentarismus“ beruhe. Ich habe ja eine Vermutung, von wem diese Resolution herrührt, nicht etwa von Webel, das will ich ausdrücklich sagen, auch nicht von Kaatsky. (Zuruf: Von wem denn?) Das bin ich nicht schuldig zu sagen. Aber ich muß doch bemerken, daß mich diese Resolution in eine recht humoristische Stimmung versetzt hat. Diese Ueberei von der Ueberschätzung des Parlamentarismus hat nachgerade das Schwabenalter übereschritten und ist dadurch wahrhaftig nicht klüger geworden. Unsere Bewegung ist durch die Erfahrung dazu gekommen, dem Parlamentarismus eine immer größere Bedeutung beizumessen. Ich behaupte, daß wir niemals den Einfluß bekommen hätten, den wir jetzt haben, wenn wir uns nicht von Stufe zu Stufe parlamentarisch gemausert hätten. Als wir mit der parlamentarischen Sumpf begannen, da wurde von dem Verkürten in den parlamentarischen Sumpf gegangen, und bei jedem neuen Schritt, den wir auf dieser Bahn machten, wurde diese Lebensart wiederholt. Die Genossen Volkmar und Auer haben das ja schon belegt. Ich will nur noch ein weiteres Beispiel anführen. 1886 wurde im Züricher „Sozialdemokrat“ eine Resolution der Berliner veröffentlicht. Ich will dabei bemerken, daß die Berliner Genossen in mancher Beziehung müßiger sind, aber eins steht doch fest, daß sie in Bezug auf die theoretische Entwicklung der Partei die allerkonserватivsten unserer Parteigenossen sind. (Sehr richtig! Hoffmann-Berlin ruft: Sehr unrichtig!) In dieser Resolution heißt es: „So erscheint den Berliner Genossen die Beteiligung der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten an den Kommissionen mit alleiniger Ausnahme der Wahlprüfungs-Kommission sehr überflüssig und nur geeignet, den Glauben und Wahpursen, als meine die sozialdemokratische Partei durch Verhandlungen und Kompromisse mit den herrschenden Klassen die Sache der proletarischen Revolution zu fördern.“ Die Erfahrung hat gezeigt, daß diese Auffassung grundfalsch war. Wären wir diesem Ratsschlage gefolgt, wären wir eine Protestbewegung geblieben, so hätten wir unseren Erfolg nicht erzielt. Es wäre dann für die Gegner ein Leichtes gewesen, den Arbeiter vorzuführen: „Eure Vertreter sagen lediglich nein. Wenn es sich aber darum handelt, praktisch für die Arbeiterinteressen einzutreten, dann aus, das Sozialistengesetz würde den einen Vorteil haben, daß es die deutsche Sozialdemokratie vom Parlamentarismus kuriere. Wer aber die tatsächliche Entwicklung verfolgt, der sieht, daß genau das Gegenteil eingetreten ist. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags war bei der Aufhebung des Sozialistengesetzes viel parlamentarischer, als beim Erlaß. Die Partei ist immer tiefer in den Sumpf hineingesunken, aber sie hat gleichzeitig an Ausbreitung, Kraft und Klarheit unendlich gewonnen, und ich könnte wohl sagen, sie hat sich immer stärker „emporgehumpft“. (Heiterkeit.) Lassen wir unsere parlamentarische Fraktion eine rein protestierende Haltung annehmen, und es wird das eintreten,

was vielfach gefürchtet worden ist, daß unsre Gewerkschaften sich immer mehr den bürgerlichen Parteien nähern würden. Wenn diese Gefahr nicht eingetreten ist, so ist gerade die steigende parlamentarische Betätigung unsrer Partei die Ursache. Wir sind deshalb nicht weniger radikal geworden, sondern nur entschwiebener. Wenn der Radikalismus lediglich in großen Worten, in extremen Forderungen und Ideen bestände, dann wäre die andere Auffassung richtig; aber ist denn ein Kind radikaler als der Mann, weil es nach dem Monde greift? (Sehr gut!) Der Mann greift nicht nach dem Monde, aber er zwingt immer mehr die Elemente in seine Dienste und so zwingt uns die wachsende Arbeiterbewegung immer mehr, auf Illusionen zu verzichten und die Institutionen der heutigen Gesellschaft nach Möglichkeit in unsern Dienst zu stellen. Lassen wir also alle Deklamationen bei Seite und nehmen wir den Parlamentarismus als das, was er ist, nämlich als eine tatsächlich große Macht, als einen großen Faktor in unserem allgemeinen politischen Leben. — Aus diesen Gründen habe ich meinen Vorschlag gemacht und halte ihn aufrecht. Ich wäre ein bodenloser Feigling, wenn ich das, was ich für richtig halte, nicht aufrecht erhalten wollte, weil die augenblickliche Stimmung in der Partei dagegen ist. Ich scheue mich gar nicht, zeitweilig allein zu stehen oder in der Minorität zu sein. Das ist mir schon öfters passiert. Ich habe aber auch schon manchmal erlebt, daß mir die Ereignisse recht gegeben haben. Man hat mir die elementare Enttäuschung entgegengehalten, die sich gegen meinen Vorschlag angeichts der Reden von Essen und Breslau erhoben hat. Ich will nicht leugnen, ich kann das nicht so genau beurteilen, daß man in Parteikreisen vielfach enttäuscht war. Ich glaube aber, die Enttäuschung war viel mehr hervorgerufen durch die Art und Weise, wie die bürgerliche Presse sich meines Vorschlages annahm. Für deren Äußerungen können Sie jedoch nicht mich verantwortlich machen! — Ich soll meinen Vorschlag aus Sensationslust gemacht haben. Mein Artikel trägt aber keinerlei sensationellen Charakter. Ich hatte als regelmäßiger Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“ die Aufgabe, am Tage nach der Hauptwahl über die Wahl zu schreiben. Da die Ergebnisse der Stichwahlen noch nicht vorlagen, so konnte ich noch keine Gesamtwürdigung des Wahlergebnisses geben, sondern machte nur einige Bemerkungen über den Rückgang des Liberalismus und einige Vorschläge über die Benutzung der allgemeinen parlamentarischen Situation. — Nebel meint, meine Betrachtungen über den Rückgang der bürgerlichen Parteien seien larmoyant gewesen. Das ist nicht richtig. Ich hatte im Gegenteil gesagt, der Rückgang der Liberalen sei vorauszu sehen gewesen. Ich sollte den Rückgang bedauern haben, ja, ich sollte sogar, wie einer der Redner sagte, die Erfolge unsrer Partei bedauern haben. Wie kann man dergleichen von mir behaupten! In meinem Artikel findet sich nichts dergleichen! Ich habe nur gesagt, die Schwächung des bürgerlichen Radikalismus sei eine bewauerliche Erscheinung; und hier will ich wieder einmal ein Zitat von anderer Seite anführen. In einer Broschüre, die mir vorliegt, heißt es: „Bei den Verhandlungen des Posttarifs stellte sich leider heraus, daß wenig Verlaß auf die Freisinnigen ist. Ich sage leider, denn eine starke liberale Partei, die quasi als Puffer zwischen uns und der Rechten stände, könnte uns nur angenehm sein.“ Das hat kein Revisionist gesagt, sondern der Genosse Nebel auf dem Münchener Parteitag. (Nebel: Das sage ich heute noch!) Aber wenn ich es gesagt hätte, dann wäre es sicherlich verwerflicher Revisionismus gewesen. (Rufe: Sehr richtig! Wenn zwei dasselbe sagen, so ist es nicht dasselbe!) Wenn übrigens immer von der Enttäuschung gegen meinen Vorschlag gesprochen wird, so weise ich nur darauf hin, daß ich, als ich in einer Berliner Versammlung über die Frage sprach, von Enttäuschung nichts gemerkt habe. Man ist mir ruhig entgegengetreten, aber enttäuscht war man nur sehr wenig. Nach der Versammlung sind mehrere Arbeiter zu mir gekommen und haben mir ihr Einverständnis ausgedrückt. Möglich, daß die

Stimmung an andren Orten anders war, aber selbst wenn sie es wäre und wenn in den Kreisen der Partei eine allgemeine Enttäuschung geherrscht hätte, so wäre es trotzdem meine Pflicht und Schuldigkeit, meiner Ueberzeugung gemäß, meinen Vorschlag aufrecht zu erhalten. Nebel meint: die Führer hätten den Massen zu folgen. Ich bin nicht dieser Ansicht. Ich glaube, die sogenannten „Führer“, d. h. die Vertrauensmänner der Arbeiter, sind die Sachwalter der Arbeiterklasse. Sie haben sich allerdings mit ihren Mandatgebern ins Einvernehmen zu setzen, aber sie haben vor allem nach bester Ueberzeugung das Interesse der Arbeiter wahrzunehmen und, wenn es nötig ist, der Stimmung der Arbeiter entgegenzutreten und ihre Argumente geltend zu machen. Wir dürfen uns eben nicht abhängig machen von zeitweiligen Strömungen. Nebel machte sich darüber lustig, daß man die Frage der Fraktion vorbehalten wollte. Aber ist es nicht ganz richtig, daß die Abgeordneten, die ständig im Reichstage sind, diese Frage besser beurteilen können als Draußenstehende? Wenn man nicht von vornherein der Fraktion ein Mißtrauensvotum ausstellen will, dann kann man allerdings diese Frage durchaus der Fraktion überlassen.

Wenn Sie jetzt diese Resolution annehmen, so bin ich sehr überzeugt: Sobald eine Situation kommt, wo sich herausstellt, daß der Posten eines Vizepräsidenten wirklich von realem Nutzen und Wert für die Partei ist, wird Nebel der erste sein, der die Resolution mit Füßen tritt! Wozu dann aber erst eine solche Resolution fassen? Wir sind doch schon so oft in die Lage gekommen, gegen unsre eignen Resolutionen handeln zu müssen. Wozu sollen wir uns denn überhaupt in feierlicher Weise jetzt sozusagen die Tür vor der Nase zuschließen und wo wir nachher eventuell gezwungen werden können, durch ein Mausloch wieder hinein zu kriechen? Sagen Sie mir, wenn Sie meinen, wir sollen heute den Vorschlag ablehnen, aber fassen Sie diesen Beschluß nicht so allgemein! Was es denn politisch geschieht, den Gegnern meines Vorschlages in den bürgerlichen Parteien die Gründe zur Ablehnung meines Anspruchs förmlich anzutragen und zu erklären: das Eingehen auf jene Bedingungen wäre für uns ein cardiniales Joch, durch das wir niemals gehen werden? Gerade auch politisch hatte ich die Resolution für unglücklich. Es ist im Laufe der letzten Tage sehr viel vom Lobe der Gegner gesprochen worden, aber bin ich etwa jemals von der Scharfmacherpresse gelobt worden? Hat mich die „Post“ oder die „Schlesische Volkszeitung“ oder haben mich die „Neuesten Nachrichten“ oder auch nur Egon Richter jemals gelobt? Die ganze Scharfmacherpresse hat mich stets angegriffen. Gelobt worden bin ich nur von ein paar liberaldemokratischen Blättern. Dafür kam ich nicht! Es giebt niemand, der weniger gegnerische Blätter liest als ich, weil ich keine Zeit habe, viele Zeitungen zu lesen. Man kann mir daraus einen Vorwurf machen, aber daß ich nach dem Lobe der Gegner geize, das kann niemand behaupten. Ich habe ja schon in London empfunden, daß das Lob der Gegner für mich das aller schlimmste und unangenehmste ist. Ich kann es aber doch niemand verbieten, mich zu nennen. Uebrigens werde ich von den Nationalsozialen längst nicht mehr gelobt. Pfarrer Naumann und seine Freunde sagen jetzt: „Der Staatsrat, das ist der Logiker, nicht Bernstein!“ Kautsky erkenne die Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht, nur schlage er dazu einen falschen Weg ein. Für Naumann ist eben Naumanns Weg der einzig richtige. Also: Die Gegner loben mich jetzt im allgemeinen nicht mehr. Ich nehme ihnen das nicht übel; jeder handelt eben nach seiner Ueberzeugung!

Man noch eine Bemerkung! Nach meinem ersten Artikel über die Vizepräsidentenfrage habe ich in der Breslauer „Volkswacht“ einen zweiten Artikel veröffentlicht, in dem ich an einer Stelle von der Benutzung Holands in das Ministerium Ludwigs XVI. sprach, und wo ich auch einige Beispiele aus der Geschichte der englischen Revolution anführte. Daraufhin sagten einige gegnerische Blätter: „Wenn Bernstein der Frage diese Deutung giebt, dann können wir den

Sozialdemokraten den Posten des Vizepräsidenten nicht geben.“ Und während sonst, wenn gegnerische Blätter aus sozialdemokratischen Artikeln falsche Schlussfolgerungen ziehen, die Parteipresse mit der Widerlegung schnell bei der Hand zu sein pflegt, hat diesmal kein Blatt geschrieben: Diese Schlussfolgerung ist unrichtig! Webel meinte sogar, mein Artikel rieche nach Blut, aber in dem Artikel ist von Blut gar keine Rede. Als Ludwig XVI. Roland ins Ministerium berief, war noch gar nicht die Rede davon, ihn zu köpfen, und als Karl I. gefangen wurde, dachte kein Mensch daran, ihn abzusetzen. Diese Schlussfolgerungen sind also durchaus falsch.

In der Frage der Meinungsfreiheit stehe ich Kautsky näher als der andere Richtung. Eine politische Kampfpartei ist kein akademischer Kongress, und die Anweisungen müssen irgend eine Grenze finden. Das kann man von den Genossen verlangen. Aber wo liegt diese Grenze? Doch nicht in den Anschauungen über die mutmaßliche Entwicklung! Da muß volle Meinungsfreiheit herrschen. Die Grenze liegt in den politischen Grundsätzen, die im Parteiprogramm niedergelegt sind, und diese Grundsätze sind von mir zu keiner Zeit bestritten worden; im Gegenteil, ich habe sie stets mit aller Energie vertreten. Kautsky meint, die „neue Methode“ müsse auflösend wirken, und wies zum Beweise dafür auf Frankreich hin. Ich habe mich seinerzeit gar nicht schlechtweg für das Ministerium Millerand ausgesprochen, und zwar schon deshalb nicht, weil ich die französischen Verhältnisse nicht genügend kenne, um die Frage beurteilen zu können. Prinzipiell aber war und bin ich der Meinung, daß Momente eintreten können, wo die bürgerlichen Klassen gespalten sind und wo es, um die Entwicklung der Arbeiterklasse zu fördern, notwendig wird, daß die Sozialdemokraten mit den radikalen Demokraten Hand in Hand gehen. Und ich bin überzeugt, daß eine sozialdemokratische Partei, die weiß, was sie will, dann ohne Gefahr ein solches Bündnis eingehen kann. Eine Partei ist der Sachwalter der Interessen der Klasse, die hinter ihr steht. Und wenn die Interessen der Arbeiterklasse ernsthaft gefördert werden können durch ein solches Bündnis, dann ist es die Pflicht der Partei, auf ein solches Bündnis einzugehen. Wenn die Ministerkhaft Millerands auflösend gewirkt hat, so lag das zum großen Teil daran, daß, als sie ins Leben trat, die französische Partei überhaupt schon gespalten war. Daß da durch das Eintreten Millerands in das Ministerium die Gegensätze weiter zugespitzt wurden, war allerdings ganz natürlich. Hätte aber eine einheitliche starke Sozialdemokratie einmal als Kontrolle und dann als Stütze hinter Millerand gestanden, so wäre durch das Ministerium Millerands sicher mehr erreicht worden. Man spricht von der Schwächung der Partei durch ein etwaiges Bündnis mit den Liberalen. Ich beurteile solche Fragen niemals abstrakt. Eine solche Schwächung kann eintreten und wird wahrscheinlich eintreten, wenn die sozialdemokratische Partei schwach und wenig organisiert ist; wenn sie aber, wie in Deutschland, eine starke, bewußte und einheitliche Partei ist: was soll ihr da durch ein solches Bündnis dann für ein Schaden entstehen! Wenn Sie dergleichen annehmen, so müssen Sie doch eine sehr schwache Ueberzeugung von der Macht der realen Tatsachen und der realen Bedürfnisse der Arbeiterklasse haben. Nun hat Genosse Kautsky weiter das Beispiel der englischen Arbeiter erwähnt, die in die englischen Ministerien eingetreten sind, und hat gesagt, das sind dieselben Leute, die schon Marx als Lumpenkerle benutzert hat. Ich bin ja in mancher Beziehung in bezug auf Marx ein Skepter, obwohl ich vor dem Wissenschaftler Marx eine große Hochachtung habe und mich selbst trotz aller Meinungsverschiedenheiten zur Marxschen Schule rechne. Zweifellos ist aber jedenfalls, daß auch Marx sich in manchen Punkten getäuscht hat und daß er sich namentlich getäuscht hat in bezug auf die Arbeiterbewegung in England. Das habe ich aber nicht nur gesagt, sondern das hat auch der Mann gesagt, der in England als der erste Vertreter des Marxismus gilt, nämlich der Genosse Hyndman, der es in einer Broschüre öffentlich

ausgesprochen hat, daß Marx die englische Entwicklung niemals ganz richtig verstanden habe. Das halte ich für übertrieben, aber unzweifelhaft ist, daß Marx manche Vorgänge falsch beurteilt hat, und er hat manchmal gegen Personen Angriffe gerichtet, die sich später nicht bewahrheitet haben. Die Broadhurst und Burt hatten gewiß nicht die gleiche Anschauung, die unsre deutsche Sozialdemokratie hat. Das ist unzweifelhaft. Aber diese Leute haben im Einverständnis mit ihrer Organisation gehandelt, als sie in die Regierung eintraten. Thomas Burt ist, nachdem er aus der Regierung ausgeschieden war, in den Bergarbeiter-Bund zurückgekehrt und hat dort seine alte Stellung wieder übernommen. Wie wenig der Ausdruck Lumpenkerl auf ihn zutrifft, hat sich gerade beim Boerenkrieg gezeigt. Einer von denen, die damals am bestigsten gegen diesen Krieg protestiert haben, war der alte Burt. Broadhurst und Burt waren beide Männer, denen die Interessen der Arbeiter so warm am Herzen liegen, wie nur irgendwem. Sie mögen falsch gehandelt haben, aber Lumpenkerle sind sie sicherlich nicht.

Wir haben ja solche falsche Beurteilungen einzelner Genossen öfter erlebt. 1896 nach dem Londoner Internationalen Kongress erklärte Webel in einer Berliner Versammlung von dem Engländer Burns, er sei für die englische Arbeiterbewegung tot. Als ich das las, habe ich mir vor Blut in die Hand gebissen. Nicht Burns wegen, sondern Webels wegen, weil man ihm so etwas ausgeburdet hatte. Burns hatte damals noch einen weit größeren Einfluß auf die Arbeiterkassen, als diejenige, die Webel das eingeblasen. Und Tatsache ist, daß Burns bis zum heutigen Tage ein echter Proletarier geblieben ist, der mit großer Entschiedenheit und großem Mute die Interessen der Arbeiter vertritt. Mag man ihn bekämpfen, aber man soll keinen Schmutz auf ihn werfen.

Kautsky sprach von meiner Zustimmung zur Hannoverischen Resolution. Er hätte aber anführen müssen, daß der Brief, den ich damals an Vuer schrieb, nicht dazu bestimmt war, öffentlich gelesen zu werden. (Kautsky: Das habe ich nicht gewußt.) Und daß ich bald hinterher in einem Artikel geschrieben habe, daß wenn ich in Hannover gewesen wäre, ich mich dort gegen die Resolution erklärt haben würde. Ich gehe überhaupt keinem Konflikt aus dem Wege, der im Interesse grundsätzlicher Klärung notwendig ist. Was ich empfohlen habe, ist, daß wir unsre Klütung für die bevorstehenden Kämpfe stärken sollen. Und wenn Kautsky mir einen Vorwurf daraus macht, daß ich Konflikte vermeiden wolle, dann antworte ich ihm: Lieber Kautsky, Du hast ja auch geschrieben, wir sollen jedem Konflikt mit Bezug auf das Wahlrecht aus dem Wege gehen. (Sehr gut.)

Auf die Zitate, die Kautsky von mir angeführt hat, kann ich nicht näher eingehen. Er hat angeführt, ich hätte mich für die Kolonialpolitik prinzipiell erklärt und wäre nur deshalb gegen unsre Zustimmung dazu, weil wir kein Vertrauen zur Regierung haben. Dadurch soll ich den Gegnern Waffen geliefert haben. Aber ist diese Motivierung bei uns nicht ganz und gäbe? Unmöglich verweigern wir die Budgets, auch wenn sie unsrer Ansicht nach in ihrer Gesamtheit einen Fortschritt bedeuten, weil wir zu der Regierung kein Vertrauen haben. Nun kommt bei Kolonialfragen noch eins in Betracht. Wenn wir die Mittel für koloniale Zwecke bewilligen sollen, so würden wir selbstverständlich auch Garantien dafür verlangen, daß die betreffenden Völkerschaften nicht nach den brutalen Grundsätzen behandelt werden, die von uns mit Recht verhorresziert werden. Wenn Sie die Resolution in diesem Punkte annehmen, so schlagen Sie dadurch nicht mir, sondern der Geschichte ins Gesicht, und die Geschichte beweist, von welcher allgemeiner kultureller Bedeutung die Kolonisation gewesen ist. Nehmen wir die Vereinigten Staaten. Vor der Kolonisation dieses Gebietes lebten auf diesem Boden kaum eine Million Menschen in beständigem blutigen Kriege miteinander. Heute leben dort 78 Millionen Menschen, und wenn wir die Proletarier des Ostens und gewisser Weststaaten abziehen, so bleiben doch gegen

50 Millionen, die dort in verhältnismäßigem Wohlstand leben. Wollen wir das beurteilen, weil dabei das Recht der höheren Kultur über die niedere Kultur geltend gemacht worden ist?

Kautsky warf mir vor, daß ich gesagt habe, man solle den Kampf gegen den Liberalismus nicht zu weit führen. Das hört sich ja sehr bedenklich, beinahe als Parteiverrat an. Kautsky hätte aber den Zusammenhang, in dem ich das sagte, anführen müssen.

Ich habe in meinem Buch ausgeführt, daß mit den kapitalistisch-liberalen Parteien nur Kampf herrschen kann. Was ich bekämpft habe, war nur die Anschauung, daß der Kampf der Sozialdemokratie sich im Kampf gegen den Liberalismus erschöpft. Und ich habe darauf hingewiesen, daß die herrschenden Klassen nicht alle gleich zu uns stehen. Dasselbe ist auch im Wahlkampf fortwährend gesagt worden. Ich muß noch einige Bemerkungen über meinen Wahlkampf machen, damit Ihr einen Begriff von meiner taktischen Haltung bekommt. Ich habe bei meiner ersten Wahl von vornherein in einer Wahlversammlung ausdrücklich erklärt, ich wünschte nur die Stimmen solcher Leute zu erhalten, die mit den Grundgeden der Sozialdemokratie einverstanden sind. Das wurde von den Freisinnigen sofort aufgegriffen, und meine Breslauer Genossen haben mir versichert, daß ich durch meine Bemerkung sicherlich 500 Stimmen verloren hätte. Wie kann man da von einem Verschweigen oder Verheimlichen unsrer Grundsätze reden! Schon in den ersten Versammlungen, die ich nach meiner Rückkehr nach Deutschland abhielt, wurde mir öffentlich von Arbeitern gesagt: „So sozialistische Vorträge haben wir lange nicht zu hören bekommen!“ (Zuruf: Das beweist nichts!) Nein, aber ich führe das an gegenüber den Ausstreunern, mit denen gegen mich agitiert worden ist. Aus allen angeführten Gründen kann ich die Resolution nicht unterschreiben. Sie widerspricht meiner Ueberzeugung, und ich halte sie auch nicht für besonders klug. Wenn sie angenommen würde, so wird damit den Gegnern in die Hände gearbeitet, und zwar gerade denen, bei denen wir am wenigsten Ursache dazu haben. (Zuruf: Wer denn?) Ich meine die Scharfmacher-Presse, wenn Sie es absolut wissen wollen. (Lebendiger Zuruf: Und deswegen sollen wir unsre Ueberzeugung nicht aussprechen?) Es liegt in diesem Augenblick gar kein Anlaß zu einer solchen Aussprache vor. Man hat sich seit einer Reihe von Jahren gewöhnt, Resolutionen zu fassen nicht auf Grund einer ernststen wissenschaftlichen Ueberlegung, einer politischen Notwendigkeit, sondern aus einer bestimmten zeitweiligen Stimmung oder Verstimmung heraus. (Sehr richtig!) In solcher Stimmung soll man keine Resolutionen fassen, habt doch etwas Vertrauen zu Euch selbst und zur Fraktion. Schließt Euch doch nicht willkürlich die Tür zu, die Ihr eines Tages vielleicht doch wieder aufstoßen müßt. Es ist ja offen erklärt worden, daß ein Beschluß aus der Stimmung heraus gefaßt werden soll. Es soll die eine Richtung in unsrer Partei an die Wand gedrückt werden. Aber kann so etwas denn wirklich durch eine Resolution erreicht werden? Weibel hat selbst ausgeführt, daß jene Strömungen aus bestimmten Verhältnissen heraus entstanden sind. Wenn Sie diese Richtungen jetzt ablehnen, so werden sie doch wieder da sein, sobald entsprechende Verhältnisse eintreten. Wie oft haben wir nicht — ich erinnere nur an das Sozialistengesetz — bei der allgemeinen Gesetzgebung gegen Stimmungsgeetze gekämpft. Sollen wir uns da jetzt selbst dementieren? Welche Gefahren bestehen denn für die Partei? Wir haben eben einen Wahlkampf hinter uns, in dem wir alle zusammengefallen haben. Wo war da ein Revisionist, der nicht seine volle Schuldbilgen getan und Schulter an Schulter mit den andern gekämpft hätte? Wir haben einen gewaltigen Sieg ertungen. Wollt Ihr diesen Sieg dadurch feiern, daß Ihr eine bestimmte Richtung herabsetzt und demütigt, so daß ihre Befenner mit großem Herzen von diesem Kongreß gehen müssen? Zieht die Resolution zurück (Gelächter) — ich weiß ja, daß Ihr es nicht wollt; ich bin aber überzeugt, daß es das beste

wäre. Verzichtet auf die Resolution, damit wir von diesem Parteitage Heimkehrern können als Kampfgenossen, die für die große gemeinsame Sache gemeinsam kämpfen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. Zischen.)

Darauf beschließt der Kongreß die Vertagung.

Persönlich bemerkt

Kautsky: Ich will nur auf einen Punkt in den Ausführungen Bernsteins eingehen. Daß sein Brief an Auer nicht zur Veröffentlichung bestimmt war, konnte ich vorhin nicht anführen, weil ich es nicht wußte. Ich bin aber durch seine Erklärungen über diesen Punkt erfreut, weil sie mich von einem falschen Verdacht befreien, den ich hatte und der mich eine Zeitlang sehr gekümmert hat. Wenn er durch die Verlesung des Briefes in diesen falschen Verdacht, nämlich den Verdacht zu kniepen, gekommen ist, so verdankt er das nicht mir, sondern Auer.

Die Delegierten Wollmar, Bömelburg, v. Elm bitten, ihre Namen von der Vorschlagsliste für die Wahl des Vorstandes und der Kontrolleure abzusetzen.

Singer: Es liegen dem Parteitag eine Reihe Erklärungen vor.

Die erste lautet:

„Gegenüber der auf dem Parteitag herborgerufenen Annahme, die Delegierten Berlins seien an einer Agitation gegen den Genossen Auer beteiligt, erklären die Unterzeichneten: Niemals haben sich die Delegierten Berlins in ihrer Gesamtheit nach dieser Richtung hin ausgesprochen oder betätigt.“

Für die Ansichten eines einzelnen kann Berlins Delegation nicht verantwortlich gemacht werden. (Beifall.)

Für Berlin I: Doppel, Lucht.

„ II: Köderig, Külle, Werner.

„ III: Jonas, Friß, Dr. Friedeberg.

„ IV: Franke, Laaser, Vogel.

„ V: Liepmann, Friedländer.

„ IV: Fischer, Mars, Freithaler.

„ Teltow-Weesow: Pieleke, Weiling, Otto Hoffmann.

„ Nieder-Barnim: Schumann, Wolf, Freiwaldb.

„ die Frauen von Berlin und Umgebung: Emma Threr, Ottilie Baader, Minna Jung, Marie Klogisch.

Die zweite Erklärung lautet:

„Als Teilnehmer an den Besprechungen der Berliner Delegierten erklären sich mit deren Erklärung betreffend den Zwischenfall Fischer-Hoffmann-Täterow völlig einverstanden“

Wels. Gruntwald. Rogke. C. Legien.“

Die dritte Erklärung lautet:

„Wir haben uns der Erklärung der Berliner Delegierten nicht angeschlossen, weil wir dieselbe durch die bereits geordnete Aufklärung für erledigt halten, besonders aber, weil wir es nicht nur für unser gutes Recht, sondern für die Pflicht der Delegierten halten, sich über einen Punkt der Tagesordnung wie die Vorstandswahl, zu welchem nach altem Brauch des Parteitages eine Diskussion nicht stattfindet, auszusprechen; ein Recht, welches wir uns nicht nehmen lassen, eine Pflicht, der wir uns ohne Rücksicht auf die in Frage kommende Person oder auf etwa entstehende Verdächtigungen nie entziehen werden.“

A. Täterow. A. Hoffmann.“

Nach Verlesung einiger Glückwunsch-Telegramme wird die Sitzung 11/4 Uhr geschlossen.

Nachmittags-Sitzung.

Beginn 3 Uhr. Singer führt den Vorschlag und teilt mit, daß ein Schreiben eingegangen ist von vier Genossen aus Polen, die im Auftrage einer Anzahl polnischer Genossen ihr Bedauern über die Annahme des Antrages Rosa Luxemburg in der Polenfrage ausdrücken. Rosa Luxemburg habe den Parteitag nicht richtig informiert. Nur auf Grund der falschen Information sei ein solcher Beschluß möglich geworden.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung über Punkt IV: „Taktik“ ein.

Singer: Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen.

Dr. Lindemann-Degerloch spricht für Annahme des Schluß-Antrages. Nachdem wir zwei Tage debattiert, nachdem wir heute morgen die beiden Theoretiker gehört haben, dürfte es wohl an der Zeit sein, die Debatte zu schließen. Wir haben auch noch andre Fragen zu behandeln. (Sehr richtig!) Ein großer Teil der Delegierten ist nicht in der Lage, noch über den Sonntag hier zu bleiben. (Sehr richtig!) Wir haben hier eine große Zahl von Arbeitern, die am Montag wieder in Arbeit gehen müssen.

Heine-Berlin: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen, wenigstens jetzt noch. Ich will gar nicht davon reden, daß ich, der ich einer der am meisten Angegriffenen bin, dadurch um die Möglichkeit komme, mich zu verteidigen, denn ich stehe als 25. auf der Rednerliste, und daß bis dahin geredet wird, das glaube ich selbst nicht. Ich bin aber der Ansicht, daß das, was die beiden nächsten Redner sagen werden, namentlich Mollenbuhr, ein sachlich ganz neues Moment in die Debatte bringen wird.

Der Schluß-Antrag wird abgelehnt.

Mollenbuhr: Ich möchte Bernstein empfehlen, sich einmal in die Lage zurückzuerheben, in der er sich befand, als er in den achtziger Jahren Redakteur des „Sozialdemokrat“ war. (Sehr gut!) Er möge einmal überlegen, wie wohl der Redakteur Bernstein im „Sozialdemokrat“ geschrieben haben würde über einen Genossen, der eine solche Taktik verlangt hätte, wie er sie hier empfiehlt. Wäre es ihm möglich, sich 1/2 Jahrzehnte zurückzuerheben, so würde er selbst begreifen, welche Stimmung in weiten Parteikreisen sein ganzes Auftreten notwendigerweise hervorrufen muß (Sehr gut!), da die Zahl derer, die heute so denken und fühlen, wie er damals, in der Partei noch sehr groß ist. (Lebhafte Zustimmung.) Bernstein ist in seinem Vorschlage in Bezug auf die Vizepräsidenten-Frage, wie er sagt, dadurch gekommen, daß er einen Artikel über den Ausfall der Wahl für die „Sozialistischen Monatshefte“ schreiben mußte. Ich halte es aber nicht für besonders gut, daß man glaubt, bei jedem neuen Artikel ein neues Projekt empfehlen zu müssen. (Sehr gut!) Und so ist es Bernstein auch bei diesem Artikel gegangen, über den er gar nicht mal Zeit gehabt hat, lange nachzudenken. Es ist ja ein alter Grundsatz, daß den Menschen in einer neuen Situation zuerst immer das Allerdümmste einfällt. (Geisterkeit.)

Bernstein überschätzt die Bedeutung eines Sides im Präsidium. Wir haben im Reichstage kein kollegiales Präsidium, sondern wir kennen nur einen Präsidenten; dieser leitet die Geschäfte, und der Vizepräsident hat nichts anderes zu tun, als den Präsidenten zu vertreten, und insfolgedessen im Sinne des Präsidenten zu handeln. Es ist auch bei der Präsidialführung nicht etwa Usus, daß heute der eine, morgen der andere sitzt. Derjenige Vizepräsident, der sich Veranlassungen würde, einmal etwas zu machen, was dem Präsidenten nicht gefällt, würde sofort daran verhindert werden, der Präsident würde ihm die Glocke aus der Hand nehmen, und der selbständige Vizepräsident könnte dann vielleicht unter dem Surra der Mehrheit abtreten. Das ist nun an sich keine beneidenswerte Stellung. Ueberhaupt ist die Stellung des Vizepräsidenten nur erträglich für

denjenigen, der auch grundsätzlich mit dem Präsidenten übereinstimmt. Ein unglücklicheres Beispiel als den Hinweis auf Büsing konnte Bernstein gar nicht anführen. (Sehr richtig!) Er wies darauf hin, daß Büsing Gegner des Antrages Kardorff und des Holtzars war und daß er auch für den Antrag Gröber nicht gestimmt hatte. Aber trotzdem er Gegner der Kardorfferei war, machte er sich zum Werkzeug ihrer Durchführung (Sehr richtig!) und das ist gerade die jämmerliche Rolle, die er zu spielen hatte; die Zeit, wo Büsing auf dem Präsidentenstuhl saß, war die Zeit, wo ein Charakter am Pranger gestanden hat. (Sehr richtig!) Glaubt Bernstein im Ernst, daß, wenn wir damals einen Vizepräsidenten gehabt hätten, dieser sich dazu hergegeben hätte, die Kardorfferei durchzuführen? Nein, aber die Mehrheit wollte die Kardorfferei und deshalb wäre er in demselben Augenblick, wo die Kardorfferei los ging, von seinem Stuhl heruntergerissen. (Sehr richtig!) Der Wert eines Vizepräsidenten in solcher Situation ist also gleich Null. Und wir können ja sogar ein Beispiel aus jener Zeit anführen. Bernstein könnte ja darauf hinweisen, wie schön es wäre, wenn wir in einem solchen Augenblick in der Geschäftsordnungs-Kommission etwas zu sagen hätten; diese hätte eventuell das Präsidium daran hindern können, die Geschäftsordnung zu brechen. Aber dies Beispiel konnte Bernstein nicht anführen, weil Singer damals Vorsitzender der Geschäftsordnungs-Kommission war. Mit dem Augenblick jedoch, wo zum erstenmal die Kommission sich mit diesen Fragen zu beschäftigen hatte, warf Singer den Leuten das Präsidium vor die Füße, weil er die Rechtsbeugung nicht mitmachen wollte. (Wraol!) Ganz genau so wäre es ihm als Vizepräsidenten gegangen.

Es herrscht nun ein weitverbreiteter Glaube, der auch von den Gegnern Bernsteins kolportiert wird, nämlich der Glaube, als besthe ein Recht darauf, daß die drei größten Parteien das Präsidium führen und daß, wenn etwa bei uns eine Ausnahme gemacht wird, wir dadurch als Abgeordnete zweiter Klasse deklariert würden. Dieser allgemein verbreitete Glaube erhält aber sofort einen Stoß, sobald man einen Blick auf die Geschichte der Präsidien im deutschen Reichstage wirft. Das Recht, daß die größte Partei den Präsidenten, die zweitgrößte den ersten und die drittgrößte den zweiten Vizepräsidenten stellt, ist ein Recht, das lediglich in den Köpfen einzelner Menschen existiert, in Wirklichkeit aber noch nie dagewesen ist, es ist etwas, worauf von Alibas Wort nicht zutrifft. In der ersten Legislaturperiode des Reichstages war die national-liberale Partei die stärkste, die Reichspartei die zweitstärkste, das Centrum die drittstärkste, und trotzdem sehen wir, daß die Nationalliberalen den Präsidenten und zweiten Vizepräsidenten, die Reichspartei den ersten Vizepräsidenten stellte.

In der zweiten Legislaturperiode 1874 hatten die Nationalliberalen 158, das Centrum 91, die Fortschrittspartei 50 und die Reichspartei 36 Mitglieder. Ohne Verchiebungen in der Fraktionsstärke traten erhebliche Veränderungen in der Besetzung des Präsidiums in der Legislaturperiode ein, aber nie wurde dem angeblichen Rechtsgrundsatz Rechnung getragen. In der ersten Session war der national-liberale Forderbeck Präsident, das Centrum fiel ganz aus, die Reichspartei als vierthöchste Partei stellte den ersten Vizepräsidenten und die um 14 Mitglieder stärkere Fortschrittspartei den zweiten Vizepräsidenten. In der zweiten Session wurde der Reichsparteiler Hohenlohe durch den Nationalliberalen von Stauffenberg ersetzt, und in der dritten Session wurde auch der Fortschrittler Hänel noch durch v. Wenda ersetzt, so daß nun die Nationalliberalen alle drei Präsidentenstellen hatten. In der dritten Legislaturperiode, 1877, hatten die Nationalliberalen 128, das Centrum 93, die Fortschrittspartei 52 und die Reichspartei 38 Mitglieder. Es wurden v. Forderbeck als Präsident, v. Stauffenberg als erster Vizepräsident und der Reichsparteiler Hohenlohe als zweiter Vizepräsident gewählt. Das Centrum und die Fortschrittspartei als zweit- und drittstärkste Parteien fielen ganz aus. 1878 wurden 99 Nationalliberale,

94 Centrumsmitglieder, 59 Konservative und 57 Reichsparteiler gewählt. Im Präsidium wurden 2 Nationalliberale und 1 Reichsparteiler gewählt. Das Centrum als zweit- und die Konservativen als drittstärkste Partei fielen aus. Als dann im Mai 1879 v. Forderbeck und v. Stauffenberg zurück traten, wurden an ihrer Stelle v. Seydewitz (Kons.) und v. Frandenstein (Centrum) gewählt und war nun die stärkste Partei, die Nationalliberalen, gar nicht im Präsidium vertreten. In der letzten Session der Legislaturperiode ging das Präsidium auf den Reichsparteiler v. Arnim-Boitzenburg über und erhielten die Konservativen die Stelle des zweiten Vizepräsidenten. Die Reichspartei, welche nach dem sogenannten Rechtsgrundsatz gar keinen Anspruch auf einen Sitz im Präsidium hatte, war nun an die erste Stelle gerückt. In der folgenden Legislaturperiode 1881 hatte die Fortschrittspartei mit den Sezessionisten zusammen 115 Mitglieder, das Centrum 100, die Konservativen 50 und die Nationalliberalen 47 Mitglieder. Das Präsidium bestand aus Lebedow (Kons.), Präsident v. Frandenstein (Centr.) erster Vizepräsident und Adernann (Kons.) zweiter Vizepräsident. Erst in der letzten Session erhielt die stärkste Partei, die nun gebildete Freisinnige Partei, die Stelle des zweiten Vizepräsidenten. 1884 wurden 99 Centrumsmitglieder, 78 Konservative und 74 Freisinnige gewählt. Den Präsidenten stellten die Konservativen, den ersten Vizepräsidenten das Centrum und den zweiten Vizepräsidenten die Freisinnigen. Hier stimmte der sogenannte Rechtsgrundsatz soweit, nur das Konservative und Centrum ihre Stellen vertauscht hatten. Das Bild änderte sich aber wieder in dem 1887 gewählten Kartellreichstag. In diesem waren 99 Nationalliberale, 98 Centrumsmitglieder, 80 Konservative und 41 Reichsparteiler. Das Präsidium bestand aus einem konservativen Präsidenten, einem nationalliberalen ersten und einem reichsparteilichen zweiten Vizepräsidenten. Das Centrum als zweitstärkste Partei hatte es abgelehnt, einen Vizepräsidenten zu stellen. 1890 waren 106 Centrumsmitglieder, 76 Freisinnige und 73 Konservative gewählt. Bei der Präsidentenwahl wurde das Bild umgekehrt, indem man der drittstärksten Partei, den Konservativen, die Stelle des ersten Präsidenten gab. 1893 bestand das Centrum aus 96, die Konservativen aus 72, die Nationalliberalen aus 53 und die Freisinnigen aus 48 Mitgliedern. Präsident wurde v. Lebedow (Kons.), erster Vizepräsident von Buol (Centrum), zweiter Vizepräsident Würlin (Nat.). Als dann am 23. März 1895 v. Lebedow und Würlin, infolge der Versagung der abgelehnten Bismarckgratulation, ihre Stellen niederlegten, wurden v. Buol Präsident, Schmidt (Freis.) erster Vizepräsident und Spahn (Centr.) zweiter Vizepräsident. Es waren also die zweit- und drittstärkste Partei wieder gar nicht vertreten. In der letzten Legislaturperiode stellten die Nationalliberalen den zweiten Vizepräsidenten, obwohl sie der Stärke nach erst die fünfte Partei waren. Man hat also etwas, was nie da war, als hergebrachten Brauch bezeichnet.

Nur fragt es sich, welche Grundzüge denn eigentlich bei der Besetzung des Präsidiums maßgebend gewesen sind. Um diese Grundzüge zu erkennen, müssen wir die Gründe untersuchen, aus denen die einzelnen Präsidenten zurückgetreten sind, oder aus denen stärkere Parteien sich nicht am Präsidium beteiligt haben. Warum traten die Nationalliberalen 1879 zurück? Es war damals ein Umschwung in der Zollpolitik eingetreten, der Zolltarif wurde beraten, und als bei einer Reihe von namentlichen Abstimmungen der damalige Präsident Forderbeck in der Minorität geblieben war, legte er infolge der Meinungsverschiedenheit mit der Mehrheit und „aus Gesundheitsrücksichten“, wie es in dem an den Reichstag gerichteten Schreiben heißt, sein Amt nieder. Auch der erste Vizepräsident Stauffenberg wurde plötzlich krank und erklärte, aus Gesundheitsrücksichten nicht länger das Präsidium behalten zu können. (Heiterkeit.) Er hatte die übliche Ministerkrankheit. In Wirklichkeit waren es natürlich die politischen Gegensätze, die ihn veranlassten, vom Präsidium zurückzutreten. An ihrer Stelle wurden keine

Nationalliberalen gewählt, sondern der Konservative v. Seydewitz wurde Präsident und v. Frandenstein erster Vizepräsident. Wären die Nationalliberalen noch so, wie seiner Zeit v. Forderbeck und Stauffenberg, so hätte Büding nicht das machen können, was er mitgemacht hat. (Sehr wahr!) Weiter! 1887 wurde der Reichstag infolge der Ablehnung der Militärvorlage aufgelöst, und es gelang, einen Kartell-Reichstag zusammenzubringen. Damals wurde der Konservative v. Wedell Präsident, der Nationalliberale Dr. Buol erster und der Reichsparteiler Dr. Unruh zweiter Vizepräsident. Das Centrum hatte es abgelehnt im Kartell-Reichstag im Präsidium zu sitzen. Glaubt Bernstein, daß die Gegensätze zwischen uns und der Politik der herrschenden Klassen weniger scharf sind, als die Gegensätze waren, in denen Forderbeck und Stauffenberg sich 1879 zur Mehrheit befanden? Oder daß sie weniger scharf sind, als die Gegensätze zwischen Regierung und Centrum im Jahre 1887? Diese Frage wird Bernstein verneinen müssen. Sowie das Lattgefühl sollten wir jederzeit haben, um zu sagen, daß wir nicht einen Mann aus unsren Reihen dazu zwingen, regelmäßig Vorlagen als unangenehm zu erklären, gegen die er und die Fraktion stimmen. Schon das ist für uns Grund genug, den Eintritt ins Präsidium abzulehnen. Und damit scheiden alle Fragen, ob man Eskarpins oder ob man blauen Jack mit blauen Knöpfen tragen soll usw. aus. Dazu kommt noch: Wir könnten einen Präsidenten nur bekommen durch die Gnade der Mehrheitsparteien. Aber daran werden wir nicht appellieren. Am allertwenigsten in dem Augenblick, wo wir infolge unsrer Stärke das, was wir wollen, fordern können. Alle diese Fragen scheiden vollkommen aus, und nur, weil Bernstein in seinem Artikel eine falsche historische Darstellung gegeben hat, ist der Streit um so nebensächliche Fragen entstanden. Wenn Bernstein sich das überlegt, so wird auch er zu der Ansicht kommen, daß es besser gewesen wäre, seinen Artikel nicht in der Julinummer der „Sozialistischen Monatshefte“ zu veröffentlichen, sondern die Frage erst noch länger zu prüfen. Und wenn er die Frage etwas näher geprüft hätte, dann glaube ich, hätte er das Manuskript in seinem Schreibpult liegen lassen. Aber leider steht er auch heute noch auf dem in dem Artikel vertretenen Standpunkt.

Bei der sachlich völligen Uebereinstimmung, in der ich mich mit Wedell befinde, bin ich trotzdem genötigt, auf einige seiner Äußerungen einzugehen, die ich für bedenklich halte. Wedell sagt, wenn er etwas schreibt, so überlegt er es sich vorher. Nun zu dem, was Wedell geschrieben hat, gehört auch der Vorwurf des Komödientheaters in der Sozialdemokratie. Als ich dies Wort in seiner Erklärung las, da war es mir, als wenn ich plötzlich eine Ohrfeige bekäme. (W e b e l: Eine recht unerwartete!) Ja, und dazu, daß sie mir unerwartet kam, hat Wedell die meiste Veranlassung gegeben. Als ich zuletzt vor der Wahl mit Wedell zusammen war, in Elberfeld, da kündete mein Hauptgegenstandsbild eine Versammlung über das Thema: „Das Komödientheater in der Sozialdemokratie“ an. (Hört! hört!) Als das Wedell mitgeteilt wurde, war er ganz aufgebracht über eine solch freche Beschimpfung. (Heiterkeit.) Er meinte, meinem Gegner mußte gründlich zugelegt werden. Ich bin allerdings nicht in die angekündigte Versammlung gegangen, aber im Kreise habe ich ihm gehörig zugelegt. (W e b e l: Das war auch ganz recht!) Da können Sie sich denken, welchen Eindruck das Wort Wedells vom Komödientheater auf mich machte. Ferner bestreite ich ganz den Ausspruch Wedells, daß wir nie so uneinig gewesen sind wie gerade jetzt. Dieser Ausspruch hat mich auch ein wenig in Erstaunen gesetzt. (Sehr richtig!) Das Wort, daß wir nie so uneinig gewesen wären, wie gerade jetzt, ist ja nicht zum erstenmal aus Wedells Mund gefallen. Ich erinnere mich noch ganz deutlich desselben Ausspruchs in St. Gallen. Ich behaupte aber, daß das nicht zutrifft. Ich möchte nur ein paar Hinweise geben. Im Jahre 1878 nach der Vereinigung mußte der Parteitag den ersten Taktikbeschluss fassen, der mit Veranlassung war durch eine Abstimmung Wedells im Reichstag. Wir Otensener

hatten beantragen müssen, daß die Fraktion im Reichstag immer geschlossen auftreten solle, und bei der Abstimmung über unsern Antrag stimmten sämtliche Mitglieder des ehemaligen Allgemeinen deutschen Arbeitervereins mit drei Ausnahmen geschlossen auf der einen Seite, und ihnen schloß sich Most an, während auf der andern Seite geschlossen die Eisenmacher standen. Das war ein bedauerlicher Spalt, der damals innerhalb der Partei vorhanden war. Auch 1877 waren prinzipielle Gegensätze in der Partei vorhanden. Damals erschien die Englische Schrift: „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“. Sie war ein Ergebnis nicht des theoretischen Spiritisierens, sondern sie wendete sich gegen eine Richtung in der Partei. Dühring hatte damals einen starken Anhang in der Partei, besonders bei den Genossen in der „Berliner Freien Presse“. Dühringianer waren damals Frißsche und Most (Webel: Auch Bernstein!) Wie tiefgehend damals die Meinungsverschiedenheiten waren, davon legt die Schrift von Friedrich Engels Zeugnis ab. Auf dem Kongreß in Bhdn war der Streit mit Hasselmann und Most, der mit ihrem Ausschluß endete. Es kam der Kongreß von Kopenhagen, der sich mit den Böhmen in der Partei beschäftigte und Nittinghausen ausschloß. Dasselbe gilt für den Kongreß von St. Gallen. Dort sagte Webel: „er freute sich, daß die Fraktion nicht mehr so stark wie früher sei, daß nicht mehr 24 darin stüßen, die parlamenteln und sich auf jeden Antrag einlassen; es sei gut, daß es nur zwölf seien, die in revolutionärem Sinne arbeiten könnten.“ (Hört! hört!) Damals standen sich der ultraradikale Flügel und der opportunistische Flügel gegenüber. Es drehte sich der Streit um die Frage der Dampfersubvention und der ganzen Beteiligung am Parlamentarismus. An der Spitze der Gemäßigten standen Diez, Max Kahrer und Hasenclever. Gegen diese richtete sich der Webel'sche Angriff, der schließlich zum Ganzausschluß von Bieder und zum halben Ausschluß von Geiser führte. In Halle kämpfte man gegen die Jungen und gegen Vollmar. Dasselbe war in Erfurt der Fall. Nur daß Vollmar jetzt gemäßigert war. In Frankfurt stritten wir uns um die Bayernfrage und die Stegmüllerei; in Breslau war es die Agrarfrage, aber Webel stand damals auf der rechten Seite. (Hört, hört!) In Hamburg war es Webel, dem die Berliner horten, daß er nicht genügend revolutionär sei. Dann nahm die Bernstein-Debatte ihren Anfang, die bis jetzt immer reichliches Material zu dem Zwist geliefert hat, den wir nun einmal haben müssen. Was sind nun eigentlich die Revisionsisten? Gerade gegenwärtig ist nach meiner Ueberzeugung die Partei so einig, wie nie zuvor. (Lebhafte Zustimmung.) Bei der Bekämpfung des Buchertarifs und im Wahlkampf ist das deutlich zutage getreten, wenn wir so zerrissen wären, wie Webel sagt, wie wäre es da gelungen, zu jenem gewaltigen Protest und Sieg am 18. Juni zu gelangen. (Lebhafte Beifall.) Und gerade weil wir so geschlossen waren, wie nie zuvor, hat das Hineinwerfen eines Streitgegenstandes so gewaltige Erregung hervorgerufen. Deshalb war der Ausbruch so elementar. Die Erregung war nicht eine Folge vorangegangener Uneinigkeit, darin irrt Webel. Wenn man sich über tausenderlei verschiedene Dinge zu streiten hätte, dann würde die Vizepräsidenten-Frage einen Tag lang studiert worden sein, und man hätte sich dann über die anderen Dinge weiter gestritten, aber weil jeder Streitgegenstand sonst fehlt, wurde der hineingeworfene Knochen von allen Seiten gepackt. (Sehr richtig!) Die Genossen, die als Revisionsisten bezeichnet werden, geben den Projektmachern, die wir in vielen Orten haben, Stoff, alle möglichen Vorschläge als Revisionismus auszugeben und damit örtliche Streitigkeiten zu veranlassen. Jeder Projektmacher tritt als Revisionsist auf und beruft sich darauf; ja, die Revision ist ja schon vorhanden. Darüber haben sich die Genossen lange geärgert, aber der Kampf gegen die Brotvucherer führte zur Einigkeit. Die alten Ständereien, die die Versammlungen angeeddet und leer gemacht hatten, verschwanden, und da kommt der Vorschlag Bernsteins und ruft den stärksten

Ausbruch der Entrüstung gegen die Projektmacherei hervor, die wir erlebt haben. Wenn auch nicht überall klar erkannt, so wurde es doch instinktiv empfunden, daß dieser Vorschlag eine vollständige Revision der Grundzüge und der Taktik der Partei voraussetzt. (Sehr richtig!) Das Wort Hofgänger ist hingeworfen worden, ein wunderbar schönes Wort. Unter Hofgänger versteht man die Diensthöfen der Tagelöhner, die unter der mecklenburgischen Leibeigenschaft leben. (Heiterkeit.) Daß an und für sich nicht gegen bestimmte Formen getwittert zu werden braucht, ist ja klar, denn es ist die Möglichkeit vorhanden, daß ein Sozialdemokrat zu Hof gehen muß, weil er sich nicht weigern kann, will er nicht sein Mandat verlieren. (Hört! hört!) In § 88 der Geschäftsordnung des Reichstages steht, daß wenn dem Kaiser eine Adresse durch Deputierte überreicht werden soll, der Präsident die Zahl der Deputierten bestimmt, und daß das Los sie bezeichnet. Bisher waren solche Adressen nicht überreicht worden, aber es kann kommen, daß der Reichstag das Bedürfnis fühlt, den Ansichten des Kaisers in Form einer Adresse zu widersprechen. Man denke an einen ähnlichen Fall, wie bei der Aeußerung des Kaisers über die Ablehnung der Bismarck-Führung durch den Reichstag. Damals gab man keine Antwort, aber man kann in ähnlichen Fällen eine Antwort geben wollen. Wenn einer unserer Leute durch das Los bestimmt wird, die Meinung des Reichstags dem Kaiser ins Haus zu bringen, so kann er sich nicht denken, wenn er sein Mandat nicht verlieren will. Also auch schon jetzt ist ein Gehen zu Hofe nicht ausgeschlossen. Ich glaube aber auch schon, daß die Sozialdemokratie in die Lage kommen kann, den Posten als Präsident zu übernehmen und zwar eher, als wir in der Majorität im Reichstage sind. (Hört! hört!) Es mag das nicht wahrscheinlich sein, aber es ist nicht unmöglich. Nehmen wir an, daß die Junkerei die Regierung in die Klemme bringt, daß die Interessen der Großindustrie durch das Junkertum so verletzt werden, daß diese Großindustrie unter allen Umständen den Abschluß von Handelsverträgen verlangt. Nehmen wir also an, es kommt ein bestimmter Handelsvertrag, der vollständig den Buchertarif aufhebt, und nehmen wir weiter an, daß die agrarische Reichstagsmajorität diesen Handelsvertrag ablehnt und Auflösung des Reichstages erfolgt, dann würden die Neuwahlen auf Grund einer bestimmten Parole, auf Grund des Handelsvertrages stattfinden. Und nehmen wir dann an, daß eine handelsvertragsfreundliche Mehrheit gewählt wird. Glaubst, Parteigenossen, dann wird Ballestrem ebensowenig an dem Plage bleiben, als es Forderstedt 1879 geblieben ist.

Dann hat die handelsvertragsfreundliche Mehrheit die Geschäfte zu übernehmen. (Hört! hört! und Bewegung.) In diese Rolle einer Regierungspartei sind wir schon gekommen. So bei dem Handelsvertrag mit Rußland, wo wir geschlossen für den Vertrag gestimmt haben und eigentliche Regierungspartei waren. Derartige Situationen können sich wiederholen. Es ist daher bedenklich, wenn wir uns durch eine solche Resolution festlegen. Ich halte die vorgeschlagene Resolution in ihrem ersten und zweiten Teile für sehr bedenklich, weil wir damit unsere Taktik nicht von der eignen Entscheidung abhängig machen, sondern von dem Entschlusse anderer Leute. Die Resolution spricht von den durch die Geschäftsordnung gebotenen Pflichten. Was kann aber nicht alles geboten werden? Auch das haben wir nicht in der Hand. Es ist ein Uebing, unser Ordnung des Reichstags steht. (Wiesache Rufe: Sehr richtig!) Wir müssen frei entscheiden dürfen, was wir tun wollen. (Erneute Zustimmung.) Was steht in der Geschäftsordnung? Der Präsident des Reichstages — und in seiner Vertretung der Vizepräsident natürlich — hat die Vertretung des Reichstages nach außen zu übernehmen. Unter dieser Vertretung nach außen aber kann nichts anderes verstanden werden als was man bisher darunter verstanden hat. Sollten aber Zweifel entstehen, was bisher Gebrauch war, dann kann die Mehrheit in

Die Geschäftsordnung des Reichstags alles hineinsetzen, was sie will, sie kann die Vertretung nach außen bestimmt deklarieren. Zu dem bisher Gebräuchlichen gehörte die Annahme der Konstituierung des Reichstages und der Wahl des Präsidiums beim Kaiser, die Teilnahme an Kaisers Geburtstag und an Gosseslichkeiten und die Teilnahme an Ministerjournen. Man kann aber auch in die Geschäftsordnung weiter hineinsetzen, daß hierbei die Vorschriften des Hofmarschallamtes von den Präsidenten zu beachten sind. Damit würden wir also durch diese unsre Resolution abhängig werden nicht nur von den Beschlüssen der Mehrheit, sondern auch von Befehlen des Hofmarschallamtes. Ich halte es für richtig, den ganzen ersten Absatz in Wegfall zu bringen. Was darin steht, ist vollkommen überflüssig. Die Fraktion wird schon tun, was nötig ist. Sollte das Mißtrauen gegen die Fraktion aber so groß sein, daß man nicht glaubt, die Fraktion werde so beschließen, wie es der Wille der Mehrheit unsrer Partei ist, dann kann man ja die Teilnahme an Präsidium abhängig machen davon, daß die Dreiviertelmehrheit oder die Achtmehrmehrheit in der Fraktion dafür ist, oder auch daß ein solcher Beschluß einstimmig von der Fraktion gefaßt werden muß. Einer wird doch wohl in der Fraktion sein, der so denkt wie die Mehrheit. Aber machen wir auf keinen Fall unsre Entscheidungen abhängig von Dingen, auf die wir keinen Einfluß haben. (Sehr richtig!) Dabei will ich im Vorübergehen eins konstatieren: Bebel hat sich geirrt, als er behauptete, daß die sozialdemokratische Fraktion die neue Taktik, nämlich bestimmte Gesetze nicht ohne weiteres abzulehnen, nur mit 14 gegen 13 Stimmen gefaßt hat. Die Abstimmung innerhalb der Fraktion über diese Frage entstand beim Inviduitätsgesetz. Es ist mit großer Mehrheit beschlossen worden, für das Inviduitätsgesetz zu stimmen, so daß man durchaus nicht von einer Zufallsmehrheit sprechen kann. (Hört! hört!) Dann aber will ich nochmals konstatieren, es ist in der Fraktion durchaus nicht immer so, daß auf der einen Seite die sogenannten Revisionisten und auf der anderen Seite die Nicht-Revisionisten stehen. In einer der letzten Fraktionsitzungen ist z. B. ein Antrag Bebel, wonach wir die Abänderung des § 175 R.-Str.-Ges.-V. verlangen sollten, als nicht den Parteigrundsätzen entsprechend abgelehnt. Er wollte diese Forderung zu einer Parteisache machen und gerade der sogenannte Revisionist Seine hat diesen Antrag aufs schärfste bekämpft. Da gilt es: „Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht“. Ich halte es für überflüssig, daß die Resolution angenommen wird, weil ich mir sage, die Partei will die bisher befolgte Taktik innehalten. Durch die Annahme der Resolution schütten wir Wasser auf die Mühle der sogenannten Revisionisten, die da sagen werden, der Parteitag erkennt an, daß die alten Beschlüsse über die Taktik nicht mehr ausreichen. Am liebsten wäre mir eine motivierte Tagesordnung, worin einfach erklärt wird, wir lehnen es ab, die bisherige Taktik der Partei zu ändern. Die bisherige Taktik der Partei, die uns zu Erfolgen geführt hat, sie wird uns auch weitere Erfolge bringen. (Lebhafter Beifall.)

Singer erklärt den Wahlakt für den Vorstand und die Kontrolleure für geschlossen. Er teilt mit, daß zu der Erklärung der Posener Genossen Rosa Luxemburg folgende Generalklarung gibt:

„Bezugnehmend auf die Einwendung aus Posen habe ich meinerseits hier zu erklären, daß, da es auf dem Parteitag unmöglich ist, den Sachverhalt, der dieser Quertreiberei zu Grunde liegt, auseinanderzusetzen, ich nächstens in der Presse Gelegenheit nehmen werde, es in ausführlicher Weise zu tun.“

Weiter ist folgendes Amendement zur Resolution 130 eingelaufen, derselben am Schluß folgenden Passus hinzuzufügen:

„Der Parteitag erwartet vor allem, daß als Hauptaufgabe in der nächsten Zeit die Agitation draußen im Lande betrachtet wird, die darauf gerichtet werden soll, das gewaltige Wachstum der Partei in die Breite, das sie in den letzten

Reichstagswahlen erfahren hat, durch eine entsprechende Vertiefung der sozialistischen Erkenntnis und Schulung der neu gewonnenen Kräfte zu ergänzen.“

Der Antrag auf Schluß der Diskussion wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen.

Zur Geschäftsordnung erklärt

Bebel: Zu der von uns eingebrachten Resolution 130 liegen eine Reihe von Amendements vor, so daß mehrfach der Wunsch laut geworden ist, daß ich kurz erkläre, wie die Antragsteller der Resolution zu den Amendements stehen. Jrgend ein Wort der Motivierung hinzuzufügen ist mir natürlich nicht möglich. Was den Absatz 1 betrifft, so haben wir ja gestern mitgeteilt, daß der erste Antrag durch Nr. 140 eine andre Fassung erhalten hat.

Im weiteren beantragen Stadttag und Genossen die Worte „oder der Geschäftsordnung“ in Absatz 1 zu streichen. Ich kann keine Erklärung über unsre Stellung zu diesem Antrage abgeben, da ich mich mit der Mitantragstellern der Resolution nicht verständigt habe. Der Antrag Legien, Nr. 141 das Wort „Revisionisten“ zu streichen, können wir uns nicht entschließen, zu akzeptieren; dagegen haben wir gegen den weiteren Antrag Legiens nichts einzuwenden, das Wort „Weltpolitik“ durch „Weltmachtpolitik“ zu ersetzen. Den ferneren Antrag Legien sind wir bereit anzunehmen, weil er die Lücken ergänzt, auf die schon der Antrag Timm und andre Anträge hinweisen, die uns eine ganze Reihe von Aufgaben übergeben sehen möchten. Der Antrag 143 Sturm und Genossen erklären wir zu akzeptieren.

Legien: Mir ist es durch den Schluß der Diskussion unmöglich geworden, meinen Antrag näher zu begründen, ich bin aber überzeugt davon, wenn es mir möglich gewesen wäre, dies zu tun, wäre er angenommen worden. Nachdem Bebel außerhalb der Diskussion sich gegen meinen Antrag gewandt hat.

Singer: Bebel hat nicht gegen Ihren Antrag gesprochen, sondern nur erklärt, daß die Antragsteller ihn nicht akzeptieren.

Legien: Nachdem Bebel außerhalb der Diskussion sich gegen meinen Antrag gewandt hat, kann ich nur mein Bedauern ausdrücken, daß das Wort „Revisionismus“ hier parteiöffentlich gestempelt wird. Ich kenne das Wort in der Partei nicht. (Sehr richtig!)

Singer: Das ist nicht mehr zur Geschäftsordnung.

Bevor zu den persönlichen Bemerkungen übergegangen wird, erklärt

Singer: Bebel beabsichtigt hierbei auf einen Gegenstand, der gestern diskutiert worden ist, zurückzugreifen. Persönliche Bemerkungen dürfen sich im allgemeinen aber nur auf den Tag beziehen, wo die Bemerkungen gefallen sind, die sie hervorgerufen; ein Grund zum Abweichen wird aber im Fall Bebel dadurch gegeben, weil er mit Recht der Ansicht sein konnte, daß diese Debatte durch Schlusssätze von ihm und Vollmar beendet werden sollte. Das ist nicht der Fall und deshalb nehme ich keinen Anstand, Bebel's Wunsch zu gewähren.

Bebel: Ich habe in meiner vorgelegten Rede auf die Stelle von Eisner am „Vorwärts“ Bezug genommen, und Eisner sagte mir dann sofort: „Sie haben mir zwar nach verschiedenen Richtungen hin große Komplimente gemacht, aber auf der anderen Seite mich so schwer angegriffen, daß ich Sie dringend ersuchen muß, diese Ihre Angriffe in einer Form zu deklarieren, die ich von meinem Standpunkte aus als durchaus befriedigend ansehen kann.“ Ich erwiderte ihm: „Sobald die Rede vorliegt und nach meiner Ansicht Ihre Auffassung eine richtige sein sollte, bin ich gern bereit, Ihnen die gewünschte Erklärung zu geben.“ Nachdem ich nun den Bericht des „Vorwärts“ gelesen habe, sehe ich ein, daß Eisner sich durch meine Worte verletzt fühlen konnte, insbesondere durch das Wort, daß es ihm verwehrt sein solle, für einen bestimmten Teil des „Vorwärts“ zu schreiben. Diese Befürchtung von Eisner ist aber un- begründet. Es ist ganz ausgeschlossen, daß irgend einem Genossen, sowohl im

„Vorwärts“ wie außerhalb, verwehrt werden soll, in parteitaktischen oder programmatischen Fragen das Wort zu ergreifen. Ich hatte vielmehr die Absicht, durch den Parteitag feststellen zu lassen, wie künftig gegenüber den Streitigkeiten in der Partei und den Kritiken der gegnerischen Presse über die Partei, verfahren werden soll, und darauf will ich hier auf dem Parteitag nicht näher eingehen. Ich trage mich aber mit der Absicht, in Berlin bei den zuständigen Instanzen zu beantragen, daß ein bestimmter Genosse für diesen Teil vorantwärtlich sein solle, und hierfür dürfte Eisner, nach seiner ganzen Qualifikation, die ja eine viel bedeutendere ist, nicht in Frage kommen. Es hat mir fern gelegen, auszusprechen zu wollen, daß Eisner oder einem andern Redakteur des „Vorwärts“ das Recht beschritten werden dürfe, im „Vorwärts“ seine Anschauungen über Parteitaktik zu entwickeln. (Sehr richtig!) Eine Zurücksetzung von Eisner, wie er sie aus meinen Worten herauslesen konnte, habe ich nicht beabsichtigt. — Es ist mir dann von Vollmar unterstellt worden, ich hätte auf dem Kölner Parteitag die Gewerkschaftsführer angegriffen, weil sie an einer Beratung über die Gründung partitaktischer Arbeitsnachweise von bürgerlicher Seite teilgenommen hätten, während ich selbst später in Zürich einem Kongreß dieser Art beigewohnt hätte. Da ist Vollmar ein starker Irrtum unterlaufen. Im ersten Falle handelte es sich um eine private Konferenz; 1897 dagegen um einen Kongreß für Arbeiter-Schutzmaßnahmen, auf dem die bürgerlichen Parteien vertreten waren. Weiter hat Vollmar gesagt, auch ich hätte die frühere, negierende Haltung gegenüber der Versicherungsgeesegebung aufgegeben. Dem gegenüber konstatierte ich, daß nach meiner Auffassung die Stellung der Fraktion zu den Versicherungsgeesezen jetzt, wo es sich um eine Verbesserung dieser Geeseze handelt, eine ganz andre ist als damals, als es sich um die Grundlagen handelte und wir alle Urache hatten, die ungenügenden Grundlagen zu bekämpfen. Vollmar hat weiter Neußerungen aus einem Artikel des „Zürcher Sozialdemokrat“ vom 28. Oktober 1886 über die Beteiligung an der bairischen Landtagswahl verlesen und gemeint, der Artikel rühre von mir her. Der Artikel ist von mir nicht unterschrieben, ich kann mich auch nicht entsinnen, ihn geschrieben zu haben, kann allerdings auch nicht das Gegenteil behaupten. — Was sodann die Neußerung Vollmars bezüglich meiner Stellung zur Haltung der bairischen Landtags-Fraktion in der Wahlrechts-Frage betrifft, so will ich nicht bestreiten, daß Vollmar meine Neußerungen — es handelt sich allerdings um ein Privatgespräch — dem Sinne nach richtig wiedergegeben hat. Ich habe aber nicht nur mit ihm, sondern auch mit Ehrhart in München darüber gesprochen. Ehrhart sagte: „Na, Du hast ja den großen Kampf, den Du gegen uns angekündigt hast, nicht unternommen.“ Ich erwiderte: „Ihr irrt Euch; in meinem Artikel steht nichts davon, daß ich in der Hauptstadt des Landes, angesichts der Gegner die Sache zur Sprache bringen werde. Das halte ich in Eurem Interesse und in dem der Gesamtpartei für schädlich. (Ehrhart: Das war sehr lebenswürdig!) Das ist mir ganz egal. Ich habe in dem Gespräch noch hinzugefügt: Ja, wenn Ihr auf solche Debatte so erpicht waret, so kommt Ihr sie ja provozieren. (Sehr richtig!) Das habt Ihr aber nicht getan, jedenfalls aus denselben Motiven, aus denen ich es unterlassen habe. Sodann hat Vollmar einen Satz aus meiner Rede im Reichstage verlesen; er hat es aber unterlassen, weiter zu lesen. Hätte er das getan, so wäre er womöglich zu seinen Schlußfolgerungen gekommen. Ich sagte mit Bezug auf das Programm des Kanzlers: „Gewiß, ein sehr schönes Programm! Und wenn der Herr Reichskanzler seine sehr einflußreiche Stellung benutzen will, um dies zu verpflücken, so wird er an uns seine besten und treuesten Bundesgenossen finden!“ Diesen Satz hat Vollmar verlesen, aber nicht den folgenden Satz: „Aber das wird ihm sehr schwer, wenn nicht unmöglich sein. Er kann viel tun in der Richtung, die ich soeben angedeutet habe, aber, Herr Reichskanzler,

in der Richtung, die Sie gestern andeuteten, direkt für den sozialen Aufschwung zu arbeiten, damit immer mehr Individuen in die wohlhabenden Schichten der Bevölkerung gelangen, das wird Ihnen nicht möglich sein, da steht das Wesen und die Natur der bürgerlichen Gesellschaft Ihnen entgegen.“ (Sehr gut!) Wäre dieser Satz mitzitiert worden, der in engster Verbindung mit dem Vordersatz steht, dann wäre der Eindruck meiner Rede ein ganz anderer und die Kritik von Vollmar ganz unmöglich gewesen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich hätte noch viele persönliche Bemerkungen gegen Vollmar zu machen, will das aber unterlassen mit Rücksicht auf die Geschäftslage und auch, weil ich überzeugt bin, daß die Leser reif genug sind, beide Reden würdigen zu können. Nur noch ein Wort gegen Auer! Er hat einen Brief, den ich vor 30 Jahren aus dem Gefängnis an Liebknecht geschrieben habe, zitiert. Vor ein paar Tagen sagte er, er habe die letzten Briefe von mir nicht gelesen, sondern beiseite gelegt. Das nehme ich ihm nicht übel, das ist seine Sache. Aber gewundert habe ich mich, daß jemand, der jetzt keine Zeit hat zwei Briefe von zwei bis drei Seiten innerhalb vierzehn Tage zu lesen, einen achtzehn Seiten langen Brief, der vor dreißig Jahren geschrieben ist, durchlesen kann (Sehr richtig!), um diesen zur Bekämpfung meiner Person und meiner Auffassung zu benutzen. Auer bemerkte, der betreffende Brief sei ein Kassiber. Das ist nicht richtig. Der Brief ist durch die Hände und die Kontrolle des Direktors des Gefängnisses gegangen. (Hört! hört!) Wenn der Brief nicht das Inprimatur des Direktors trägt, so vielleicht, weil das Kubert verloren gegangen ist oder weil der Herr mit Rücksicht auf meine Stellung — ich war damals Reichstags-Abgeordneter und auch in Sachen läßt man in einem solchen Falle noch eine gewisse Höflichkeit gelten — sich sagte: Dem willst Du nicht den Gefängnisstempel aufdrücken. Also der Brief ist durch die Hände des Direktors gegangen und von ihm gelesen worden. Ich weiß das genau, denn ein paar Tage später kam der Direktor, wie so oft während meiner Haft zu mir, und wir sprachen da sowohl über diesen Brief, wie über eine Reihe anderer Briefe, die ich geschrieben hatte. Es war eine Diskussion politischer Art, so lebhaft, daß ich meinem Temperament entsprechend etwas sehr laut sprach, und da sagte mir der Direktor: Herr Webel, psi, psi, rechts und links haben wir Nachbarn. (Heiterkeit.)
Heine: Ich bin mir nicht klar, wo ich mit der persönlichen Bemerkung beginnen darf. Habe ich den Genossen Singer richtig verstanden, so will er wohl nur persönliche Bemerkungen gestatten, die sich an das halten, was in der heutigen Nachmittags-Sitzung gesagt ist. Ist das der Fall, dann verzichte ich. Ich habe geglaubt, daß man mir ebenso wie Webel gestatten würde, persönliche Bemerkungen zu machen, zur Aufklärung von Irrtümern über das, was ich gesagt habe oder gesagt haben soll, soweit es sich auf diesen Gegenstand der Debatte bezieht. Ich habe heute früh mit Singer darüber gesprochen, er hat mich nicht bezieht. Ich habe heute früh mit Singer darüber gesprochen, er hat mich nicht bezieht. Ich habe heute früh mit Singer darüber gesprochen, er hat mich nicht bezieht. Ich habe heute früh mit Singer darüber gesprochen, er hat mich nicht bezieht.
Singer: Ich habe ausgeführt, aus welchem Grunde es erwünscht ist, daß der Parteitag Webel gegenüber von dem Gebrauch bei persönlichen Bemerkungen absteht und ihm gestattet, auch auf Neußerungen von gestern einzugehen. Das trifft bei Heine nicht zu. Es konnte nie die Rede davon sein, daß Heine das Schlußwort bekäme. Ich habe nichts dagegen, daß Heine seine persönlichen Bemerkungen auf die heutige Vormittags-Sitzung ausdehnt, weil ja in der Nachmittags-Sitzung eigentlich nichts gesagt ist, was ihm zu einer persönlichen Bemerkung Anlaß geben könnte. Indessen, wenn der Parteitag beschließt, lichen Bemerkung Anlaß geben könnte. Indessen, wenn der Parteitag beschließt, lichen Bemerkung Anlaß geben könnte. Indessen, wenn der Parteitag beschließt, lichen Bemerkung Anlaß geben könnte.
liden Bemerkung Anlaß geben könnte. Indessen, wenn der Parteitag beschließt, lichen Bemerkung Anlaß geben könnte. Indessen, wenn der Parteitag beschließt, lichen Bemerkung Anlaß geben könnte. Indessen, wenn der Parteitag beschließt, lichen Bemerkung Anlaß geben könnte.

Gausten werfen. Was die Verhandlungen zwischen Heine und mir betrifft, so bezogen sich diese Verhandlungen auf einen Antrag, in dem Heine persönlich genannt ist. Ich bin mit ihm übereingekommen, vorzuschlagen, daß dieser Antrag, der mit dem Wortlaut unserer Resolution nichts zu tun hat, besonders behandelt wird. Als ich ihm sagte, daß er darüber keine persönliche Bemerkung zu machen brauchte, zog er seine Wortmeldung zurück. Will Heine einen Beschluß des Parteitage im Sinne seines Wunsches herbeiführen, so bin ich bereit dazu, aber ich meine, wir haben keine Veranlassung, außer der einen Ausnahme, die wir bei Bebel gemacht haben, und die natürlich auch auf Vollmar zutrifft, noch weitere Ausnahmen zu machen.

Heine: Da mir der Vorsitzende die Erlaubnis zu geben scheint, auf die Vormittags-Sitzung zurückzugreifen, so will ich einen weiteren Beschluß nicht herbeiführen. Ich werde mich deshalb nicht mit dem Beschäftigen, was Bebel über mich gesagt hat, sondern was Kautsky heute früh ausführte. Kautsky spricht durchweg allgemein von den Revisionsisten und nach dem ganzen Gang der Debatte besteht kein Zweifel, daß man mich darunter mitverstehen will. Kautsky hat gesagt, alle deutschen Revisionsisten hätten sich für Millerand ausgesprochen. In einer Versammlung vom 29. Juli dieses Jahres habe ich laut Bericht des „Vorwärts“ gesagt: „Freilich solle das nicht bedeuten, daß die Politik der französischen Genossen nach Deutschland verpflanzt werden solle, wo alle Voraussetzungen dafür fehlten, und ich habe weiter erklärt, daß ich auch in Frankreich dies Experiment für die französischen Genossen für schädlich gehalten habe. Die Behauptung, daß alle Revisionsisten, worunter auch ich einbegriffen bin, obwohl ich selbst diesen Ausdruck niemals gebraucht habe, sich für Millerand ausgesprochen hätten, trifft also, soweit meine Person in Betracht kommt, nicht zu. Weiter hat Kautsky erklärt, daß die Revisionsisten sich durchweg identifizierten mit den Auslassungen von Bernstein in seinem Buch über die Voraussetzungen des Sozialismus. Kautsky hat einige Stellen aus Bernsteins Schrift verlesen. Er hat aber nicht mitgeteilt, daß diese Stellen fast ausnahmslos dieselben sind, gegen die ich bereits öffentlich Verwahrung eingelegt habe. Ich habe zu jeder Zeit protestiert gegen die Identifizierung meiner politischen Auffassung mit der von Bernstein. Ich habe auf Seite 424 der „Sozialistischen Monatshefte“ 1902 ausgeführt: „Wie ich schon bei anderer Gelegenheit gesagt habe, legen wir sogenannten Bernsteinianer Wert darauf, nicht eine kompakte Masse von Gläubigen eines Bernsteinischen Dogmas zu sein, sondern wir meinen, daß die Lebensfähigkeit der Sozialdemokratie durch möglichste Freiheit individueller Auffassungen verbürgt werde.“ Und in Lübeck habe ich laut Protokoll gesagt: „Sie sehen, so sehr ich Bernstein in vielen Punkten recht gebe, so sehr ich ihn schätze, Bernstein und ich bilden keine Versicherung auf Gegenseitigkeit zu Lobeserhebungen, so daß wir in den uns zur Verfügung stehenden Blättern uns erzählen, was für vorzügliche Werke wir wären und wie prächtig wieder unsere letzte Arbeit geraten sei.“ (Geisterheil!) Nein, wir bilden keine geschlossene Masse, jeder nimmt sich das unbedingte Recht der Kritik heraus.“ Weiter hat Kautsky gesagt, die Revisionsisten gäben das Prinzip des Klassenkampfes auf, und er hat zum Beweise dafür ein paar Stellen aus Bernsteins „Voraussetzungen des Sozialismus“ vorgelesen. Ich kann Bernstein im Rahmen dieser Bemerkung nicht rechtfertigen, sondern kann nur sagen, was ich selbst darüber geschrieben habe. Im Oktober 1899 schrieb ich in den „Sozialistischen Monatsheften“: „Dagegen scheinen mir alle diese Umstände nicht den Ausdruck Bernsteins zu rechtfertigen, daß die kapitalistische Entwicklung von der Zunahme der Kapitalisten aller Grade begleitet sei, und ebenso wenig widerlegen sie die Tatsache der fortschreitenden Proletarisierung der Mittelklassen. Wie ich mich in dieser Beziehung Bernsteins Ansichten über den allgemeinen Gang der Entwicklung nicht anschließen kann, so muß ich es auch bestreiten, daß der Kampf der beiden wirtschaftlichen Haupt-

Klassen sich fortgesetzt mildere. Sowie er an äußerlicher Reinheit abstreift, so viel verschärft er sich an innerlicher Intensität. Die gewalttätigen Ausschreitungen der Vergangenheit, die Verstörungen von Fabriken und Maschinen, Versuche gewalttätiger Revolutionen waren völlig vereinbar mit gänzlicher Unklarheit über das eigentliche Klasseninteresse des Proletariats. Die heutigen Gewerkschaftskämpfe in geregelten, gesetzmäßigen Formen, die heutige Reformpolitik auf dem Gebiete des Arbeiterlohnes sind ein viel schärferer Massenkampf und werden auch von den Unternehmern so empfunden. Und daß das Unternehmertum als Ganzes heute geschäftiger denn je gegen die Arbeiterjugend auftritt, dürfte Bernstein für den Kontinent wohl zugeben.“ Dann hat Kautsky die Revisionsisten verantwortlich gemacht — das war der Kern seiner Ausführungen — für die Abschwächung des politischen Kampfes, die er aus Bernsteins Bemerkung über die Wirkung der Phrasologie der Bourgeoisie gegenüber ableitet. Ich stelle fest, daß ich an derselben Stelle folgendes gesagt habe: „Keiner, auch Bernstein nicht, hat je behauptet, daß wir durch die Sozialreformen im heutigen Staatswesen alles erreichen würden, was uns als Ziel vorsteht, aber wir wissen, daß wir zur Zeit jedenfalls nichts anderes tun können, und daß wir gar nichts erreichen würden, wenn wir jetzt nicht die Grundsteine legen wollten, auf denen wir später weiter bauen müssen.“ ... „Unter diesen Umständen kann ich leider den Optimismus nicht teilen, mit dem Bernstein eine friedliche Entwicklung zur Demokratisierung und Sozialisierung der Gesellschaft als sicher voraussagt.“ Ich persönlich bin wahrlich kein Liebhaber starker Worte, und renommierteste Zukunftsbildungen sind mir direkt zuwider, aber ich glaube doch, daß Bernstein sich irrt, wenn er das, was er unsere Freiheit nennt, für die Schwäche des deutschen Liberalismus verantwortlich macht. Der blöde Haß gegen die Sozialdemokratie, die Angst vor jedem Schimmer eines demokratischen Gedankens sind in Deutschland um so ärger geworden, je mehr die Sozialdemokratie die Allüren ihrer Jugendjahre abgestreift hat, bei denen es einem in der Tat manchmal nicht gewundert hätte, wenn sie den Plünderer erschreckt hätten. Alles mal nicht gewundert hätte, wenn sie den Plünderer erschreckt hätten. Alles mal nicht gewundert hätte, wenn sie den Plünderer erschreckt hätten. Alles mal nicht gewundert hätte, wenn sie den Plünderer erschreckt hätten.

v. Vollmar: Bebel meinte bezüglich der bairischen Wahlrechtsfrage, wenn es den Münchenern so darum zu tun gewesen ist, warum sie dann die Sache nicht auf dem Parteitage angeregt hätten. Damit dreht er aber die Verhältnisse um! Denn nicht wir waren die Ankläger, sondern Bebel. Ihm war unsere Bewegung nicht recht. Er hatte erklärt, daß unsere Haltung parteischädigend sei, und deshalb wäre es seine Aufgabe gewesen, die Sache in München zu verfolgen. Wir Bayern waren darauf gefaßt, daß wir angegriffen würden. Ich könnte eine Anzahl von bairischen Genossen nennen, die auf der Rednerliste standen, jedesmal, sobald sich ein Redner meldete, von dem wir annahmen, daß er uns angreifen würde. Aber es erfolgte kein Angriff, und die Redner haben sich regelmäßig wieder streichen lassen. Dem Genossen Timm war das schon ein paarmal passiert, und da es ihm unangenehm war, sich ein drittes Mal streichen zu lassen, ich

er sich heranläßt, unvorbereitet über eine ganz andre Sache zu sprechen. (Große Heiterkeit.) Was meine Anführung einer Stelle aus der Webel'schen Etatsrede betrifft, so hat Webel bestätigt, daß mein Zitat richtig ist. Er sagt nur, daß ich einen Satz nicht verlesen habe, und meint, daß durch diesen Satz das Ganze eine andre Bedeutung bekommt. Ich bin nicht der Meinung, glaube vielmehr, daß dieser Satz an dem Sinne gar nichts ändert. Inbessern war die ganze Anführung von keiner wesentlichen Bedeutung in meiner Rede, denn ich wollte daraus nicht den Schluß ziehen, daß Webel eine falsche Aeußerung getan habe, sondern nur sagen, was die Leute, welche mit dem Rotstift in der Hand meine Reden verfolgen, wohl gesagt haben würden, wenn ich eine solche Aeußerung gemacht hätte. (Webel: Gar nichts!) So, weißt Du denn das so genau? (Webel: Ja, das weiß ich!) Nun zu Kautsky! Zu meinem Bedauern habe ich seine Rede nicht vollständig hören können, da ich während eines Theiles derselben eine Unterredung mit Webel hatte. Ich habe mich aber von andern darüber informieren lassen, was er gesagt hat. Er soll eine Reihe von Behauptungen aufgestellt haben, durch die er beweisen wollte, daß ich eigentlich nach dem Wortlaute der vorliegenden Resolution gegen die Absätze 2, 3 und 4 stimmen müßte. Ich habe gestern bereits die Gründe dargelegt, die für mich bei meiner Abstimmung maßgebend sind. Die Motive, die Kautsky heute hinterher in seine Resolution hinein interpretieren wollte, sind für mich und für den Parteitag vollkommen ohne Bedeutung. (Sehr gut!)

Eisner: Ich kann im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht auf die vorgelegte Rede von Webel und die heutige Deklaration derselben eingehen und will mich deshalb auf eine kurze Erklärung beschränken. Ich habe die Tendenz und den Inhalt wieder seiner neuartigen Ausführungen, noch seiner heutigen Deklaration völlig verstanden, insbesondere nicht, ob in seiner Deklaration irgendwelches Mißtrauen gegen meine Person ausgesprochen werden soll. Ich habe nicht verstanden, ob die Absicht besteht, meinen Anteil an Einfluß innerhalb der völlig demokratischen Organisation des „Vorwärts“ einzuschränken. Weil ich das nicht verstanden habe, kann ich mich auch mit der Deklaration von Webel nicht zufrieden geben. Da ich aber sachlich nicht darauf eingehen kann, so muß ich die weitere Aufklärung den Verhandlungen der zuständigen Instanz überlassen.

Webel: Es fällt mir in gar keiner Weise ein, irgend welches Mißtrauen gegen Eisner und seine Leistungen auszusprechen. Wenn in dem Wortlaute meiner Rede ein solches Mißtrauen enthalten sein sollte, habe ich ausdrücklich erklärt, daß das nicht so gemeint war. Mehr konnte ich lokaler Weise nicht tun. Ich glaube alles getan zu haben, was möglich ist, und nach der Anerkennung, die ich Eisner gezollt habe, die das höchste enthält, was man einem Redakteur entgegenbringen kann, verstehe ich es nicht, wie er immer noch nicht zufrieden gestellt worden ist. Ebenso wie Eisner im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht auf meinen Vorschlag eingehen kann, kann ich auch meinen Plan über die zukünftige Gestaltung des „Vorwärts“ im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht erörtern. Zu den Verhandlungen darüber wird die Redaktion des „Vorwärts“ in corpore eingeladen werden. Eisner hat ja dann Gelegenheit, dort seine Bedenken vorzubringen. Was die Bemerkung Vollmars bezüglich des aus meiner Kaiserrede zitierten Satzes betrifft, so handelt es sich um eine Auslegung. Da mir nach allgemeinem Recht dem Redner in erster Linie zusteht, zu sagen, was er gemeint hat, so habe ich auch heute davon Gebrauch gemacht in einer Weise, die meiner Ueberzeugung entspricht. Es ist unnötig, darüber zu streiten, denn wir würden hin und herstreiten und es bliebe doch alles beim alten. Dann ist Vollmar wieder auf die Bahnersfrage gekommen und teilt uns die Neugierde mit, daß ein kleines Armeekorps schwer bewaffneter Bajubaren im Hinterhalt der Bednerliste gestanden hat, bereit, sofort über mich herzufallen. (Große Heiterkeit.) Diese Tapferkeit der Bajubaren freut mich. Aber ich bin um so mehr

darüber erstaunt, da ich Vollmar gegenüber erklärt hatte, es würde mir gar nicht einfallen, die Sache zur Sprache zu bringen. Allerdings hat später Dabitz in den „Monatsheften“ geäußert, die Abrechnung habe nicht stattgefunden, ich hätte wohl Beschränkungen geübt. Meine Aeußerung bezog sich darauf, daß ich einen Artikel in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ veröffentlicht hatte, in welchem es am Schluß hieß: „Wenn Ihr wollt, dann sehen wir uns bei Philipp wieder.“ Wenn Ihr wollt — Ihr habt aber nicht gewollt. (Heiterkeit.) An Euch lag es, nicht an mir, ich war bereit, ich habe Euch die Gründe gesagt, warum ich nicht angriff. Wenn ich angegriffen werden will, dann mache ich in einem solchen Falle die Attacke und warte nicht ab. (Zustimmung.)

Kautsky: Seine hat sich gegen mich gewendet. Ich habe ihn mit keinem Worte genannt, sondern bloß von Revisionisten gesprochen. Er hätte gar nicht das Recht gehabt zu seiner persönlichen Bemerkung, wenn er sich nicht durch dieses Wort getroffen fühlte. (Sehr richtig! Seine: Ihr nennt mich doch immer so!) Ich habe ihn nicht zum Revisionisten getempelt. Diesen Auf hatte er schon lange, bevor ich heute gesprochen habe. (Seine: Na also!) Vollmar beneide ich um seine Gabe, eine Rede zu beurteilen, die er nicht gehört hat. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Vollmar: Die letzte Aeußerung ist ein schöner Ausweg, aber weiter nichts. Dem Kautsky vergißt, daß es außer ihm und mir in diesem Saale auch noch andre Leute giebt, die hören können. Im übrigen ist es allerdings richtig, daß ich ihn gar nicht zu hören brauche, um zu wissen, was er sagt (Heiterkeit), ich meine, in Bezug auf die vorliegende Sache. Gegen Webel nur eine einzige Bemerkung: Er sagt, es habe ihn interessiert zu hören, daß ein ganzes bapriisches Armeekorps bei der Hand gewesen ist, auf ihn loszukühen. Na, so grausam sind wir nicht, daß ein ganzes Armeekorps über einen einzelnen herfällt, das müßte wo anders Mode sein. (Heiterkeit.) Aber Webel vergißt, daß in der Wahlrechtsfrage nicht er allein angegriffen, sondern auch ein großer Teil der Parteipresse erklärt habe, daß gegen uns vorzugehen sei. Wenn Webel sagt, er an unsrer Stelle wäre zur Attacke vorgegangen, so habe ich nur zu erwidern, daß wir keine streitfähigen Leute sind, die um jeden Preis streiten wollen, sondern wir hauen nur dann darauf los, wenn es nötig ist. (Heiterkeit und Rufe: Sehr gut!)

Seine: Die Bemerkung von Kautsky, „so daß ich mich gewissermaßen als Revisionist getroffen fühle“, sollte vermuthlich kein Witz sein, denn ich habe Kautsky noch nie einen Witz machen hören. (Rufe: Na! na!) Sie war also wohl ernst gemeint. Es wiederholt sich immer dasselbe Spiel. Genau so war es ja in Lübeck. Es wird auf eine Anzahl von Leuten hingewiesen, die bald Opportunisten, bald Revisionisten, bald Bernsteinianer genannt werden, und diese werden dann in allgemeinen Nebenarten verhöhelt. Jeder weiß, wer damit gemeint ist, weiß dann aber einer nach, daß das alles unrichtig ist, was über ihn gesagt ist, auch kommt immer dieselbe Doppelargumentation: erstens: Dich haben wir nicht gemeint! und zweitens, daß Du Dich dagegen verwehrst, ist ein Zugeständnis, daß Du es bist! Dieses Verfahren ist mir als Anwalt aus Beleidigungsprozessen aus täglicher Erfahrung bekannt. Wenn so die Mutter Müller'n herumläuft und aus täglicher Erfahrung bekant. Wenn so die Mutter Müller'n herumläuft und sagt: „Die Schulze'n — ja, ich sage nichts — aber es sind dort und dort silberne Löffel gestohlen worden; ich sage natürlich nichts gegen die Schulze'n (Heiterkeit), aber es sind auch in der Wohnung von der Schulze'n Löffel gesehen worden“, wenn dann die Schulze'n klagt und sagt, sie sei des Diebstahls beschuldigt worden, da sagt die Müller'n: „Sie habe ich ja gar nicht bemerkt! Sie müssen doch ein verflucht schlechtes Gewissen haben!“ (Große Heiterkeit.)

Darauf wird zur Abstimmung geschritten.
Hierauf wird zur Abstimmung geschritten.
Auf Vorschlag von Singer beschließt der Parteitag, die Anträge 17, 104, 108 im letzten Absatz und 139 bei der Beschlußfassung zunächst auszuschließen. Zur Beschlußfassung steht zunächst Resolution 130. Von den Antragstellern im-

ersten Absatz verändert durch Antrag 140 und die zahlreichen Amendements zu ihr. Wenn diese Resolution zur Annahme gelangt, sollen die übrigen Anträge über Taktik und revisionistische Bestrebungen für erledigt gelten. In einer Vorabstimmung sollen zunächst die Amendements erledigt werden. Ueber die so umgestaltete Resolution 130 soll, wie ein genügend unterfertigter Antrag verlangt, in namentlicher Abstimmung entschieden werden. Der Parteitag ist mit dieser Art der Erledigung einverstanden. Zu Absatz 1 (Antrag 140) wird das Amendement 144, 2. Teil, mit großer Mehrheit angenommen und ebenso der so veränderte Absatz. Zu Absatz 2 und 3 liegt der Antrag 141 vor, die beiden Worte „revisionistische“ zu streichen. Der Antrag wird in diesem Teile abgelehnt. (Auf: Die Volkseele!) Die Absätze 2 und 3 werden unverändert angenommen.

Zu Antrag 143, der eine Einfügung hinter Absatz 3 vorschlägt, liegt ein Unteramendement von Grabner vor, wonach in Ziffer 2 zwischen die Worte „Sozialdemokratie“ und „einen Anteil“ eingefügt werden sollen die Worte „gemäß der Resolution Kautsky des internationalen Sozialisten-Kongresses zu Paris im Jahre 1900“. Dieses Unteramendement und ebenso der so veränderte Antrag 143 werden angenommen. Der 4. Absatz der Resolution 130 bleibt unverändert. Das Amendement Timm u. Gen. zum 5. Absatz (Nr. 142) wird abgelehnt. Dagegen der Antrag Legier 141 (soweit er sich auf den letzten Absatz der Resolution bezieht) in getrennter Abstimmung in seinem 1. und 2. Teile angenommen. Der Antrag Stadthagen 144 Nr. 1 wird angenommen, und ebenso schließlich der so veränderte Absatz 5. Das schriftlich vorliegende Amendement Lugeburg-Zettin-Stadthagen, wonach der Parteitag vor allem erwartet, daß die Agitation im Lande in der nächsten Zeit als Hauptaufgabe betrachtet wird etc., wird abgelehnt.

Volkmar, der mit der Minderheit gestimmt hat, ruft: Ach, das ist Schabel (Geisterheit.)

Die Resolution lautet nunmehr folgendermaßen:

Der Parteitag fordert, daß die Fraktion zwar ihren Anspruch geltend macht, die Stelle des ersten Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstage durch Kandidaten aus ihrer Mitte zu besetzen, daß sie es aber ablehnt, höfische Verpflichtungen zu übernehmen oder irgend welchen Bedingungen sich zu unterwerfen, die nicht durch die Reichsverfassung begründet sind.

Der Parteitag beurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.

Daher ist der Parteitag im Gegensatz zu den in der Partei vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Ueberzeugung, daß die Klassengegenstände sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen, und erklärt:

1. daß die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände und daß sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten.

2. daß die Sozialdemokratie, gemäß der Resolution Kautsky des internationalen Sozialistenkongresses zu Paris im Jahre 1900, einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann.

Der Parteitag beurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.

Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder, wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, nach wie vor zur Aufklärung über das Ziel der Sozialdemokratie verwendet und entsprechend den Grundätzen unseres Programms dazu benutzt, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle auf kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltmachtspolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist, und für den Ausbau der Sozialerziehung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken.

Es folgt die Gesamtabstimmung. Resolution 130 wird in namentlicher Abstimmung mit 288 gegen 11 Stimmen angenommen.!

Mit Ja stimmten:

Albrecht, Auer, Antrid, Baader, Bartel, Bartels, Bebel, Becker, Beck, Beer, Bender, Berthold, Bérard, Beher, Biedermann, Birk, Block, Bloß, Bod, Borgmann, Boemelburg, Böhm, Adolf Braun, Heinrich Braun, Otto Braun, Breh, Brühne, Buchwald, Burde, Buschold, Conrad, Crispin, Crohn, Czach, Dorn, Dräger, Dreschbach, Dubber, Dieter, Eberhardt, Ebert, Efftinge, Eichhorn, Eigerodt, Engler, Ehrhart, Ewald, Faber, Kautz, Kautz, Kelmann, Kense, Edmund Fischer, Emil Fischer, Karl Fischer, Förster, Frank, Franke, Freinwald, Freythal, Friedberg, Friedländer, Friß, Frigisch, Frohne, Galle, Geß, Gerich, Geritz, Gemehr, Geher, Gilsbach, Göhre, Goldstein, Grabnauer, Greiner, Grimpe, Grothe, Grünrod, Gruenwaldt, Grunwald, Haase, Haberland, Haenisch, Hahn, Haller, Harris, Härtel, Haberkamp, Heer, Heine, Heiland, Heymann, Pentzschel, Hennig, Henz, Herzfeld, Hieber, Adolf Hoffmann, Otto Hoffmann, Paul Hoffmann, Franz Hoffmann, Holzappel, Horst, Franz Höppner, Wilhelm Höppner, Horn, Hug, Hugel, Hübn, Jacobsen, Jasper, Jhrer, Jonas, Israel, Jung, Jürs, Kaden, Kähler, Kagenstein, Kautsky, Kayser, Keil, Kirische, Kitzler, Klotz, Klüter, Knie-riem, Körsten, Koeckerig, Koenen, Kolb, Körner, Kock, Kogke, Krämer, Kremier, Krohn, Krüger, Kühn, Laafer, Lange, Langenstein, Langhorst, Leber, Ledebour, Legien, Lehmann-Mannheim, Leonhard, Leopold, Lesche, Leutert, Lienau, Liepmann, Lindemann, Lipinski, Löwenstein, Lohrer, Lucht, Lüdel, Lugeburg, Maßring, Mannheim, Mars, Meiling, Meiß, Meister, Meysger, Meher, Michaelis, Michels, Mollenbuhr, Motieler, Müder, Müller-Glauchau, Müller-Görlich, Müller-München, Müller-Posthappel, Müller-Zwickau, Neumann, Neuschäfer, Niemeyer, Nitsch, Nischke, Noack, Noske, Oppel, Orbig, Osterroth, Paepfow, Paris, Passchl, Paulsch, Peus, E. Pfannkuch, W. Pfannkuch, Pfarr, Pforr, Pidelmann, Pielede, Pistorius, Pöhl, Pöller, Quard, Radl, Rasch, Raute, Raute, Reichhaus, Reuber, Riebel, Rohleder, Röllwagen, Roske, Rudolph, Sachs, Schaumburg, Scheiß, Scheidemann, Schlic, Schmalfeldt, Albert Schmidt, Wilhelm Schmidt, Robert Schmidt, Peter Schmidt, Rosa Schmidt, Franz Schmitt, Schwoerer, Schräder, Ernst Schulze, Heinrich Schulz, Schumann, Theodor Schwarg, Seeger, Segig, Seifert, Sebering, Silber Schmidt, Singer, Sommer, Stadthagen, Staubinger, Stenenge, Stephan, Stolpe, Storch, Straßenmeyer, Stoepel, Stubbe, Stücklen

Stibekum, Lämmert, Läterow, Thate, Thesing, Thiele, Thomas, Timm, Trilse, Ulrich, Wetterlein, Vogel, Vollmar, Vosseler, Wagner, Walter, Weber, Weidner, Weil, Weiss, Well, Welter, Weis, Wengels, Werner, Wehers, Winkelman, Winkler, Winter, Wisell, Wöfel, Peter Wolf, Wilhelm Wolf, Wurm, Zentler, Zetkin, Zieg, Zorn, Zubeil.

Mit Nein stimmten:

Bernstein, Gertraud David, v. Elm, Grenz, Grünberg, Hering, Quis, Löbe, Gustav Müller, Paul Müller, Karl Schwarz.

Bei der Abstimmung von Auer, Heine, Kolb, Peus, Stibekum, die mit „ja“ stimmen, entsteht Heiterkeit. Bei der Abstimmung von Löbe-Breslau ruft Adolph Hoffmann: „Ein treuer Knecht war Fridolin!“ (Heiterkeit.) Damit sind die Anträge 89, 90, 91, 101, 102, 103, 105, 106, 107, 108, erster Satz, 109, 109a, 110 und 129 erledigt. Karl Schwarz erklärt zu Protokoll, daß er gegen die Resolution gestimmt habe, weil er mit der bisherigen Taktik einverstanden sei. Krämer, Lindemann und Duard erklären zu Protokoll, daß sie für die Resolution gestimmt haben, ohne sich mit allen Einzelheiten einverstanden erklären zu können.

Singer teilt mit, daß er eine Zuschrift des Herausgebers der Wiener „Fackel“, des Herrn Karl Kraus, erhalten habe, in der ausgeführt ist, daß die Angaben des Genossen Victor Adler über die „Fackel“ den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen.

Das inzwischen festgestellte Resultat der vorgenommenen Wahlen ergibt: Zu Vorsitzenden des Vorstandes sind gewählt: Singer mit 286 und Debel mit 272 Stimmen. Außerdem haben Stimmen erhalten: Antrik 7, Mehring 3, Adolf Hoffmann 2, Vollmar 2, Zubeil 1. Zu Sekretären sind gewählt: Pfankuch mit 286, Auer mit 270 Stimmen. Außerdem haben Stimmen erhalten: Antrik 2, Hoffmann 1, Braun 1, Läterow 1, Mollenbuhr 1, Ledebour 1. Zum Kassierer ist Gerisch mit 286 Stimmen gewählt. — Zu Kontrolleuren sind gewählt: Meister mit 286, Kadon mit 247, Wood mit 235, Brühne mit 217, Frau Zetkin mit 215, Könen mit 206, Ged mit 199, Ehrhart mit 191, Pfarr mit 162 Stimmen. Außerdem haben Stimmen erhalten: Hug 100, Stücken 94, Dubber 86, Duard 82, Bömelburg 68, Jhrer 47, Storck 47, Vollmar 39, Elm 31, Meiß 4, David 3, Mollenbuhr 3, Timm 2, Motteler 2, Braun 2, Weher 1, Böhle 1, Grenz 1, Hoffmann 1, Kühn 1, Löbe 1, Paeplow 1, Peus 1.

Als Ort für den nächsten Parteitag ist Bremen mit 107 Stimmen gewählt. Außerdem sind Stimmen entfallen auf Mannheim 60, Essen 34, Magdeburg 21, Stettin 20, Dortmund 17, Nürnberg 12, Darmstadt 8, Berlin 8, Kiel 4.

Zur Verhandlung kommen die noch nicht erledigten Anträge zu Punkt 4 der Tagesordnung. — Die Anträge 104 und 108, zweiter Satz, werden zurückgezogen. Antrag 117 wird abgelehnt. — Ueber Antrag 139 beschließt der Parteitag die Eröffnung einer besonderen Diskussion.

Heine-Berlin: Ueber die Frage, ob die Marburger für Herrn v. Gerlach stimmen sollten oder nicht, will ich hier nicht reden; es hat da jeder seine Ansicht. Ich war der Ansicht, daß die Marburger für Herrn v. Gerlach stimmen müßten, weil der Gegner von Gerlach ein Reaktionsär schlimmster Sorte war. Es ist mir in dem Antrage vorgeworfen, daß ich zu Gunsten eines mir persönlich befreundeten politischen Gegners unserer Partei durch mein Telegramm an Herrn v. Gerlach die Marburger Parteigenossen desavouiert hätte. Demgegenüber mache ich darauf aufmerksam, und Herr v. Gerlach wird mir das nicht übelnehmen, daß das Verhältnis zwischen mir und ihm nicht das einer persönlichen Freundschaft, sondern nur einer oberflächlichen Bekanntschaft ist. Es ist mir

vorgeworfen worden, daß ich die Lobeserhebungen, die Herr v. Gerlach mir überreichlich spendete, nicht energisch zurückgewiesen hätte. Ich bitte die Parteigenossen, sich die Verhandlungen des Lübeder Parteitages anzusehen. Dort werden Sie finden, daß ich in Lübed bereits in aller Deffentlichkeit erzählt habe, wie ich Herrn v. Gerlach aufgefordert habe, diese Lobeserhebungen einzustellen. Er ist dieser Bitte aber nicht nachgekommen. Seit den Lübeder Tagen habe ich Herrn v. Gerlach überhaupt nicht mehr gesprochen, außer jetzt vor einigen Wochen. Man pflegt derartige Bitten an Gegner nicht zu wiederholen, namentlich wenn, wie sich herausgestellt hat, in der Sache eine Art System zu liegen scheint. Ich habe also Herrn v. Gerlach nicht aus Freundschaft telegraphiert, sondern nach meiner Ueberzeugung im Interesse der von uns vertretenen Sache. (Rufe: Aha!), und das bitte ich mir zu glauben. Was endlich meine Erklärung im „Vorwärts“ anlangt, so erkläre ich hiermit, unbeschadet meines sachlichen Standpunktes, daß die Form, in der ich mich da über die Marburger ausgelassen habe, weder nötig noch angemessen war. Es ist mir da halt auch einmal passiert, daß ich mich über eine Sache geärgert hatte, und daß ich in meiner Antwort in der Form über das Ziel hinausschoß. (Hoffmann-Berlin ruft: Lübed Nummer 2!) Dennoch halte ich es nicht für richtig, das durch eine Resolution zum Ausdruck zu bringen. Wenn wir erst einmal anfangen wollten, auf unsren Parteitag zu resolvidieren, wann und wo irgend ein Parteigenosse gegen einen andren Genossen öffentlich grob geworden ist, dann müßte unser Parteitag sehr lange dauern. Ich bitte also die Genossen, sich mit meiner Erklärung zu begnügen und auf einen Beschluß zu verzichten. Wollen Sie das nicht, und sollte der Parteitag der ganz ungewöhnlich scharfen Resolution beitreten, dann nehme ich das hin mit den Empfindungen, mit denen man im Parlament einen Ordnungsruf entgegennimmt, wenn man etwas gesagt hat, das man nicht hätte sagen sollen, das man aber hat sagen wollen.

Michels-Marburg: Ich hätte eigentlich von dem Genossen Heine erwartet, daß er sich über die sachliche Frage überhaupt nicht aussprechen, sondern einfach die Form seines Artikels bedauern würde. (Sehr richtig! Lachen.) Er hat mich enttäuscht (Lachen), weil er hier wieder seine Meinung in einer Marburger Frage zum besten gegeben hat, wegen deren wir ihn gar nicht gefragt hatten. Genosse Heine erklärte sich hier gewissermaßen für einen Prügeljungen, an dem wir Marburger unsere Wut auslassen wollten. Ich meine aber, wenn ein Parteigenosse einem politischen Gegner in einer internen Angelegenheit ein Telegramm sendet und dieses Telegramm nachher bekannt wird, so hat er sich nach meiner Auffassung, und wohl auch nach der Auffassung der Mehrzahl der Anwesenden, einfach blamiert (Gelächter), und wenn man sich blamiert hat, dann schweigt man. Freilich trifft der Ausdruck „Prügeljunge“ doch vielleicht zu, denn der Junge, der blamiert ist und nichts andres zu sagen weiß, der prügelt! (Gelächter.) Heine erklärte ferner, er habe schon in Lübed Herrn von Gerlach aufgefordert, ihn nicht mehr zu loben. Da muß ich Herrn von Gerlach doch in Schutz nehmen. (Unruhe. Rufe: Zur Sache!) Wenn man einem Gegner einen solchen Freundschaftsbeweis in Telegrammstil giebt, so giebt man ihm doch direkte Veranlassung, ja gewissermaßen das Recht, sich dafür durch Lobeserhebungen dankbar zu zeigen. (Heine: Ich bin ja vorher schon gelobt worden.) Nachher auch noch in der Wiener „Zeit“, worin Herr v. Gerlach schreibt, Sie hätten eine ganz tadellose Figur (Große Heiterkeit), die andren Parteigenossen wären nur kleine Geister, die für Sie noch nicht reif wären. (Große Heiterkeit.) Zum Schluß erkläre ich, daß wir, um die vielen Personalfragen, die uns auf diesem Parteitage schon beschäftigt haben, nicht um eine weitere zu vermehren, unsren Antrag zurückziehen. (Als sich Michels, nachdem er seine Ausführungen geendet, mit dem im Saale anwesenden Herrn von Gerlach unterhält, ruft ein Genosse: „Lassen Sie sich nicht loben!“ Große Heiterkeit.)